

2014

band 2, heft 1

www.zeitschrift-suburban.de

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Migrationstheoretische

Gesellschaftskritik

Radostin Kaloianov

Perspektiven urbaner

Dekolonisierung

Noa Ha

GraffitiCity

Eva Youkhana, Christian Sebaly

Emotionale Rationalität und

Planung

Axel Schubert

debatte

Potenziale freisetzen

Alexa Färber,

kommentiert von Bernd Belina, Hanna

Göbel, Christa Kamleithner, Roland

Lippuner, Jörg Niewöhner, Nikolai Roskamm

magazin

Die Helle Mitte

Candy Lenk, Anna Borgman

Den öffentlichen Raum „hacken“
und Menschen beeinflussen

Irwan Ahmett

Von der Melkmaschine St. Pauli
zu Utopia?

Interview mit Steffen Jörg

Touristification in Berlin

Kritische Geographie Berlin

Die Neuausrichtung linker
Stadtpolitik vorantreiben

Nico Grunze, Matthias Naumann

Kritische Wissenschaft lernen!?

Jörn Hamacher

rezensionen

Politische Subjekte

Lisa Vollmer

Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2014, Band 2, Heft 1
ISSN 2197-2567

Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefendt, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Boris Michel, Kristine Müller, Manfred Oberländer, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster

Heftkoordination für diese Ausgabe

Nina Schuster, Carsten Praum

Autor_innen dieser Ausgabe

Irwan Ahmett, Bernd Belina, Anna Borgman, Alexa Färber, Hanna Göbel, Nico Grunze, Noa Ha, Jörn Hamacher, Steffen Jörg, Christa Kamleithner, Kritische Geographie Berlin, Candy Lenk, Roland Lippuner, Matthias Naumann, Jörg Niewöhner, Nikolai Roskamm, Axel Schubert, Nina Schuster, Christian Sebaly, Lisa Vollmer, Eva Youkhana

Lektorat, Gestaltung, Satz

Text-Arbeit, Berlin (Lektorat)

Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Laura Calbet i Elias

Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h., alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nicht-kommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Spenden und Fördern

Solidaritätsabo: 12 EUR; Unterstützungsabo: 60 EUR; Sponsoringabo: 120 EUR
(jeweils jährlich, Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de).

Kontoverbindung

Kontoinhaber_innen: Laura Calbet i Elias, Manfred Oberländer

Bank: GLS Bank

IBAN: DE65 4306 0967 1145 9204 00

BIC: GENODEM1GL

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de

info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

	Editorial	5
Aufsätze	Migrationstheoretische Gesellschaftskritik. Versuch einer Standortbestimmung <i>Radostin Kaloianov</i>	7
	Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘ <i>Noa Ha</i>	27
	GraffitiCity – kreativer Protest, belonging und citizenship im Madrider Stadtteil Lavapiés <i>Eva Youkhana, Christian Sebalý</i>	49
	Emotionale Rationalität und Planung: Planungsansätze einer ‚3. Generation‘. Oder: Zum depolitisierten Potenzial von Vertrauensbildung und Selbstversicherung <i>Axel Schubert</i>	71
Debatte	Potenziale freisetzen: Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären kritischen Stadtforschung <i>Alexa Färber</i>	95
	Warum denn gleich ontologisieren? Und wenn nicht, warum dann ANT? – <i>Bernd Belina</i>	104
	Das Re-entry von Kritik: Assemblageforschung nach der Kritik an der Kritik – <i>Hanna Göbel</i>	110
	Narrative Ökonomien – <i>Christa Kamleithner</i>	116
	Die Versammlung des Kollektivs – <i>Roland Lippuner</i>	120
	Stadt als Praxis ko-laborativ wissen – <i>Jörg Niewöhner</i>	126
	Unruhe stiften! – <i>Nikolai Roskamm</i>	130
	Replik – <i>Alexa Färber</i>	135
Magazin	Die Helle Mitte <i>Candy Lenk, Anna Borgman</i>	nur HTML
	Den öffentlichen Raum „hacken“ und die Menschen beeinflussen <i>Irwan Ahmett</i>	141
	Von der Melkmaschine St. Pauli zu Utopia? St. Pauli selber machen! <i>Steffen Jörg, Nina Schuster</i>	151
	Touristification in Berlin <i>Kritische Geographie Berlin</i>	167
	Die Neuausrichtung linker Stadtpolitik vorantreiben <i>Nico Grunze, Matthias Naumann</i>	181
	Kritische Wissenschaft lernen!? <i>Jörn Hamacher</i>	185
Rezensionen	Politische Subjekte. Rezension zu Imogen Tylers „Revolting Subjects“ <i>Lisa Vollmer</i>	190

Editorial

Liebe Leser_innen,

in dieser thematisch offenen Ausgabe von s u b \ u r b a n sind eine Reihe von Diskussionssträngen miteinander verflochten, die den Austausch zu Inhalten und Zielen einer kritischen Stadtforschung weiterführen. So diskutieren alle Aufsätze ihre Themen vor dem Hintergrund der Frage, was kritische Stadtforschung heißt und welche Inhalte dabei von Relevanz sind. Radostin Kaloianov und Noa Ha erörtern, wie kritische Migrationsforschung bzw. postkoloniale Stadtforschung theoretisch gefasst werden können und welche Bedeutung das für die Forschungspraxis sowie ihre Anwendung auf den konkreten Gegenstand hat. Dabei geraten insbesondere Fragen nach den forschenden und beforschten Subjekten und ihren Positionen und Perspektiven ins Zentrum der Betrachtung.

Einen empirischen Blick auf die umkämpfte, sich neoliberalisierende Stadt werfen Eva Youkhana und Christian Sebaly in ihrer Untersuchung von Urban Art und Protest in Madrid-Lavapiés. Axel Schubert beschäftigt sich am Beispiel des Umgangs mit Verunsicherung und Irritation im Planungshandeln mit der Bedeutung von Emotionen für eine kritische Planungspraxis. Er möchte damit zugleich zu einem ‚emotional turn‘ in der Planungstheorie beitragen.

Unsere Debatte greift dieses Mal einen weiteren theoretischen Strang zur Frage auf, was unter ‚Kritik‘ in einer kritischen Stadtforschung verstanden werden kann. Alexa Färber schlägt im Hauptartikel die Perspektive von Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung vor. Um über deren Belastbarkeit für eine kritische Stadtforschung zu diskutieren, haben wir sechs weitere Autor_innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen zu Kommentaren eingeladen.

Der Magazinteil schließt zunächst thematisch an die von Youkhana und Sebaly am Beispiel Madrids geführte Diskussion um die Fokussierung und Aufwertung von Quartieren in der unternehmerischen Stadt an. Das Interview mit einem stadtpolitischen Akteur zu aktuellen Veränderungen in Hamburg St. Pauli verdeutlicht, wie sehr sich die Prozesse in verschiedenen

Städten und Ländern Europas ähneln und wie kreativ der Widerstand dagegen ausfällt. Darüber hinaus ist zu erkennen, dass sich deren Beschreibungen in Theorie und Stadtteilpraxis deutlich überlappen.

Außerdem freuen wir uns sehr, in diesem Heft zwei künstlerische Beiträge veröffentlichen zu können: den Film- und Textbeitrag der indonesischen Künstler_innen Irwan Ahmett und Tita Salina, deren spielerische Interventionen Bezug auf Mythologie und Methoden der indonesischen Freiheitskämpfer_innen nehmen und sich mit den Konsequenzen des Kolonialismus in Indonesien auseinandersetzen, sowie den Fotobeitrag von Anna Borgman und Endy Lenk zu ihrer Installation „Luftschloss“ in Berlin-Hellersdorf. In einem Workshopbericht greift die Gruppe Kritische Geographie Berlin aktuelle Diskussionen um eine *touristification* in Berlin auf und stellt ihre Annäherung an das Thema vor. Die Magazinbeiträge von Matthias Naumann und Nico Grunze zum Gesprächskreis „Stadtpolitik“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von Jörn Hamacher zur Human-geographischen Sommerschule „Kritische Stadtforschung“ 2013 in Frankfurt am Main sowie eine Rezension zu Imogen Tylers *Revolting Subjects* von Lisa Vollmer runden unser Heft 1/2014 ab.

Wir wünschen allen eine anregende Lektüre!
Die Redaktion

Laura Calbet i Elias, Mélina Germes, Nina Gribat, Nelly Grotefendt,
Jan Hutta, Johanna Hoerning, Boris Michel, Kristine Müller,
Manfred Oberländer, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster



Migrationstheoretische Gesellschaftskritik. Versuch einer Standortbestimmung

Radostin Kaloianov

Der Aufsatz versucht eine kritisch-theoretische Position für Migrant_innen und zu den Themen der Migration zu erarbeiten und dabei zwei Aufgaben zu lösen. Die politische Aufgabe, Kritik und Migration ins Verhältnis zu setzen, ergibt sich daraus, dass aktuell Kritik und Migration weit auseinanderliegen und aus mehrheitlicher Sicht gar nicht zusammengehören. Das politische Vorhaben der Untersuchung geht in den wissenschaftlichen Auftrag über, herauszufinden, welche der gegenwärtig verfügbaren und einflussreichen Optionen theoretischer Gesellschaftskritik die Herausbildung einer kritisch-theoretischen Position für Migrant_innen in der Sozialforschung befördern bzw. bremsen könnten. Die Lösung dieser beiden Aufgaben zeichnet die Kritikposition von Migrant_innen als eine weitgehend ‚atopische‘.

Ersteinreichung: 19. September 2012; Veröffentlichung online: 5. Mai 2014

An english abstract can be found at the end of the article.

1. Die Fragestellung: Kritik und Migration ins Verhältnis setzen

Dieser Aufsatz versucht, eine kritisch-theoretische Position für Migrant_innen und zu den Themen der Migration zu skizzieren und dabei zwei Aufgaben zu lösen.[1] Die politische Aufgabe, Kritik und Migration ins Verhältnis zu setzen, ergibt sich daraus, dass aktuell Kritik und Migration weit auseinanderliegen und aus mehrheitlicher Sicht gar nicht zusammengehören. Dieses politische Vorhaben nimmt die Gestalt einer migrations-theoretischen Gesellschaftskritik an, die an forschende Migrant_innen sowie an zu Migration Forschende und Sozialwissenschaftler_innen allgemein adressiert ist.

Das politische Vorhaben der Untersuchung geht in den wissenschaftlichen Auftrag über, herauszufinden, welche der gegenwärtig verfügbaren und einflussreichen Optionen theoretischer Gesellschaftskritik die Herausbildung einer kritisch-theoretischen Position für Migrant_innen in der Sozialforschung befördern bzw. bremsen könnten. Diese wissenschaftliche Aufgabe teilt sich in eine erkenntnispolitische und eine erkenntnistheoretische Fragestellung. Erkenntnispolitisch ist die Studie um die Orientierung und Positionierung von forschenden Migrant_innen im Spektrum der gegenwärtigen kritischen Sozialforschung bemüht und beantwortet die

Frage: Welche Optionen und Richtungen kritischer Sozialtheorie bieten sich aktuell Migrant_innen und inwieweit können diese Migrant_innen als Forschungssubjekte stärken oder schwächen? Erkenntnistheoretisch gilt es, die migrationstheoretische Gesellschaftskritik in Bezug auf ihren Forschungsgegenstand – auf die Art und Kriterien (für) dessen Gewinnung, Gegebenheit und Validierung – und in Auseinandersetzung mit den epistemologischen Postulaten der ‚normalwissenschaftlichen‘ Sozialforschung zu beleuchten.

In diesem Aufsatz stelle ich Überlegungen zur ersten Aufgabe der erkenntnispolitischen Positionierung der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik im Feld der gegenwärtigen kritischen Theorien vor. Mit der Thematisierung der gesellschaftspraktischen Performanz von kritischer Theorie wird das Kriterium zur Unterscheidung zwischen ‚Exzellenzkritik‘ und ‚Existenzkritik‘ ausgearbeitet. Diese Grundarten theoretischer Gesellschaftskritik sind für die kritisch-theoretische Positionierung von Migrant_innen weichenstellend. Der Ansatz der Exzellenzkritik wird anhand der gegenwärtigen Frankfurter Kritischen Theorie analysiert. Die Alternative dieses einflussreichen Strangs kritischer Sozialforschung bilden eine Vielzahl an Kritikansätzen, die ich kategorial unter dem Begriff der Existenzkritik fasse. Diese haben ihren sozialwissenschaftlichen Standort weniger in den etablierten Disziplinen als vielmehr in den transdisziplinären Nischengewächsen der verschiedenen *Studies* und verschreiben sich als Gesellschaftspraxis der Artikulation von Protesten der sozial Unterlegenen. Eine Vertiefung in die erkenntnispolitischen Momente theoretischer Existenzkritik bietet die Diskussion der Kritischen Theorie der *Black Feminist Studies*. Die Schnittstellen zwischen gesellschaftstheoretischer Existenzkritik und der migrationstheoretischen Kritikperspektive werden durch eine Skizze jener Themen erweitert, die ein kritisches migrations-theoretisches Forschungsprogramm beinhalten sollte. Abschließend stelle ich klar, dass sich die migrationstheoretische Gesellschaftskritik ihrem Ziel, eine kritisch-theoretische Position für Migrant_innen auszuarbeiten, auf eine ‚atopische‘ Art und Weise annähert.

2. Die gesellschaftspraktische Performanz von Kritik: Prüfen oder Protest

Für forschende Migrant_innen stellt sich die Frage, welcher Weg der zeitgenössischen kritisch-theoretischen Sozialforschung welche Aussichten zur Ausarbeitung einer migrationstheoretischen Gesellschaftskritik eröffnet. Zur Beantwortung dieser Frage wird die gesellschaftspraktische Performanz theoretischer Kritik als Orientierungsmarker im Feld der Kritikoptionen herangezogen. In den theoretischen Diskussionen zur kritischen Sozialforschung zirkulieren verschiedene typologische Distinktionen theoretischer Kritik. Methodologisch kann es sich hierbei um Formen der Konstruktion (von Beurteilungsnormen, utopischen Gesellschaftszuständen), der Rekonstruktion (zur Aufdeckung immanenter Strukturen von Erfahrungszusammenhängen sowie von implizit angelegten Widersprüchen oder Paradoxien) oder der Dekonstruktion (diskursiver Blockaden oder hegemonialer Sichtweisen) handeln (Walzer 1993,

Honneth 2000). Wiederum andere Typologien greifen die entgegenlaufenden Logiken kritischer Interventionen auf: so etwa die „antifetishist“ versus die „positivist“ Kritik (Latour 2004), die „integrative“ versus die „polarisierende“ Kritik (Rosa 2009), die „künstlerische“ versus die „soziale“ Kritik (Boltanski/Chiapello 2005)

Beziehen sich die meisten Typologien auf die theoretische Machart von Gesellschaftskritik, verweist die letztgenannte Typologisierung von Kritik auf einen anderen Vektor der Distinguierung: die Zielgruppenorientierung. Die Zielgruppenorientierung von theoretischer (z. B. feministischer, postkolonialer oder eben migrationstheoretischer) Gesellschaftskritik steht unter dem Vorzeichen der Frage, was theoretische Gesellschaftskritik gesellschaftspraktisch performiert in der und für die Lebenssituation von z. B. Frauen, postkolonialen Kollektiven oder Migrant_innen und wie sie zur Herausbildung kritischer Subjektivitäten und zur Veröffentlichung der Anliegen derartiger Zielgruppen beitragen kann. Mit gesellschaftspraktischer Performanz theoretischer Kritik ist hier die soziale Handlungspraxis gemeint, die durch theoretische Kritik ermöglicht, eingeleitet oder ausgeführt wird. So werden verschiedene soziale Gruppen aufgrund ihrer unterschiedlichen Ausgangspunkte, Überlegenheiten/Unterlegenheiten, Problembetroffenheiten, motivationalen Lagen sowie unterschiedlichen Zugängen zu materiellen und kulturellen Ressourcen auch an verschiedene gesellschaftspraktische Performanzarten theoretischer Kritik unterschiedlich gut oder schlecht anschließen können.

Die sozialtheoretische Kritik kann die soziale Welt anhand normativer Prinzipien oder wissenschaftlich ermittelter Sollwerte überprüfen und so Diagnosen zur Exzellenz oder Defizienz sozialer Zustände erstellen bzw. sie kann – von konkreten Betroffenheiten ausgehend – gegen die existenziellen Notlagen von sozial Unterlegenen Protest einlegen, indem sie ihre verdeckten Lebensrealitäten und verstummten Sichtweisen theoretisch artikuliert. Wie Prüfen und Protestieren mit der Ausführung theoretischer Kritik verwoben sind, zeigen die nachfolgenden Analysen und Beispiele von Exzellenzkritik und Existenzkritik. Für die prüferische Erforschung der Gesellschaft setzen Exzellenzkritiken moralische Normen ein. Exemplarisch dafür ist der normativistische *turn* der gegenwärtigen Frankfurter Kritischen Theorie. Der ‚Norm‘ als semantische Maßeinheit gesellschaftstheoretischer Prüfung stellen Existenzkritiken die ‚Spur‘ als Basiseinheit einer Artikulation der sozialen Wirklichkeit entgegen, die Protest zu formulieren und einzuleiten vermag. Für die migrationstheoretische Gesellschaftskritik fassen Prüfen und Protest die Möglichkeiten zusammen, sich kritisch-theoretisch über die Lebensrealitäten von Migrant_innen in den gegenwärtigen westlichen Aufnahmelandern zu verständigen und auf die existenziellen ‚Schieflagen‘ der migrantischen Lebensform sozialwissenschaftlich reagieren zu können.

3. ‚Gut, besser, Kritische Theorie‘ – Exzellenzkritik in Frankfurt

Bereits Raymond Williams' Kritik an der „criticism“ als eine nur auf „fault-finding“ hinauslaufende theoretische Aktivität (Williams 1976: 75 f.) sensibilisiert für die Akademisierung von kritisch-theoretischer Aktivität als einer

Prüfungspraxis. Selbst marginal geblieben in den vielfältigen Diskussionen zur ‚Kritik‘ und ‚Kritischen Theorie‘, macht Williams’ Kommentar auf jene theoretischen Gesellschaftskritiken aufmerksam, die – betrachtet man sie als soziale Handlungspraxis – nichts anderes machen, als ein für akademisch Berufstätige durchaus vertrautes Verhältnis des Prüfens und Geprüftwerdens zu etablieren. Demnach versetzen Forscher_innen ihren Forschungsgegenstand in ein ähnliches soziales Verhältnis, in dem diese in ihrer Qualität als Hochschullehrende zu ihren Studierenden stehen. Hochschullehrende prüfen Studierende, um deren Wissen/Unwissen, deren Schwächen und Stärken festzustellen und deren Kompetenz zu verbessern. Wie in akademischen Prüfungssituationen ist auch für Kritiken, die prüfen, die wissenschaftliche Exzellenz Antrieb, Ziel und oberste Norm. Mit ‚Kritik‘ wird eine doppelte Exzellenzleistung anvisiert: a) die theoretische Entwicklung wissenschaftlicher Kriterien und Prozeduren zur Prüfung der sozialen Wirklichkeit und b) die diagnostische Anwendung dieser prüferischen Instrumente, die die Ursituation akademischen Lehrbetriebs und wissenschaftlicher Exzellenz nachempfindet und eine paradigmatische Kritikleistung wissenschaftlicher Rationalität vollbringt – die Prüfung. Wissenschaftliche Exzellenz erzielen prüfende Gesellschaftskritiken durch das Bestreben, die Kriterien und Verfahren der Prüfung der sozialen Welt ständig zu perfektionieren und Prüfungsinstrumente zu erarbeiten, die den Standards wissenschaftlicher Rationalität zur ‚Objektivität‘, ‚Universalität‘ und ‚Konsistenz‘ wissenschaftlicher Erkenntnisse immer vollständiger umsetzen.

Das Schielen auf szientistische Vorstellungen von Rationalität, Objektivität und Universalität bringt das Prüfen als kritisch-theoretische Performanz in die Nähe der ‚normalwissenschaftlichen‘ Performanz des Vermessens (und auch Kontrollierens) der sozialen Wirklichkeit.[2] Die gegenwärtige Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat in Auseinandersetzung mit ‚normalwissenschaftlichen‘ Auffassungen von Empirie und wissenschaftlicher Prüfungspraxis ein alternatives Verständnis vom Prüfen gewonnen, das sich vom Messen unterscheidet.[3] Die Eigenständigkeit der kritisch-theoretischen Wirklichkeitsprüfung, die Etablierung von moralischen Normen als Referenzwerte und die ‚Konstruktion‘ oder ‚Rekonstruktion‘ solcher Normgehalte als die Verfahren dieser Prüfung kann über eine grundsätzliche Nähe zur Normalwissenschaftlichkeit nicht hinwegtäuschen.

Die Suche nach exzellenten Prüfungsinstrumenten, die zu quasi objektivierbaren, universell gültigen und unstrittigen Problemdiagnosen führen können, konfrontiert theoretische Exzellenzkritiken – und die gegenwärtige Kritische Theorie der Frankfurter Schule ist beispielhaft in dieser Hinsicht – mit der Frage, ob die Ergebnisse kritisch-theoretischer Überprüfungen den Problemauffassungen jener entsprechen, die davon real betroffen sind, oder ob die kritische Prüfungspraxis gegenüber den realen Betroffenen ‚abkühlt‘. Schließlich verlangt die Methodologie akademischer Prüfungspraxis eine Distanzierung und die Einschaltung unpersönlicher Instanzen in den Prüfvorgang. Um akademische Exzellenz verlässlich ermitteln zu können, muss gegenüber dem Geprüften nur mittels Prüfkriterien und Prüfungsprozeduren Stellung bezogen werden.

Natürlich ist das ‚Prüfen‘ als Performanzart von Gesellschaftskritik kein reserviertes Markenzeichen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule.

Dennoch stellen gegenwärtig die Beiträge von Jürgen Habermas und Axel Honneth kritisch-theoretische Ansätze dar, die die Leitideen und Kernbefunde von exzellenzkritischer Prüfungsarbeit weit über die Grenzen von akademischen Seminaren verbreitet haben. Aber auch die nachfolgenden Generationen von Anhänger_innen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule rücken mit theoretischen Arbeiten nach, denen ein noch gesteigertes Exzellenzverständnis von theoretischer Gesellschaftskritik attestiert werden kann (z. B. Forst 2011).

Die Diskursethik von Jürgen Habermas (1983: 96, 1992: 135 ff., 2009) versetzt theoretische Reflexion und gesellschaftliche Wirklichkeit in ein Prüfungsverhältnis, spielt ein idealisiertes Prüfungsverfahren nach und begründet Exzellenzmaßstäbe, die als Testgrößen ‚quasi-objektive‘ Abweichungen, Verletzungen sowie Abstufungen anzeigen und die soziale Welt, in der alle diese vorkommen, kritisierbar machen. Die diskursethische Prüfveranstaltung zieht als empirisches Moment den gesellschaftlichen – politischen, kulturellen, weltanschaulichen und religiösen – Pluralismus in Erwägung, um dann die Kriterien der kritischen Überprüfbarkeit von Gesellschaftszuständen in Momenten der kommunikativen Rationalität zu finden, die selbst ‚außer Streit‘ stehen und als minimale konsensuale Bezugspunkte die rationale Kritisierbarkeit von sozialen Verhältnissen und Interaktionsformen ermöglichen.

Aber auch Autoren der gegenwärtigen Frankfurter Kritischen Theorie, wie aktuell Axel Honneth, welche die kritisch-theoretische Wirklichkeitsprüfung näher an die soziale Praxis bringen wollen und die Empfindsamkeit theoretischer Gesellschaftskritik gegenüber sozialem Protest wiederherstellen wollen, können den Gravitationskräften des Prüfungsmodells der Gesellschaftskritik nicht entkommen. Das Prüfungsinteresse der anerkennungstheoretischen Gesellschaftskritik von Honneth wird just in jenem Aspekt ihrer methodologischen Positionierung schlagend, der das Honneth'sche Projekt als ‚rekonstruktive Kritik‘ weg vom akademischen Prüfungsbetrieb bringen und stärker in realen sozialen Verhältnissen und Erfahrungen von Anerkennung verankern sollte. Die ‚rekonstruktive Kritik‘ will der sozialen Empirie Maßstäbe der Kritik abgewinnen, um eine kritische Prüfung der sozialen Realität mit ihren ‚eigenen‘ Maßstäben zu ermöglichen. Die Artikulation der Stimmen und Lebenslagen unterlegener sozialer Gruppen und Lebensformen ist hier keine eigenständige und primäre Aufgabe der Kritiktätigkeit. Die rekonstruktive anerkennungstheoretische Gesellschaftskritik ist nur insofern an Betroffenheitswissen und Protesterfahrungen interessiert, als diese als verdeutlichende Beispiele das Potenzial theoretisch ausgearbeiteter Prüfinstrumente nunmehr bestätigen.[4]

4. Protest oder Existenzkritik *over the ocean*

Setzt Exzellenzkritik auf komparative Exzellenzsteigerung – besser als Vorgänger und Zeitgenossen die soziale Welt prüfen zu können –, ist die theoretische Gesellschaftskritik, die ich hier als Existenzkritik bezeichne, von dem Anliegen getragen, sozialen Protest zu artikulieren. Kritische Erkenntnispraxis, die beim Protest ansetzt und zu Protest theoretisch

überleitet, zielt darauf ab, die ‚eigene‘ Betroffenheit so zu artikulieren, dass diese geteilte Problemlagen sichtbar macht und als eine ‚gemeinsame‘ Betroffenheit rezipiert wird. Hier wird nicht repräsentativ für andere oder für alle gesprochen, die sich vermutlich in den geprüften Problemlagen befinden. Vielmehr sprechen Existenzkritiker_innen im Singular jede(r) für sich selbst, zumal a priori nicht klar ist, wer alle jene sind, die sich durch die kritische Rede repräsentiert und angesprochen fühlen können. Die Kollektivität der Repräsentierten ergibt sich erst durch die praktischen Resonanzreaktionen auf die kritische Ansprache. Liegt der Schwerpunkt von Exzellenzkritik in der Exzellenz der Prüfung der Welt, fällt der Fokus von Existenzkritiken auf die soziale Existenz von unterdrückten sozialen Gruppen. Anders als Exzellenzkritiken, die die soziale Wirklichkeit einer Prüfung unter universellen, quasi-objektiven und rationalen Anhaltspunkten der Kritik unterziehen, sehen Existenzkritiken ihre Aufgabe darin, verdeckte Realitäten und ‚verstummte‘ Standpunkte zu artikulieren.

Im Epistemologierahmen der ‚normalwissenschaftlichen‘ Sozialforschung haben es theoretische Protestartikulationen nicht leicht. Protestieren oder überhaupt praktisches und politisches Handeln durch Theorie ist unter den Bedingungen der sozialwissenschaftlichen Episteme der Gegenwart alles anderes als selbstverständlich, allgemein zulässig und akzeptiert. Theoretische Existenzkritiken sind nicht in dem Sinne ‚theoretisch‘, wie jene Theoriebildungen es sind, die die epistemologischen Postulate der ‚Normalwissenschaftlichkeit‘ umsetzen und den etablierten wissenschaftlich-disziplinären Sparten zuzuordnen sind. Vielmehr materialisiert sich das veränderte Theorieverständnis in neuartigen theoretischen Diskursformationen und Forschungsrichtungen, die gleichzeitig als kritische Alternativen, aber auch als Misch- und Zwischenformen von Wissenschaftsdisziplinen, großen Theorien und intellektuellen Denktraditionen auftreten. Diese intermediären und interdisziplinären theoretischen Formationen haben nicht die Massivität und Solidität etablierter Wissenschaftszweige, tauchen in ein bereits abgestecktes Terrain des Wissens und verhalten sich als flüchtige Strukturen, die gleichzeitig in verschiedenen Gebieten des etablierten Wissens verortet sein können. Neben der Transdisziplinarität und der Flüchtigkeit der wissenschaftspolitischen Verortung sind *Studies*-Theorien so umfassend und stark mit einem Gegenstandsfeld zusammengewachsen, dass diese auch – zunächst englischsprachig und oft *over the ocean* – danach benannt werden: *Gender, Women, African-American, Postcolonial, Cultural, Black Feminist, Indian Subaltern, Critical Whiteness* oder *Queer Studies*. Gerade aber die thematische Fokussierung von theoretischen Kritikansätzen dieser *Studies* auf die Lage unterlegener sozialer Gruppen fordert zur Übertretung disziplinärer Grenzziehungen und zum Pendeln zwischen wissenschaftlichen Disziplinen, intellektuellen Großtraditionen oder auch kulturellen Gattungen wie Wissenschaft, Literatur und Kunst heraus. Im theoretischen Umfeld dieser *Studies* bilden sich Wissensformen heraus, die wissenschaftsdisziplinäre Zuschnitte sprengen und durch ästhetische, politische und publizistische Argumentationen, Erfahrungsquellen, Verifikationsverfahren und Ausdrucksmittel ‚kontaminiert‘ sind.

5. Die Erkenntnispolitik von Existenzkritik am Beispiel des *Black Feminism* – Protest von unten, Verdeckung und Verstummung

„Existenzkritik“ ist kein neues Idiom und nicht unbekannt. Wichtige Anhaltspunkte und Schnittstellen finden sich in Foucaults einflussreichem Konzept von Kritik (Foucault 2007, Butler 2002). Foucaults Verständnis von Protest als „Entunterwerfung“ ist nicht nur gegen die Objekte und Erträge epistemischer und politischer Setzungen, nicht nur gegen die Regeln, Ordnungen und Grenzen gerichtet, die die Verhältnisse der Unterwerfung und Selbstunterwerfung konstituieren, sondern auch gegen die Produktionsbedingungen, gegen die Genese solcher Regeln, Grenzlegungen, Annahmen, Wahrheiten, Aufmerksamkeiten und Verdeckungen, die hier wirksam und formativ sind. Dennoch bleibt Foucaults Konzept von Kritik ein elitäres und solitäres Protestvorhaben, ein Protest von oben, der den Aufgaben der individuellen Emanzipation, Transformation und persönlichen Selbstverwirklichung verschrieben ist und nicht vor der Aufgabe steht, Protest von unten zu artikulieren.[5] Elitistische Machtkritiken sind danach bestrebt, bestehende (politische, wirtschaftliche, aber auch diskursive und normative) Machtstellungen und Dominanzverhältnisse zu schwächen, was nicht unbedingt zur Stärkung der Position unterlegener Gruppen führt und nicht unbedingt zum *empowerment* solcher Gruppen beiträgt, sondern der Austragung von Macht- und Verteilungskämpfen unter gesellschaftlichen Eliten dient.

Anders ist das Protestverständnis, auf das die theoretische Kritik im Kontext der *Black Feminist Studies* und speziell in den Werken von Patricia Hill Collins aufbaut. Collins' kritisch-theoretisches Projekt führt konkrete Schritte zur theoretischen Austragung von sozialem Protest vor und legt die Akzente der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik auf die Aufdeckung verdeckter Lebensrealitäten und das Geltendmachen verstummter Erkenntnisperspektiven von Migrant_innen. Hier lassen sich drei ineinandergreifende Momente theoretischer Existenzkritik identifizieren: der Protest von unten als spezifische Protestausrichtung von sozial unterlegenen Gruppen, der im Schatten von Protestverständnissen und -praktiken von gesellschaftlichen Eliten steht („talking back to elite discourses“); die epistemische Verdeckung der Lebensrealitäten Schwarzer Frauen in den USA und allgemeiner noch von sozial Unterlegenen („breaking silence to oppression“) und die ‚Verstummung‘ der Erkenntnisperspektiven, Erfahrungsweisen, Problemdiagnosen und Wirklichkeitsdeutungen von sozial Unterlegenen („breaking the oppression of silence“), die durch die theoretische Existenzkritik eine Plattform erhalten und sich artikulieren können.

Protest als „talking back to elite discourses“ (Collins 1998) setzt bei der Selbstaffirmierung jener sozialer Gruppen und Lebensformen an, die sich in und durch „elite discourses“ degradiert, unterworfen oder schlicht zum Schweigen gebracht sehen. Protest von unten und theoretische Existenzkritiken, die diesen Protest artikulieren, zielen weniger auf die Schwächung und den Sturz der Mächtigen ab, sondern umgekehrt liegt ihre primäre Aufgabe darin, die Schwachen zu stärken. Die Aufmerksamkeit und die

Anstrengungen der „heterogeneous Black feminist intellectual traditions“ sieht Collins darin vereint, die Verknennung und Unsichtbarmachung von benachteiligenden, diskriminierenden und ungerechten Lebensrealitäten von Schwarzen Frauen aufzuheben und auch die historisch tradierten, institutionell verfestigten sowie moralisch und epistemologisch begründeten Blockaden ihrer Stimmen zu durchbrechen. Es geht darum, ihnen das intellektuelle Rüstzeug an die Hand zu geben, damit sie sich nicht vor inferiorisierenden (Selbst-)Zuschreibungen beugen müssen und sich als Schwarze Frauen befähigt und ermutigt fühlen, mit einem positiven Selbstverständnis am sozialen Leben zu partizipieren. Nicht die Konstruktion negativer Gegenbilder, sondern die Herausbildung positiver Selbstbilder unterlegener Gruppen steht im Zentrum des theoretischen Interesses und bestimmt auch die thematischen Akzente von theoretischen Existenzkritiken wie jene der *Black Feminist Studies*. Die existenzkritische Sozialforschung hat den Auftrag, selbstaffirmierende Gruppenbilder und ein Wissen zu vermitteln, um die bisher marginal wahrgenommene Geschichte und Kultur der Unterlegenen von einem eigenen Standpunkt aus neu erzählen zu können.

Unsichtbar sind die Lebensrealitäten sozial unterlegener Gruppen, wenn diese durch Wirklichkeitsdefinitionen und Problemdiagnosen elitärer Gruppierungen in der Wissenschaft, Kultur, Politik oder in den Medien überlagert werden, weil diese einflussreicher und lautstarker sind und normierender als die Gegenperspektiven der Betroffenen wirken – daher auch Collins Aufruf zum Protest von unten und „to talk back to elite discourses“. Die Unsichtbarkeit und Verdeckung von Lebensrealitäten sozial unterlegener Gruppen geht auf theoretische Konzepte, Logiken, Methoden und Themensetzungen zurück, die die Lebenslagen von benachteiligten Gruppen bereits so verzerrend und selektiv ‚artikulieren‘, dass aus der Sicht der Betroffenen die Kernaspekte von Benachteiligung und Ungerechtigkeit unangesprochen bleiben und ihre Problemdeutungen ignoriert werden.

Problematisch bei der ‚Verstummung‘ der Stimmen sozial unterlegener Gruppen ist nicht, dass diese gar keine Stimme – politisch, kulturell, wissenschaftlich oder moralisch – besitzen. Der *Black Feminism* positioniert die emanzipatorischen und ermächtigenden Aktionen von „breaking the silence“ gegenüber einer „silence“, die eine reale, gewaltvoll erzwungene Stimmlosigkeit suggeriert.[6] Auch kritische Beiträge der Migrationsforschung weisen auf die verlorenen Sprechpositionen von Migrant_innen durch die Selbstrestringierung von Migrant_innen als Specher_innen hin (Ha/Schmitz 2006, Terkessidis 2004). Problematisch ist das *silencing* vielmehr als Einordnung der Stimmen von Benachteiligten in ein existierendes Machtgefüge, das diese Stimmen ihrer Mitteilungs-, Wirkungs- und Geltungskraft beraubt, diese abwertet, deplausibilisiert, als Idiosynkrasien darstellt, zu Leidenschaften und Affekten degradiert, als mit ‚Schweiß und Blut‘ befleckte Positionen eines „Anderen der Vernunft“ isoliert, als Verletzung von argumentativen und grammatikalischen Regeln disqualifiziert, die bestimmen, wie etwas zu sagen ist und was sich gehört. In den Worten von Mae Henderson: „It is not that black women [...] have had nothing to say, but rather that they have had no say“ (Collins 1998: 44).

6. Verortung und Stoßrichtungen der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik

Abschließend gilt es, die Verortung sowie die thematischen Stoßrichtungen der gesellschaftskritischen Migrationsforschung zu klären. Meine These ist, dass eine gesellschaftskritische Migrationsforschung an der Erkenntnispraxis, an den Epistemologien und Methodologien sowie an relevanten Themen, Theorien und Konzepten feministischer, afroamerikanischer, postkolonialer usw. Existenzkritiken Anschluss finden kann. Zum einen ist zu eruieren, worin die epistemologische Affinität der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik zu den genannten Ansätzen theoretischer Existenzkritik fundiert sein kann. Zum zweiten gehe ich den Theorien und Konzepten aus diversen Ansätzen von Existenzkritik nach, an welche eine gesellschaftskritische Migrationsforschung anknüpfen bzw. aus welchen diese Anregungen beziehen kann.

Was spricht für die These, dass existenzkritische Ansätze des Feminismus, der *African-American, Cultural* oder *Subaltern Studies*[7] ein quasi ‚natürliches‘ Habitat einer migrationstheoretischen Gesellschaftskritik darstellen? Die Affinität gesellschaftskritischer Migrationsforschung zu Ansätzen der Existenzkritik ist in der gesellschaftspraktischen Performanz dieser Strömung kritischer Theorie fundiert. Exzellenz- und Existenzkritik markieren das zwischen Prüfen und Protest eingeschlossene Spektrum kritisch-theoretischer Arbeit. Exzellenzkritik führt die urakademische Tätigkeit des Prüfens aus, etabliert Prüfungsverhältnisse, entwickelt Prüfungsverfahren und wendet in diesen Prüfungskriterien an. Die Rolle des Prüfers oder der Prüferin ist die der/des Überlegenen, Unparteiischen und Distanzierten gegenüber den Geprüften. Prüfende Akteure und Instanzen sind in ihrer machtpolitischen, ökonomischen und kulturellen Ressourcenausstattung privilegiert und dadurch willens und imstande, ihre Lebenslagen, Anliegen und Aussichten als die gesellschaftliche Norm auszugeben und durchzusetzen.

Die ‚objektive‘ soziale Stellung, die zum Prüfen ermächtigt und berechtigt, nehmen Migrant_innen ähnlich wie andere unterlegene soziale Gruppen nicht ein. Migrant_innen sind weder in den Institutionen, die einen Prüfungsauftrag haben, präsent, noch besetzen sie die Positionen prüferischer Tätigkeit. In den Bereichen mit ausgeprägten Prüfungsagenden wie Justiz, Exekutive und Wissenschaft sind Migrant_innen notorisch unterrepräsentiert bzw. nur auf den ‚unteren‘ Stufen vertreten. Wenn Migrant_innen in solche Strukturen Einlass finden, bleiben sie dort fern von den prüferischen Positionen, die in der professionellen Hierarchie für die Manager_innen, hohe Beamte_innen und Expert_innen reserviert sind. Nicht nur aufgrund struktureller Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sondern auch aufgrund dominanter Normen und Erwartungshaltungen[8] sowie aufgrund ihrer häufig fragmentierten Bildungswege und -karrieren kommen Migrant_innen in der Regel nicht in eine Prüferposition gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und auch gegenüber ihren eigenen Lebensrealitäten. Insoweit sie überhaupt in Prüfungssituationen und -praktiken einbezogen sind, gehören sie zu den Geprüften, führen die Listen der *usual suspects*

an, reisen mit Überprüfung ihrer Papiere ein, unterliegen diversen Prüfungen ihrer Lebensverhältnisse, müssen Sprachprüfungen absolvieren, das heißt, sie sind in allen denkbaren alltäglichen und außergewöhnlichen Lebenssituationen Objekte von Prüfungen. Die Positionierung von Migrant_innen in verschiedenen Prüfungsverhältnissen als die Geprüften ergibt sich nicht nur aus ihrer unterlegenen sozialen Stellung, sondern trägt auch wesentlich zur Aufrechterhaltung der sozialen Unterlegenheit von Migrant_innen bei.

Um Kritik qua Prüfung ausüben zu können, müssen Migrant_innen zum einen soziologisch, das heißt in Bezug auf ihre Stellung in den sozialen Opportunitätsstrukturen und beruflichen Hierarchien Positionen mit prüferischen Aufgaben besetzen. Zum anderen hängt aber die Möglichkeit, die Gesellschaft einer kritischen Prüfung zu unterziehen, damit zusammen, ob Migrant_innen auch noch die moralische Stellung beziehen können, die zu prüfender Kritik berechtigt und ermächtigt. An dieser zweiten Bedingung gemessen, sind die Handlungsspielräume von Migrant_innen, als prüfende Kritiker_innen auftreten zu können, eher gering. Einen Großteil jener, die als Migrant_innen in den gegenwärtigen westlichen Aufnahmeländern gelten, befindet sich in einem Zustand normativer Exterritorialität, das heißt jenseits der Geltungsweite von rechtlichen und vor allem moralischen Diskursen, Normen und Verhältnissen. Insofern die soziale und normative Unterlegenheit von Migrant_innen auch die Möglichkeiten zur Einnahme der prüferischen Perspektiven von Exzellenzkritikern verhindert, sprechen solche Unterlegenheiten für die Affinität migrationstheoretischer Kritikdiskurse zur Existenzkritik.

Ein weiterer epistemologischer Aspekt untermauert noch die Affinität zwischen der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik und Existenzkritiken der *Gender, African-American, Cultural, Postcolonial Studies* usw. Die Kehrseite sozialer Unterprivilegierung ist das epistemische Privileg von Unterlegenen, die Realitäten des eigenen Lebens wie auch des sozialen Zusammenlebens so zu sehen, wie dies dominanten und privilegierten Gruppen meist nicht möglich ist (Harding 1991: 150 f.). Die Einlösung dieses perspektivischen Privilegs ist besonders schwierig und riskant angesichts des Umstands, dass dieses ‚Privileg‘ nur um Haaresbreite von der Umkehr in eine Idiosynkrasie entfernt ist. Dominante wissenschaftliche Positionen behaupten nämlich weiterhin, dass das epistemische ‚Privileg‘ von sozial Unterlegenen – ihre eigenen Lebenslagen oder die Gesamtgesellschaft neu und kritisch auszulegen – nichts wert sei, weil die kritischen Erkenntnisse ‚von unten‘ nicht den Kriterien des legitimen Wissenschaftens entsprechen oder diesen gar gezielt widersprechen. Damit das besagte ‚Privileg‘ wirklich produktiv werden kann, müssen gewaltige Aufgaben kritisch-theoretischer Forschung bewältigt werden. Zu diesen Aufgaben gehören für die kritische feministische Erkenntnistheorie und -praxis der Abschied von konventionellen Postulaten der ‚Objektivität‘ und ‚Universalität‘ wissenschaftlicher Erkenntnisse, deren Umdeutung als Resonanzprozesse der Objektivierung und Universalisierung sowie die Rehabilitierung von ‚Partikularität‘ als einzig real zugänglicher Perspektive und von ‚Betroffenheit‘ als einziger erkenntnisbringender Instanz. Migrationstheoretische Kritikansätze sind mit ähnlichen Blockaden der epistemischen Privilegierung von

Migrant_innen seitens der institutionalisierten ‚normalwissenschaftlichen‘ Sozialforschung konfrontiert wie feministische, afroamerikanische oder postkoloniale Kritiktheorien und haben wie diese ähnliche Aufgaben zu lösen.

Thematische Stoßrichtungen der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik

Damit komme ich zu der zweiten der eingangs gestellten Fragen nach den thematischen Stoßrichtungen der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik, aber auch nach den Lern- und Anschlussmöglichkeiten, die sich vor diesem migrationstheoretischen Ansatz in diversen kritischen Theorien und Traditionen abzeichnen. Hier muss ich eine Klärung in eigener Sache vornehmen. Die bisherigen Ergebnisse der erkenntnispolitischen- und -theoretischen Positionierung der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik im Feld gegenwärtiger kritischer Sozialforschung können als generalisierbare Parameter angesehen werden, die auf verschiedene Variationen eines derartigen Kritikansatzes zutreffen würden. Bei den thematischen Richtungen migrationstheoretischer Gesellschaftskritik hingegen handelt es sich um einen konkreten, personalisierten Vorschlag – also um eine konkrete Möglichkeit, kritisch als Migrant und über Migration zu forschen –, der die Abdrücke meiner persönlichen Forschungsinteressen und -sozialisation trägt und keine generalisierbaren Parameter kritischer Migrationsforschung vorgibt.

Migration als soziale Lebensform

Aktuell klafft in den theoretischen und politischen Diskussionen zur Migration in den westlichen Gesellschaften ein Vakuum: Es gibt keinerlei Vorstellung von ‚Migration‘ als sozialer Kollektivität. Wenn Integrationsziele wie die Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Migrant_innen überhaupt noch einen Sinn haben sollen und man die soziale und politische Partizipation von Migrant_innen ernst nimmt, können auch Migrant_innen, wie alle anderen Bevölkerungsgruppen, nur als Kollektivität am demokratischen Mitbestimmungsprozess teilnehmen. Solange sie aber als Kollektivität weder theoretisch noch politisch vorstellbar und ansprechbar sind, kann von politischer Partizipation von Migrant_innen nicht ernsthaft die Rede sein. Mit dem Konzept der ‚sozialen Lebensform‘ erschließen existenzkritische Theorien seit den 1980er Jahren eine Dimension sozialer Kollektivität, die über die institutionell organisierten und theoretisch definierten Formen von Kollektivität wie ‚ethno-kulturelle Gruppe‘, ‚Staat‘, ‚Nation‘, ‚Volk‘ oder ‚Klasse‘ hinausgeht. Feministische, afroamerikanische, postkoloniale, subaltern-theoretische Ansätze machen auf soziale Kollektivsubjekte aufmerksam, die unterhalb der Schwelle politisch handlungsfähiger und historisch relevanter Kollektive liegen. Migration als soziale Lebensform zu konzeptualisieren und auf diese Weise zumindest theoretisch die Unvorstellbarkeit (und das Unerwünschtsein) von Migration als Kollektivität zu erschüttern, würde eine migrationstheoretische Gesellschaftskritik für Theoretiker_innen öffnen, die mit ihren

Forschungen die politischen Agenden und kulturellen Selbstverständnisse der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (NSM) mitgestalten. Eine gute Adresse sind hier die bahnbrechenden Arbeiten zur politischen Philosophie und Anthropologie sozialer Unterdrückung von Iris Marion Young (1990, 2007).

Soziale Lebensformen von Frauen, Behinderten, Afroamerikaner_innen und Homosexuellen werden laut Young durch die verschränkten negativen Einwirkungen diverser ‚Ismen‘ und ‚Phobien‘ formiert, sind für die Betroffenen, wenn überhaupt, negativ erfahrbar – als Entbehrungen, Ungerechtigkeiten, Diskriminierungen und Unterdrückungen. Das Verbindende solcher Protokollektivitäten rührt an erster Stelle von der Faktizität deren Unterdrückung, Diskriminierung, Ausgrenzung und Ausbeutung her und findet sich weniger in Ideen eines ‚guten Lebens‘. Suborganisiert sind die unterlegenen sozialen Lebensformen – Young (2007) bezeichnet sie als „structural social groups“ – , weil hier die Schnittstellen der Solidarität nur potenziell vorhanden sind und noch nicht in geteilte Identitäten, Erfahrungen und Agenden übersetzt sind. Die latente und ‚verstummte‘ Präsenz derartiger Protokollektive unterstreicht die aktivierende und konstitutive Bedeutung theoretischer Existenzkritiken, welche die Potenziale der Kollektivbildung ausloten und aktivieren können und auch die Prozesse der Kollektivbildung initiieren, katalysieren und mitprägen.

Mit der Konzeptualisierung von ‚Migration‘ als soziale Lebensform wird Migration in einen gesellschaftstheoretischen Rahmen gestellt und ‚Migrant_in‘ nicht nur als identitäre Kategorisierung, sondern als soziale Realität untersucht. Migration als eine soziale Lebensform zu analysieren, lenkt den Blick darauf, dass ‚Migration‘ in den gegenwärtigen westlichen Aufnahmegesellschaften ein Topos in der Landschaft sozialer Machtverhältnisse ist, der systemnotwendig ist, aber als solcher gleichzeitig übersehen und entproblematisiert wird. Wer sich im Gravitationsbereich der Lebensform der Migration befindet, ist multiplen Belastungen ausgesetzt, deren Intensität über die Intersektionen verschiedener Dominanzverhältnisse kontinuierlich zunimmt und deren Wirkungen und Nachwirkungen sich historisch und intergenerationell akkumulieren. Die Akkumulationen migrantischer Benachteiligung stellen die Nachfahren von Migrant_innen vor vollendete Tatsachen und werden durch Begriffe wie ‚Migrationshintergrund‘ sprachlich registriert.

Diskriminierung

Die kritische Rassismusforschung der *African-American Studies* ist für die Analyse von Diskriminierung eine auf ähnliche Weise unverzichtbare Quelle wie der Feminismus für die Epistemologie theoretischer Existenzkritik. Die afroamerikanische Rassismusforschung kann auf eine lange und vielfältige intellektuelle Geschichte zurückblicken. Diese Tradition umspannt ein breites Forschungsprogramm von psychologischen Untersuchungen zum Kernthema der „double consciousness“, das auf W. E. B. Du Bois als geistigen Vater dieser intellektuellen Tradition zurückgeht, über sozialanthropologische Arbeiten zum „Alltagsrassismus“ (Essed 1991) bis hin

zu kultur- und gesellschaftskritischen Analysen, die Diskriminierung und Rassismen als das strukturbildende Moment der Modernisierung westlicher Gesellschaften ausmachen (Goldberg 2002).

Von solchen Analysen kann die Migrationsforschung beispielsweise lernen, dass just die Konditionen, die den Angehörigen von gesellschaftlichen Mehrheiten und von dominanten Gruppen positive Identitätsbildung, gelingende Sozialisation und persönliche Selbstverwirklichung ermöglichen, von Angehörigen diskriminierter Gruppen vor allem von ihren Schatten- und repressiven Seiten erlebt und thematisiert werden. Aus der Sicht unterlegener Gruppen wie Afroamerikaner_innen, Frauen oder Migrant_innen sind gerade in den Verhältnissen positiver Vergesellschaftung (‘positiv’ für alle außer ihnen) Mechanismen von Unterdrückung, Degradierung und Deprivierung angelegt, die sie in eine unterlegene Position versetzen und ihre Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten einschränken. Migrant_innen befinden sich einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Mehrheitsgesellschaften und den Institutionen der Staaten, die sie aufgenommen haben, mit dem Ergebnis, dass sie nicht unter einer „vorenthaltenen Anerkennung“ (Honneth) leiden, sondern mit einer negativen, abwertenden Anerkennung als Unterlegene, Nichtberechtigte, Minderwertige etc. konfrontiert sind.

Verspätung

Eine weitere Dimension der migrantischen Lebensform kann mit Rekurs auf die zeitsoziologische Kapitalismuskritik von Hartmut Rosa (2005) erforscht werden. An der Schnittstelle zwischen Migration und spätkapitalistischer Ökonomie zeichnet sich die ‚Verspätung‘ von Migrant_innen als eine systembedingte Problematik ab (vgl. hierzu auch Kaloianov 2012). Damit ist die Tatsache gemeint, dass etwa Migrant_innen der ersten Generation als Jugendliche oder Erwachsene in eine neue Gesellschaft kommen und erst verspätet damit beginnen können, gewisse Optionen eines in den Aufnahmegesellschaften strukturell festgelegten und kulturell normierten Lebensablaufs wahrzunehmen. Bildungs- und Arbeitschancen sowie die private Lebensführung betreffende Entscheidungen (wie z.B. die, eine Familie zu gründen) sind in strukturellen Arrangements und kulturellen Verständnissen zeitlich fixiert. Sie müssen zum richtigen Zeitpunkt getroffen werden und brauchen außerdem selbst Zeit, um realisiert zu werden. Dieser Umstand stellt zum einen Migrant_innen vor existenzielle Notlagen und zum anderen sie und die aufnehmenden Gesellschaften vor ein mit den konventionellen Mitteln der Chancengleichheit und Gleichberechtigung schier unlösbares Gerechtigkeitsproblem.

Gerechtigkeit

Will die migrationstheoretische Gesellschaftskritik in der Lage sein, die depravierenden Existenzbedingungen von Migrant_innen wie Diskriminierung, Dequalifizierung oder die ‚Verspätung‘ als Ungerechtigkeiten zu identifizieren oder Migrant_innen als eine moralisch berechtigte und anspruchsvolle Kollektivität zu denken, sollte sie sich auch mit Fragen

der sozialen Gerechtigkeit befassen. In Anschluss an Axel Honneths Gerechtigkeitskritik (Honneth 2004) lassen sich migrationstheoretisch die Dominanz der Egalitätsmetrik sozialer Gerechtigkeit und speziell die Prinzipien der Gleichberechtigung und Chancengleichheit, welche die integrationstheoretischen und -politischen Diskurse dominieren und als Rechtfertigung von nationalen Programmen bis hin zu kleinsten Vereins- und Projektförderungen dienen, infrage stellen. Mit der Fokussierung von Gerechtigkeitsdiskursen und -politiken auf distributive und prozedurale Fragen erweisen sich die dominanten egalitaristischen Gerechtigkeitsmodelle für die gegenwärtigen Migrationsgesellschaften als unzureichend. Im Gegenzug stellt Honneths Gerechtigkeitskritik Kriterien und Argumentationen bereit zur normativen Überprüfung der Gerechtigkeit von Migrationsgesellschaften. Diese messen der Realität von Chancen und Rechten einen größeren Wert bei und weiten das Spektrum der *stakes* von Gerechtigkeit über materielle Ressourcen und Rechte hinaus auch auf Identitäten oder Fähigkeiten aus. Zudem machen sie auf eine schleichende Ideologisierung von Gerechtigkeitsprinzipien und -logiken aufmerksam.

7. Die migrationstheoretische Kritikperspektive als atopische Kritik

Die migrationstheoretische Gesellschaftskritik stößt in verschiedene thematische Richtungen vor, durchkreuzt verschiedene wissenschaftliche Disziplinen, theoretische Traditionen sowie kritik-theoretische Ansätze, lernt von diesen und eignet sich diese für die Theoretisierung der migrantischen Lebensform an. Solche epistemologischen und thematischen Aspekte positionieren sie außerhalb des Spektrums, das die Optionen der utopischen, auf transzendente Gesellschaftszustände und Wertungsmaßstäbe vorgreifende Gesellschaftskritik und die der immanenten, von der gelebten Gesellschaftspraxis korrektiv herausgreifenden Gesellschaftskritik umfasst (Forst 2009, Stahl 2013). Die utopischen (Habermas, Forst) und immanenten (Honneth) Verästelungen der gegenwärtigen Frankfurter Kritischen Theorie gehen nur bei der Frage auseinander, auf welche Weise die normativen Referenzen zu gewinnen sind, mit denen eine gesellschaftstheoretische Kritik die soziale Welt prüfen kann. Die prüferische Ausrichtung von Kritik steht aber für beide außer Frage. Die migrationstheoretische Gesellschaftskritik fügt sich in ein solches Schema nicht ein. Für sie stellt sich nicht die Frage woher man die Prüfungsmaßstäbe gewinnt – von außen (der Welt der Ideen und Zukunftsvisionen) oder von innen (der Welt der gelebten sozialen Praxis) –, um kritisch prüfend agieren zu können.

Dem Spektrum utopische versus immanente Kritik kaum zuordbar, lässt sich die migrationstheoretische Gesellschaftskritik auch nicht in dem anderen, bereits angesprochenen Koordinatensystem kritischen Wissens – jenes der Kritik von oben, mit der sich die konkurrierenden Eliten gegenseitig bekämpfen (Foucault), und der Kritik von unten, die die Schwachen stärken will (Collins) – eindeutig verorten. Nicht die Exzellenz der prüferischen Eingriffe und auch nicht der Sturz gesellschaftlicher Eliten und deren Wirklichkeitskonzeptionen ist für den kritischen Impuls der

migrationstheoretischen Gesellschaftskritik richtungsweisend, sondern die Aufgabe, verdeckt gehaltene und verzerrt wahrgenommene Existenzlagen von Migrant_innen sowie deren ‚verstummte‘ Erkenntnisperspektiven und Erfahrungswelten zu artikulieren. Diese Artikulationen nimmt die migrationstheoretische Gesellschaftskritik von einer vielfach atopischen erkenntnispolitischen und -theoretischen Position aus vor.

- a) Erstens ist dieser Kritikansatz atopisch, weil er selbst in der Welt der Wissenschaft überall und nirgendwo zuhause ist und seine theoretischen Bezüge aus diversen Bereichen der Sozialwissenschaften stammen. Dies profiliert die migrationstheoretische Gesellschaftskritik als eine polyglotte und interdisziplinäre Theorie, die sich die konzeptuellen und argumentativen Werkzeuge sowie die Logiken und Befunde diverser *Studies* und Disziplinen aneignet und zwischen diesen hin- und herpendelt. Die thematischen und epistemologischen Schwerpunktsetzungen dieses Kritikansatzes ergeben sich nicht aus der Treue zu einem spezifischen akademischen Fach, sondern folgen den Bruchlinien der existenziellen Betroffenheiten durch Migration und der Migrant_innen. Der Objektbezug steht vor der disziplinären Zugehörigkeit und Traditionstreue. Die erkenntnispolitische Konsequenz daraus ist, dass der migrationstheoretische Kritikansatz keine Traditionspflege oder scholastische Begriffstüftelei betreibt, sondern sich zwischen verschiedenen Disziplinen, Theorien, Sprachen und Themengebieten bewegt und sich aus diesen jeweils diejenigen Elemente ‚herauspickt‘, die seinen existenzkritischen Auftrag am besten zu erfüllen helfen.

Die Unsichtbarmachung der Lebensrealitäten sowie die ‚Verstummung‘ der Standpunkte von Migrant_innen gehen weder auf eine einzige Quelle in der Politik, der Wissenschaft oder in den Medien zurück, noch resultieren sie aus der Einnahme einer einzigen disziplinären Perspektive auf Migration (sei diese rechtlich, soziologisch, politologisch, philosophisch, liberal oder konservativ). Dies legt nahe, auch die kritische Migrationsforschung als ein theoretisch polyglottes, disziplinär hybrides und thematisch multifokales Programm anzulegen, das zur Sichtbarmachung ignorierteter Lebensrealitäten von verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen und kritischen Theorien Gebrauch macht und sich gezielt in disziplinärer Unbeugsamkeit übt. Die Polyphonie und Hybridität der Theoriebildung ist nicht nur sachlich begründet, sondern hat auch eine strategische Bedeutung. Mehr Blickwinkel und Stimmen zu einem Thema einzubeziehen, kann die Plausibilität von Positionen erhöhen, die zuvor weitgehend ungehört und marginalisiert waren. Die Polyphonie steigert die Reichweite möglicher Resonanzen und in politischer Hinsicht die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Solidarisierungen kommt. Während aber der polyglotte Aufbau und die transdisziplinäre Beweglichkeit für die Herausbildung resonanzfähiger kritischer Perspektiven förderlich sein können, behindern solche Eigenheiten eher die institutionelle Inkorporierung dieses Wissens in den weiterhin eher streng disziplinär gegliederten akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb. Die guerillaartige Beweglichkeit und Unverortbarkeit der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik verringert ihren *science-appeal*. Die einzelnen Versatzstücke dieses existenzkritischen

Theoriediskurses sind breit gestreut, nicht als kohärentes System aufbereitet und an alternative epistemologische Verständnisse (von Partikularität, Betroffenheit und Resonanz) geknüpft, denen das Stigma wissenschaftlicher Minderwertigkeit anhaftet. Als theoretische Artikulation von Lebensrealitäten und Standpunkten, die durch institutionelle Diskurse und Handlungspraktiken von Politik, Wissenschaft und Medien ausgeblendet und ungern gesehen bzw. gehört werden, kann eine migrationstheoretische Gesellschaftskritik ihre volle Schlagkraft nur dann entfalten, wenn zur Untersuchung der Intersektionen und der Akkumulation benachteiligender Lebensrealitäten von Migrant_innen gleichzeitig verschiedene sozialwissenschaftlichen Standorte eingenommen werden und sie sich als eine polyglotte, transdisziplinäre und multifokale und in diesem ersten Sinne atopische kritische Theorie verhält.

- b) Zweitens wirkt die migrationstheoretische Gesellschaftskritik atopisch nicht nur wegen ihres epistemischen und theoriepolitischen Vorgehens. Neben der atopischen Erkenntnispraxis präsentiert sich auch der Erkenntnisgegenstand der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik als atopisch. Insofern der *stake* dieses Forschungsansatzes nicht die forschersche Exzellenz ist, sondern die existenziellen Notlagen von Migrant_innen sind, ist er durchaus mit ‚deplatzierten‘ Themen befasst und hat ebenso atopische Erkenntnisse zum Ergebnis. Die atopische Erkenntnisstrategie der Beweglichkeit, Multifokalität und der theoretischen Polyglossie scheint die angemessene, wenn nicht die einzig mögliche Zugangsweise zu Themen zu sein, die atopisch in dem Sinne sind, dass sie aus dem Fokus von Wissenschaft und Politik in der Regel verbannt sind (und wenn sie denn vorkommen, dann allenfalls als Marginalien). Die migrationstheoretische Gesellschaftskritik dagegen artikuliert verdeckte Lebensrealitäten und Problemlagen von Migrant_innen, die als solche nicht benannt, wahrgenommen, wissenschaftlich erforscht, moralisch anerkannt und politisch behandelt werden, und stärkt über deren kritisch-theoretische Erschließung das Handlungspotenzial von Migrant_innen.[9]

Das letzte Moment macht auf einen weiteren Aspekt der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik aufmerksam. Diese ist insofern eine Kritik von unten, als sie an erster Stelle darauf abzielt, die Handlungsfähigkeit von Migrant_innen zu stärken. Weitgehende Veränderungen der Aufnahmegesellschaft sind erst dann zu erwarten, wenn Migrant_innen als vollwertige und handlungsfähige Akteure in den Bereichen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Kultur auftreten und akzeptiert werden. Diese erkenntnispolitische Priorität hat auch zur Konsequenz, dass nicht nur die Themen der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik atopisch sind. Insofern die Erkenntnisse dieser Forschung vornehmlich an sozial Unterlegene – das heißt Diskriminierte, Ausgegrenzte und Marginalisierte – adressiert sind und an erster Stelle ihrer affirmativen Selbstverständigung und Selbstorganisation als Kollektivität dienen, wirken auch die Forschungsergebnisse dieses Kritikansatzes deplatziert und sind vor die Herausforderung gestellt, ihren Platz auf den theoretischen Landkarten, kulturellen Topologien und politischen Nomenklaturen erst zu

erringen. Die migrationstheoretische Gesellschaftskritik ist gerade der Versuch, den ausgeblendeten Lebensrealitäten und ‚verstummt‘ Problemauffassungen von Migrant_innen Aufmerksamkeit und Geltung zu verschaffen.

- c) Als atopisch präsentiert sich die migrationstheoretische Gesellschaftskritik drittens auch dadurch, dass die Subjekte, die potenziellen Autor_innen und Adressat_innen dieser theoretischen Position, nur eine marginale Präsenz in den gesellschaftlichen Opportunitätsstrukturen haben. Selbst in den Institutionen der Wissenschaft, die kritisches Theoriewissen fördern, zusammenführen und disseminieren, müssen sich die Vertreter_innen einer kritischen migrationstheoretischen Erkenntnispraxis mit einem ‚Outsider-within-Status‘ begnügen. Für die Herausbildung gesellschaftskritischer migrationstheoretischer Erkenntnispositionen hat diese ‚Outsider-within-‘ und ‚Outsider-without-Situierung‘ von Migrant_innen und kritischen Migrationsforschenden in den gesellschaftlichen und speziell in den akademischen Opportunitätsstrukturen die Konsequenz, dass die Subjekte migrationstheoretischer Ansätze durch ihre Kritik und Interventionen nichts zu verlieren haben, sondern nur gewinnen und ihre soziale und berufliche Situation verbessern können.

Endnoten

- [1] Der vorliegende Text gibt einige der zentralen Thesen meiner Arbeit *Kritik und Migration. Eine Studie* wider, die demnächst in Buchform erscheinen wird.
- [2] Die ‚normalwissenschaftliche‘ Sozialforschung registriert positive Faktenlagen, löst die untersuchten Phänomene in „einzelne, subjektunabhängige kontrollierbare Variablen“ (Bonß 1982: 102) auf, und wälzt über die üblichen Schritte von „Begriffsbildung, Operationalisierung und Messung“ (ebd.: 113) die normativen Bindungen und Erfahrungszusammenhänge der sozialen Wirklichkeit nieder, um „die zu erklärende Wirklichkeit [...] nicht mehr als eine in ihrer konkreten Gegenständlichkeit bestimmte, lebensweltlich vorgegebene Struktur [...] sondern als einen abstrakten Raum von Möglichkeiten“ in den Blick zu bekommen, „deren sinnhafte Verknüpfung über die Wahrscheinlichkeit ihres Auftretens definiert wird“ (ebd.: 88).
- [3] Sozialtheoretische Exzellenzkritik wird hier durch die gegenwärtige Kritische Theorie der Frankfurter Schule vorgestellt, weil deren Theorien und Konzepte, anders als jene der älteren Frankfurter Kritischen Theorie, in diversen sozialwissenschaftlichen Disziplinen intensiv bemüht werden und auch beim Ausformulieren von Forschungsfragen und Forschungsaufgaben in verschiedenen Themenfeldern der gegenwärtigen Sozialforschung zur Anwendung kommen. Zum intergenerationellen Wandel der Frankfurter Kritischen Theorie vgl. Bonß/Honneth 1982.
- [4] „In einer solchen ‚rekonstruktiven Kritik‘ werden mithin den gegebenen Institutionen und Praktiken nicht einfach externe Maßstäbe entgegengehalten; vielmehr werden dieselben Maßstäbe, anhand derer jene überhaupt erst aus der Chaotik der sozialen Wirklichkeit herausgehoben wurden, dazu genutzt, um ihren mangelhafte, noch unvollständige Verkörperung der allgemein akzeptierten Werte vorzuhalten“ (Honneth 2011: 28).
- [5] In den Niederungen der sozialen Praxis ist Foucaults Theorie der Entunterwerfung nur im Plural, nur durch kollektive Anstrengungen konsequent durchzuführen. Will aber das Programm zur Entunterwerfung nicht nur eine theoretisch vorgetragene Geste bleiben und in die soziale Praxis übergehen, ist das Entunterwerfen als solitärer Aktivismus undenkbar, steht das Umschlagen in eine kollektive Handlungspraxis als einzige Alternative offen (Loick 2009).

- [6] „By speaking out formerly victimized individuals not only reclaim their humanity, they simultaneously empower themselves by giving new meaning to their own particular experiences. Racism, poverty, sexism, and heterosexism all harm their victims. For individuals healing from this harm by making one's experiences and point of view public remains one of the most fundamental contributions of breaking silence" (Collins 1998: 48).
- [7] Hier muss ich an das unvermeidliche etc. dieser Auflistung der diversen *Studies* als Werkstätten theoretischer Existenzkritik erinnern.
- [8] Die Überraschung, Migrant_innen an Spitzenpositionen zu erleben oder mit Top-Leistungen zu verbinden, geht in Ländern wie Deutschland oder Österreich größtenteils auf die hintergründige Erwartung einer für „natürlich“ gehaltenen, unverrückbaren, vielfach untermauerten Unterlegenheit von Migrant_innen zurück.
- [9] In diesem Sinne tangiert das Atopische der migrationstheoretischen Gesellschaftskritik das ‚Utopische‘ der Gesellschaftskritik, auf die Herbert Marcuse hinweist. Das ‚Utopische‘ ist für Marcuse „nicht mehr das, was ‚keinen Ort‘ hat und im historischen Universum auch keinen haben kann, sondern vielmehr das, was durch die Macht der etablierten Gesellschaften daran gehindert wird, zustande zu kommen“ (Marcuse 2008: 15 f.).

Autor_innen

Radostin Kaloianov ist Sozialphilosoph. Seine Forschungsschwerpunkte sind Integration, Migration, Diskriminierung, Gerechtigkeit, kritische Sozialforschung und Affirmative Action für Migrant_innen. Derzeit arbeitet er als Referent für Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit von Interface Wien.

R.Kaloianov@gmx.at

Literatur

- Boltanski, Luc / Chiapello, Eve (2005): *The New Spirit of Capitalism*. London: Verso.
- Bonß, Wolfgang (1982): *Die Einübung des Tatsachenblicks*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bonß, Wolfgang / Honneth, Axel (1982): Einleitung: Zur Reaktualisierung der kritischen Theorie. In: Wolfgang Bonß / Axel Honneth (Hg.), *Sozialforschung als Kritik. Zum sozialwissenschaftlichen Potential der Kritischen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 7-31.
- Butler, Judith (2002): What is Critique? An Essay on Foucault's Virtue. In: David Ingram (Hg.), *The Political: Readings in Continental Philosophy*. London: Basil Blackwell, 212-229.
- Collins, Patricia Hill (1998): *Fighting Words: Black Women and the Search for Justice*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Demirović, Alex / Bojadžijev, Manuela (Hg.) (2002): *Konjunkturen des Rassismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Essed, Philomena (1991): *Understanding Everyday Racism. An Interdisciplinary Theory*. London u. a.: Sage.
- Forst, Rainer (2009): Der Grund der Kritik. Zum Begriff der Menschenwürde in sozialen Rechtfertigungsordnungen. In: Rahel Jäggi / Tilo Wesche (Hg.), *Was ist Kritik?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 150-164.
- Forst, Rainer (2011): *The Grounds of Critique. On the Concept of Human Dignity in Social Orders of Justification*. Normative Orders Working Paper Nr. 1/2011, Frankfurt a. M., unter: <http://www.normativeorders.net/de/publikationen/working-paper>.
- Foucault, Michel (2007): What is Critique? In: Sylvère Lothringer (Hg.), *The Politics of Truth*. Los Angeles: Semiotext(e), 41-83.
- Goldberg, David Theo (2002): *Racist Culture. Philosophy and the Politics of Meaning*. Malden u.a.: Blackwell.

- Ha, Kien Nghi / Schmitz, Markus (2006): Der nationalpädagogische Impetus der deutschen Integrations(dis)kurse im Spiegel post-/kolonialer Kritik. In: Paul Mecheril / Monika Witsch (Hg.), *Cultural Studies und Pädagogik. Kritische Artikulationen*. Bielefeld: Transcript Verlag, 225-262.
- Habermas, Jürgen (1983): *Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm*. In: Jürgen Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (2009): Zur Architektonik der Diskursdifferenzierung. In: Jürgen Habermas, *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 84-106.
- Haraway, Donna (1988): Situated knowledges: The science question in feminism and the privilege of partial perspective. In: *Feminist Studies* 14/3, 575-599.
- Harding, Sandra (1991): *Whose Science? Whose Knowledge?* Ithaca: Cornell University Press.
- Honneth, Axel (2000): Rekonstruktive Gesellschaftskritik unter genealogischem Vorbehalt. Zur Idee von ‚Kritik‘ in der Frankfurter Schule. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 48/5, 729-738.
- Honneth, Axel (2004): Recognition and justice. Outline of a plural theory of justice. In: *Acta Sociologica* 47/4, 351-365.
- Honneth, Axel (2011): *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Kaloianov, Radostin (2012): Verspätung als migrantische Problemlage. Eine Randbemerkung. In: Julia Dahlvik / Heinz Fassmann / Wiebke Sievers (Hg.), *Migration und Integration: wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich*. Göttingen: Unipress, 163-176.
- Latour, Bruno (2004): Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern. In: *Critical Inquiry* 30/2, 225-248.
- Loick, Daniel (2009): Can I interfere in your crisis? Das poplinke Versprechen und die Kritik von Lebensformen: ein Verfahrensvorschlag. In: *Diskus* 1/2009, 17-22.
- Marcuse, Herbert (2008): *Versuch über die Befreiung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Mecheril, Paul / Varela, Maria do Mar Castro (2011): Migration. In: Susan Arndt / Nadja Ofuatey-Alazard (Hg.), *Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk*. Münster: Unrast Verlag, 154-177.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rosa, Hartmut (2009): Antagonisten und kritische Integrationisten oder: Wie gehen wir mit dem verdorbenen Kuchen um? In: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa (2009): *Soziologie-Kapitalismus-Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 265-280.
- Scott, James (1990): *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*. New Haven/London: Yale University Press.
- Stahl, Titus (2013): *Immanente Kritik. Elemente einer Theorie sozialer Praktiken*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. MigrantInnen zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Young, Iris Marion (1990): *Justice and the Politics of Difference*. Princeton (NJ): Princeton University Press.
- Young, Iris Marion (2007): Structural injustice and the politics of difference. In: Kwame Anthony Appiah / Seyla Benhabib / Iris Marion Young / Nancy Fraser (2007), *Justice, Governance, Cosmopolitanism, and the Politics of Difference. Reconfigurations in a Transnational World. Distinguished W.E.B. Du Bois Lectures*. Berlin: Humboldt-Universität Berlin, 79-116.
- Walzer, Michael (1993): *Kritik und Gemeinsinn. Drei Wege der Gesellschaftskritik*. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Williams, Raymond (1976): *Keywords: A Vocabulary of Culture and Society*. New York: Oxford University Press.

Migration Studies as Critical Social Theory

The article attempts to work out a critical-theoretical position of migrants and towards key problems of contemporary societies of migration. In particular it is an analysis of different pathways of contemporary critical theoretical scholarship and an evaluation of their impact and importance to the formation of a critical-theoretical viewpoint of migrants.

Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘

Noa Ha

Zusammenfassung: Kolonialismus ist in den Städten Europas auf vielfältige Weise für die Produktion von Raum auch heute noch von hoher Relevanz. Eine dekoloniale Perspektive bietet daher einen theoretischen Zugriff, mit dem die Zusammenhänge der Produktion von Stadt und Rassismus – als ein wesentliches Erbe des Kolonialismus – verdeutlicht werden können. Davon ausgehend, dass sich Rassismus neben anderen Regimen der Subjektivierung und Unterwerfung (Geschlecht, Sexualität, *ableism*[1]) in die koloniale Matrix gesellschaftlicher Verhältnisse eingeschrieben hat, plädiert dieser Artikel für eine sorgfältige Revision der epistemischen Prämissen der Stadtforschung und fordert die Perspektiven kolonialer Subjekte (Grosfoguel 2003) ein, was in diesem Aufsatz unter dem Begriff der ‚urbanen Dekolonisierung‘ thematisiert wird (vgl. zu Perspektiven der Dekolonisierung in der europäischen Soziologie Gutiérrez Rodríguez et al. 2012). Zum einen wird der konzeptuelle Rahmen der europäischen Stadt untersucht, um diesen dahingehend zu überprüfen, inwieweit er eine eurozentristische Geschichtsschreibung und orientalistische Zuschreibungen enthält. Zum anderen ziehe ich das Konzept der ‚Contact Zone‘ von Marie Louise Pratt heran, um die vorab ausgeführten Implikationen der europäischen Stadt in ihrer Relevanz für die Herstellung kolonialer Verhältnisse im städtischen Kontext zu untersuchen. Als empirische Beispiele dienen der Protest von Flüchtlingen im öffentlichen Raum und der Fall des Humboldt-Forums in Berlin.

Ersteinreichung: 6. Mai 2013; Veröffentlichung online: 5. Mai 2014

An english abstract can be found at the end of the article.

Einleitung

Ich bin eine Frau of Color[2], in Deutschland geboren, mit postkolonialem Migrationshintergrund in der zweiten Generation. Die Erfahrung des Kolonisiertwerdens durch die europäischen Kolonisatoren ist nicht nur eine Episode in der Vergangenheit meiner Familiengeschichte, sondern ein Kontinuum. Es gehört zu einem verworfenen Erbe, das seinen Ausdruck in den verschiedenen Biographien meiner über die ganze Welt zerstreuten Familie sowohl in den Städten des Globalen Südens als auch denen des Globalen Nordens findet. Es besteht fort in den vielen unausgesprochenen Geschichten, den heimlichen Entscheidungen sowie den Namensgebungen in den Familien.

Ich wurde als *gemischtes* Kind in ein farbenblindes Vakuum hineingeboren, in dem die Geschichte und die Geschichten vom Kolonialismus nicht erzählt wurden. Dort gab es nichts und niemanden, der/die mir sagte,

woher ich kam, keine angemessene Sprache und auch keinen Ort, den ich bewohnen konnte – aber dort wurde seit meiner Kindheit die Frage an mich gerichtet: Wo kommst Du wirklich her? Als junger Mensch konnte ich die koloniale Logik dieser Frage noch nicht begreifen. Eine Frage, die mich immer wieder auf eine entfremdete Position verwies.[3] Ich nahm an, dass mein Fremd(geworden)sein eine selbstverständliche Differenz war, dass ich nicht hier_her gehörte. Daher begab ich mich auf eine Reise, um zu sehen, woher ich ‚wirklich‘ kam. Als junge Frau reiste ich nach Jakarta, um meine Familie zu besuchen.

Jakarta ist eine Stadt, die im ‚Westen‘ als Megacity bezeichnet wird. Und ich erinnere mich lebhaft daran, wie ich in einem klimatisierten Auto von einem Shoppingcenter zum nächsten gebracht wurde. Ich wurde wie ein Gast aus dem ‚Westen‘ behandelt, von dem man annahm, dass ein Stadtbesuch mit einer Einkaufstour in einer großen und modernen Mall gleichzusetzen ist. Da ich von den artifiziellen Konsumhallen nicht wirklich begeistert war, fragte ich nach der ‚echten‘ Stadt. Also brachte mich meine Familie auf meine wiederholte Bitte hin zum ‚Stadtzentrum‘. Und dort stand ich nun, mitten auf dem Stadtplatz von Batavia. Ein städtisches Ensemble, erbaut von den damaligen Kolonisatoren von ‚Niederländisch-Indien‘, bestehend aus Rathaus, Museum, Kirche und Postamt, alles um einen Stadtplatz herum versammelt. Das Museum war voller kolonialer Erinnerungen und präsentierte Weltkarten, auf denen die Hierarchien der Rassen[4] abgebildet waren. Den Kolonisatoren wurde, wenn auch unter einer leichten Staubschicht, scheinbar unreflektiert erinnert. Meine Familie hatte mich zum kolonialen Stadtkern von Batavia gebracht. Und ich musste lernen, dass meine Vorstellung von der ‚echten‘ Stadt auf denen der europäischen Stadt beruhte. Eine Vorstellung, die mit den kolonisierenden Nationen über den Globus exportiert und als erzieherisches, repräsentatives und kontrollierendes Stadtmodell errichtet wurde.

Obwohl postkoloniale Theorieansätze mit den Prozessen der formellen Entkolonisierung entstanden und seit den 1970er Jahren im anglophonen Sprachraum vielfältig diskutiert und adaptiert worden sind, haftet der deutschsprachigen postkolonialen Auseinandersetzung auch in der Stadtforschung eine gewisse Schwerfälligkeit an. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird in Deutschland – und anderen europäischen Staaten – entlang der Frage von ‚Migration‘ und ‚Integration‘ ein gesellschaftliches Verhältnis festgeschrieben, das auf der hierarchisierten Differenz zwischen Menschen entlang rassifizierender und ethnisierender Kategorien basiert und das diese Differenz zwischen ‚normal‘ und ‚anders‘ essentialisiert.

Da Rassismus und Kolonialismus in der historischen Genese eng miteinander verbunden sind, benötigt eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Festschreibungen sowohl einen rassismuskritischen als auch einen dekolonialen Ansatz. Daher plädiere ich in diesem Beitrag für eine kritische Auseinandersetzung mit den kolonialen Hinterlassenschaften in der deutschsprachigen Stadtforschung. Für diese Auseinandersetzung wähle ich den Begriff der ‚urbanen Dekolonisierung‘, was ich im Folgenden noch weiter begründen und ausführen werde. Zunächst wird der konzeptuelle Rahmen der europäischen Stadt untersucht, um die potenziellen Implikationen einer eurozentristischen Geschichtsschreibung und

die Kontinuität orientalisierender Differenzierungen offenzulegen. Des Weiteren ziehe ich das Konzept der ‚Contact Zone‘ (Kontaktzone) von Marie Louise Pratt heran, um die vorab ausgeführten Implikationen der europäischen Stadt in ihrer Relevanz für die Herstellung kolonialer Verhältnisse im städtischen Kontext zu untersuchen. Als empirisches Beispiel dienen mir hier die schon seit Jahren anhaltenden Kämpfe von geflüchteten Menschen in der Bundesrepublik um ein Bleiberecht und speziell die öffentlichen Auseinandersetzungen darum in der Hauptstadt Berlin. Darüber hinaus zeige ich am Beispiel des Humboldt-Forums und dem anvisierten Umzug der Sammlung des Ethnologischen Museums aus der Berliner Peripherie ins Zentrum (Berlin-Mitte), wie schwierig sich immer noch im 21. Jahrhundert eine Debatte über Kolonialismus und nationale Repräsentation in Deutschland gestaltet.

Rassismus als Kolonialität der Macht

Ein Blick in die Kolonialgeschichte der europäischen Nationen verweist auf die Plünderungen der Welt, auf denen die Errichtung der europäischen Metropolen basiert (Osterhammel 1995). Die Massivität der Stein gewordenen Profite nicht nur in Paris, London und Madrid bringen Geschichten zum Sprechen, die aus den europäischen Geschichtsschreibungen in die Marginalien gedrängt wurden und immer noch werden (Stuart 2012). Sie verweisen aber auch auf die Möglichkeit, das Unmögliche zum Sprechen zu bringen, Geschichten zu wenden und Perspektiven auf *die* eurozentristische Geschichte zu ‚dezentrieren‘, infrage zu stellen und eine neue Geschichtsschreibung einzufordern.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts scheint die formelle Entkolonialisierung weltweit fast abgeschlossen zu sein. Dennoch zeugen die fortbestehenden Abhängigkeiten des Globalen Südens vom Globalen Norden, die zähe Dauerhaftigkeit von Rassismus in westlichen Gesellschaften und das anhaltende Schweigen der ehemaligen Kolonisatoren zu ihren Verbrechen vom unabgeschlossenen Prozess der Dekolonisation. Rassismus kann daher nicht als individuelles Problem (als Vorurteil oder als Angst), sondern muss als eine koloniale Erfindung, die Menschen markiert, differenziert und hierarchisiert, begriffen werden. Das im folgenden vorgestellte Konzept der ‚Kolonialität der Macht‘ führt hier eine Denkschule aus Lateinamerika ein. Inspiriert von den *Indian Subaltern Studies* gründeten sich die *Latin American Subaltern Studies*, um die Bedeutung von Subalterität, Unterdrückung und Kolonisierung für den lateinamerikanischen Kontext zu diskutieren. Darüber hinaus bildeten sich weitere Forschungszusammenhänge wie das ‚Latin American Modernity/Coloniality Research Program‘, in denen der Zusammenhang von Kolonialismus, Macht und Rassismus aus der Perspektive der akademisch Marginalisierten reflektiert und konzeptualisiert wurde. Einer der führenden Theoretiker dieser Denkschule, Anibal Quijano, sieht die anhaltende Kontinuität von Rassismus in der ‚Kolonialität der Macht‘ begründet, weil eine fundamentale Achse des kolonialen/modernen Kapitalismus entlang der Idee von Rasse als soziale Klassifikation verläuft, um die globale Bevölkerung zu strukturieren: „The racial axis has a colonial

origin and character, but it has proven to be more durable and stable than the colonialism in whose matrix it was established“ (Quijano 2000: 533). In seinem Essay „Coloniality of Power and Eurocentrism in Latin America“ arbeitet der peruanische Soziologe Quijano die konstitutive Verknüpfung zwischen Kolonialismus, Eurozentrismus und Kapitalismus heraus, aus der in einem Jahrhunderte langen Prozess die globale ‚Kolonialität der Macht‘ entstanden ist. Diese schreibt sich als eurozentristische Perspektive in die verschiedenen Dimensionen von Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft ein. Die folgende Tabelle führt diese Dimensionen auf und stellt dar, wie sich das koloniale Projekt Europa in ein eurozentristisches und universalistisches Verhältnis über ‚Andere‘ gesetzt hat.

Europa	Dimension	Die ‚Anderen‘
Zentrum (<i>central</i>)	Geographie/Raum	Peripherie (<i>peripheral</i>)
modern (<i>anterior</i>)	Geschichte/Zeit	zurückgeblieben primitiv
überlegen (<i>superior</i>) weiße[5] (europäische) Körper	soziale Klassifikation Marker: Hautfarbe, religiöse und kulturelle Symbole (Kleidung)	unterlegen (<i>inferior</i>) Schwarze, braune (afrikanische, asiatische, indigene, jüdische) Körper
Kapitalismus	Ökonomie	Basarökonomie informelle Ökonomie ethnische Ökonomie

Tab 1: Tabellarische Darstellung zur ‚Kolonialität der Macht‘ von Anibal Quijano (Quelle: eigene Darstellung)

Quijano sieht in dieser Herausbildung der Kolonialität der Macht die Voraussetzung für die Entstehung eines globalen Kapitalismus (*world capitalism*), mit der es möglich wird, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse umfassend zu kontrollieren: „Europe’s hegemony over the new model of global power concentrated all forms of the control of subjectivity, culture, and especially knowledge and the production of knowledge under its hegemony“ (ebd.: 540). Mit diesem Verständnis von Macht zieht Quijano eine direkte Verbindung zwischen der kapitalistischen Entwicklung und dem Kolonialismus. Daher ist es für eine kritische Perspektive folglich notwendig, nicht nur die politökonomische Dimension gesellschaftlicher Verhältnisse zu analysieren, sondern diese im Kontext zu Prozessen der Rassifizierung zu erkennen und die epistemischen Voraussetzung der Kolonialität kritisch zu untersuchen.

Ramón Grosfoguel wiederum benennt die Menschen aus den vormalig kolonisierten Ländern in den Metropolen als „koloniale Subjekte“ (Grosfoguel 2003). Andere schreiben von „postkolonialen Migrant_innen“ (Ha 2003), wieder andere markieren die gesellschaftlichen Positionalitäten als „People of Color“ und als *weiße* Menschen (Eggers et al. 2005). Diese Begrifflichkeiten verweisen auf die Gleichzeitigkeit der Anwesenheit unterschiedlicher Körper, deren Positionen in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander stehen und die ein Derivat kolonial-rassistischer Geschichte und Beziehungen im (neuen) Gewand des globalen Kapitalismus sind. Die Gleichzeitigkeit hat ihren Ort nicht zuletzt in den europäischen

Metropolen, die immer häufiger zum Terrain von Auseinandersetzung werden, in dem diese Asymmetrie und die Voraussetzungen von postkolonialer Repräsentation, Regierungsform und Gerechtigkeit herausgefordert werden. Gerade in einer Zeit, in der die europäischen Nationen an Bedeutung zu verlieren scheinen, weil ihre Souveränität sowohl durch die Globalisierung als auch den Bedeutungszuwachs transnationaler politischer Beziehungen und Institutionen (z.B. die Europäische Union) unterlaufen werden, gewinnt der europäische Stadtraum in doppelter Hinsicht an Bedeutung: zum einen als ökonomischer Raum, der durch Prozesse der Gentrifizierung und Touristifizierung kommodifiziert wird, und zum anderen als Bühne für die politischen Eliten, wo nationale Identität(en) zur Schau gestellt werden können, deren Hauptausgangspunkt die koloniale Geschichtserzählung von Europa bildet und die sich häufig positiv auf die ‚Errungenschaften‘ des Kolonialismus beziehen (Cross/Keith 1993). Mit dieser affirmativen Haltung gegenüber der europäischen Kolonialgeschichte werden jedoch die Plünderungen von Territorien und die Versklavung von Menschen ganz wesentlich ausgeblendet und ignoriert. Diese Geschichtsschreibung, die auch im städtischen Raum reproduziert wird, behindert zudem eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen des Kolonialismus.

„Kolonialismus ist in Deutschland – sobald er als kritische Analysekategorie und nicht wie gewohnt als ideologischer Gewaltapparat gebraucht wird – ein unnahbarer, geradezu unheimlicher Begriff. Seine Untiefen erscheinen in ihrer unbehaglichen Abgründigkeit so un-wirklich, dass dieses Unwort sorgsam ver- und gemieden wird.“
(Ha 2005: 105)

Postkoloniale Stadtforschung

Koloniale Episteme wirken auch im Feld der Stadtforschung fort. So wird zu Recht kritisiert, dass hier vor allem an westlichen Städten orientierte und eurozentristische Konzepte zur Anwendung kommen (King 1990; Robinson 2002). Mit dieser Dominanz geht eine Vernachlässigung der Analyse des Kolonialismus einher, genauer: seiner Bedeutung für die Entstehung von modernen Städten und moderner Stadtplanung. Dekoloniale Theoretiker_innen wie Walter D. Mignolo (2007), Anibal Quijano (2007) und Maria Lugones (2007) verweisen auf die konstitutive Verbindung von Modernität und Kolonialität. Vorstellungen der modernen Stadt sind demnach eng mit der Entstehung kolonialer Städte im Zuge des Kolonialismus verknüpft, worauf auch andere Autor_innen hingewiesen haben (z. B. Prakash 2010, Prakash/Kruse 2008, Bonnett 2002, King 1990). Diese dekoloniale Perspektive ist ein wichtiger Ausgangspunkt für eine postkoloniale Stadtforschung, die die kritische Reflexion der epistemischen Voraussetzungen für die Konzeption von Stadt (Keith 2005, İşın 2003) sowie die historische, politökonomische und kulturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit kolonialen Verhältnissen in der Stadt umfasst. Aufgrund der verschiedenen Historizitäten des Kolonialismus und der regionalen Unterschiede sind die Untersuchungen voneinander zu unterscheiden. Studien in Australien, Neuseeland, USA und Kanada stellen die Urbanität

des Siedlerkolonialismus in den Vordergrund und fragen nach der Kontinuität kolonialer Beziehungen, die sich im städtischen Raum manifestieren und reproduzieren (McKittrick 2007, Shaw 2007, Razack 2002, Jacobs 1996). Andere Arbeiten haben ihren Ausgangspunkt im Globalen Süden, in den ehemaligen kolonisierten Ländern und ihren Städten, und reflektieren den Einfluss und die Relevanz europäischer kolonialer Planung und eurozentristischer Konzepte für diese Städte in Zeiten der Globalisierung (Roy/Ong 2011, Simone 2011, Glover 2008, Clarke 2006). Darüber hinaus gibt es Studien, die sich mit dem Transfer zwischen den Kolonial- und Metropolstädten befassen und mit den Auswirkungen, die dieser auf die koloniale Stadtplanung hatte. Sie zeigen, inwiefern die Städte in den Kolonien als stadtplanerische Laboratorien dienten und wie die dort gemachten Erfahrungen in die Metropolen reimportiert wurden (Avermaete et al. 2010, Cohen/Eleb 2002). Andere untersuchen die Geschichte der ‚Peripherien‘ innerhalb der Metropolen und setzen sich mit der dortigen Kolonialgeschichte auseinander, beispielsweise in London, Berlin und Paris (Heyden 2002, Diallo/Zeller 2013, McLeod 2013, Boittin 2010).

Eine Stadtforschung, die sich nicht nur mit den kolonialen Hinterlassenschaften befassen, sondern auch die (Re-)Produktion kolonialer Verhältnisse im städtischen Kontext aufspüren will, verlangt nach einem Forschungsansatz, der die Differenzen erkennt und sie in ihrer Komplexität begreift, anstatt diese zu reduzieren (Yeoh 2001, Robinson 2006). Folglich verwirft eine postkoloniale Stadtforschung die Suche nach einer gültigen Definition der postkolonialen Stadt und fordert vielmehr einen Blick auf die ungleichen Entwicklungen im städtischen Raum ein.

Die europäische Stadt ‚provinzialisieren‘

In der deutschsprachigen Stadtsoziologie wurde das Konzept der europäischen Stadt maßgeblich von Walter Siebel und Hartmut Häußermann diskutiert und vertreten (Siebel 2006, Häußermann et al. 2008). Es ist eingebettet in kulturalisierende und essentialisierende Diskurse über das Städtische, die im Folgenden kritisch hinterfragt werden sollen. Welches Europa und welche europäische Stadt sind gemeint und von welchen anderen Städten bzw. städtischen Modellen werden diese abgegrenzt?

Die idealtypische europäische Stadt wird mit Werten und Begriffen wie Demokratie, Gerechtigkeit, Gleichheit sowie Solidarität in Verbindung gebracht. Die Herausbildung einer städtischen ‚Bürgerschaft‘ verkörpert den Wandel weg von der feudalistischen hin zur demokratischen Gesellschaft, wobei davon ausgegangen wird, dass sich die Urbanisierungsformen in Europa von denen in anderen Regionen unterscheiden lassen. Zur Benennung von spezifischen Stadttypen dient die Unterscheidung zwischen Okzident und Orient. Die europäische Stadt wird im Gegensatz zur ‚orientalischen Stadt‘ konzipiert. In Anknüpfung an die Überlegungen des postkolonialen Theoretikers Edward Saids in *Orientalism* (1979) arbeitet Engin Fahri Işın in seinem Essay „Historical Sociology of the City“ diese Differenzierung heraus (2003). Er untersucht anhand der Arbeiten von urbanen Historikern und Soziologen wie Fustel de Coulanges, Max Weber und Lewis Mumford die Bezugnahme auf die und die Abgrenzung von der ‚orientalischen Stadt‘.

Demnach begriff Fustel die europäische Stadt als einen Ort der Religion, Weber verstand sie als einen Ort der Bürgerrechte und Mumford als einen Ort der Technologie. Dennoch laufen für Işın diese grundlegenden Arbeiten zum Verständnis der europäischen Stadt auf einen gemeinsamen Punkt zu. Allen ist gemein, dass sie zwischen *civitas* (die Stadt als Gemeinschaft) und *urbs* (die Stadt als Ort) unterscheiden und diese Differenz als fundamentalen Unterschied zur ‚orientalischen Stadt‘ begreifen (Işın 2003: 313).

Mit dieser Unterscheidung erscheint die ‚orientalische Stadt‘ als Bedrohung oder als unterentwickelt. Sie wird in der Regel als essentiell anders und minderwertig der europäischen Stadt gegenübergestellt. Die mit dieser kulturalisierenden Differenz einhergehende Aufwertung der europäischen Stadt begründet nach Ansicht der urbanen Historiker und Soziologen die Einzigartigkeit des Westens als Geburtsort des Kapitalismus. Hierdurch wird eine Differenz fixiert und scheinbar plausibel gemacht, die Işın als ‚soziologischen Orientalismus‘ identifiziert und die sich in die stadtsoziologischen Wissensbestände eingeschrieben hat. Darüber hinaus sei es für die Differenzierung zwischen einer europäischen und einer ‚orientalischen Stadt‘ notwendig geworden, griechische, römische und mittelalterliche Städte als Prototypen zu reklamieren: „My focus in what follows, therefore, will be on the sociological orientalism that mobilized many of their interpretations of the essence of the occidental city, taking Greek, Roman and medieval cities as prototypes“ (ebd.: 315).

Die hier genannten Prototypen in ihren Bezügen zur Antike sind wiederum in eine Geschichtsschreibung eingebunden, die die Darstellung der Antike den politischen und ideologischen Prämissen seit Anfang des 20. Jahrhunderts anpasste. Der Geschichtswissenschaftler Martin Bernal (1987, 1996 u. 2006) untersuchte die Entstehung der klassischen Zivilisation, für die in der historischen Forschung zwei Modelle diskutiert wurden: das *aryan model* und das *ancient model*. Bis in die 1820er Jahre hinein galt das *ancient model* in den historischen Wissenschaften als unbestritten. Mitte des 19. Jahrhunderts wird jedoch das *aryan model* bevorzugt und dominiert seither die Interpretation der Antike in den Geschichtswissenschaften, weil laut Bernal damit bestimmte Konzepte von Fortschritt, Romantik oder Rassismus verbunden sind (Bernal 2001: 4). Er plädiert zum Ende des 20. Jahrhunderts in seiner Arbeit jedoch für eine Interpretation der Befunde zugunsten eines *revised ancient model*, womit er seiner Ansicht nach einen wissenschaftlichen Streit ausgelöst hat, in dem seine Kontrahenten nicht mehr den Dialog suchen, sondern nur darauf aus sind, seine Forschungsergebnisse zu diskreditieren. Als Reaktion auf diese Auseinandersetzung führt er in seinem Buch *Black Athena Writes Back* (2001) aus, wie politische und ideologische Prämissen die Interpretation historischer Forschung beeinflusst haben, und skizziert die Entwicklung historischer Interpretationsmodelle entlang ideologisch-motivierter Erzählungen von der Welt. Denn seiner Ansicht nach lagen für die Ablösung des *aryan model* durch das *ancient model* weniger neue wissenschaftliche Evidenzen vor, sondern vielmehr führten ideologische Motive zu dieser neuen Interpretation der antiken Geschichte in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Dieser kurze Exkurs in die Antikenforschung verweist beispielhaft auf die prominente Rolle der griechischen Antike in der

Meistererzählung des aufgeklärten, demokratischen (*weißen*) Europa, zu der Bernal anmerkt:

„There is no doubt, however, that the Ancient model was discarded not because of any inherent defects but because it did not fit the nineteenth-century worldview. The Aryan model had the advantage that it made Greek history conform to what its proponents saw as the universal historical principle of perpetually unequal races.” (Bernal 2001: 10)

Neben den historiographischen Bezügen zur Antike im Selbstverständnis von Europa befasst sich Boaventura de Sousa Santos mit einem anderen wichtigen und zentralen Element europäischer Gesellschaften, nämlich der sozialen Theorie von der öffentlichen Sphäre. Er führt in seinem Essay „Public Sphere and Epistemologies of the South“ (2012) aus, dass es sich hierbei um eine der wichtigsten sozialen Theorien handelt und unterzieht diese einer dekolonialen Lektüre. Angesichts des zugrunde gelegten Universalismus von Öffentlichkeit fragt de Sousa Santos nach der Relevanz und Übertragbarkeit dieses Konzepts auf nichteuropäische Kontexte. Er kommt zu dem Schluss, dass hierfür eigene Perspektiven entwickelt werden müssen, weil die soziale Theorie von Öffentlichkeit einer Idee der europäischen Bourgeoisie zu Beginn des 18. Jahrhunderts entspringt (de Sousa Santos 2012: 62).

Gleichzeitig stellt er fest, dass es einen Widerspruch zwischen dem universellen Anspruch von Öffentlichkeit und der für koloniale Gesellschaften als unmöglich angenommenen Öffentlichkeit gibt. Die Grundlage für diesen Widerspruch bezeichnet er als *abyssal divide*, eine tiefe Trennung, die die Ambitionen der Kolonisierenden über die der Kolonisierten stellt und sie gleichzeitig als von diesen getrennt sieht. Die historische Grundlage dafür bilden Kolonialismus und Kapitalismus, weil sie die europäischen Bestrebungen in einen Anspruch universeller Gültigkeit verwandelten. Sein Hinweis auf die doppelte Funktion von Öffentlichkeit als globales und universelles Bestreben und zugleich exklusives Projekt der kolonisierenden Länder verweist auf die dem bürgerlichen Öffentlichkeitskonzept inhärente koloniale Logik:

„Both capitalism and colonialism converted such a localism into a global aspiration and a universal theoretical concept, at the same time that an abyssal divide between metropolitan and colonial societies made public sphere unthinkable in colonial societies and transformed such denial of universality into the vindication of the universal idea.“ (ebd.)

Die Hinterfragung der historiographischen Bezüge des Konzepts von europäischer Stadt ist notwendig, um nicht nur die eurozentristische Geschichtsschreibung zu ‚provinzialisieren‘ (Chakrabarty 2000), sondern auch die Kontinuität orientalisierender Implikationen und die essentialisierende und kulturalisierende Spezifität von Urbanität herauszuarbeiten. Wie sich diese epistemischen Voraussetzungen in den Problembeschreibungen städtischer Verhältnisse fortsetzen, soll im Folgenden ausgeführt werden.

Zur Aktualität von ‚städtischem Orientalismus‘

Hinweise, die für einen orientalisierenden Blick auf die postkolonialen ‚Anderen‘ in stadtsoziologischen Beschreibungen und Definitionen von gesellschaftlichen Problemen sprechen, liefert Stephan Lanz in seinem Aufsatz „Mythos europäische Stadt – Fallstricke aktueller Rettungsversuche“ (Lanz 2002). Er zeigt, dass in die Beschreibung von ‚problematischen Nachbarschaften‘ normative Vorstellungen von bürgerlicher und an den Werten der Mittelschicht orientierter Stadt einfließen und die Studien hierzu „methodisch hoch problematisch sind“ (ebd.: 67). Unter Verweis auf Loïc Wacquant und Edward Said bezeichnet Lanz diese Problembeschreibungen als „städtischen Orientalismus“, weil auf eine Kultur der ‚Anderen‘ verwiesen wird, hierbei Bilder von einer hohen Konzentration von Problemgruppen aufgerufen werden, die vor allem in ihren Abweichungen von dominanten Vorstellungen von Stadt(-gesellschaft) betrachtet werden.

Obwohl die Kennzeichnung der proletarischen Bevölkerung als ‚deviant‘ oder als ‚gefährliche Klasse‘ ein altbekanntes Muster in der Stadtpolitik ist, hat die Beschreibung der Devianz, ausgehend von orientalisierenden Motiven, eine neue Qualität, die mit der Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Verhältnisse in der Stadt einhergeht. Mit dieser Problembeschreibung wird einer territorialisierten Stadt- und Sozialpolitik Vorschub geleistet, die bestimmte Gebiete stigmatisiert und im öffentlichen Diskurs problematisiert, ohne die diskriminierenden Effekte der Arbeits-, Wohnungs- und Bildungsmärkte in den Blick zu nehmen und zu reflektieren. So greift auch Vassilis Tsianos (2013: 22) in seinem Artikel „Urbane Paniken. Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus“ Fragen von städtischer Orientalisierung auf. Er sieht in der Verschränkung der „Figur der Integration in Deutschland“ und dem „sozialwissenschaftlichen Ghetto-Diskurs“ die Voraussetzung von städtischen Bedrohungsszenarien, die er wiederum als „antimuslimischen Urbanismus“ bezeichnet. Anhand eines Beispiels aus Hamburg St. Georg beschreibt er die Verknüpfung von schwul-lesbischen Politiken mit Fragen von Sicherheits- und Stadtpolitik, die sich gegen die vermeintlich homophoben ‚Anderen‘ wenden und eine politische Allianz mit den städtischen Eliten zulasten der muslimischen Bevölkerung eingehen. In ähnlicher Richtung argumentiert auch Jin Haritaworn (2010). Er betrachtet aus einer queeren Perspektive vermeintlich progressive Stadtpolitiken in Berlin zugunsten von schwul-lesbischen Gruppen, die gleichzeitig mit einem rassistischen Backlash gegenüber den ‚Anderen‘ verknüpft sein können (vgl. zu diesem Themenkomplex auch Yilmaz-Günay 2011). Haritaworn und Tsianos beziehen sich auf die Vorarbeit von Jasbir Puar (2007) und deren Theoretisierung von Homonormativität. Homonormativität bezeichnet demnach die Integration schwul-lesbischer Sexual- und Gleichstellungspolitiken in nationale (und städtische) Regime nach dem 11. September 2001, die mit der rassifizierenden Abgrenzung von kulturell ‚Anderen‘ einhergeht.

Haritaworn verweist darauf, dass dem stadtplanerischen Paradigma der ‚sozialen Mischung‘ eine koloniale Logik zugrunde liegt, da es insbesondere in migrantisch geprägten Quartieren zur Anwendung kommt und die Verdrängung von Bewohner_innen aus langjährig gewachsenen

Nachbarschaften forciert, indem diese als degeneriert, kriminell und verarmt beschrieben werden (Haritaworn 2012: 121). An anderer Stelle haben Andreas Schneider und ich aus einer rassismuskritischen Perspektive untersucht, wie im Rahmen von stadtsoziologischer Forschung in Hamburg städtische Gebiete beschrieben werden. Zur Identifizierung von sozialen Problemlagen in der Stadt wurde auch der Anteil von ‚Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund‘ kartiert, wobei diese Kategorie die Verschiedenartigkeit von Migrant_innen übergeht und grob verallgemeinert. Hier wird deutlich, wie mit einer als universell geltenden *weißen* Position ethnisierte gesellschaftliche Verhältnisse stabilisiert und planarisch festgeschrieben werden (Ha/Schneider 2014).

Diese stadtsoziologischen Be- und Zuschreibungen legitimieren eine Stadtentwicklungspolitik zugunsten einer ‚sozialen Mischung‘, die nur für spezifische Gebiete in der Stadt – nämlich die migrantisch geprägten Quartiere – gefordert wird. Diese Legitimation führt soweit, dass das deutsche Antidiskriminierungsgesetz (Allgemeines Gleichstellungsgesetz/AGG) eine Ausnahme für den Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt unter dem sehr vagen Verweis auf „sozial stabile“ und „ausgeglichene [...] Verhältnisse“ vorsieht.[6] Die Aufhebung des Diskriminierungsschutzes steht jedoch im drastischen Widerspruch zu den Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungsmarkt (Kowalski et al. 2006, Kilic 2008). Die wenigen hierzu durchgeführten Studien zeigen, dass gerade ein Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt dringend nötig wäre, um sowohl die Gleichbehandlung als auch die Selbstbestimmung von verschiedenen Menschen in der Stadt zu gewährleisten. Daher kritisiert der Berichterstatter des UN Human Rights Councils (Muigai 2010) diesen Paragraphen des AGG, weil gerade dort eine Ausnahme vom Diskriminierungsschutz gemacht wird, wo auf dem Wohnungsmarkt problematische Formen der Diskriminierung vorliegen.

Die obigen Darstellungen zur Kontinuität von städtischem Orientalismus im Kontext der europäischen Stadt verweisen auf wissenschaftliche Analysen von städtischen Problemen, die zur Kulturalisierung und Ethnisierung sozialer Problemlagen führen. Darüber hinaus sind diese Arbeiten in gewisser Weise auch für diskriminierende Effekte auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich, wenn Menschen ihre langjährigen Nachbarschaften unfreiwillig verlassen müssen, aber zugleich keinen Schutz durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz genießen. Insofern basieren die orientalisierenden Implikationen der europäischen Stadt, wie sie sich in aktuellen Problematisierungen von städtischen Quartieren äußern, nicht nur auf einer Zuschreibung derjenigen, die von ‚außen‘ kommen – sondern diese Implikationen sind konzeptionell in das soziologische Verständnis der europäischen Stadt eingeschrieben. Die epistemischen Voraussetzungen zum Verständnis der europäischen Stadt spezifizieren eine eurozentristische Geschichtsschreibung, die ich im Folgenden in ihrer Kolonialität weiter untersuchen werde.

Die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘

Um die ambivalente Gleichzeitigkeit asymmetrischer Machtverhältnisse in der europäischen Metropole theoretisch fassen zu können, werde ich mich in einem weiteren Schritt auf ein Konzept von Marie Louise Pratt beziehen. Sie theoretisiert in ihren Arbeiten *Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation* (1992) und *Apocalypse in the Andes: Contact Zones and the Struggle for Interpretive Power* (1996) die ‚Contact Zone‘ als eine räumliche Formation, in der die kolonialen Machtverhältnisse eingeschrieben sind und weiter fortwirken. Die ‚Contact Zone‘ beschreibt Orte und Gebiete, wo Menschen zueinander in Kontakt kommen, obwohl sie aufgrund von historischen, kulturellen und geographischen Kontexten vorher voneinander getrennt waren. Den Begriff der ‚Contact Zone‘ entwickelte Marie Louise Pratt, um die räumlichen Formationen, in denen Begegnungen zwischen Kolonisierten und Kolonisierenden stattfinden, zu beschreiben. Mit ihrem Konzept stellt sie zwar die Interaktion, das Gespräch und die Kommunikation in den Vordergrund, hebt aber dennoch die grundlegende Einbindung in kolonial-asymmetrische Machtverhältnisse hervor, die für diese Kontakte konstitutiv sind: ‚Contact Zones‘ „refer[s] to the space of colonial encounters, the space in which peoples geographically and historically separated come into contact with each other and establish ongoing relations, usually involving conditions of coercion, radical inequality, and intractable conflict“ (Pratt 1996: 6).

Zwischen den kolonialen und kolonisierten Gesellschaften liegen also nicht nur territoriale, sondern auch kulturelle, ökonomische, politische und historische Distanzierungen. Diese kolonialen Distanzierungen werden nicht nur über die Entfernung zwischen den Metropolen und den Kolonien oder zwischen dem Zentrum und den Peripherien aufrechterhalten, sondern auch innerhalb der Metropolen. Daher beschreibt der Begriff der ‚Contact Zone‘ die Gleichzeitigkeit von Entfernung und Nähe, von Distanz und Kontakt, von Geschichte und Entwicklung in den Metropolen Europas, die eng mit der ‚Kolonialität der Macht‘ verbunden sind. Vor diesem Hintergrund konzeptualisiert Pratt eine Form des Kontaktes, der ständig verunmöglicht, falsch interpretiert und fast unüberwindbar erscheint – und dennoch findet eine gegenseitige Bezugnahme statt. Diese gegenseitige Bezugnahme nimmt Pratt in den Fokus und benennt sie als ‚Contact‘, der aber auf einem asymmetrischen und kolonialen Verhältnis beruht, ausgedrückt in dem Begriff der ‚Zone‘.

Das Konzept der ‚Contact Zone‘ bietet somit einen Rahmen, um die Kolonialität von Begegnungen und deren Voraussetzungen als räumliche Konstellationen zu analysieren. Mit dieser analytischen Perspektive werden nicht nur die Begegnungen und die Kontakte betrachtet, sondern auch ihre historischen und kolonialen Voraussetzungen. Was de Sousa Santos als *abyssal divide* beschreibt, nennt Pratt einen *enormous gulf*, der zwischen den kolonialen und den kolonisierten Gesellschaften läge und immer wieder neu gefüllt bzw. vertieft werde, solange die Historizität von Kolonialismus nicht dekolonisiert wird und die rassifizierten, ethnisierten, vergeschlechtlichten und sexualisierten Metaphern und Lebensverhältnisse auch in den Städten Europas fortgeschrieben werden.

Das Humboldt-Forum im postkolonialen Europa

Ein Beispiel für die aktuelle Relevanz der ‚Contact Zone‘ in Berlin ist die Auseinandersetzung mit Kolonialismus und nationaler Repräsentation als Teil der Debatte um das Humboldt-Forum und dem anvisierten Umzug der Sammlung des Ethnologischen Museums aus der Berliner Peripherie von Dahlem nach Berlin-Mitte. Das Konzept des Humboldt-Forums sieht vor, dass dort ein Raum zum „Dialog der Kulturen der Welt“ zwischen der außereuropäischen Kunst, der europäischen Kunst als Hochkultur (Museumsinsel) und den Wissenschaften (Humboldt-Universität) geschaffen wird. Man beruft sich mit diesem Beziehungsdreieck auf das Konzept des „Universal museums“. Hierbei handelt es sich um eine Museumstradition des 19. Jahrhunderts, die tief in der westlichen Tradition verwurzelt ist, die Welt entdecken, beforschen, kartieren und archivieren zu wollen (Bose 2013).

Der Standort des Humboldt-Forums befindet sich nur wenige hundert Meter Luftlinie von dem Ort entfernt, an dem im Jahr 1884/85 die Afrika-Konferenz stattfand. Hier teilten die europäischen Nationen die afrikanischen Staaten untereinander wie einen Kuchen auf, um sich die dort vorhandenen Ressourcen zu sichern. Die damals verhandelten Grenzverläufe zwischen den Staaten sind bis heute wirksam und ‚erfanden‘ eine Reihe afrikanischer Nationen. Der Film von Hito Steyerl „Die leere Mitte“ (1998) schildert eindrücklich die Verwobenheit der Berliner Stadtgeschichte mit diesem kolonialen Erbe, welches sich nicht nur räumlich, sondern auch in aktuellen Auseinandersetzungen um Fragen von Migration und Erinnerungs- bzw. Entinnerungspolitik in Bezug auf den Kolonialismus widerspiegelt. In diesem Dokumentarfilm kombiniert Steyerl historisches Material mit aktuellen Beobachtungen zu einer dichten Beschreibung, nicht nur eines Ortes (der Berliner Mitte), sondern auch der deutschen Gesellschaft kurz nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren.

Es ist daher wichtig, die Errichtung des Humboldt-Forums im Kontext der Identitätssuche einer Nation zu sehen, die nach der Wiedervereinigung sich in der europäischen Stadt repräsentiert sehen wollte. Die Transformation von Berlin zur Hauptstadt ist in diesen Prozess der Wiedervereinigung eingebettet und knüpft nicht nur an Formen der neoliberalen Governance in Zeiten der Globalisierung, sondern auch an national-repräsentationspolitische Debatten an (Binder 2009). In der neuen Darstellung Berlins als wiedervereinigte Stadt, die das Ende des Kalten Krieges symbolisierte, wurde Berlin als europäische Stadt entworfen. Dieses städtebauliche Leitbild wurde vor allem von Architekt_innen, Stadtplaner_innen und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung benutzt und von Stadtsoziolog_innen theoretisch unterfüttert. Der Umbau von Berlin zu einem national-repräsentativen Stadtraum konzentrierte sich auf die historische Mitte Berlins, die vom Berliner Dom bis zum Brandenburger Tor reicht und in etwa dem alten Bezirk Mitte entspricht. Die städtebauliche Entwicklungsplanung wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erstmals im Planwerk Innenstadt (1999) festgeschrieben, überarbeitet und aktualisiert:

„Das Planwerk erfindet die Stadt nicht neu, sondern entdeckt verschüttete Lebensadern der Berliner Innenstadt wieder. Der in der

europäischen Städtebautradition stehende, notwendige Stadtumbau, der sich an der Gliederung der Stadt in Straße, öffentlicher Park und Platz sowie Blockbebauung orientiert, respektiert dabei den Bestand und kommt ohne Abriss aus.“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz Berlin 1999)

Virag Molnar schreibt in ihrem Artikel „The Cultural Production of Locality: Reclaiming the ‚European City‘ in Post-Wall Berlin“ über die Produktion der europäischen Stadt und stellt fest, dass sich deren Definition als „eine konstante Mischung aus empirischer Realität, konzeptuellen Konstruktionen und normativen Repräsentationen“ darstellt (Molnar 2010: 285; Übers. d. A.). Das Bild der europäischen Stadt bezieht sich auf bürgerliche, wilhelminische und klassizistische Architekturstile mit starken historischen Bezügen zur Gründerzeit. Das Bild der Zukunft speist sich aus einem Rückgriff auf eine entferntere Vergangenheit, die vor jener beunruhigenden Zeit des Nationalsozialismus und der darauffolgenden Teilung Deutschlands in zwei Staaten lag. Dabei wird eine historische Kontinuität konstruiert, die die Brüche der Vergangenheit verschleiert. Mit diesem Rückgriff wird darüber hinaus eine historische Kontinuität erzeugt, die die Zentrierung und Repräsentation einer bürgerlichen Identität herleitet und mit einer spezifischen städtischen urbanen Form, nämlich dem Architekturstil und dem Städtebau der Gründerzeit, verknüpft.

In diesen historischen Bezügen von Architektur und Städtebau, die eine kritische und verantwortungsvolle Auseinandersetzung mit dem Erbe der deutschen Geschichte von Diktatur und Kolonialismus im städtischen Raum ausschließt, wird das Humboldt-Forum als ein Ort konzipiert, an dem die außereuropäischen ‚Anderen‘ mit dem hochkulturellen Europa „in einen Dialog“ kommen sollen – wie auf den Webseiten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu lesen ist. Diese konzeptuelle Voraussetzung blendet jedoch grundsätzliche Fragen aus, wie die Frage nach der Herkunft der Objekte in den Sammlungen des Ethnologischen Museums oder die gesellschaftspolitische Erkenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und die außereuropäischen ‚Anderen‘ schon lange innerhalb der kolonialen Metropolen leben und aufgrund von kolonialen Beziehungen Teil dieser Gesellschaften sind.

Insgesamt hat seit einigen Jahren die Artikulation postkolonialer Themen und Fragestellungen in der deutschen Öffentlichkeit und in verschiedenen Städten zugenommen. Davon zeugen auch die verschiedenen Vereine wie freiburg-postkolonial.de, der Arbeitskreis Hamburg Postkolonial, [muc] München postkolonial und Postkolonial Berlin. Sie setzen sich dafür ein, die Verbindungen von Straßennamen, Plätzen und Denkmälern zur deutschen Kolonialgeschichte herauszuarbeiten, und plädieren für eine verantwortungsvolle Namenspolitik in der Stadt, die auch die Perspektiven der Opfer von kolonialer Gewalt mit einschließt. Ein Ergebnis dieses Perspektivenwechsels ist die Umbenennung des Gröbenufers in Berlin-Kreuzberg in May-Ayim-Ufer. Die Umbenennung war das Ergebnis einer politischen und historischen Auseinandersetzung, die eine kritische Erinnerung an die deutsche Kolonialgeschichte einforderte (Aikins 2012). Mit dem neuen Namen wird der afrodeutschen Dichterin May Ayim, die im Jahr 1996 mit

36 Jahren verstarb, gedacht. Damit wird auch die lange Geschichte und historische Präsenz von Schwarzen Menschen in Deutschland gewürdigt.

Die repräsentationspolitischen Auseinandersetzungen sowohl um die Herkunft der ethnologischen Sammlung im zukünftigen Humboldt-Forum als auch um die Namen von Straßen und Plätzen, die auf einer kolonialen Geschichtserzählung basieren, verweisen auf Fragen der Identität und historischer Verantwortung als Fragen des Zusammenlebens in der Stadt. Während unterschiedliche Gruppen einen umsichtigen Umgang mit der deutschen Kolonialgeschichte einfordern,[7] sind diese Debatten zugleich in einen (Macht-)Raum eingeschrieben, der koloniale Logiken (re-)produziert und nur peu à peu infrage gestellt wird (Ha 2005). Die kolonialen Logiken verweisen auf die kaum überbrückbare Kluft, die immer noch zwischen den Positionalitäten von Schwarzen Menschen, postkolonialen Migrant_innen und Menschen of Color auf der einen und *weißen* Europäer_innen auf der anderen Seite besteht. Die Umbenennung des Berliner Gröbenufers in May-Ayim-Straße zeigt aber auch politische Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven der Dekolonisierung im städtischen Kontext auf.

Postkoloniale Kritik und dekoloniale Ansätze haben in den vergangenen Jahren auch Eingang in die Museumsstudien gefunden und werfen wichtige aktuelle gesellschaftspolitische Fragen von Repräsentation, Identität und Selbstverständnis auf (Kazeem et al. 2009, Torres 2011). Einzelne Museen greifen diese auf und setzen sich kritisch mit ihrer eigenen Verantwortung auseinander, indem sie die Konzeption von Ausstellungen und Blickregimen hinterfragen. Nicht nur können die ethnologischen Sammlungen bzw. deren Ausstellungsorte zu ‚Contact Zones‘ werden, in denen enteignetes Wissen über ‚Andere‘ katalogisiert und dargestellt wird, sondern, wie das Beispiel des Humboldt-Forums zeigt, sind diese Sammlungen ferner in stadtpolitische Debatten eingebunden, die die europäische Stadt als ‚Contact Zone‘ reproduzieren. Diese Funktion als ‚Contact Zone‘ wird auch mit einem Umzug der Ethnologischen Sammlung von der Berliner Peripherie nach Berlin-Mitte aufrechterhalten werden, weil die grundsätzliche Gegenüberstellung von Europa als einem Ort der Hochkultur und dem Rest der Welt nicht aufgehoben, sondern nur von einer unglaublichen Rhetorik („Dialog der Welten“) abgelöst wird, die die unüberwindbare Kluft der ‚Contact Zone‘ kaum überbrücken kann – während wichtige Fragen nach Provenienz und Restitution in den westlichen Gesellschaften kaum gestellt, geschweige denn beantwortet werden. Das koloniale Verhältnis als Voraussetzung der ‚Contact Zone‘ lässt sich in den Metropolen nicht nur am Standort der ethnologischen Museen und an deren Inhalten identifizieren, sondern auch an der Prekarität der Kämpfe von geflüchteten Menschen im öffentlichen Raum europäischer Städte. Die Voraussetzungen für die Flucht, für die Überwindung der europäischen Grenzen und für den Aufenthaltsstatus sind gekennzeichnet vom historischen Erbe des Kolonialismus und von der anhaltenden Kolonialität der Macht, auf die ich im Folgenden eingehen werde.

Proteste von geflüchteten Menschen im öffentlichen Raum

Seit vielen Jahren protestieren geflüchteten Menschen in Europa gegen ihre Kriminalisierung aufgrund eines fehlenden offiziellen Aufenthaltsstatus

und fordern ihr Recht auf Bewegungsfreiheit ein. Im Jahr 2012 erlangte der Protest der geflüchteten Menschen in Deutschland eine breitere Aufmerksamkeit, weil sie aus den verschiedenen Orten der Bundesrepublik zu einem Marsch nach Berlin aufriefen und monatelang unterwegs waren. Mit diesem Protest überschritten sie territoriale Begrenzungen, denen sie in Deutschland aufgrund der sogenannten Residenzpflicht unterworfen sind. Diese Form der Mobilitätseinschränkung ist in Europa einmalig und weist diejenigen, die hier Asyl suchen, bestimmten Gebieten zu, die sie nur mit einer amtlichen Genehmigung verlassen dürfen.[8] Mit ihrem Marsch skandalisierten die Flüchtlinge nicht nur ihre räumliche Beschränkungen, sondern protestierten auch gegen ihre mangelhafte Unterbringung und die Fortifizierung der Grenzen Europas, die viele nicht überleben.

Bei den Protestierenden handelte es sich um Menschen, die sonst keine Möglichkeit zur politischen Partizipation und Teilhabe haben, weil sie weder über ein Aufenthaltsrecht noch über Arbeitsrechte noch über die Möglichkeit verfügen, sich an Wahlen zu beteiligen. Sie zerrissen ihre Ausweise, die sie als Menschen zweiter Klasse klassifizieren; sie überschritten die ihnen auferlegten Grenzen der Residenzpflicht; sie nähten sich die Mäuler zu, sie demonstrierten vor dem Brandenburger Tor und begannen einen Hungerstreik.[9] Dort auf dem Pariser Platz in der historischen Mitte von Berlin protestierten sie über mehrere Tage lang gewaltfrei für ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Am Ende jedoch sahen auch sie sich recht schnell mit der kolonialen Logik des öffentlichen Raums und dem staatlichen Gewaltmonopol konfrontiert. Die Polizei und die für den Pariser Platz zuständigen bezirklichen Behörden argumentierten mal mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz (protestierende Flüchtlinge würden nicht anders behandelt als sonstige Demonstrierende) und mal mit dem Argument der Null-Toleranz. Obwohl von dem Protest im Winter 2012 keine Gewalt ausging, wurde die Nutzung von Zelten, Schlafsäcken und Isomatten verboten wie auch das Sitzen und Hinlegen. Dieses willkürliche Verbot wurde rigoros von der Polizei durchgesetzt.[10] Es galt der Grundsatz: Demonstriert werden darf nur im Stehen, egal zu welcher Tages- und Nachtzeit. Es durfte kein Camp auf dem Pariser Platz errichtet werden, weil man darin eine Form der ‚Inbesitznahme‘ von öffentlichem Raum sah, was deren ‚Eigentümer‘, das Bezirksamt Mitte, nicht dulden wollte. Diese Erlaubnispflicht ergibt sich aus der juristischen Architektur des öffentlichen Raumes. Dieser befindet sich laut Straßenrecht im privaten Eigentum der öffentlichen Institutionen. Der öffentlich verbrieft Zugang als Gemeingebrauch ist nur auf die verkehrliche Nutzung beschränkt,[11] alle anderen Nutzungen sind sogenannte Sondernutzungen und müssen daher genehmigt werden. Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurde in diesem Fall von den Behörden sehr eng ausgelegt, was diejenigen, die aufgrund ihres rechtlichen Status äußerst begrenzte Möglichkeiten und Mittel haben, ihre Rechte einzufordern, umso empfindlicher traf.

Der hier beschriebene Protest legt nicht nur die städtischen Besitz- und Gewaltverhältnisse in von neoliberalen Grundsätzen geprägten Städten offen (Harvey 2012), sondern verweist auch auf die postkolonialen Grenzregime *innerhalb* Europas, wozu die Militarisierung der

europäischen Außengrenzen zur Abschreckung von Menschen aus dem Globalen Süden zählt, aber auch die gezielte Isolierung von geflüchteten Menschen über die Unterbringung in Lagern sowie ihre Kriminalisierung, wenn sie gegen die staatlichen Auflagen und Maßnahmen zur Mobilitäts- und Aufenthaltskontrolle verstoßen. Dieses Grenzregime wird durch eine Entsolidarisierung innerhalb der Europäischen Union bestärkt (siehe die Dublin-III-Verordnung), weil der Zugang zum Recht auf Asyl in den sogenannten Ankunftsstaaten reguliert werden soll, dieses Recht aber nicht in allen Ländern gewährleistet ist. Aufgrund dieser Bestimmung sind die südlichen Länder Europas in der Situation, wesentlich mehr Flüchtlinge als die nördlichen Staaten aufnehmen und versorgen zu müssen. Mit dieser Verantwortung werden sie mehr oder minder allein gelassen,[12] obwohl sie für die Überwachung der europäischen Außengrenzen Unterstützung erfahren. Die Frage nach den postkolonialen Verhältnissen ist hier insofern relevant, als europäische Städte sich in ethnisierenden und rassifizierenden Diskursen über ‚ihre Migranten‘ gegenseitig unterrichten und verschiedene Sozial- und Sicherheitspolitiken[13] umsetzen, um ungewollte Zuwanderer_innen zu kontrollieren und zu bewachen. Auf diese Weise entwickeln sie eigene Grenzregime.

Der Pariser Platz in Berlin wurde im Moment des Hungerstreiks zu einer Art ‚Contact Zone‘ in der europäischen Stadt, wo sich die unüberwindbare Kluft zwischen denjenigen, die ihr Recht auf Selbstbestimmung und Bewegungsfreiheit einfordern, und denjenigen, die Gesetz und Ordnung im öffentlichen Raum zur Geltung bringen wollen, offenbart – ein Verhältnis, das durch die Kolonialität der Macht strukturiert ist. Der Kontakt zwischen beiden Seiten basiert auf einem asymmetrischen globalen Machtverhältnis, das sich entlang territorialer Grenzen (Europa), sozialer Grenzen (Armut) und ethnischer Grenzen (Migration) artikuliert und hierdurch stabilisiert wird.

Diskussion

Wie ich eingangs ausgeführt habe, beinhaltet meiner Ansicht nach ‚urbane Dekolonisierung‘ sowohl eine rassismuskritische Analyse städtischer Verhältnisse als auch die Hinterfragung der Voraussetzungen und der impliziten Historiographie kolonialer Epistemologien, um die Reproduktion von Rassismus als koloniales Erbe in der Stadt identifizieren zu können. Daher habe ich aus einer dekolonialen und rassismuskritischen Perspektive am Beispiel von Berlin die ‚Kolonialität der Macht‘ nachzuzeichnen versucht. Aus einer dekolonialen Perspektive stehen die universalisierenden Theoreme der europäischen Aufklärung von Fortschritt, Moderne und Demokratie in einem engen Verhältnis zum Kolonialismus und Kapitalismus, die wiederum grundlegend für die Produktion von Rassismus sind.

Für eine postkoloniale Stadtforschung bilden die historiographischen Bezüge einer traditionellen Konzeptualisierung von europäischer Stadt einen Anlass, sich selbstkritisch mit ihren verschiedenen Implikationen auseinanderzusetzen. Diese Implikationen habe ich in ihrer Relevanz für gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen aufgezeigt, um die

stadtsoziologische Beforschung von Migration und Stadt zu ‚dekolonisieren‘. Darüber hinaus habe ich das Konzept der ‚Contact Zone‘ herangezogen, um ein tiefer gehendes Verständnis der europäischen Stadt zu entwickeln. In den europäischen Städten werden koloniale Logiken mobilisiert, wenn die Körper von geflüchteten Menschen aus dem Globalen Süden mittels Residenzpflicht und *racial profiling* kontrolliert und ihre Proteste kriminalisiert werden. Gleichzeitig wird in unmittelbarer Nähe zu diesen Protesten ein Ort des „Dialogs der Kulturen der Welt“ geplant, der die postkolonialen Implikationen geradezu unterschlägt und kein Interesse an einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der eigenen kolonialen Geschichte erkennen lässt.

Die europäische Stadt ist ein Ort, an dem sich Menschen begegnen und Kontakt zueinander aufnehmen können – aber zwischen ihnen liegt weiterhin eine Kluft, die sie aufgrund ökonomischer, sozialer und historischer Gründe auf verschiedenste Positionalitäten und Hierarchiestufen verweist. Koloniale Begegnungen haben nicht nur in der vergangenen Zeit des Kolonialismus und den damals kolonisierten Peripherien stattgefunden, sondern man findet sie auch heute noch, nicht zuletzt mitten in den europäischen Metropolen. Obwohl ich ein Hier und Jetzt beschreibe, droht sich das koloniale Beziehungsverhältnis als eine ‚endlose Kluft‘ immerzu fortzuschreiben. Die (ehemaligen) kolonialen Metropolen verfügen über die Macht der Definition und Interpretation durch die Universalisierung epistemischer Prämissen, die es zu ‚dekolonisieren‘ gilt.

„There seems to be an enormous gulf between how indigenous societies are described by western researchers and how indigenous peoples experience themselves and their worlds. The gulf gets filled by the metropolis through endless mechanisms for appropriating indigenous experience, history and culture.“ (Pratt 1996: 2)

Vor diesem Hintergrund sehe ich sowohl die weiter oben beschriebenen Proteste als auch die postkoloniale Kritik am Humboldt-Forum als eine zeitgenössische Auseinandersetzung in der ‚Contact Zone‘, in der sich die ‚Kolonialität der Macht‘ in den europäischen Metropolen manifestiert und reproduziert. Darüber hinaus werden mit dem Konzept der ‚Kolonialität der Macht‘ nicht nur Aspekte der nationalen Repräsentation und der lokalen Politik erfasst. Hier geht es auch um neoliberale Konzepte von Stadt und der Produktion von urbanen Räumen, die das Ziel verfolgen, diese mehr und mehr in Waren zu verwandeln und möglichst vorteilhaft im globalen Wettbewerb zu platzieren. Gerade durch die Berücksichtigung der kolonialen Kontinuitäten in politökonomischen Analyse städtischer Verwertungsprozesse wird die Verwicklung und Verdichtung unterschiedlicher Regime der Unterdrückung für spezifische Körper in denselben Räumen einer Stadt deutlich.

Endnoten

[1] *Ableism* stammt aus dem Englischen und kann mit gesellschaftlicher Benachteiligung von Menschen mit körperlichen und mentalen Beeinträchtigungen übersetzt werden.

- [2] Der Begriff People of Color ist eine Selbstbezeichnung von Menschen unterschiedlicher Hinter- und Vordergründe, deren gemeinsame Erfahrung der Rassismus bildet. Diese Selbstbenennung zielt auf die Herstellung eines solidarischen Bündnisses ab und markiert eine selbstreflexive Identitätspolitik (Ha 2007).
- [3] Vgl. ausführlich zur ‚Biopolitik des Mischens‘ und der Funktionalität der Frage „Woher kommst Du wirklich?“ als ein Blick des Sezierens von Körpern der Anderen Haritaworn 2012.
- [4] Ausdrücklich weise ich darauf hin, dass es sich bei dem Begriff der Rasse um eine soziale Konstruktion handelt, die jeder biologischen Grundlage entbehrt (vgl. Maetzky/ AG 2009).
- [5] Zur Schreibweise: Um die soziale Konstruktion der Rassifizierung begrifflich zu markieren, schreibe ich Schwarz, Schwarze etc. mit großem S – auch als Geste des *empowerment* (in Großbritannien und in den USA gibt es eine schon längere Tradition, Black als Selbstbezeichnung großzuschreiben). Demgegenüber wird weiß kursiv gesetzt und kleingeschrieben, um eine affirmierende Selbstbezeichnung zu unterlaufen.
- [6] „Bei der Vermietung von Wohnraum ist eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig“ (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Paragraph 19, Absatz 3).
- [7] Vgl. hierzu die Veranstaltungsreihe „Dekoloniale Einwände gegen das Humboldt-Forum“ von AfricAvenir im Oktober 2013.
- [8] Die Residenzpflicht ist in den Bundesländern unterschiedlich geregelt, steht aber grundsätzlich im Widerspruch zur Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen.
- [9] Vgl. die ausführlichen Einträge auf den Webseiten <http://asylstrikeberlin.wordpress.com/>, <http://www.thevoiceforum.org/> und <http://www.thecaravan.org/> sowie die Berichterstattung in der lokalen und überregionalen Presse. Die Proteste von geflüchteten Menschen in Europa sind nicht nur auf Deutschland beschränkt, sondern finden in Wien, Amsterdam, Genf und vielen anderen Städten Europas statt.
- [10] Die Polizei entwendete ebenfalls Kartons und andere Materialien, die zum Schutz vor der Kälte benutzt wurden (Berliner Zeitung vom 30. Oktober 2012)
- [11] Aufgrund der Art des Eigentums von öffentlichem Raum ergibt sich eine unübersichtliche Handhabung des Straßenrechts (vgl. Knapp 2003).
- [12] Ende 2011 stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass Asylbewerber_innen nicht in einen europäischen Mitgliedsstaat zurückgebracht werden dürfen, wenn sie dort unmenschlich behandelt werden. Dieses Urteil stellt die damalige Dublin II-Verordnung infrage. Derzeit gilt ein „Rücküberstellungsstopp“ von Deutschland aus nach Griechenland (Bender/Bethke 2012), weil nachgewiesenermaßen die Menschen dort ihr Recht auf Asyl nicht geltend machen können und unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen.
- [13] Wie sich an der Auseinandersetzung um *racial profiling* zeigt bzw. am Umgang der Polizei mit Minderheiten (Agency for Fundamental Rights 2010).

Autor_innen

Noa Ha ist eine interdisziplinäre und kritische Stadtforscherin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind öffentlicher Raum, Informalität, Straßenhandel, rassismuskritische Ansätze/Critical Race Theory, dekoloniale Theorie und Postkoloniale Theorie.

Noa.Ha@metropolitanstudies.de

Literatur

- Agency for Fundamental Rights (2010): Polizeikontrollen und Minderheiten. Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichung der Europäischen Gemeinschaften.
- Aikins, Joshua Kwesi (2012): Berlin Remix – Straßenumbenennungen als Chance zur postkolonialen Perspektivumkehr. In: Kien Nghi Ha (Hg.), Asiatische Deutsche – Vietnamesische Diaspora and beyond. Berlin/Hamburg: Assoziation A, 288-304.

- Avermaete, Tom / Karakayali, Serhat / Osten, Marion von (Hg.) (2010): *Colonial Modern: Aesthetics of the Past-Rebellions for the Future*. London: black dog publishing.
- Bender, Dominik / Bethke, Maria (Dezember 2012): Zehn Jahre Dublin, kein Grund zum Feiern. Zur Umsetzung der Dublin-II-Verordnung in Deutschland. Hessischer Flüchtlingsrat, unter: http://www.dublin-project.eu/dublin/content/download/6218/75674/version/3/file/National_Report_Germany_final_dt%5B1%5D.pdf. (letzter Zugriff am 27.2.2014)
- Bernal, Martin (1987): *Black Athena 1. The Afroasiatic Roots of Classical Civilization*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Bernal, Martin (1996): *Black Athena 2. The Archaeological and Documentary Evidence*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Bernal, Martin (2006): *Black Athena 3. The Afroasiatic Roots of Classical Civilization. The Linguistic Evidence*. New Brunswick: Rutgers University Press.
- Bernal, Martin (2001): *Black Athena Writes Back: Martin Bernal Responds to his Critics*. Durham: Duke University Press.
- Binder, Beate (2009): *Streitfall Stadtmitte: Der Berliner Schlossplatz*. Köln: Böhlau Verlag.
- Boittin, Jennifer (2010): *Colonial Metropolis: the Urban Grounds of Anti-imperialism and Feminism in Interwar Paris*. Lincoln: University of Nebraska Press.
- Bonnett, Alastair (2002): The metropolis and white modernity. In: *Ethnicities* 2, 349-366.
- Bose, Friedrich (2013): The Making of Berlin's Humboldt-Forum: Negotiating History and the Cultural Politics of Place. In: *darkmatter Journal*, unter: <http://www.darkmatter101.org/site/2013/11/18/the-making-of-berlin%E2%80%99s-humboldt-forum-negotiating-history-and-the-cultural-politics-of-place/>.
- Chakrabarty, Dipesh (2000): *Provincializing Europe: Postcolonial Thought and Historical Difference*. Princeton: Princeton University Press.
- Clarke, Colin (2006): *Decolonizing the Colonial City: Urbanization and Stratification in Kingston, Jamaica*. Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Cohen, Jean-Louis / Eleb, Monique (2002): *Casablanca: Colonial Myths and Architectural Ventures*. New York: Monacelli Press.
- Cross, Malcolm / Keith, Michael (Hg.) (1993): *Racism, the City and the State*. New York/London: Routledge.
- Diallo, Oumar / Zeller, Joachim (Hg.) (2013): *Black Berlin: Die deutsche Metropole und ihre afrikanische Diaspora in Geschichte und Gegenwart*. Berlin: Metropol Verlag.
- Eggers, Maisha Maureen / Kilomba, Grada / Piesche, Peggy / Arndt, Susan (Hg.) (2005): *Mythen, Masken und Subjekte – Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast Verlag.
- Glover, William J. (2008): *Making Lahore Modern: Constructing and Imagining a Colonial City*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Grosfoguel, Ramón (2003): *Colonial Subjects: Puerto Ricans in a Global Perspective*. Berkeley: University of California Press.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación / Boatcă, Manuela / Costa, Sérgio (Hg.) 2012: *Decolonizing European Sociology: Transdisciplinary Approaches*. Farnham: Ashgate Publishing.
- Ha, Kien Nghi (2003): Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik. In: Hito Steyerl / Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.), *Spricht die Subalterne deutsch?* Münster: Unrast Verlag, 56-108.
- Ha, Kien Nghi (2005): Macht (t) raum (a) Berlin – Deutschland als Kolonialgesellschaft. In: Susan Arndt / Maureen Maisha Eggers / Grada Kilomba / Peggy Piesche (Hg.), *Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast Verlag, 105-117.
- Ha, Noa / Schneider, Andreas (i. E.): *Kritisches Weißsein*. In: Bernd Belina / Matthias Naumann / Anke Strüver (Hg.), *Handbuch Kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Haritaworn, Jin (2010): Queer Injuries: The Racial Politics of „Homophobic Hate Crime“ in Germany. In: *Social Justice: A Journal of Crime, Conflict & World Order* 37, 69.
- Haritaworn, Jintana (2012): *The Biopolitics of Mixing: Thai Multiracialities and Haunted Ascendancies*. Farnham: Ashgate Publishing.
- Harvey, David (2012): *Rebel Cities: From the Right to the City to the Urban Revolution*. London/New York: Verso.
- Häußermann, Hartmut / Läßle, Dieter / Siebel, Walter (2008): *Stadtpolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

- Heyden, Ulrich (2002): *Kolonialmetropole Berlin: eine Spurensuche*. Berlin: Berlin Edition.
- Işın, Engin Fahri (2003): *Historical sociology of the city*. In: Gerard Delanty / Engin Fahri Işın (Hg.), *Handbook of Historical Sociology*. London: Sage, 312-325.
- Jacobs, Jane M. (1996): *Edge of Empire: Postcolonialism and the City*. London/New York: Routledge.
- Kazeem, Belinda / Martinz-Turek, Charlotte / Sternfeld, Nora (Hg.) (2009): *Das Unbehagen im Museum: postkoloniale Museologien*. Wien: Turia + Kant Verlag.
- Keith, Michael (2005): *Racialization and the public spaces of the multicultural city*. In: Karim Murji / John Solomos (Hg.), *Racialization. Studies in Theory and Practice*. Oxford u. a.: Oxford University Press, 249-270.
- Kilic, Emsal (2008): *Diskriminierung von Migranten bei der Wohnungssuche: Eine Untersuchung in Berlin*. Diplomarbeit.
- King, Anthony D. (1990): *Urbanism, Colonialism, and the World Economy: Cultural and Spatial Foundations of the World Urban System*. London/New York: Routledge.
- Knapp, Matthias (2003): *Gemeingebrauch und Staatseigentum: Private und öffentliche Sachenrechte an öffentlichen Straßen*. München: peniope.
- Kowalski, Christoph / Krefft, Oksana / Velte, Solveig (2006): *Die Wohnungssuche als Alltagsproblem von Menschen nicht-deutscher Herkunft*. In: Eine empirische Untersuchung am Beispiel Köln, unter: http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/downloads/diversity/Bericht_Wohnungsvergabe.pdf.
- Lanz, Stephan (2002): *Mythos europäische Stadt – Fallstricke aktueller Rettungsversuche*. In: Wolf-Dietrich Bukow / Erol Yildiz (Hg.), *Der Umgang mit der Stadtgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 63-77.
- Lugones, Maria (2007): *Heterosexualism and the colonial/modern gender system*. In: *Hypatia* 22, 186-219.
- Maetzky, Franziska / AG gegen Rassismus in den Lebenswissenschaften (2009): *Gemachte Differenz: Kontinuitäten biologischer „Rasse“-Konzepte*. Münster: Unrast Verlag.
- McKittrick, Katherine / Woods, Clyde (Hg.) (2007): *Black Geographies and the Politics of Place*. Toronto: South End Press.
- McLeod, John (2013): *Postcolonial London: Rewriting the Metropolis*. London/New York: Routledge.
- Mignolo, Walter D. (2007): *DELINKING: The rhetoric of modernity, the logic of coloniality and the grammar of de-coloniality*. In: *Cultural Studies* 21/2-3, 449-514.
- Molnar, Virag (2010): *The Cultural Production of Locality: Reclaiming the ‚European City‘ in Post-Wall Berlin*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34, 281-309.
- Muigai, Githu (2010): *Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance*, Githu Muigai, UNHCR, unter: <http://www.ohchr.org/EN/Issues/Racism/SRRacism/Pages/CountryVisits.aspx>.
- Osterhammel, Jürgen (1995): *Kolonialismus: Geschichte, Formen, Folgen*. München: C. H. Beck Verlag.
- Prakash, Gyan (2010): *Noir Urbanisms: Dystopic Images of the Modern City*. Princeton: Princeton University Press.
- Prakash, Gyan / Kruse, Kevin Michael (2008): *The Spaces of the Modern City*. Princeton: Princeton University Press.
- Pratt, Mary Louise (1992): *Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation*. London/New York: Routledge.
- Pratt, Mary Louise (1996): *Apocalypse in the Andes: Contact Zones and the Struggle for Interpretive Power*. Lecture. In: *Encuentros* 15, unter: <http://idbdocs.iadb.org/wsdocs/getdocument.aspx?docnum=1774431>.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham: Duke University Press.
- Quijano, Aníbal (2000): *Coloniality of power and Eurocentrism in Latin America*. In: *International Sociology* 15, 215-232.
- Quijano, Aníbal (2007): *Coloniality and modernity/rationality*. In: *Cultural Studies* 21, 168-178.
- Razack, Sherene (2002): *Race, Space, and the Law: Unmapping a White Settler Society*. Toronto: Between the Lines.
- Robinson, Jennifer (2002): *Global and world cities: a view from off the map*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26, 531-554.

- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary Cities: Between Modernity and Development*. New York/London: Routledge.
- Roy, Ananya / Ong, Aihwa (Hg.) (2011): *Worlding Cities: Asian Experiments and the Art of Being Global*. Malden u. a.: Wiley-Blackwell.
- Said, Edward (1979): *Orientalism*. New York: Vintage Books.
- Shaw, Wendy (2007): *Cities of Whiteness*. Malden u. a.: Blackwell Publishing.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin (1999): *Planwerk Innenstadt [Berlin]. Städtebauliches Leitbild*, unter: http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/planwerke/de/planwerk_innenstadt/index.shtml.
- Siebel, Walter (2006): *Die europäische Stadt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Simone, AbdouMaliq (2011): *The ineligible majority: Urbanizing the postcolony in Africa and Southeast Asia*. In: *Geoforum* 42, 266-270.
- Sousa Santos, Boaventura de (2012): *Public Sphere and Epistemologies of the South*. In: *Africa Development* 37/1, 43-67.
- Stuart, Andrea (2012): *Sugar in the Blood: A Family's Story of Slavery and Empire*. London: Portobello Books.
- Torres, Andrea Meza (2011): *The Museumization of Migration in Paris and Berlin and Debates on Representation*. In: *Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge* 9/4, Article 3.
- Tsianos, Vassilis (2013): *Urbane Paniken: Zur Entstehung des antimuslimischen Urbanismus*. In: Duygu Gürsel / Zülfukar Çetin / Allmende e.V. (Hg.), *Wer MACHT Demokratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen*. Münster: edition assemblage, 22-43.
- Yeoh, Brenda S. A. (2001): *Postcolonial cities*. In: *Progress in Human Geography* 25, 456-468.
- Yilmaz-Günay, Koray (Hg.) (2011): *Karriere eines konstruierten Gegensatzes: Zehn Jahre „Muslime versus Schwule“ – Sexualpolitiken seit dem 11. September*. Berlin: Eigenverlag.

Perspectives of Urban Decolonization: The European City as ‘Contact Zone’

Colonialism is still a relevant category for the production of space in manifold ways. Therefore, a de-colonial perspective offers a theoretical entry point to elucidate the related production of urbanity and of racism – as a vital legacy of colonialism. Racism is inscribed into the colonial matrix of social relations beside various regimes of subjection and subjugation within gender, sexuality and disability. The article appeals for a thorough revision of epistemic prerequisites and demands for the consideration of colonial subjects (Grosfoguel) – perspectives that are fundamental to a process understood here as urban decolonization. Subsequently, the conceptual framing of the European city is investigated, not only as a Eurocentric historiography, but also to undermine the continuousness of oriental implications. In another way, the concept of ‘Contact Zone’ from Marie Louise Pratt is drawn on, in order to investigate its relevance for the production of colonial relationships in urban contexts, exemplified through the case of the Humboldt-Forum in Berlin and the case of protest of refugees in public space.

GraffitiCity – kreativer Protest, *belonging und citizenship* im Madrider Stadtteil Lavapiés

Eva Youkhana

Christian Sebaly

Kreative Protestformen in urbanen Räumen haben in den letzten Jahren weltweit eine Renaissance erfahren. Symbolische Aneignungen durch Haus- und Platzbesetzungen, Graffiti und politische *stencils* (Schablonen) prägen zunehmend den öffentlichen Raum in Großstädten und stehen beispielhaft für Protest, der jenseits institutionalisierter politischer Auseinandersetzungen angesiedelt ist. Wie aber werden dadurch Bürgerrechte und diejenigen gestärkt, die sich nicht in vorgegebenen gesellschaftlichen Systemen und sozialen Strukturen bewegen? Welche Rolle spielt der urbane Raum für Vergemeinschaftungsprozesse, für die Konstituierung von Zugehörigkeit und sozialen Kollektiven?

Am Beispiel des Stadtzentrums von Madrid zeigt sich im Rahmen des neoliberalen Umstrukturierungsprozesses, wie städtische Formen, die Machtbeziehungen prägen und reflektieren, und die daraus hervorgehenden soziomateriellen Beziehungen auch den Bewohner_innen in den alltäglichen Auseinandersetzungen für das ‚Recht auf Stadt‘ dienen können. Anhand des Arbeiter- und Migrantenviertels Lavapiés wird erörtert, wie einerseits durch die Etablierung kultureller Institutionen und die Neugestaltung (inklusive verstärkter Kontrolle) öffentlicher Plätze Veränderungen des Images des Stadtteils sowie der Wohn-, Miet- und Besitzverhältnisse unterstützt und provoziert worden sind, und damit auch Gentrifizierung und die Vertreibung von weniger bemittelten Bevölkerungsgruppen. Als Folge dieser sozialräumlichen Wandlungsprozesse haben sich andererseits aber auch verschiedene widerständische und kreative Praktiken herausgebildet und Lavapiés zu einem umkämpften Raum gemacht. Diese Initiativen stehen – entgegen der Kommerzialisierung, Kontrolle und Vertreibung – für eine politische Kultur, die neue Formen der Zugehörigkeit schafft, die dynamisch, situativ und fließend sind.

Ersteinreichung: 28. Mai 2013; Veröffentlichung online: 5. Mai 2014

An english abstract can be found at the end of the article.

Einführung

Die Stadt Madrid durchläuft seit Mitte der 1990er Jahre einen äußerst dynamischen urbanen Transformationsprozess. Die Entwicklung hin zu einem internationalen Wirtschaftszentrum, dessen ökonomische Prosperität maßgeblich auf dem Wachstum und Ausbau des FIRE-Sektors[1] basiert, wurde erst durch die im Jahr 2008 einsetzende Krise erheblich gestört. Eine neoliberale Regierungspolitik auf lokaler Ebene, progressive Tertiärisierung sowie öffentlich geförderte Aufwertungsprozesse forcieren die Umgestaltung des Stadtkerns zu einem Schauplatz des Konsums, Tourismus und urbanen Spektakels (Díaz Orueta 2007, Pérez

Quintana 2010, Feinberg 2011). Gleichzeitig unterliegt das gesamte sozialräumliche städtische Gefüge einem erheblichen Wandel im Zuge eines zunehmenden Bevölkerungsdrucks und diversen Segregations- und Gentrifizierungsprozessen (Cañedo Rodríguez 2007).

Das Arbeiter- und Migrantenviertel Lavapiés steht exemplarisch für die strategische Umgestaltung und Sanierung des historischen Stadtzentrums von Madrid. Die Restaurierung der historischen, symbolträchtigen Bausubstanz, gezielte Ansiedlungen öffentlicher Kultureinrichtungen, die Neugestaltung und lokalstaatliche Kontrolle des öffentlichen Raums sowie millionenschwere öffentliche Subventionen für den privaten Immobilienmarkt stellen die Kernpunkte der aggressiven Aufwertungsstrategie dar (Blume 2002). Eine Beteiligung der lokalen Bevölkerung ist in diesem Sanierungsprozess nicht vorgesehen, obwohl er massive Veränderungen der Wohn-, Miet- und Besitzverhältnisse zur Folge hat, die den strukturellen Ausschluss sozial und ökonomisch Schwacher von der Produktion von Stadt noch zu verschärfen drohen (ebd., Díaz Orueta 2007).

Als Reaktion auf diese sozialräumlichen Wandlungsprozesse haben sich jedoch opponierende Praktiken in Form eines kreativen Aktivismus herausgebildet, durch die Lavapiés zu einem sichtbar umkämpften Raum geworden ist. Mittels Straßenkunst und performativer Methoden des Protests werden öffentliche Räume symbolisch wieder angeeignet und wird das ‚Recht auf Stadt‘ seitens derjenigen artikuliert und eingefordert, die am meisten von den negativen Konsequenzen der Aufwertung betroffen und von grundlegenden Bürgerrechten wie Wahlbeteiligung, Arbeitsrechte oder Bildungschancen ausgeschlossen sind. Durch die verschiedenen Formen von *urban art* und Graffiti wird, wie es ein Sprayer aus der Szene in Madrid formuliert,[2] die Zugehörigkeit zu einem Ort artikuliert, nicht aber, wie oftmals vermutet, die Inbesitznahme des Ortes (wie dem Gang-Graffiti gern unterstellt wird). Bereits Erfahrungen aus den 1970er und 1980er Jahren mit Graffiti-Kunst in nordamerikanischen Großstädten haben gezeigt, dass kreative Praktiken im urbanen Raum zur Gesellschaftsveränderung beitragen können (Baudrillard 1978). Graffiti und *urban art* als eine Art Subgenre des Graffiti (Waldner/Dobratz 2013: 378) gelten seitdem nicht nur als eine Praxis von verschiedenen marginalisierten Bevölkerungsgruppen, um der eigenen Sprachlosigkeit sowie der sozialen, kulturellen und ökonomischen Ausgrenzung zu entkommen.[3] Dadurch dass die Künstler_innen explizit (und in ihren Werken häufig auch implizit) politische Veränderungen einfordern, wird diese Artikulationsform im öffentlichen Raum zu einem „act of citizenship“ (Isin 2009: 367 ff.), einer politischen Handlung, die auf einen Bruch und Neubeginn durch Selbstermächtigung (*empowerment*) ausgerichtet ist und somit die Individuen erst zu Bürger_innen macht.[4]

Die folgenden Ausführungen basieren auf empirischen Untersuchungen, die zwischen Februar 2011 und April 2012 im Rahmen einer Regionalstudie im Stadtteil Lavapiés durchgeführt wurden.[5] Während und nach den Protesten der Movimiento 15-M (Bewegung des 15. Mai 2011) wurden Bewohner_innen, darunter auch Migrant_innen mit und ohne Papiere, Expert_innen (darunter Stadtplaner und Architekten), Sozialarbeiter_innen und (Kunst-)Aktivist_innen nach ihrer Meinung zum Wandel des Stadtteils Lavapiés und zur Rolle urbaner Kunst und selbstorganisierter kultureller

Initiativen im Viertel befragt. Eine Stadtteilkartierung mit Informationen zur Verteilung wirtschaftlicher Betriebe und kultureller Angebote half dabei, die Bedingungen und den Verlauf des lokalen Gentrifizierungsprozesses besser zu verstehen. Zudem wurden Umfragen zur Nutzung des Stadtteils und zur Zentralität bestimmter Aktivitäten wie zum Beispiel denen im Centro Social Autogestionado La Tabacalera (CSA Tabacalera), einer ehemaligen Tabakfabrik im Stadtteil, durchgeführt. Interviews mit Aktions- und GraffitiKünstler_innen gaben Hinweise auf die Dynamiken in der Szene und ihrer (internationalen) Vernetzung mit Protestbewegungen. Durch Reanalysen von Film- und Fotodokumenten von Protest Aktionskunst- und anderen Kulturveranstaltungen im Stadtteil konnten die Bedeutungen der Bildinhalte mit einzelnen Bewohner_innen diskutiert werden.

Anhand dieses Datenmaterials wird im Folgenden aufgezeigt, wie sich entgegen der städtischen Kommerzialisierung, Kontrolle und Vertreibung eine politische Kultur herausgebildet hat, die neue Formen der Zugehörigkeit produziert, die dynamisch, situativ und fließend sind. In dem englischen Pendant des Begriffs, *belonging*, kommt stärker als im Deutschen das Fluide und Transformatorische zum Ausdruck. Das Konzept des *belonging*, so wird argumentiert (vgl. Youkhana 2013), rekurriert nicht nur auf die von der Gesellschaft vorgegebenen (primordialen) Zugehörigkeiten (beispielsweise zu einer ethnischen Gruppe oder Nation), sondern umfasst auch individuelle Positionierungen innerhalb des sozialen Gefüges (Anthias 2006 u. 2008), wodurch sich die Perspektive auf die Bedeutung des Individuums – weg von der passiven hin zu einer aktiven, gestalterischen Rolle des Sozialen – verändert. Zudem wird unter Hinzuziehung einer raumsensiblen und materialistischen Perspektive, der Theorie der Produktion des Raumes nach Lefebvre und der Akteur-Netzwerk-Theorie nach Latour (siehe unten), *belonging* als soziale Ressource gedeutet, die durch räumliche Aneignungen (*placemaking*) aus dem Zusammenspiel der physisch-materiellen, diskursiven und imaginativen Dimensionen des sozialen Lebens entsteht (triadische Dialektik nach Lefebvre 1974). Es wird aufgezeigt, wie kollektiv begründetem sozialen Ausschluss (etwa von staatlicher oder kommunaler Seite) durch kreativ-poetische Handlungen begegnet werden kann, die aus den mannigfaltigen Alltagssituationen und -praktiken einer Kultur des Widerstands entstehen können. Diese kreativen Artikulationen werden somit weniger im Hinblick auf ihre Ästhetik gedeutet, sondern kontextualisiert: Ihre Bildinhalte werden hinsichtlich ihrer sozioökonomischen und soziokulturellen Rahmung reflektiert.

Die Kreativität von Vergemeinschaftung und die Produktion von *belonging* in der Stadt

Lefebvre (2006: 330 ff.) und der Theorie der Produktion des Raumes als erster analytischer Referenz ist es gelungen, Stadt als eine raumzeitliche Anordnung zu fassen, wobei der Fokus der Analyse von Urbanisierungsprozessen auf die alltagsweltlichen Produktionen der städtischen Bewohner_innen gelegt wurde (Schmid 2005: 11 u. 32, vgl. Purcell 2002) und nicht auf die daraus resultierenden urbanen Strukturen. Lefebvre erklärt die Beschaffenheit urbaner Konfigurationen als Konsequenz historischer Abfolgen von

Ereignissen und politischen Auseinandersetzungen und den daraus resultierenden Machtbeziehungen. Unter Bezugnahme auf die französische Phänomenologie (Merleau-Ponty) und die deutsche Dialektik (Hegel, Marx und Nietzsche) sowie durch die Integration einer „Meta-Philosophie des Alltäglichen“ gelang es Lefebvre, kulturwissenschaftliche Perspektiven in sozialwissenschaftliche Analysen zu integrieren. Raum wird darin weder als absolute noch abstrakte Größe verstanden, sondern als eine differenzielle Einheit, die die relevanten Elemente sozialer Praxis und Produktion miteinander vereint (Schmid 2005: 271 f.). Diese Produktionen werden gleichzeitig gelebt (in Repräsentationsräumen), wahrgenommen (durch räumliche Praktiken) und erdacht (in verschiedenen Raumrepräsentationen) und basieren auf drei gleichzeitig bedeutenden und im Wettstreit miteinander stehenden Momenten des Lebens, dem gedachten, dem praktizierten und dem poetisch-kreativen Handeln (ebd.: 335 f. u. 192).

Im Vergleich zum westlich geprägten binären Denken, das auf der Hegel'schen Dialektik und der Wechselwirkung des sozialen Gedankens und der sozialen Handlung basiert, betont Lefebvre das dritte Moment, das vor allem im Rahmen umstrittener Stadtpolitiken von größtem Interesse ist, da es die Strategien derjenigen beschreibt, die außerhalb dominierender bürokratischer und normierter Festsetzungen das Urbane gestalten (Purcell 2002). Seine triadische Dialektik verschiebt die Aufmerksamkeit hin zu den alltagsweltlichen Aspekten der sozialen Produktion (von Raum). Die in den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen häufig unterbewertete poetisch-kreative Handlung transzendiert, so Lefebvre, die dialektische Unterscheidung zwischen dem Gelebten und Gedachten und erhält in der sozialwissenschaftlichen Analyse einen gleichwertigen Rang. Laut Lefebvre (vgl. Schmid 2005: 108 f.) erkenne man in den unterschiedlichen Strategien und kreativen Handlungen der Residuen, der Zurückgebliebenen, die Erhabenheit einer Gesellschaft und ihr Potenzial, der Stagnation administrativer Vorgaben und damit dem sozialen Tod zu entrinnen.

„Im Mittelpunkt von Lefebvres materialistischer Theorie stehen Menschen in ihrer körperlichen Beschaffenheit und Sinnlichkeit, mit ihrer Sensibilität und ihrer Vorstellungskraft, mit ihrem Denken und ihren Ideologien; Menschen, die durch ihre Handlungen und Tätigkeiten miteinander in Verbindung treten.“ (Schmid 2008: 29; Übers. d. A.).

Durch die Analyse sozialräumlicher Produktionsprozesse, der Einbindung von materiellen Konditionen, Wissen, Bedeutungen und ihre Verwicklung in alltägliche Praktiken eröffnet Lefebvre neue Perspektiven auch für die Untersuchung von Zugehörigkeit und Vergemeinschaftung. Ausgehend davon, dass Gemeinschaft nicht a priori besteht, sondern erst produziert und angeeignet werden muss, wird der wissenschaftliche Blick auch auf die soziomateriellen Beziehungen gelegt. Das englischsprachige Konzept des *belonging*, bereits auf verschiedenen analytischen Skalen und für soziale Untersuchungen genutzt (Savage et al. 2005, Yuval-Davis 2006, Anthias 2006 u. 2009, SIRC 2007, Christensen 2009, Pfaff-Czarnecka 2011, Albiez et al. 2011), wurde im Gegensatz zum Konzept der Identität noch nicht hinreichend theoretisiert. Meist basiert es auf einer binären Vorstellung des Dazugehörens und

Nichtdazugehörens, wobei primordiale Vorstellungen dominieren (Butler/Spivak 2007, Yuval-Davis 2006). Materielle und räumliche Aspekte, die soziale Beziehungen und damit auch Zugehörigkeit regulieren und prägen (Leitner et al. 2008: 158), werden nur selten systematisch reflektiert. Die hier vertretene Auffassung von *belonging* stützt sich analytisch nicht nur auf praktische Rationalitäten und ideelle Selbstverständlichkeiten, zwei Pole, auf denen dominierende Konzepte von Zugehörigkeit und Gruppenidentität beruhen. Ausgehend von Lefebvres erkenntnistheoretischen Betrachtungen gehen wir davon aus, dass die Analyse von kollektiven Handlungen auch um das dritte Moment, das der sozialen Produktion, erweitert werden muss. Die kreativ-poetischen Handlungen fordern alltäglich heraus, was als gegeben und als real angenommen wird. Gleichzeitig zeigen sie, wie *belonging* erst in konkreten Situationen entsteht und in soziale Realität überführt wird (Schmid 2008: 31).

Nach dem hier kurz skizzierten Verständnis ist *belonging* somit dynamisch und nicht festgelegt, es basiert auf Wahlmöglichkeiten und persönlichen Erfahrungen und weniger auf auferlegten Identitäten; es bezieht sich auf die Gleichzeitigkeit von fortlaufenden Handlungen sowie Interaktionen und weniger auf in sich abgeschlossene Entscheidungen. Interessanterweise impliziert der Begriff *belonging* sowohl die Bindungen zwischen Menschen als auch deren Bindungen zu Dingen. Das *Oxford Dictionary* (1989) definiert *belonging* als „circumstance connected with a person or thing“; *to belong* is „to be appropriated or connected with“. In dieser Interpretation fordert das Konzept nicht nur Vorstellungen der sozialen, politischen oder kulturellen Kohärenz und der Naturhaftigkeit von Zugehörigkeit heraus, sondern betont auch die Bedeutung von Dingen für die Produktion von *belonging*. Damit lädt das Konzept förmlich dazu ein, die Analyse von Gruppenzugehörigkeit und Identität, oft primordial begründet, neu zu überdenken.

Mit der Akteur-Netzwerk-Theorie, unserem zweiten theoretischen Bezug, legt Latour (2005: 10) das Augenmerk auf die Rolle nicht-menschlicher Akteure, das heißt Objekte, Technologien, urbane Infrastrukturen etc., die nicht nur als „hilflose Träger symbolischer Projektierung“ gesehen werden dürften. Das Studium von Akteursnetzwerken sowie Beziehungen und Interaktionen zwischen heterogenen Akteuren gibt ein Instrument an die Hand, mit dem man den Spuren der Akteure selbst nachgehen kann. Durch die Berücksichtigung von Objekten als Teil von Akteursnetzwerken kann, so Latour, aufgezeigt werden, wie Menschen in einem Kollektiv zusammengehalten werden (ebd.: 13). Für die wissenschaftliche Debatte ließe sich durch diese ‚Neuversammlung des Sozialen‘ die ontologische Trennung zwischen Philosophie, Sozialwissenschaft und Semiotik überwinden (ebd.: 12), was notwendig sei, um die materielle Dimension mit Untersuchungen zu Diskursen und Sinnbezügen zu verbinden.[6] Das Soziale ist damit nicht gegeben, sondern wird zum Explanandum, einem *matter of concern*, und ist kein *matter of fact*.

Latour geht dabei von der Analyse von Gesellschaft zur Analyse von Kollektiven über, in denen auch Dinge Teil des Kollektivs sein und Handlungsträgerschaft besitzen können (ebd.: 87 ff.). Diese Perspektive ermöglicht sozialwissenschaftliche Untersuchungen, die Handlung als Folge von raumzeitlichen Verflechtungen, denen wir täglich konkret wahrnehmbar

begegnen und denen wir uns situationsbedingt und reflexiv stellen müssen, deuten (Joas 1994: 160). Die Kreativität von Handlungen im Rahmen situationsbedingter Kontexte wird zum sozialwissenschaftlichen Anliegen, wobei sozialen Akteuren nicht nur eine Intentionalität unterstellt wird, sondern die Fähigkeit, selbstreflexiv zu handeln – oder wie Joas es beschreibt:

„Menschliche Handlungen sind somit nicht einfach durch die Wechselwirkung von Werten und Impulsen gekennzeichnet, sondern durch die kreative Verwirklichung von Werten als auch durch die schöpferische Befriedigung der Impulse. Somit ist die Körperlichkeit, nicht nur in der Wahrnehmung, sondern auch in den Handlungen an sich eine grundlegende Voraussetzung für Kreativität.“ (ebd.: 163; Übers. d. A.)

Der analytische Blick konzentriert sich nicht länger nur auf die menschliche Intentionalität und rational gewählte Handlungen, sondern es wird der Absichtlichkeit und damit auch Berechenbarkeit das Moment des sinnlich Wahrgenommenen und körperlich Erfahrenen gegenübergestellt. Diese nicht teleologische Interpretation des Sozialen beabsichtigt einen Perspektivenwechsel und befördert die Analyse kollektiver Handlungen jenseits sozialer Demarkationslinien und Containervorstellungen. Jenseits von Verwertungslogiken und biopolitischer Kontrolle – beides Faktoren, die das Zusammenleben in den heutigen Metropolen dominieren – liegt der analytische Fokus auf dem Potenzial von Alltagspraktiken.

Städtische Aufwertung und sozialer Ausschluss in Madrid und Lavapiés

In ihrem revidierten Stadtentwicklungsplan von 1997 (Plan General de Ordenación Urbana de Madrid 1997/PGOUM 97) hat die Lokalregierung festgelegt, Madrid in „eine wettbewerbsorientierte Stadt mit globalem Charakter“ umzuwandeln, und das Ziel formuliert, „Madrid an die Spitze der derzeitigen urbanen Gesellschaften zu setzen und es zur drittgrößten europäischen Metropole“ zu machen (Dirección General de Revisión del Plan General 2012: 4; Übers. d. A.). Dieses Vorhaben zeigt die Anpassung der madrilenischen Stadtpolitik an die Anforderungen des seit den 1970er Jahren implementierten neoliberalen Regimes auf globaler Ebene, das neue Ansprüche an Städte als Orte der Produktion und Konsumtion stellt: günstige Standort- und Investitionsbedingungen für führende Wirtschaftsunternehmen und -sektoren und eine Abkehr von sozialstaatlichen Eingriffen (vgl. Compitello 2003).

Ein elementarer Bestandteil der madrilenischen Stadtpolitik stellt die Sanierung der historischen Altstadt dar, die aufgrund ihres genuinen Kerns und architektonischen Erbes sowie ihrer Symbolik als repräsentativster Ort der Stadt gilt. Zudem ist sie ein Standort für ökonomische Verwertungsinteressen und Ausgangspunkt für symbolische und künstlerische Aneignungen (vgl. Pérez/González 2010: 34 f.). Cañedo Rodríguez (2007: 1) bezeichnet Lavapiés als ein Wahrzeichen des „alten Madrid“, in dessen physischen und imaginären Raum die besonderen Traditionen und die Geschichte der Stadt eingeschrieben sind (Übers. d. A.). Der städtische Restrukturierungsprozess Madrids stellt in diesem Kontext eine

Anpassung des urbanen Gefüges an ökonomische Anforderungen dar, die zu einer räumlichen und sozialen Reorganisation der Stadt führen (vgl. Orueta 2007: 184) und von verschiedenen Autoren wie Peck et al. (2009) als neoliberaler Urbanismus bezeichnet werden.

War das alte Zentrum bis in die 1990er Jahre noch ein eher vergessener Ort, so wurde es durch die Neuausrichtung der Stadtentwicklung der postfordistischen und globalen Wettbewerbslogik unterworfen (Pérez/González 2010: 39). Lavapiés als Teil des historischen Zentrums Madrids befindet sich seit Verabschiedung des PGOUM 97 in einem Prozess intensiver städtebaulicher und sozialer Transformation.[7] Die lokalstaatlichen Interventionen konzentrieren sich auf zwei Handlungsfelder und firmieren unter dem Begriff der ‚ganzheitlichen Sanierung‘. Zum einen werden durch öffentliche Gelder Infrastrukturprojekte wie neue Straßen, Grünflächen und öffentliche Plätze realisiert und Immobilienbesitzer über staatliche Förderprogramme, die Investitionsanreize zur Modernisierung der Gebäude enthalten, in den Aufwertungsprozess eingebunden. Zum anderen wird die Ansiedlung kultureller Institutionen unterstützt, um den Anschluss von Lavapiés an das moderne Madrid zu fördern, und zum Zweck der „middle class consumption and as part of the development of the city’s tourism industry“ (vgl. Orueta 2007: 188).[8] Der Soziologe Díaz Orueta bezeichnet die Sanierung von Lavapiés als wichtigstes Vorhaben in der historischen Altstadt Madrids (vgl. ebd.: 184), der ehemalige Bürgermeister Madrids, Alberto Ruiz-Gallardón, nannte 2003 das Viertel ein „Vorzeigeprojekt mit größter Symbolik für unsere zukünftigen Anstrengungen“ (El País 2003; Übers. d. A.). Lavapiés ist somit ein Prestigevorhaben und steht repräsentativ für das neoliberale Anliegen, Madrid in bestmöglicher Weise in der europäischen Städtekonzurrenz zu platzieren (vgl. Orueta 2007: 184).

Sozialer Ausschluss in Lavapiés

Das Viertel Lavapiés ist Teil des *barrios* Embajadores und stellt offiziell keine eigenständige Verwaltungseinheit dar. Der Name Lavapiés bezieht sich, genau genommen, auf einen Platz, eine Metrostation und auf die umliegenden Straßen (vgl. Gómez 2006: 1). Der Status als Viertel, auch wenn es dem Verwaltungsbezirk Embajadores zugeordnet ist, lässt sich auf seine einzigartige Geschichte und heterogene Bevölkerungsstruktur zurückführen (vgl. Avila/Malo 2007: 522). Die Anstrengungen der städtischen Politik, Lavapiés aus seiner Marginalität herauszuholen und zu einem integralen Bestandteil des Zentrums zu machen, haben von Beginn an zu Kontroversen und Protesten geführt, unter anderem gegen Gebäudesanierungen und Immobilienspekulationen, die allein in den ersten Jahren des sogenannten Revitalisierungsprogramms eine Steigerung der Grundstücks- und Wohnungspreise um zum Teil das Dreifache zur Folge hatten (vgl. Blume 2002). Weitere Elemente der revanchistisch geprägten Stadtentwicklung (Smith 1996) sind Zwangsräumungen, eine verstärkte Polizeipräsenz und die Installation von Überwachungskameras im öffentlichen Raum. Die Forderungen der lokalen Bevölkerung nach einem neuen Gesundheitszentrum oder nach mehr Investitionen in öffentliche Schulen des Viertels sind seitens der Stadtverwaltung Madrids bislang

ignoriert worden (vgl. Orueta 2007: 188), während genug Geld für Projekte vorhanden ist, die für die Förderung des Tourismus und die kulturelle Selbstdarstellung Madrids als wichtig erachtet werden.

Als Reaktion auf fehlende Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des Sanierungsprogramms haben sich in Lavapiés verschiedene Bürgerinitiativen gebildet, die gegenüber den politisch Verantwortlichen ihr ‚Recht auf Stadt‘ einfordern. Im Spannungsfeld von städtisch forcierter Aufwertung und Interessen der lokalen Bevölkerung sind selbstverwaltete Kulturzentren wie das Centro Social Okupado Casa Blanca[9] oder das Centro Social Autogestionado la Tabacalera de Lavapiés entstanden, darüber hinaus diverse Bürgernetzwerke, zum Beispiel das Red de Colectivos de Lavapiés und La Corrala, sowie der kollektiv genutzte Garten ‚Esta es una Plaza‘. Sie alle versuchen, Einfluss auf die Entwicklung des Viertels zu nehmen. Alle diese Initiativen haben zu einer starken Politisierung des Stadtteils und seiner Bewohner_innen geführt und eine Widerstandskultur geschaffen, die sich in kreativen Protesten Bahn bricht.

Lavapiés weist in seiner soziodemographischen Entwicklung der letzten zwei Dekaden Merkmale auf, die dem Aufwertungsprozess sowohl Vorschub leisten als ihn auch konterkarieren. Führt die Suburbanisierung der 1980er Jahre zu einer Verschärfung der schon bestehenden Segregation (zurück in der Altstadt blieben vor allem sozial schwache und alte Menschen) sowie zu einer zunehmenden Schwächung der lokalen Ökonomie (Merkmale, die bis heute im Viertel ausgeprägt sind), setzte Mitte der 1990er Jahre mit dem Zuzug junger Bevölkerungsgruppen und Migrant_innen eine Trendwende ein. Niedrige Mieten, leerstehende Häuser und Wohnungen sowie das Image eines *barrio castizo*[10] stärkten die Attraktivität des Viertels für Künstler_innen, junge Menschen sowie Migrant_innen und führten zur Ausprägung eines alternativen und multikulturellen Milieus. Mit über 16.000 nichtspanischen Bewohner_innen verfügt Lavapiés über die höchste Ausländerquote (33 Prozent) im historischen Stadtzentrum (vgl. Ayuntamiento de Madrid 2011). Nicht länger gilt Lavapiés als ein klassisches Arbeiterviertel. Heute wird es von der Stadtregierung und anderen städtischen Akteuren vor allem als besonderer Ort der internationalen Begegnung, in dem 88 verschiedene Nationalitäten zusammenleben, und als weltoffene Heimat einer vielfältigen kreativen Szene vermarktet (vgl. Schmidt 2012: 3).[11]

Diesem forcierten Transformationsprozess steht die soziale Marginalität der Alten, Arbeitslosen und illegalen Migrant_innen im Viertel gegenüber, die zumeist von prekären Wohnverhältnissen und übersteuerten Mieten betroffen sind (vgl. Blume 2002, El País 2011). So bezeichnet der Architekt Eduardo de Santiago Rodríguez (2007: 27) Lavapiés treffend als einen Raum, in dem sich polarisierende Dynamiken entfalten, die gleichzeitig zu Aufwertung sowie zu baulichem Verfall und Prekarisierung führen. Das Erscheinungsbild wird geprägt von neuen Bewohner_innen in renovierten Eigentumswohnungen, die sich in unmittelbarer Nähe zu sanierungsbedürftigen Wohnobjekten befinden, in denen oft Migrant_innen in kleinen, überfüllten Wohnungen ihr Dasein fristen (vgl. El País 2011). Gleichzeitig zieht Lavapiés zahlreiche Tourist_innen an, die das multikulturelle Umfeld genießen und die vielen kulturellen Angebote in dem verkehrsberuhigten Viertel in Anspruch nehmen. Zugleich ist es Zufluchtsort

für Aktivist_innen, die teilweise in besetzten Häusern wohnen, sowie für eine Vielzahl an Obdachlosen. Daraus ergeben sich unterschiedlich gelagerte Ansprüche an den städtischen Raum, die sich zum Teil in offenen Konflikten im Untersuchungsgebiet artikulieren.

Kreative Artikulationen von Zugehörigkeit und *citizenship* in Lavapiés

Im Stadtzentrum von Madrid haben Bewohner_innen und Aktivist_innen zunehmend verschiedene Instrumente und kreative Methoden entwickelt, um sozialem Ausschluss zu begegnen sowie städtische Räume wiederanzueignen und diese dem Privatisierungsdruck zu entziehen. Hier müssen vor allem das Red de Colectivos de Lavapiés, aber auch die Asambleas del Barrio, die im Zuge der 15M-Bewegung nach 2011 entstanden sind und in der Tradition der nachbarschaftlichen Organisation ‚von unten‘ (Roces 2008, Castells 2008) stehen, genannt werden. Sie sind eine emanzipatorische Strategie von und für diejenigen, die zu den Verlier_innen der Stadterneuerungs- und Aufwertungsprozesse zählen und auch sonst von sozialer, politischer, kultureller und ökonomischer Partizipation weitgehend ausgeschlossen sind. Isin (2009) prägte in diesem Zusammenhang den Begriff der „activist citizen“, die sich mit ihrem Kampf um Teilhabe und Umverteilung der vorherrschenden gesellschaftlichen Ordnung entgegenstellen und eine neue Auffassung von Bürgerrechten (*citizenship*) implizieren.

Im Folgenden werden zwei Beispiele selbstorganisierter urbaner Kunst- und Kulturinitiativen in Lavapiés vorgestellt, um zu zeigen, wie diese multiple und situative Formen von Zugehörigkeit und ein emanzipatorisches Konzept von *citizenship* stärken können.

Graffiti und *urban art* in Lavapiés

Durch Graffiti und *urban art* wird einerseits der soziokulturelle Charakter des Viertels Lavapiés repräsentiert, andererseits sind sie Instrumente, um sozialen Ausschluss und Ungerechtigkeiten zu thematisieren. Neben Graffiti, die auch Ausdruck eines jugendkulturellen Protests sind (Remmert 2010) und aus dem intuitiven und individuellen Bedürfnis entstehen, der eigenen Existenz ein konkretes Antlitz zu geben (Abarca 2010), sensibilisieren die eher politisch motivierten *urban-art*-Techniken, Wandgemälde, *stencils* (Schablonenmalereien) und *cut outs* (Ausschnitte) für die sozialen Probleme, die aus den gegenwärtigen städtischen Transformationsprozessen resultieren. Die inhaltlichen Botschaften sind dabei häufig eher subtil, wobei die bestehende Architektur in die eigenen Werke miteingebunden wird. Der räumlichen Disziplinierung und Kontrolle wird, so Schmidt (2009: 195), mit Graffiti und *urban art* etwas entgegengesetzt. Es werde dem Betrachter der subtile Funktionalismus der Stadt bewusst gemacht, wodurch diese kreativen Artikulationen zu einer Form der Kommunikationsguerilla würden. Die Grenzen zwischen Subversion und Affirmation sind aber fließend. So nutzen inzwischen auch Marketingstrategen von Unternehmen zunehmend *urban art*, um den alternativen und ‚multikulturellen‘ Charakter eines Stadtteils für ein

entsprechendes Klientel touristisch und ökonomisch auszuschlachten. Nicht selten sind inzwischen auch Karrieren vormals unabhängiger *urban artists*, die zu gut bezahlten Werbemalern geworden sind (vgl. Reinicke 2006).

Der Großteil der kreativen Kultur im krisengebeutelten Madrid geht jedoch noch nicht auf staatliche oder kommerzielle Aufträge zurück, weshalb die Künstler_innen häufig die Grenzen der Legalität überschreiten und somit dem Risiko der Kriminalisierung ausgesetzt sind.[12] Die von den Graffiti-Künstler_innen hinterlassenen Spuren bewegen sich im Widerstreit mit den anonymisierten Strukturen der durch Privatisierungsdruck und Verdrängung geprägten Metropole. Mit der Manifestierung und Verdinglichung dieser persönlichen Botschaften binden die kreativen Akteure sich selbst an den Standort des künstlerischen Treibens (Hetzer 2011: 4) und demonstrieren dadurch ihre Zugehörigkeit zu diesem Ort.[13] Je ausgefallener und sichtbarer das Objekt (beispielsweise Züge oder hohe Hauswände), desto größer ist die Herausforderung, sich selbst dort zu verewigen.

Der/ die bei einer oberflächlichen Betrachtung häufig anonym bleibende Urheber_in eines Werks ist dennoch, schenkt man ihm/ihr mehr Beachtung, durch einen bestimmten Stil, Inhalt und Form von anderen Künstler_innen zu unterscheiden. In der Konzipierung und Ausführung des Werks verschmilzt der/ die Künstler_in mit der Stadtarchitektur und -infrastruktur. Die Akteure benutzen die urbane Infrastruktur wie Straßen und Gebäude, um sich ihrer selbst als dazugehörig zu vergewissern und um mit anderen Bürger_innen zu kommunizieren. Der Prozess der Selbstvergewisserung geschieht durch die ständige (Wieder-)Aneignung von urbanen Objekten, aber nicht, wie Miller (2005) es ausdrückt, durch die Inbesitznahme derselben: „Es ist nicht nur lediglich der Besitz von Objekten, der das Wohlbefinden einer Gesellschaft oder eines Individuums bestimmt, sondern die Fähigkeit der Selbstentfaltung durch die Aneignung von Objekten“ (ebd.: 20; Übers. d. A.).

Beim Graffiti und in der nicht beauftragten urbanen Kunst dient die Formenvielfalt als Medium, und die kreativen Akte selbst werden zum Instrument, um die einzelnen Künstler_innen als Teil der Gesellschaft zu kennzeichnen und mit anderen Bürger_innen zu vergemeinschaften. Die Mauern, Pfosten und Dächer werden im kollektiven Akt der Kommunikation selbst zu relevanten Akteuren. Im Zuge dieser kreativen Artikulationen, die mehr oder weniger beabsichtigt, spontan oder geplant sind, werden Objekte zu Trägern politischer Botschaften, nicht zuletzt, weil sie individuelle Narrative auch in einer zeitlich verschobenen Dimension transportieren (Müller/Uhlig 2011). Die Straßen werden zu einem Laboratorium kreativ-poetischer Ausdrucksformen, wodurch sie Assoziationen heterogener Akteure, Künstler_innen, Gebäude und Bürger_innen, die in einem Kollektiv zusammenfinden, ermöglichen (Abarca 2010: 100).

Am Beispiel Lavapiés zeigt sich, dass die kreativen Artikulationen, die die Kodierung sozialer Ordnungen infrage stellen, Teil der politischen Kultur des Stadtteils sind und für die sozialen Ausschlüsse der spanischen Gesellschaft sensibilisieren. Die folgenden Beispiele stehen für die unzähligen künstlerischen Darstellungen und Schablonenmalereien, die in den Jahren 2011 und 2012 von den Autor_innen fotografisch dokumentiert worden sind. Die Bilder zeigen urbane Kunst, die Protest

gegenüber sozialen und politischen Missständen ausdrückt. Es handelt sich dabei vor allem um Werke, die in ‚Nacht- und Nebelaktionen‘ entstanden sind, mit zum Teil offenen, zum Teil aber auch impliziten an die Öffentlichkeit gerichteten gesellschaftskritischen Botschaften. Es wurden weder vollkommen ‚unpolitische‘ Graffiti noch größere Wandmalereien, die durch Auftragsarbeiten entstanden sind, berücksichtigt.[14] Für die von uns untersuchten künstlerischen Interventionen eignen sich vor allem Schablonen (*stencils*) und Ausschnitte (*cut outs*), die in Ruhe vorbereitet, aber kurzfristig angebracht werden können. Sie werden an Orten eingesetzt, an denen die unzähligen Überwachungskameras des Viertels nicht greifen, aber wo die vorbeigehenden Passant_innen durch zunächst unauffällige Bilder irritiert werden.



Abb. 1 Schatten eines Straßenpfostens (Calle Doctor Foquet in Lavapiés; Quelle: Christian Sebaly)



Abb. 2 Afrikanische Frau mit Kind (Embajadores; Quelle: Eva Youkhana)



Abb. 3 Guardia Civil mit Star-Wars-Maske (Calle Sombrerete, Lavapiés; Quelle: Eva Youkhana)

Abbildung 1 zeigt einen bewaffneten Polizisten als Schatten eines Straßenpfostens, durch den die zunehmende Präsenz von Polizeibeamten in dem Viertel thematisiert wird. Dieses Graffiti ist umso provokativer, weil es vor einem Ausbildungszentrum für Polizisten, am Rande des Viertels im Übergang zum bekannten Museum Reina Sofia gelegen, gesprüht wurde. Abbildung 2, das Bild einer afrikanischen Mutter, die ihr Baby auf dem Rücken trägt, befindet sich direkt an einer Wand vor dem Haupteingang der CSA La Tabacalera. Das Zentrum beheimatet eine Initiative für afrikanische Kultur, die ohne Papiere in Madrid lebende afrikanische Einwanderer_innen unterstützt. Das Werk, das im Vorbeilaufen nicht direkt ins Auge fällt, zeigt Mutter und Kind malerisch vereint mit einem Stromkasten, der den Körper der Frau darstellt. Das Bild demonstriert die Zugehörigkeit der überwiegend schwarzafrikanischen Bevölkerung – der Gruppe, die am stärksten rassistisch motivierten Polizeiübergriffen ausgesetzt ist – zum Viertel. Die Schablonenmalerei in Abbildung 3 wurde an einem sanierungsbedürftigen Gebäude angebracht und zeigt die personifizierte Repression, die – lässig an eine Hauswand gelehnt – Allgegenwärtigkeit suggeriert. Die spanische Guardia Civil, auf die hier durch die typische Kopfbedeckung angespielt ist, bildete eine bedeutende Säule der Franco-Diktatur. Das *stencil* indiziert die umstrittene Funktion dieser paramilitärischen Einheit damals und die Kontinuität ihrer repressiven Operationen im Viertel bis heute. Die



Maske ist eine Anspielung auf die Klonkrieger der dunklen Seite der Macht in dem Heldenepos Star Wars.

Die vierte Abbildung sensibilisiert für die Überwachungsstrategien mit rassistischem Hintergrund im Viertel, die im Zuge der verstärkten Zuwanderung in Spanien sehr stark zugenommen haben und jede_n mit dunkler Hautfarbe (vor allem Afrikaner_innen, Lateinamerikaner_innen und Asiat_innen) oder ‚nichtspanischem‘ Aussehen treffen können. Ziel dabei ist die Kontrolle und Einschüchterung (illegal) Eingewanderter, was vor allem nach dem Bombenanschlag im nahegelegenen Innenstadtbahnhof Atocha im Jahr 2004 islamophobe Züge angenommen hat. Die Verfolgung der Heiligen Drei Könige, die der Legende (und dem Bild) zufolge gen Bethlehem ziehen, wirkt unverhältnismäßig, denn sie symbolisieren nicht nur die morgenländische, sondern auch die christlich-abendländische Kultur (und sollten damit für die Verschmelzung und Befriedung beider Welten stehen). Vor dem Hintergrund, dass sowohl die Gründung als auch die Namensgebung des Stadtteils Lavapiés auf die Einwanderung muslimischer und jüdischer Menschen zurückgeht, diese aber schon immer unter Verfolgung und Vertreibung zu leiden hatten, wird auch in dieser Darstellung die Zugehörigkeit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe (Marokkaner_innen bilden heute eine der größten Einwanderergruppen) zum Viertel bekräftigt.

Um Abbildung 5, die sich gegenüber einer Markthalle im Grenzbereich zum Viertel La Latina befindet, zu verstehen und um zu begreifen, in welcher Form hier *belonging* produziert wird, bedarf es der Erzählung einer kleinen Anekdote. Zunächst lässt das Bild offen, ob es sich um einen zufälligen Klecks oder um *urban art* handelt. Der Zusammenhang zwischen dieser Repräsentationsform und Zugehörigkeit erschließt sich erst in Verbindung mit dem hageren und langgliedrigen alten Mann, dessen Aufenthaltsort auf der Treppe neben dieser Darstellung ist, die er, wenn er dort sitzt, fast verdeckt. Im Februar 2012 wurde er gefragt, was dieses Bild bedeutet, woraufhin er antwortete, dass die Figur ihn darstelle, dass dieser Platz sein Platz sei. Über den Urheber der Figur konnte er keine Auskunft geben, und somit konnte in dem Gespräch auch nicht geklärt werden, ob es sich um eine absichtliche Darstellung handelt oder diese vielleicht doch auf eine Art Unfall mit dem Farbeimer zurückzuführen ist. Wichtig ist an dieser Stelle



Abb. 4 Die Heiligen Drei Könige (Calle Argumosa, Lavapiés; Quelle: Eva Youkhana)

Abb. 5 Mann an der Ecke (Plaza de la Sebada; Quelle: Eva Youkhana)

aber die Interpretation des Mannes selbst, dessen Aufenthaltsort in seinen Augen durch die silhouettenhafte Darstellung markiert worden war.

Alle hier aufgeführten Beispiele illustrieren kreative Interventionen im öffentlichen Raum, die eine Zugehörigkeit zum Viertel markieren und für Probleme wie Armut, Vertreibung, ständige Polizeikontrollen und die negativen Seiten der Sanierungsmaßnahmen im historischen Zentrum sensibilisieren. Die Aneignung urbaner Räume ermöglicht einerseits neue Kommunikationsmöglichkeiten in einem durch revanchistische Politik, Aufwertung und Privatisierungsdruck bestimmten Urbanisierungsprozess. Andererseits wird der öffentliche Raum durch die Künstler_innen und Nutzer_innen der Architektur und Infrastruktur für die weniger bemittelten Bewohner_innen des Viertels (Migrant_innen, Obdachlose und Menschen ohne Papiere) symbolisch wieder zugänglich gemacht. Dies zeigte sich auch beispielhaft in den als „acts of citizenship“ bezeichneten Artikulationen des Movimiento 15-M, die seit Mai 2011 mit Besetzungen öffentlicher Plätze und Häuser die Kämpfe in den urbanen Raum zurückgetragen haben (Janoschka/Sequera 2011: 152).

Die Vergänglichkeit der Werke (die meisten verwittern nach einer Weile oder werden übermalt) wird in Kauf genommen und impliziert Wandel und Flüchtigkeit anstatt in Stein gegossene Ewigkeit. Dadurch wird eine Zugehörigkeit demonstriert, die nicht statisch ist und somit dem Konzept des *belonging* und seiner implizierten Wandelbarkeit von Zugehörigkeit entspricht. Der durch kreative Artikulationen in Gang gesetzte Aneignungsprozess gibt Eigentum der Öffentlichkeit zurück und verstößt somit gegen neoliberale Vorstellungen von Besitz und Stadtpolitik, bei denen private Interessen vor die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gestellt werden.

Die hier dargestellten, teilweise gesellschaftskritischen Botschaften stehen im Kontrast zu weiteren urbanen Ästhetiken und Einschreibungen, denen eine Rolle im Rahmen der neoliberalen Restrukturierung zugewiesen wird oder die sogar als visuelle Marker von Gentrifizierungs- und Kommerzialisierungsprozessen gedeutet werden (Abarca 2013). Gegenstände der Kritik, in der *urban art* als Teil des Aufwertungsprozesses interpretiert wird, sind Entwicklungen in vielen europäischen und lateinamerikanischen Städten, in denen die historischen Zentren oder bestimmte Viertel aufgewertet und gesäubert werden, zum Beispiel vor großen Sport- oder kulturellen Ereignissen wie gegenwärtig in Rio de Janeiro. Was durch die Poster, Sticker und Schablonen als Ausdrucksform einer globalen Protestszene daherkommt, die Motive durch soziale Netzwerke austauscht und sie so weltweit zum Einsatz kommen lässt,[15] integriere, so die Einschätzung, ebenso die politischen Aktivist_innen wie die touristischen Konsument_innen.[16] Diesen dienten die Farben und Formen als Identitätsmarker, wobei die Gefahr der Nivellierung der politischen Botschaften bestünde.[17] *Urban art* wird, wenn von staatlichen Stellen oder Unternehmen in Auftrag gegeben – so die Argumentation weiter –, zu einem Mittel der Affirmation der herrschenden Ordnungen und dient dem *city branding*, also den Interessen einer auf Konsum gestützten Gesellschaft. Damit ist es nicht länger ein Instrument des Wandels und Protests. Die Aneignung des öffentlichen Raums erfolgt dann nicht mehr durch unterschiedliche Interessengruppen, sondern der Logik eines von Investoren und Stadtverwaltungen vorgegebenen Rahmens (vgl. Janoschka/Sequera 2011: 154, Delgado/Malet 2011: 57 ff.).

Das Centro Social Autogestionado La Tabacalera

Ein weiteres Beispiel für kreativen Protest und der Artikulation von *citizenship* in Lavapiés sind die emanzipatorischen Praktiken in einem selbstverwalteten sozialen und kulturellen Zentrum in einer alten Tabakfabrik, dem Centro Social Autogestionado La Tabacalera. Als Mittelpunkt für selbstorganisierte kulturelle Initiativen und politische Bewegungen zieht das im Sommer 2010 eröffnete Zentrum viele Menschen und soziale Gruppen an, die auf der Suche nach alternativen Lebensstilen sind und sich in Opposition zu der neoliberalen Wende Madrids sehen (vgl. Díaz Orueta 2007: 190 ff., Jüssen/Youkhana 2011: 281 f.).

Die CSA La Tabacalera liegt in der Straße Emabajadores, die die Viertel La Latina und Lavapiés begrenzt. Das etwa 28.000 m² große Gebäude, das Ende des 18. Jahrhunderts gebaut wurde und bis 1999 als Tabakfabrik diente, steht heute unter Aufsicht des Kultusministeriums, das den Plan verfolgt, Lavapiés zu einem bedeutenden Standort für Museen zu entwickeln. Teile der ehemaligen Tabakfabrik sind im Zuge des strategischen Plans zur Sanierung des historischen Stadtzentrums dem Centro Nacional de Artes Visuales (Nationales Zentrum für visuelle Kunst) zugeordnet worden (Pérez Quintana 2010). In einen anderen Teil des Gebäudes ist das selbstverwaltete Zentrum eingezogen, das nach langen Verhandlungen mit dem Ministerium im Jahr 2010 durch ein Netzwerk von nachbarschaftlichen Vereinigungen und Aktivist_innen, dem Red de Colectivos de Lavapiés, gegründet wurde.

Nach Angaben von einem der Initiatoren wird die CSA La Tabacalera durch eine große Anzahl von Freiwilligen getragen, die für die inhaltlichen Konzeption und die Verwaltung zuständig sind. Sie sind Macher_innen und Nutzer_innen zugleich. Die Angebote des Zentrums – Tanzkurse, Workshops für kreatives Schreiben, Sprachkurse für Immigrant_innen, eine Fahrradwerkstatt, urbaner Gartenbau und Veranstaltungen wie Konzerte und Lesungen – sind für die Teilnehmenden kostenlos. In einem internen Diskussionspapier wird betont:

„Die Tabacalera stellt das geeignete Gebäude dar, um ein integriertes Zentrum zu verwirklichen, das mit Initiativen und Projekten und mithilfe der aktiven Beteiligung seiner Bewohner_innen einigen der zahlreichen sozialen Problemen in Lavapiés begegnen soll. Gleichzeitig ist es der geeignete Ort, um das enorme kreative Potenzial, das reiche und vielschichtige soziale Wirken des Viertels und darüber hinaus das Wirken der gesamten Bürger_innen von Madrid weiterzuentwickeln.“ (Übers. d. A.)

Drei Jahre nach der Gründung der CSA La Tabacalera profitieren die spanischen und eingewanderten Bewohner_innen des Viertels verschiedenen Alters und unterschiedlicher sozialer Herkunft von der öffentlichen Zugänglichkeit des Gebäudes. Die Nutzer_innen müssen den folgenden drei Grundsätzen zustimmen:

1. Zentral für Kommunikation und Kooperation ist die Beteiligung an öffentlichen Versammlungen und eine aktive Mitarbeit, um das alte Gebäude zu erhalten.

2. Es gilt das Prinzip Copyleft,[18] um sicherzustellen, dass alle kreativen Produktionen von allen genutzt werden können.
3. Alle Angebote in der CSA La Tabacalera können umsonst genutzt werden.

Dabei wird grundsätzlich auf die Einsicht und Solidarität der Nutzer_innen vertraut. Seit 2011 dient die CSA La Tabacalera auch als Treffpunkt für die spanische 15-M-Bewegung, die noch vor der weltweiten Occupy-Bewegung gegen die Dominanz der Finanzmärkte, Verarmung und sinkende Beschäftigung als Folge der Wirtschaftskrise mit medienwirksamen Massenaktionen weltweite Aufmerksamkeit erzielte – von der Bewegung selbst auch als ‚Spanish Revolution‘ benannt. Die Nutzer_innen der CSA La Tabacalera setzen im Sinne Isins durch die verschiedenen *acts* ihre Bürgerrechte ‚von unten‘ in Kraft und verwirklichen nach eigenen Bekundungen eine Stadt der kreativen und aktiven Bürger_innen, die dem neoliberalen Modell, in dem Menschen auf die Rolle passiver Konsument_innen reduziert sind, entgegengesetzt ist.[19] Gleichzeitig ist das Zentrum ein Ort der Kommunikation für diejenigen, die sich den aufgezwungenen Ordnungen, Hierarchien und Institutionalisierungen entziehen und doch aktiv am politischen Leben teilnehmen wollen. Dabei wird Wert auf eine politische Kultur des Widerstands und der Emanzipation gelegt.

Das historische und gemeinschaftlich genutzte Zentrum, das die Bewohner_innen in den Urbanisierungsprozess einbindet, während es umgekehrt als symbolträchtiges Gebäude von ihnen als Referenz in die Aktivitäten eingebunden wird, ist selbst Träger von *agency*. Durch die kollektive Handlung zwischen dem mit Bedeutung aufgeladenen Gebäude einerseits und seiner Nutzer_innen andererseits wird ein Zugehörigkeitsgefühl zum Stadtteil, zu Madrid und zur spanischen Gesellschaft hergestellt, das integrierend ist und nicht wegen der vordefinierten sozialen Kategorisierungen (nach ethnischen oder nationalen Zugehörigkeiten) zu Ausschlussmechanismen führt. Die dynamische, offene und transitive Idee von Zugehörigkeit, die mithilfe der kreativen *acts* und politischen Ausdruckformen in der CSA La Tabacalera gelebt wird, weist auf die Bedeutung dieser Aneignungs- und *placemaking*-Prozesse für emanzipatorische Formen von *citizenship* hin (Jüssen/Youkhana 2011: 281 ff.).

Die Nutzung des Gebäudes für kreativen Protest ist Ursache und Folge einer politischen Kultur des Widerstands, die auf nachbarschaftlicher Organisation und Bewegung in einer durch Übergang und Bevölkerungswandel geprägten Solidargemeinschaft beruht. Hier sei auf die vielen in den 1960er und 1970er Jahren in Spanien entstandenen Nachbarschaftsvereine hingewiesen, die Franco zum Trotz eine starke Kraft entwickelten und die *transición*, den Übergang zur Demokratie, aktiv mitgestalteten. In dieser Zeit konnten sie mehr Menschen zu Demonstrationen und Aktionen im öffentlichen Raum mobilisieren als beispielsweise die Gewerkschaften (Caprarella/Fernandez Brotons 2008). Manuel Castells (2008) beschreibt solche Bewegungen sogar als klassenübergreifend, weshalb sie vor allem bei der Einflussnahme auf die Gestaltung von Stadtteilen und der städtischen Infrastruktur so erfolgreich waren. Als Ort, an dem verschiedene gegenkulturelle Initiativen zusammenkommen, ist das

Zentrum Tabacalera zu einem Raum des Protests einer auf basisdemokratischen Prinzipien basierenden politischen Kultur geworden, der die Voraussetzungen bietet für die Entfaltung der individuellen und kollektiven Potenziale der Nutzer_innen (vgl. Jüssen/Youkhana 2011).

Es wird jedoch auch Kritik an dem Projekt geäußert, zum Beispiel von der Hausbesetzerszene in Madrid an der Verhandlungsbereitschaft der Nutzer_innen der CSA La Tabacalera gegenüber dem Staat, namentlich dem Kultusministerium. Das Hauptargument der Kritiker_innen ist, dass es dadurch einfacher werde, die Protestaktivitäten von oben zu vereinnahmen und zu kontrollieren. Die Gestaltung des Zentrums als Ort der Begegnung und des Austausches sei insofern manipulierbar, als dass ein Gefühl von Zugehörigkeit (*sense of belonging*) zu einer Stadt und ein Gefühl des Eigentums von gemeinschaftlichen Gütern suggeriert werde, ohne tatsächlich auf etablierte Besitzverhältnisse und Machtstrukturen Einfluss nehmen zu können. Diese Strategie zielen darauf ab, so ein Vertreter der radikaleren Hausbesetzerszene, Arbeitslast und Verantwortung auf eine breite Basis zu stellen, allerdings bliebe dabei das *empowerment* (Selbstermächtigung) ein symbolischer Akt und habe keinerlei reale ‚Umverteilung‘ zur Folge. Auch die Frage nach dem ‚Recht auf Stadt‘ werde nicht offensiv gestellt, genauso wenig wie die nach der Übermacht staatlicher Kontrolle.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf die mit der räumlichen Praxis der CSA La Tabacalera repräsentierten Lebensstile. Unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und die *creative class* kennzeichnen seit Längerem den Stadtteil Lavapiés und wirken anziehend auf Alternativtourist_innen. Das selbstverwaltete Zentrum ist ein Spiegelbild dieser kreativen Szene, die den ästhetischen und kulturellen Vorlieben einer zunehmend jungen und konsumorientierten Klientel entgegenkommt. Alters- und Beschäftigungsstruktur sowie die Wohnorte der Nutzer_innen des Zentrums zeigen, dass dieses weit über den Stadtteil hinauswirkt.[20] Insofern könnte die CSA La Tabacalera ebenso wie das Viertel Lavapiés selbst als Identitätsmarker und Referenzpunkt für eine *creative class* gewertet werden, die den Gentrifizierungsprozess erst in Gang gesetzt hat. Allerdings – bei allem Verständnis für die Angst vor Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen in Orten wie Lavapiés – sind der hohe Grad der nachbarschaftlichen Beteiligung, auch von älteren Menschen und Migrant_innen, sowie die vielen politischen Initiativen, die sich im CSA La Tabacalera treffen (beispielsweise gegen rassistisch motivierte Polizeikontrollen), auch ein deutliches Zeichen dafür, dass die Initiator_innen ihr erklärtes Ziel, einen integrativen Begegnungsort zu schaffen, weitgehend erreicht haben.[21]

Schlussbetrachtung

Es wurde gezeigt, dass künstlerische und kreative Manifestationen seitens derjenigen, die nicht Teil raumplanerischer Maßnahmen sind, als Instrumente eingesetzt werden können, um für Probleme im Zuge marktorientierter städtischer Umgestaltung und Regierungsführung zu sensibilisieren. Das historische Stadtzentrum von Madrid, inklusive des Stadtteils Lavapiés, ist ein äußerst dynamisches Beispiel für die Aufwertung und Kommerzialisierung öffentlicher Räume und damit verbundener sozialer

Probleme und Ausschlüsse. Kreative Artikulationen, verstanden als Praxen von *citizenship*, hinterfragen herrschende Besitzansprüche und produzieren somit neue Formen städtischer Zugehörigkeit. In dem Einwanderungsviertel Lavapiés gehen diese kreativen Handlungen aus einem politischen Milieu hervor, das auf die Kraft derjenigen setzt, die ihr Zuhause in einer Situation des Übergangs errichten, wissend, dass der Status der Nichtzugehörigkeit konstituierend für sie ist. Vordefinierte kollektive Identitäten und Vorstellungen von Zugehörigkeit reproduzieren die zwar unsichtbaren, aber unterdrückenden sozialen und politischen Strukturen, die emanzipatorisches und selbstbestimmtes Handeln verhindern. Dieses liegt Hardt und Negri (2003: 370) zufolge in der Fähigkeit, von Ort zu Ort zu wandern und durch fortwährende Austausch- und Interaktionsprozesse ein menschliches Kollektiv zu bilden. Die Kollektivbildungen des liquiden Widerstands sind jedoch im Widerstreit mit neoliberaler Politik und der Verwertungslogik stadträumlicher Planung zunehmend einem Legitimationsdruck unterworfen, der selbstreflektierende Mechanismen umso notwendiger macht. Nur wenn es gelingt, die bürokratischen und neoliberalen Spielregeln sowie die etablierten Prozesse der Vergemeinschaftung, die soziale Zugehörigkeit und Bürgerrechte begründen, zu durchbrechen, können die Bewohner_innen neue ontologische Realitäten schaffen.

Dass dies möglich ist, zeigt sich gerade in Lavapiés und Madrid in kollektiven Reaktionen auf die Zwangsräumungen im Zuge der Immobilienkrise. So haben sich dort Intellektuelle sowie Betroffene spanischer, ukrainischer oder marokkanischer Herkunft zusammengeschlossen, um sich gemeinsam gegen die ungerechte Hypothekengesetzgebung zu wehren.[22] Auch dieser Kampf basiert im Wesentlichen auf der Solidarität in basisdemokratisch organisierten nachbarschaftlichen Vereinigungen, in denen nicht der soziale Status Zugehörigkeit definiert, sondern die Bereitschaft, sich in kollektiver Form für die Leidtragenden fehlgeleiteter Stadtplanung und Finanzspekulationen im Immobiliensektor einzusetzen.

Endnoten

- [1] Dieser umfasst die Bereiche *finance, insurance und real estate*.
- [2] Interview in Madrid im Februar 2012.
- [3] Gerade von Sprayern selbst wird immer wieder betont, dass Graffiti auch eine intensive körperliche Erfahrung ist, was den hohen Anteil an männlichen Sprayern erklären kann (vgl. Bowen 2013).
- [4] Durch diese Perspektive wird ein Bruch mit Vorstellungen von (Staats-)bürgerschaft vollzogen, die zugeteilt ist und als ein Herrschaftsinstrument des Staates wahrgenommen wird.
- [5] Diese Studie ist Teil des interdisziplinären Forschungsvorhabens „Kompetenznetz Lateinamerika: Ethnicity, Citizenship, Belonging“, das seit 2010 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Beteiligt sind historische, ethnologische, kulturwissenschaftliche und soziologische Institute bzw. Lehrstühle der Universitäten Köln, Bielefeld, Bonn, Münster und Hannover (vgl. <http://www.kompetenzla.uni-koeln.de/>).
- [6] *Reassembling the Social* bzw. *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* in der deutschen Übersetzung heißt das Buch zur Akteur-Netzwerk-Theorie, das 2005 von Latour erschienen ist.

- [7] Lavapiés wurde am 12. Mai 1997 als Área de Rehabilitación Preferente (ARP) ausgewiesen und am 25. Juli 2003 als Área de Rehabilitación Integrada (ARI) deklariert (vgl. Ayuntamiento de Madrid 2012).
- [8] Repräsentativ seien an dieser Stelle das Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofía, das Centro Cultural La Casa Encendida, das Teatro Valle-Inclán, das Museo Nacional de Reproducciones Artísticas und die in der Nähe liegenden Museen El Prado, Caixaforum und das Museo Thyssen Bornemisza genannt.
- [9] Das CSO Casa Blanca wurde im Herbst 2012 geräumt.
- [10] *Barrio castizo* bedeutet ein ursprüngliches madrilenisches Viertel.
- [11] An dieser Stelle sei auf die Darstellungen von Lavapiés auf den Internetportalen der Stadt Madrid verwiesen, zum Beispiel www.esmadrid.com oder www.turismomadrid.es.
- [12] Seit 2007 gibt es in Madrid spezielle Anti-Graffiti-Gesetze.
- [13] Nicht zu verwechseln mit Gang-Graffitis, die häufig örtliche Abgrenzungen und den Anspruch der Gruppe auf ein bestimmtes Viertel demonstrieren sollen.
- [14] Solche Arbeiten werden von Geschäftsleuten deshalb gern in Auftrag gegeben, da sie dem Stadtteil das von Tourist_innen und Besucher_innen erwartete Image verleihen. Häufig von Kunststudierenden ausgeführt, sind ihre politischen Botschaften eher abgeschwächt und die Bilder dadurch gefälliger (vgl. Abarca Sanchís 2013).
- [15] Beispiele hierfür sind die Schablonen des wohl bekanntesten Straßenkünstlers Banksy, dessen Werke durch das Internet weltweite Verbreitung genießen.
- [16] Ein Beispiel für ein kommerzialisiertes Protest-Graffiti findet man im mexikanischen Oaxaca. Im Zuge der Asamblea Popular de los Pueblos Oaxacenos (APPO) im Jahr 2006 hatte sich eine starke *urban-art*-Szene entwickelt, die internationales Interesse auf sich zog und die ihre Werke heute vor allem in Museen und privaten Galerien ausstellt und verkauft.
- [17] Diese und ähnliche Kritikpunkte wurden auf der Internationalen Tagung zu ‚GraffitiCity – Materialized Visual Practice in the Public Urban Space‘ (17.-19.04.2013) von Sprayern und Kunsthistorikern, die sich kritisch mit *urban art* auseinandersetzen, auch in Bezug auf die Graffitzene in Madrid geäußert. Ähnliche Einschätzungen gibt es zu Berlin, New York und London, wo *urban art* in zentralen und weitgehend gentrifizierten Stadtteilen nur noch in einem vorgegebenen Rahmen verwirklicht werden kann.
- [18] Im Gegensatz zum Copyright sind bei diesem Attribut der ‚Creative Commons‘ keine Urheberrechte auf die kreativen Produktionen anzumelden.
- [19] In einem Feature von Ruth Krause im Auftrag der Deutschen Welle zu „Plan B – Junge Wege aus der Krise“ wird die selbstverwaltete Fahrradwerkstatt im CSA La Tabacalera beispielhaft angeführt als Ort, wo Teilhabe und Bürgerrechte aktiv gelebt werden und der einen Lösungsansatz bieten kann in der Krise.
- [20] Eine Umfrage von Thomas Augusto Elischer aus dem Jahre 2010 zeigte, dass zwar viele Nutzer_innen aus dem Stadtteil selbst kommen, aber auch aus weiter entfernten Vierteln. 45 Prozent sind dem studentischen Milieu zuzuordnen und zwischen 20 und 40 Jahren alt.
- [21] Gentrifizierungsprozesse werden in diesem Zusammenhang nicht als unilineare Prozesse begriffen, die immer nach demselben Muster ablaufen, sondern sie sind immer im Zusammenhang mit den jeweiligen Kontexten, Stadtteilpolitiken, Bevölkerungsstrukturen, aber auch den architektonischen und infrastrukturellen Voraussetzungen zu sehen.
- [22] Im Juli 2013 wurde als Reaktion auf diese Proteste eine neue Gesetzgebung verabschiedet, die zwar nur einen kleinen Teil der Forderungen der Initiative erfüllte, aber ein hohes Maß an Öffentlichkeit und Solidarität unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erzeugen konnte.

Autor_innen

Eva Youkhana ist Kulturosoziologin und Sozialanthropologin mit Schwerpunkt auf Migration, soziale Bewegungen, Raum, Konzepte von *belonging* und *citizenship*.
eva.youkhana@uni-bonn.de

Christian Sebaly ist Sozialgeograph mit Schwerpunkt auf Stadtentwicklung, Raumtheorie und Gentrifizierung.
c.sebaly@uni-bonn.de

Literatur

- Abarca, Javier (2010): El postgraffiti, su escenario y sus raíces: Graffiti, punk, skate y contra-publicidad, unter: <http://eprints.ucm.es/11419/1/T32410.pdf>.
- Abarca, Javier (2013): Graffiti, street art and gentrification. Working Paper, präsentiert auf der internationalen Konferenz „GraffitiCity – Materialized Visual Practices in the Public Urban Space“, 17.-19.04.2013. Köln.
- Albiez, Sarah / Castro, Nelly / Jüssen, Lara / Youkhana, Eva (Hg.) (2011): Ethnicity, Citizenship, Belonging: Practices, Theory and Spatial Dimensions. Frankfurt a. M./ Madrid: Vervuert Verlag.
- Anthias, Floya (2006): Belongings in a globalizing unequal world: rethinking translocations. In: Nira Yuval-Davis / Kalpana Kannabiran / Ulrike Vieten (Hg.), *The Situated Politics of Belonging*. London/Thousand Oaks: Sage Publications, 17-32.
- Anthias, Floya (2008): Thinking through the lens of translocational positionality: an intersectionality frame for understanding identity and belonging. In: *Translocations: Migration and Social Change* 4/1, 5-20.
- Anthias, Floya (2009): Intersectionality, belonging and translocal positionality: thinking about transnational identities. In: Gabriele Rosenthal (Hg.), *Ethnicity, Belonging and Biography: Ethnographical and Biographical Perspectives*. Münster: Lit-Verlag, 229-249.
- Ávila, Débora / Malo, Marta (2007): Apuntes del subsuelo: Contracultura, punk y hip hop en la construcción del Madrid contemporáneo. In: Madrid: Observatorio Metropolitano (Hg.), *¿La suma de todos? Globalización, territorio, desigualdad*. Madrid: Traficantes de Sueños, 453-504.
- Ayuntamiento de Madrid (2012): Ayuntamiento boletín oficial – BOAM n° 6593, unter: http://www.madrid.es/boletines-vap/generacionPDF/boam6593_139.pdf?numeroPublicacion=6593&idSeccion=55a7c59eda8a4310VgnVCM2000000c205a0aRCD&nombreFichero=boam6593_139&cacheKey=52&guid=160640bbb9ba4310VgnVCM1000000b205a0aRCD&csv=true.
- Baudrillard, Jean (1978): *KOOL KILLER oder Der Aufstand der Zeichen*. Berlin: Merve Verlag.
- Blume, Jutta (2002): Neoliberaler Despotismus. Die spanische Variante von Sanierungsgebieten als Subventionierung des privaten Wohnungsmarkts am Beispiel von Lavapiés. In: *dérive – Zeitschrift für Stadtforschung* 9, unter: http://www.derive.at/index.php?p_case=2&id_cont=107&issue_No=9.
- Bowen, Tracy (2013): Graffiti as Spatializing Practice and Performance. In: *Rhizomes* 25, unter: <http://www.rhizomes.net/issue25/bowen/>.
- Bulter, Judith/ Chakravorty Spivak, Gayatri (2007): *Sprache, Politik, Zugehörigkeit*. Berlin: Diaphanes Verlag.
- Cañedo Rodríguez, Montse (2007): Políticas urbanísticas en el centro de Madrid: La Rehabilitación de Lavapiés, unter: <http://conferencias.iscte.pt/viewpaper.php?id=137&cf=3>.
- Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots: A Cross-cultural Theory of Urban Social Movements*. Berkeley: University of California Press.
- Compitello, Malcolm Alan (2003): Designing Madrid, 1985-1997. In: *Cities* 20/6, 403-411.
- Christensen, Ann-Dorte (2009): Belonging and unbelonging from an intersectional perspective. In: *Gender, Technology and Development* 13/1, 21-41.
- Delgado, Manuel / Malet, Daniel (2011): El espacio público como ideología, unter: http://www.diba.cat/documents/523487/523545/participacio-dretshumans-fitxers-altres_recursos-2forum-article_delgado-pdf.pdf.
- Dirección General de Revisión del Plan General (2012): *Revisión Plan General. Criterios y Objetivos Generales*. Ayuntamiento de Madrid, Área de Gobierno de Urbanismo y Vivienda, unter: <http://www.madrid.es/UnidadesDescentralizadas/UrbanismoVivienda/Urbanismo/PGOUM/Legislacion/DOC.CRITERIOSyOBJETIVOS2.pdf>.
- El País (2003): Gallardón impulsa la rehabilitación de Lavapiés tras fracasar el anterior plan. In: *El País*, 4.9.2003, unter: http://elpais.com/diario/2003/09/04/madrid/1062674662_850215.html.

- El Pais (2011): 50 metros cuadrados para 11 inquilinos. In: El Pais, 8.5.2011, unter: http://elpais.com/diario/2011/05/08/madrid/1304853856_850215.html.
- Feinberg, Isaiah Matthew (2011): Lavapiés, Madrid as Twenty-first Century Urban Spectacle. Doctoral Dissertation, *University of Kentucky*. Lexington, unter: http://uknowledge.uky.edu/gradschool_diss/216.
- Gómez, Mayte (2006): El barrio de Lavapiés, laboratorio de interculturalidad. In: *Dissidences: Hispanic Journal of Theory and Criticism* 2, 1-42.
- Hardt, Michael / Negri, Antonio (2006): *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Hetzer, Andreas (2011): Kreatives Potenzial zwischen Subversion und Kommerz. In: *Ila* 346/11, 4-6.
- Isin, Engin (2009): Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. In: *Subjectivity* 29/1, 367-388.
- Janoschka, Michael / Sequera, Jorge (2011): Zur symbolischen Rückeroberung und Politisierung des öffentlichen Raums. In: *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 166/42, 163-172.
- Joas, Hans (1994): Situation – Corporeality – Sociality the fundamentals of a theory of creativity of action. In: Hans Joas (Hg.), *The Creativity of Action*. Chicago: University of Chicago Press, 145-195.
- Jüssen, Lara / Youkhana, Eva (2011): Local Responses to Transnational Migration: Citizenship, Belonging and the Case of Latin American Migrants in Madrid. In: Sarah Albiez / Nelly Castro / Lara Jüssen / Eva Youkhana (Hg.), *Ethnicity, Citizenship, Belonging: Practices, Theory and Spatial dimensions*. Frankfurt/Madrid: Vervuert Verlag, 281-306.
- Krause, Ruth (2013): Fahrräder verändern die Welt [Video], unter: <http://www.dw.de/fahrer%20ver%C3%A4ndern-die-welt/a-16516548>.
- Latour, Bruno (2005): *Reassembling the Social. An Introduction to Actor-Network-Theory*. New York: Oxford University Press.
- Lefebvre, Henri (1974/2006): Die Produktion des Raums. In: Jörg Dünne / Stephan Günzel (Hg.), *Raumtheorie. Grundagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 330-342.
- Leitner, Helga / Sheppard, Eric / Sziarto, Kristin (2008): The spatilities of contentious politics. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 33, 157-172.
- Miller, Daniel (2005): Materiality – An Introduction. In: Daniel Miller (Hg.), *Materiality*. Durham N.C: Duke University Press Books, 1-50.
- Müller, Carsten / Uhlig, Bettina (2011): Narrenhände beschmieren Tisch und Wände? In: *Kunst und Unterricht* 351, 4-10.
- Oxford Dictionary (1989). Oxford/New York: Oxford University Press.
- Orueta Díaz, Fernando (2007): Madrid: Urban regeneration projects and social mobilization. In: *Cities* 24/3, 183-193.
- Peck, Jamie / Theodore, Nik / Brenner, Neil (2009): Neoliberal Urbanism: Models, Moments, Mutations. In: *SAIS Review* 29/1, 49-66.
- Pérez González, Jesús (2010): The real estate and economic crisis: An opportunity for urban return and rehabilitation policies in Spain. In: *Sustainability* 2, 1571-1601.
- Pérez Quintana, Vicente (2010): *Lavapiés: Intervención y rehabilitación 1998-2008*. Madrid: Empresa Municipal de Vivienda y Suelo.
- Pfaff-Czarnecka, Joanna (2011): From 'identity' to 'belonging' in social research: Plurality, social boundaries, and the politics of the self. In: Sarah Albiez / Nelly Castro, / Lara Jüssen / Eva Youkhana (Hg.), *Ethnicity, Citizenship, Belonging: Practices, Theory and Spatial Dimensions*. Frankfurt a. M./Madrid: Iberoamericana, 197-218.
- Purcell, Mark (2002): Excavating Lefebvre: The right to the city and its urban politics of the inhabitant. In: *GeoJournal* 58, 99-108.
- Reinicke, Julia (2006): *Street-Art. Eine Subkultur zwischen Kunst und Kommerz*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Remmert, Natascha (2010): Verbalgraffiti in Madrid. In: Kathrin Sommerfeldt (Hg.), *Der fremdsprachliche Unterricht Spanisch* 31/10, 34-41.
- Roces, María (2008): De la ruinas a la rehabilitación. In: Vicente Pérez Quintana / Pablo Sanchez León (Hg.), *Memoria ciudadana y movimiento vecinal: Madrid 1968-2008*. Madrid: Catarata, 183-196.

- Santiago Rodriguez, Eduardo (2007): Madrid, ciudad única'. Pautas y lógicas espaciales recientes en la región madrileña: las grandes transformaciones estructurales; el despliegue del nuevo 'paradigma único' en la región urbana de Madrid. In: Urban 12, 8-33.
- Savage, Michael / Bagnall, Gaynor / Longhurst, Brian (2005): Globalization & Belonging. London/Thousand Oaks: Sage Publications.
- Schmid, Christian (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. München: Franz-Steiner-Verlag.
- Schmid, Christian (2008): Henri Lefebvre's theory of the production of space: Towards a three-dimensional dialectic. In Kanishka Goonewardena / Stefan Kipfer / Richard Milgrom / Christian Schmid (Hg.), Difference, Everyday Life: Reading Henri Lefebvre. New York: Routledge Chapman & Hall, 27-45.
- Schmidt, Christian (2009): Street Art – Zeichen der Zeit. In: Katharina Klitzke / Christian Schmidt (Hg.), Street Art – Legenden zur Straße. Berlin: Archiv der Jugendkulturen.
- Schmidt, Hebe (2012): Lavapiés. Fenómeno migratorio y claves de la convivencia. In: Cuadernos de la EPIC 7 (= La Escuela de Profesionales de Inmigración y Cooperación). Madrid: EPIC.
- Social Issues Research Centre (2007): Belonging, unter: <http://www.sirc.org/publik/belonging.pdf>.
- Smith, Neil (1996): The New Urban Frontier. Gentrification and the Revanchist City. London/New York: Routledge.
- Waldner, Lisa / Dobratz, Betty (2013): Graffiti as a form of contentious political participation. In: Sociology Compass 7/5, 377-389.
- Veksler, Bernardo (2004): Lavapiés. Pasado, presente y futuro de un barrio cosmopolita. Madrid: Editorial Visión Libros.
- Youkhana, Eva (2013): Die Macht religiöser Objekte im Kontext von Migration – das Beispiel der Virgen del Cisne in Madrid. KLA Working Paper Series No. 10/2013, hrsg. vom Kompetenznetz Lateinamerika: Ethnicity, Citizenship, Belonging. Köln, unter: http://www.kompetenzla.uni-koeln.de/fileadmin/WP_Youkhana.pdf.
- Yuval-Davis, Nira (2006): Belonging and the politics of belonging. In: Patterns of Prejudice 40/3, 197-214.

GraffitiCity: Creative Articulations of Protest, Belonging and Citizenship in Madrid, Lavapiés

Creative forms of protest in the urban space have experienced a worldwide renaissance in recent years. The cities' public spaces are increasingly shaped by its symbolic appropriation through squatting, protest-camps, graffiti and stencils conveying political messages. These actions are examples of protest beyond institutionalized political discourses. But how can citizenship be enacted and agency produced by those people who are widely excluded from the imposed political regimes and pre-defined social structures? Which role does the public urban space play for processes of collectivization, the production of belonging and the construction of a social collective. Madrid exemplifies how urban forms that shape and reflect power relations and the resulting socio-material relations serve urban dwellers in their everyday struggle to claim their rights to the city. The working class and immigration neighborhood of Lavapiés illustrates how on the one hand the "multi"-cultural image is supported by the establishment of cultural institutions and the reshaping and control of public spaces. On the other hand, it exemplifies how changes in residential, rental and ownership patterns, gentrification and thus the displacement of less endowed people are provoked by urban restructuring and upgrading. As a result of these socio-spatial transformation processes, creative and

resistant practices emerge by which belonging is produced, citizenry is articulated and by which Lavapiés becomes a visible contested urban space. The examples of political urban art and initiatives of neighborhood assemblies highlight how a political culture is formed against commercialization, control and displacement and how conceptions of belonging are produced that are dynamic, situative and circulating.

Emotionale Rationalität und Planung: Planungsansätze einer ‚3. Generation‘

Oder: Zum depolitisierenden Potenzial von Vertrauensbildung und Selbstversicherung

Axel Schubert

Dem Beitrag liegt die Annahme zugrunde, dass der Umgang mit Verunsicherungen, die den planerischen Fortschritt zu unterbrechen drohen, im Planungshandeln einen zentralen Stellenwert einnimmt. Darum ist es planungspraktisch so wichtig, bei allen Beteiligten Vertrauen für die Annahmen und ‚Produkte‘ einer Planung (Pläne, Leitbilder etc.) zu gewinnen. Emotionstheoretisch werden Verunsicherungen und Irritationen dagegen als Bedingung von Rationalität, Reflexivität und von Lernprozessen angesehen. Vertrauensbildende Effekte von Planungen sind daher immer dann als kritisch anzusehen, wenn durch sie Reflexion ausbleibt und damit ‚das Politische‘ aus dem Blickfeld zu geraten droht. Mit meinem Beitrag leuchte ich aus, wie Planungshandeln im Umgang mit Verunsicherung verstanden werden kann. Dazu hinterfrage ich bestehende Konzeptionen und fokussiere auf die Rolle von Emotionen im (Planungs-)Handeln. Mit Bezug auf eine ‚emotionale Rationalität‘ schlage ich Planungsansätze einer ‚dritten Generation‘ vor und skizziere deren Bedeutung für eine kritische Planungspraxis. Zugleich möchte ich zu einem *emotional turn* in der Planungstheorie beitragen.

Ersteinreichung: 1. Juni 2013; Veröffentlichung online: 5. Mai 2014

An english abstract can be found at the end of the article.

Einleitung

In der Diskussion um die ‚postpolitische Stadt‘ wird auch in der Raumplanung Handlungsbedarf ausgemacht. So fordert beispielsweise Peter Marcuse (2013: 9) einen kritischen neuen Blick auf Stadt im Sinne ihrer Reorganisation und eines *re-imagining*. An die Vorstellung einer Reimagination möchte ich anschließen – nicht jedoch, um hier ein alternatives Bild von Raumproduktion zu entwerfen, sondern bezüglich der theoretischen Konzeption von emotionalen Aspekten planerischen Handelns. Mit so einem neuen Blick entwickle ich bisherige Planungsansätze zu solchen einer ‚dritten Generation‘ weiter. Dabei grenze ich mich von der von Walter Schönwandt vorgeschlagenen ‚dritten Generation‘ klar ab.

Eine Wende hin zu einer konzeptionellen Berücksichtigung von emotionalen Dimensionen im Handeln und Verstehen wird in den Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften seit einigen Jahrzehnten diskutiert, dennoch besteht bis heute Skepsis, ob bereits von einem *emotional turn* gesprochen werden kann (Schnabel 2012: 9). Dabei spielen Emotionen weder in der Politikwissenschaft noch in der Politischen Psychologie

eine bedeutende Rolle (Nullmeier 2006: 84 f.) und stehen als soziale und analytische Kategorien erst am Beginn ihrer Erforschung (Hammer-Tugendhat/Lutter 2010: 10). Umgekehrt interessiert sich die Forschung zu Emotionen noch wenig dafür, wie Handeln jenseits der etablierten Konzepte strategischen und/oder normbefolgenden Handelns aussehen könnte (Pettenkofer 2012: 201). Weder gelten die Zusammenhänge zwischen Emotionen und Handeln als ausreichend erklärt, noch liegt eine allgemein geteilte Theorie vor, mit der Emotionsursache, -entstehung oder -definition einheitlich beschrieben würden (Rothermund/Eder 2011: 196 f., Schützeichel 2012a: 231 ff., 2012b: 475). Ich zeige auf, weshalb Emotionen im Planungshandeln dennoch eine nicht zu vernachlässigende Kategorie darstellen, und weise auf eine emotionstheoretische Lücke bisheriger Planungstheorien hin. Zugleich möchte ich dazu beitragen, sie aufzufüllen.

Im ersten Kapitel greife ich auf die planungstheoretischen Arbeiten von Rittel (1992)[1] und Reuter (2000) zurück, um eine für Planung anzunehmende politische Rationalität auszuweisen. Für ein besseres Verständnis von Emotionen verweise ich in Kapitel 2 auf die unauflösbare Bedingtheit von Rationalität und Emotionalität. Im dritten Kapitel hinterfrage ich kritisch, wie in bestehenden planungstheoretischen Beiträgen Unsicherheiten und Widersprüchlichkeiten konzeptualisiert werden. Schließlich stelle ich Planungsansätze und -zugänge einer ‚dritten Generation‘ vor, die das Emotionale integrieren. In einem Ausblick ziehe ich mögliche Konsequenzen für eine kritische Planungspraxis.

Mit Planung beziehe ich mich primär auf (lokal-)staatliche Raumplanung. Der empirische Gehalt des Gesagten gründet in eigenen Erfahrungen in der Planungs- und Bewegungspraxis, die ich mit bestehender Theoriebildung induktiv abgleiche. Der Anspruch des Beitrags besteht darin, Erkenntnisse und Interpretationen aus der Praxis einem wissenschaftlichen, politischen und planungspraktischen Diskurs anzubieten. Selbstredend gibt es ‚die‘ Praxis nicht. Speziell in Bezug auf Emotionen stellt sie sich *allen* Planenden einzigartig dar. Genauso einzigartig sind damit auch die diesbezüglichen Ausgangspunkte planerisch-politischen Handelns.

1. Rationalitätsverständnisse bisheriger Planungsansätze

Aus planungslogischer Sicht ist ein Beitrag zur Lösung eines Problems – wenn er mehr sein will als ein Zufallstreffer – erst dann möglich, wenn ausreichende Klarheit über das zu lösende Problem besteht. Konstitutiv für ein Problem ist dabei eine Diskrepanz zwischen einem gegebenen Ist und einem besseren Soll. Es mit Mitteln der Planung zu lösen, meint eine hinreichend gute Strategie zu entwickeln, mit deren Umsetzung beansprucht wird, die Diskrepanz zu schließen.

Der Planungstheoretiker Horst W.J. Rittel (vgl. Rittel 1977, Rittel/Kunz 1972) hat in den 1970er Jahren herausgearbeitet, dass bei Planungsentscheidungen notwendigerweise auf unterschiedliches Wissen zurückzugreifen ist: auf faktisches (was ist?), deontisches (was soll sein?), instrumentelles (wie kann verändert werden?), explanatorisches (wie können Folgen erklärt werden?) und konzeptionelles Wissen (was meine ich, wenn ich Begriffe und Konzepte verwende?). Rittel zeigt auf, dass jedoch für „alle wesentlichen

Planungsprobleme“ das Wissen, das planungslogisch zur ausreichenden Behandlung eines Problems erforderlich wäre, weder planungspraktisch noch erkenntnistheoretisch abschließend zusammengetragen werden kann (Rittel 1972: 43). Da Fragen in Bezug auf diese Wissensformen nicht eindeutig beantwortet werden können, bezeichnet Rittel Planungsprobleme als „böartig“ (ebd.). Eine der zentralen Eigenschaften dieser Böartigkeit liegt in der unauflösbaren Abhängigkeit von Problemformulierung und Problemlösung: Ohne abschließendes Wissen, wie die Diskrepanz zwischen Ist und Soll genau überwunden werden sollte, kann nämlich nicht behauptet werden, bereits ein ausreichendes Verständnis des Problems selbst und seiner tatsächlichen Ursachen gefunden zu haben (Rittel/Webber 1973: 21 ff.). Planungsprobleme können darum nicht technisch respektive ‚richtig‘ im Sinne einer technisch-wissenschaftlichen Rationalität gelöst werden – wie dies bei „zahmen“ (ebd.) Problemen der Fall ist –, sondern nur durch argumentative Prozesse, und das bedeutet: sozial. Die Übereinkunft über das, was (vorläufig) als Problem verstanden werden soll, bedarf also eines (gesellschaftlichen) Diskurses. So wird Planung von Rittel als im Kern politisch verstanden. Dabei fordert er, dass durch „Objektifizierung“ sowohl die zugrunde liegenden Zielvorstellungen als auch die Grundlagen für die jeweiligen Urteile der Beteiligten transparent zu machen sind (Rittel 1972: 49 ff.). Rittel versteht den/die Planer_in als „Hebamme für Probleme“ und lehnt die Proklamation von Sachzwängen, da sie „verdummen“, entschieden ab (ebd.: 52, Rittel 1976: 281). In der Überwindung der technischen Rationalität als planerisches Fundament sieht er den Übergang von Planungsansätzen der ersten zu auf Argumentation gründenden Ansätzen der zweiten Generation (Rittel 1972: 48 ff.).

Während Rittel damit wesentliche Grundlagen für ein Verständnis von Planung im Sinne einer diskursiven Rationalität und letztlich auch für einen *communicative turn* in der Planung formulierte, hat er zu Fragen der Macht im Rahmen der von ihm empfohlenen argumentativ-deliberativen Prozesse keine eigenen Beiträge geliefert (Fischbach et al. 1992: 411). Beide Aspekte bringt der Herausgeber von Rittels Schriften, Wolf D. Reuter, mit der von ihm beschriebenen „Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung“ (Reuter 2000) zusammen. Er zeigt auf, dass zwischen beiden eine „untrennbare Verkopplung“ besteht: Akte der Macht und diskursive Akte sind als permanent und unauflösbar aufeinander bezogen zu verstehen, unter anderem weil Akte der Macht durch Sprechakte aufgedeckt, diskursive Akte hingegen durch Akte der Macht eingeschränkt werden können (ebd.: 13 f.). Reuter folgert, dass die Rationalität von Planung in der Komplementarität der Konzepte von Macht und Diskurs zu suchen ist und damit jener der Politik gleicht. Damit verweist er auf „die aktive politische Rolle des Planers“ (ebd.), die auch darin besteht, sich in Auseinandersetzungen Macht bewusst zu bedienen; es gibt keine machtfreien Diskurse oder Diskurse, in denen Macht gleich verteilt ist, sondern nur macherverzerrte Diskurse.[2] Bei Planung ist daher von einem Konzept einer politischen Rationalität auszugehen.

Mit den beiden Rationalitäten – technisch-wissenschaftlicher und politischer – ist nun ein doppeltes Spannungsverhältnis gegeben. Einerseits kann Planung als ein Beitrag zu einem Schließprozess zwischen einem Ist

und Soll konzeptualisiert werden, wobei aufgrund der Bösartigkeit von Planungsproblemen Ist, Soll und die entwickelte Strategie des Schließens nicht abschließend exakt, sondern nur vage im Rahmen einer gesellschaftlichen Übereinkunft definierbar sind. Solange wie das Aushandeln solcher Übereinkünfte für Akteure Unsicherheiten mit sich bringt und von ihnen als bedrohlich wahrgenommen wird, ist auch die Stabilität der Übereinkünfte selbst bedroht, da sie – die entsprechende Artikulationsfähigkeit und -stärke von Betroffenen vorausgesetzt – von diesen (erneut) infrage gestellt werden können. Im Umgang mit Unsicherheiten spielt Vertrauen eine bedeutende Rolle. Vertrauen muss daher als ein wesentliches Kriterium für erfolgreiche Planung verstanden werden. Es ermöglicht, dass zumindest vorläufige planerische Setzungen getroffen werden können, obwohl die im Rahmen des Planungsprozesses ausgehandelten Gewissheiten nur relativ sein können und damit immer verbleibende Ungewissheiten beinhalten. Gerade weil durch solche Setzungen Alternativen ausgeschlossen werden, weil sozioökologischen Interventionen ein totalitäres, das Demokratische außer Kraft setzendes Moment innewohnt (Swyngedouw 2009: 386) und weil durch demokratische Entscheide Ausschlüsse produziert werden (Marchart 2010: 362 ff.), kann Vertrauen in die planerischen Übereinkünfte als Ressource verstanden werden, durch die sich die jeweiligen Ausschlüsse und die Art, wie mit ihnen umgegangen wird, als akzeptabel präsentieren.[3]

Um die andere Seite des Spannungsverhältnisses zwischen den Rationalitäten in den Blick zu bekommen, beziehe ich mich nochmals auf Rittel. Rittel (1977: 119 ff., 1972: 54 ff.) weist nicht nur die bereits erwähnten fünf Urteilsformen aus, er stellt zudem „spontane“ oder „intuitive“ Urteile „delibierten“ oder „überlegten“ gegenüber. Zudem verweist er auf den erkenntnistheoretisch begründeten und im Sinne einer Verstandesratio grundlegend irrationalen Charakter von Planung, da *alles* Urteilen letztendlich auf Spontanurteilen gründet:

„Dabei werden Spontanurteile auf der jeweils nächsten Deliberierungsstufe nicht notwendig einfacher, sondern eher immer grundsätzlicher und damit schwieriger. Je besser man ein Urteil begründen will, umso mehr muss man sich auf Unbegründetes, Ungerechtfertigtes, Nicht-Abgeleitetes verlassen“ (Rittel 1977: 119), denn „die Endpunkte sind immer Spontanurteile“ (Rittel 1972: 57).

Die Bösartigkeit hat also zur Folge, dass es nicht nur gesellschaftlich nicht möglich ist, zu eindeutigen respektive richtigen Lösungen zu gelangen, sondern dass dies auch Planenden nicht mit dem Anspruch auf Verstandesrationalität gelingen kann. Damit können sich Planende grundsätzlich nicht sicher sein, ob die von ihnen ins Spiel gebrachten Strategien angemessene Antworten in gegebenen Situationen sind oder nur die für sie im jeweiligen Moment naheliegenden. Was gegenüber Dritten Vertrauensbildung darstellt, ist für Planende damit die Selbstversicherung, die subjektiv-inneren Deliberationsprozesse an einem Punkt beendet zu haben, der in der jeweiligen Situation ausreichende Stimmigkeit vermitteln konnte.[4] Reuter fokussiert nun zuvorderst auf Macht, mit der einem fortschreitenden Deliberationsprozess in Planungsdiskursen etwas entgegengesetzt wird – indem zum Beispiel Diskurse eingeschränkt oder

abgebrochen werden. Damit legt er ein Verständnis von Planenden nahe, die im Vollbesitz jener Kompetenzen sind, durch die ihnen mit normativ-strategischem Kalkül ein zweckrationales Handeln auch tatsächlich gelingt. Wie sinnvoll ist aber die Annahme, dass Planende in erster Linie strategisch-intentional handeln? Wie gehen Planende mit den sich ihnen selbst aus der Bösartigkeit ergebenden Unsicherheiten um? Wie wirken sich Momente der Verunsicherung und Selbstversicherung auf das Agieren von Planenden aus, die ihr Tun in einem politischen Sinne verantwortlich wahrnehmen möchten? Wie gehen sie damit um, Verhandlungspartner, politische Auftragnehmer, Vorgesetzte/ Mitarbeitende, Angestellte, Planende mit eigenen Idealen und Politikberatende zugleich zu sein und zudem im eigenen, privaten Lebensvollzug zu stecken? Kurzum: Handeln Planende auch nach intentionalen Motiven, die nicht strategisch am Zweck der Planung orientiert sind – und wie könnten diese konzeptualisiert werden?

2. Handeln im Lichte einer ‚emotionalen Rationalität‘

Ein Schlüssel für die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen liegt meines Erachtens in der Berücksichtigung von emotionalen Aspekten des Handelns. Für ein konzeptionelles Verständnis des Zusammenspiels von Emotionen und Handeln greife ich darum auf Erkenntnisse der Emotionsforschung zurück. Ich beziehe mich unter anderem auf verschiedene Überlegungen von Rainer Schützeichel (2012a, 2012b), der einen recht allgemeinen Ansatz für Emotions- und Handlungstheorien vorschlägt, mit dem nicht nur vielfältige Bezüge auf die unterschiedlichen Handlungssituationen von Planenden abgebildet, sondern auch speziell jene für Planung konstitutiven Diskrepanzen zwischen Ist und Soll in den Blick genommen werden können. Zudem weist er auf die spezifische Qualität der Intentionalität von Emotionen hin sowie auf die hohe Bedeutung irritierender Gefühle. Schützeichel schlägt eine Typisierung von Handlungsmodi vor, die auch für die planungstheoretische Diskussion fruchtbar gemacht werden kann. Schließlich bietet er mit dem Konzept der Emotionsmilieus einen Ansatz, mit dem die Zusammenhänge von Sozialstruktur und Emotionen beleuchtet werden können.[5]

2.1. Affektive Intentionalität und emotionsbezogene Handlungsmodi

In Belief-Desire-Theorien wird angenommen, dass es Konstellationsbündel im Zusammenspiel von Wünschen und Überzeugungen sind, die für Handeln respektive für das Zustandekommen und die Funktion von Gefühlen ausschlaggebend sind (Schützeichel 2012a: 228). Mit entsprechender Theoriebildung nimmt Schützeichel an, dass auch Emotionen aus Vergleichsprozessen resultieren:

„Vor dem Hintergrund und auf der Basis von Wahrnehmungen, Einschätzungen und Meinungen artikulieren Emotionen in ihrer Sprache, dem Fühlen, ob reale oder imaginierte Zustände oder Ereignisse den ‚desires‘, Präferenzen oder Prioritäten eines erlebenden und handelnden Akteurs entsprechen und ob die mögliche Diskrepanz

zwischen ‚desires‘ und Zuständen oder Ereignissen durch handelnde Interventionen verändert werden muss.“ (Schützeichel 2012a: 238)[6]

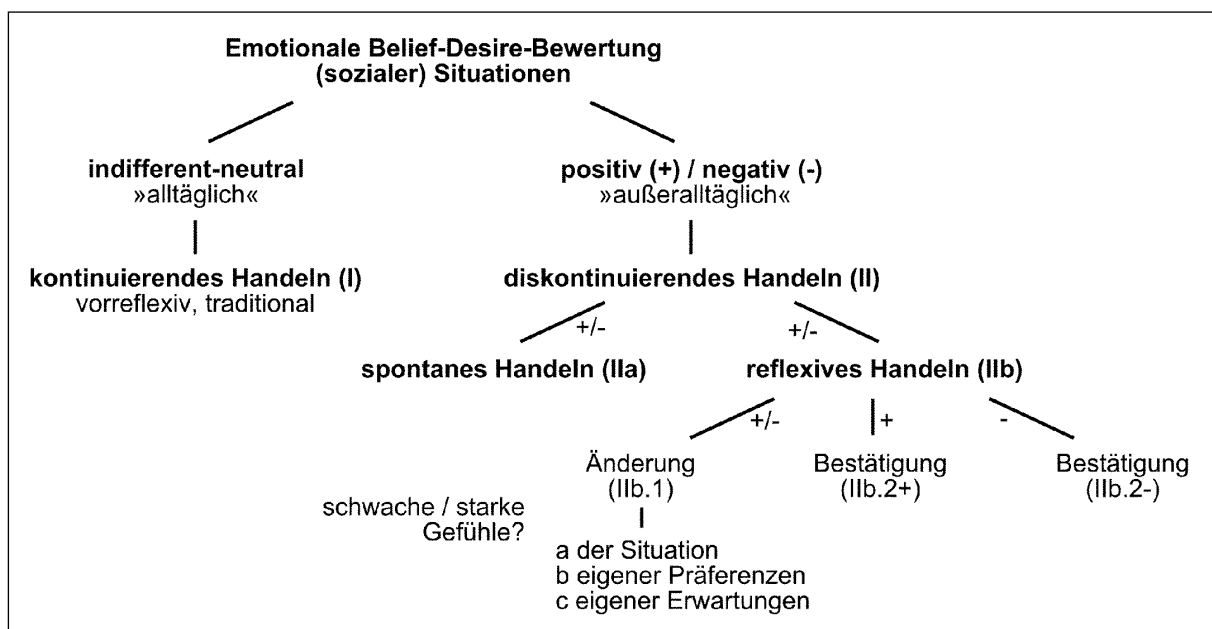
Demnach vermögen Emotionen Handelnde negativ oder positiv an Situationen zu binden. Dabei kommt dem Fühlen eine funktionale und dabei intentionale Rolle zu, weil es dazu anleitet, Überzeugungen, Situationen oder Wünsche zu überprüfen, um sie beizubehalten oder zu verändern (ebd.). Schützeichel unterscheidet verschiedene Arten von Überzeugungen (*beliefs*): orientierende in Bezug auf Situationsdefinitionen, evaluative hinsichtlich Situationsbewertungen, instrumentelle bezüglich der Geeignetheit von Mitteln sowie normative Überzeugungen im Hinblick auf die Angemessenheit von Handlungszielen und Handlungsfolgen (ebd.: 241). Hier ist eine hohe Übertragbarkeit auf jene Wissensformen gegeben, die gemäß Rittel an Planung beteiligt sind. Dass sich Schützeichel dabei auf Überzeugungen und nicht auf Wissen stützt, scheint der Übertragbarkeit keinen Abbruch zu tun. Im Gegenteil schwingt in ‚Überzeugung‘ schon mit, dass es nicht um eindeutiges Wissen gehen kann, genauso wie Rittel – das zeigt sein Begriff der Bösartigkeit – nicht in jedem Fall von der Möglichkeit eindeutigen Wissens ausgeht. Welche Wünsche (*desires*) sind nun konzeptionell bei der Entstehung von Emotionen zu berücksichtigen? Schützeichel (2012b: 476 f.) fasst die Kategorie der *desires* bewusst sehr breit: Sie reichen von „normative[n] Erwartungen“ bis hin zu „körperliche[n] Habitualisierungen“ und beziehen sich „auf zu realisierende oder zu vermeidende Zustände“. Insbesondere können so jene soziologisch bedeutsamen Wunschdimensionen abgebildet werden, die sich auf die physisch-leibliche Integrität beziehen, auf soziale Kontexte mit deren materiellen und symbolischen Dimensionen (wie Identitäts- und Anerkennungsansprüche) sowie auf die Geltung normativer Ordnungen in sozialen Konstellationen (ebd.: 477 ff., Schützeichel 2012a: 240 ff.). Auch wunschseitig scheint damit das Belief-Desires-Modell an das Handeln von Planenden anschlussfähig. Nicht zuletzt kann auch machtvormittelt-strategisches Handeln durch seine möglichen Sanktionen (auf physischer, materieller oder symbolischer Ebene) dargestellt werden.

Mit Schützeichel (2012a: 229) gehe ich von einer spezifischen Qualität von Gefühlen aus, davon, dass sie einen intentionalen Gehalt haben, dass sie „sich uns in einem intentionalen Fühlen mit[teilen]“. Es geht also weder um eine emotionale Bewertung des Wahrnehmens selbst (wie in evaluativ-kognitiven Theorien) noch um ein direktes Empfinden eines Zustandes an sich (wie in klassischen Gefühlstheorien). Vielmehr ist mit dem emotionalen Belief-Desire-Ansatz von einer abgleichend-affektiven Bewertung eines Zustandes in Bezug auf eigene Wünsche, das heißt von einem intentionalen Empfinden, auszugehen. Dabei kann von einer „affektiven Intentionalität“ gesprochen werden, weil durch die affektive Bezugnahme auf eine Intention diese selbst zu einer affektiv gefärbten respektive bedeutsamen wird (ebd.; vgl. auch Rothermund/Eder 2011: 166). Schützeichel bezieht sich unter anderem auf Jan Slaby (2011: 37), der Gefühle und Emotionen beschreibt „als verhaltensartig verfasste Vollzüge – als ein Orientiert- und Situiertsein in der Welt, als eng verschränkt mit dem Handeln und Tätigsein der fühlenden Person“.

Nun ist die affektive Intentionalität durchaus folgenreich für das Verständnis von strategisch-zielgerichtetem Planungshandeln als einem teleologischen, das heißt auf einen Zweck hin ausgerichteten Handeln. Denn wenn eine emotionale Grundierung von Intentionen anzunehmen ist, wenn Gefühle „auf dynamische Weise den Bereich des für eine Person konkret und real Möglichen ab[stecken]“ (ebd.: 33), dann gilt es auch die emotionalen Aspekte teleologischen Handelns anzuerkennen. Damit ist die Zweckgerichtetheit des Handelns von Planenden nicht länger als eine rein zweckrationale, sondern *auch* als eine emotionale zu begreifen. Der strategisch von Planenden verfolgte Zweck liegt also nicht nur im Außen vermeintlich objektiver Projektziele. Der Möglichkeitsraum der Zwecke selbst wird mit dem Kriterium der subjektiv-emotionalen Akzeptabilität vielmehr vorstrukturiert. Emotional nicht akzeptable Zwecke werden kaum die Chance haben, zu handlungsleitenden Motiven zu werden: „Denn Menschen deuten ihre Lebenssituation [...] nicht nur so, wie sie sie sehen, sondern auch so, wie sie es ‚aushalten‘ können“ (Arnold 2005: 249). Dabei muss der Einfluss von Emotionen auf Handlungen als ein indirekter verstanden werden, da stets über *beliefs* und *desires* vermittelt. Teleologisches Handeln muss also nicht als ein – im Sinne einer emotionalen Determination – naturalistisches verstanden werden. Gleichwohl ist es aber nicht frei vom Empfinden der Akteure (vgl. Schützeichel 2012a: 238 f.).

Abb. 1 Typologie verschiedener Handlungsmodi (Quelle: Schützeichel 2012a: 242 ff., 2012b: 476; Abbildung modifiziert und ergänzt)

Um das Verhältnis zwischen Emotion und Handlung differenzierter zu beschreiben, unterscheidet Schützeichel bezüglich der Bewertung von möglichen emotionalen Diskrepanzerfahrungen zwischen *beliefs* und *desires* die in Abbildung 1 dargestellten verschiedenen Handlungsmodi.



Schützeichel kennzeichnet diese folgendermaßen (2012a: 242 f.): Als kontinuierendes Handeln (I), das durch Gefühle geprägt ist, die nur schwach vernehmbar sind (d.h. eine niedrige Valenz haben), wie ein Fühlen von Ruhe, Zufriedenheit oder Gelassenheit. Sie führen zur Beibehaltung des Belief-Desire-Zustands und kennzeichnen Handeln als „alltäglich“, „vorreflexiv“, „normal“ oder „traditional“, als eines, das kontiniert werden kann. Diskontinuierendes Handeln (II) ist „außeralltäglich“ und geht mit

positiven oder negativen Gefühlen von hoher Valenz einher. Hier kann weiter unterschieden werden in spontanes Handeln (IIa), das „vorreflexiv“ und „gegenwartsbezogen“ ist, sowie in reflexives Handeln (IIb), das „zukunftsbezogen“ ist. Letzteres kann – mit ganz unterschiedlichen Konsequenzen für das intentionale Belief-Desire-System – in zwei weitere Typen differenziert werden: Im Typ Änderung (IIb.1) wird die emotionale Differenzierung negativ empfunden, womit zur Reflexion angeleitet wird: Ist (a) die Situation zu verändern, ist (b) die eigene Präferenz auf das, was ist, zu verändern, oder ist (c) die eigene Erwartung auf das, was sein soll, zu verändern? Beim zweiten Typ Bestätigung (IIb.2+) handelt es sich um eine positive erfahrene Diskrepanz zwischen Situation und Erwartung, die ebenfalls zu einer Reflexivisierung des Handelns führt, nun aber in einem bestätigenden Sinne, das heißt ohne Anpassungen an das Belief-Desire-System. Eine weitere Differenzierung, die Schützeichel nicht aufführt, scheint mir geboten: Denn auch der Bestätigungs-Typ (IIb.2) kann mit einer negativen Erfahrung hinterlegt sein, und zwar dann, wenn im Falle negativ-reflexiver Differenzierungen keine der Veränderungsoptionen des Typs IIb.1 subjektiv plausibel (z.B. durch gefestigte Überzeugungen) oder möglich sind (z.B. durch mittelbar nicht auflösbare Zwänge). Dann kann eine gegebene Situation zu wiederholten respektive anhaltenden Leidenserfahrungen führen – eine Erfahrung, die unter anderem in Bezug auf strukturell verfestigte Situationen, die von politischen Akteuren dennoch adressiert werden, von Relevanz ist.[7]

2.2. Verunsicherung und ‚emotionale Rationalität‘

Emotionen aktivieren nicht nur verschiedene Handlungsmodi. Vielmehr spielen sie in *alle* Handlungssituationen hinein, da diese „nicht nur kognitiv definiert, sondern auch affektiv bewertet“ werden (Schützeichel 2012a: 227). Gerhard Roth (2009: 175) stellt dabei aus neurobiologischer Sicht auf einen engen Zusammenhang zwischen Handeln und Gefühl ab, weil „alles, was Vernunft und Verstand als Ratschläge erteilen, für den, der die eigentliche Handlungsentscheidung trifft, emotional akzeptabel sein muss“. Rittels erkenntnistheoretischer Schluss, dass am Ende einer Kette verstandesmäßigen Abwägens ein Spontanurteil steht, wird von Roth qualifiziert, indem er davon ausgeht, dass es „kein rein rationales Handeln [gibt]. Am Ende eines noch so langen Prozesses des Abwägens steht immer ein *emotionales Für oder Wider*“ (ebd., Hervorh. i. Orig.) Weiter schließt Roth, dass es „die Chance der Vernunft ist [...], mögliche Konsequenzen unserer Handlungen so aufzuzeigen, dass damit starke Gefühle verbunden sind, denn nur durch sie kann unser Verhalten geändert werden“ (ebd.). Es gilt also nicht nur die herausgehobene Rolle von Gefühlen als Instanz der Urteilsbildung zu berücksichtigen, sondern auch die besondere Bedeutung von starken Gefühlen. Entsprechend wird in der pragmatistischen Emotionsforschung auf die Wesentlichkeit von „einschneidenden emotionalen Erfahrungen“ verwiesen, wenn Wandlungsprozesse an subjektiv tief verankerte Bewertungskriterien heranreichen sollen (Pettenkofer 2012: 204, mit Bezug auf James). Übertragen auf Schützeichels Handlungsmodi wäre damit zu erwarten, dass sich auch in jenem reflexiven Handlungsmodus

– der auf Änderung zielt (IIb.1) – Veränderungen von *grundlegenderen* persönlichen Präferenzen (b) oder Zielen (c) nicht ohne Weiteres ergeben, sondern nur bei Anwesenheit von tiefen Emotionen.

Emotionen wird in diesem Zusammenhang eine konstitutive Rolle bezüglich Rationalität und Reflexivität zugesprochen (Schütze 2012a: 232, 251). Dabei kommt speziell den Momenten von Irritation und Beunruhigung eine besondere Funktion nicht nur bei der Bewertung im Rahmen von Reflexionsprozessen zu, sondern auch als deren Voraussetzung. So können emotional irritierende Situationen als erforderlich für Reflexivität verstanden werden, wobei die einsetzende Reflexion nicht an der eigentlichen Situation haltmachen muss, sondern, „verallgemeinernd – die jeweilige Gesellschaftsordnung insgesamt als problematisch erscheinen lassen kann“ (Pettenkofer 2012: 212, 203).

Im Umkehrschluss werden geringe Rechtfertigungsniveaus gerade dann gewählt, wenn keine „Unruhe“ aufkommen soll (Boltanski 2010: 99). Seitens der neurowissenschaftlichen politischen Psychologie wird betont, dass „Ängstlichkeit im Sinne von Beunruhigtsein [...] als emotionale Bedingung [erscheint], um Rationalität zu entfalten, Gewohnheiten zu überwinden und die Mühe der Informationsbeschaffung zu alternativen Handlungsweisen auf sich zu nehmen. Emotionalität steht damit im Dienste des Lernens“ (Nullmeier 2006: 93). Analog geht es auch emotionspädagogischer Erwachsenenbildung darum, Angst nicht zu vermeiden. Arnolds Konzept des Emotionslernens gründet gerade in der Phase der „Verunsicherung“, gefolgt von jenen der „Information“ und „Transformation“ (Arnold 2005: 123 ff., 229 ff., 253).

Der Erkenntnis, dass Emotionen, Handeln und Urteilsbildung unauflösbar aufeinander bezogen sind, wurde in den letzten Jahrzehnten auch insofern Rechnung getragen, als diesbezüglich revidierte Konzepte von Rationalität vorgeschlagen wurden. Ciompi führte 1982 den Begriff der „Affektlogik“ ein (2005: 31), Meier-Seethaler schlug 1997 ein Konzept der „emotionalen Vernunft“ vor (2001: 249), de Sousa im selben Jahr eines der „rationalen Emotionalität“ (ebd.). Der Einfachheit halber werde ich im Folgenden von ‚emotionaler Rationalität‘ sprechen und meine mit Meier-Seethaler damit „einen umfassenden Begriff der Vernunft [...], der gleichermaßen rationale wie emotionale Anteile enthält“ (ebd.). Ich grenze mich dabei von einem Verständnis von emotionaler Intelligenz ab, bei dem in Bezug auf Daniel Goleman Gefühle für persönlichen Erfolg instrumentalisiert werden (vgl. ebd.). Auch zielen ich nicht auf die Frage der (Un-) Angemessenheit von Gefühlsreaktionen.

2.3. Eingebettetsein in Emotionsmilieus

In einer Arbeit über soziale Bewegungen untersucht Armin Stickler, welche Wirkungen Institutionalisierungen von sozialen Bewegungen haben. Dabei nimmt er an – womit er die Aussagen des vorherigen Abschnitts bestätigt –, dass es bezüglich gesellschaftlicher Veränderung um die Frage geht: „Wann wird Gesellschaft irritiert und wann nicht?“ (Stickler 2011: 132). Er stellt dar, dass Institutionen das Vermögen von Akteuren strukturieren, Dinge wahrzunehmen und Wirklichkeit zu

konstruieren, wobei gleichzeitig – durch Vernetzung, Kommunikation und organisatorische Formalisierung – soziale Praxen vereinheitlicht werden und damit Bewegungsorganisationen letztlich „als Normalisierer von Irritationen“ (ebd.: 131, 126) auftreten. Stickler hält skeptisch fest, dass sowohl von der Art der Organisation als auch von den „konkreten Verflechtungen mit der diskursiv-symbolischen Umwelt“ (ebd.: 132) Beschränkungen ausgehen, denen nicht willentlich entkommen werden kann. Dies kann mit Erkenntnissen der Institutionenpsychologie bestätigt werden, in der empirisch begründet angenommen wird, dass „Institutionen [...] jene Gefühle erzeugen [können], die die Kontinuität und Stabilität der erzeugenden Institution sicherstellen“ (Nullmeier 2006: 96).

Mit Schützeichels Erklärungsansatz von Emotionsmilieus können solche Institutioneneffekte emotionstheoretisch konzeptualisiert werden. Schützeichel vertritt die These, dass (kommunikative) Milieus auch in emotionssoziologischer Hinsicht eine besondere Relevanz haben. Unter Milieus versteht er mit Bezug auf G. Schulze keine „handlungsmächtigen sozialen Einheiten“ oder Gruppen, sondern Personenkonstellationen, die sich durch eine „erhöhte Binnenkommunikation voneinander abheben“, Netzwerke, die sich ihren Angehörigen als gemeinsame „Resonanzböden“ darstellen und die in Bezug auf ihre „Erfahrungsräume“ ähnlich sind (Schützeichel 2012b: 480 f.). Als „Emotionsmilieus“ kommt diesen Netzwerken mit ihren Orten „kommunikativer Verdichtung“ eine besondere Bedeutung zu, da in ihnen fortwährend *desires* und *beliefs* im Rahmen „kommunikativer Bestätigungen“ abgeglichen werden – in einem Prozess, der sich wiederum durch „emotionale Gratifikationen“ auszeichnet (ebd.: 482). Darum vertritt Schützeichel die These, dass soziale Konstellationen auch in Bezug darauf gewünscht, bevorzugt und ausgewählt werden, ob in ihnen die eigenen Wünsche wertgeschätzt werden oder nicht. Für ihn beruhen selbst die „sozialen Grenzen von Milieus [...] auf affektiven Grenzziehungen“ (ebd.).

Mit dem Ansatz, dass in Netzwerken und in Abhängigkeit von Dichte und Nähe der Kommunizierenden sich emotionsvermittelt Angleichungen bezüglich der sich herausbildenden Belief-Desire-Strukturen oder gar personelle Ausdifferenzierungen ergeben, gibt Schützeichel ein Argumentarium an die Hand, Akteurskonstellationen unter dem Aspekt des Gefühlshaushalts ihrer Mitglieder zu analysieren. Er fokussiert damit auf die emotionale Dimension von intersubjektiven und gruppenbezogenen Anerkennungsprozessen, denen im Verständnis von Axel Honneth Wertezuschreibungen zugrunde liegen. Mit Honneth (1992: 205 ff., 2010: 261 ff.) geht es bei Anerkennungsprozessen letztlich darum, „sich in seinen eigenen Leistungen und Fähigkeiten als wertvoll für die Gesellschaft zu erfahren“.

Mit Emotionsmilieus soziale Grenzziehungen zu erklären, scheint mir dort, wo die Netzwerkzugehörigkeit von einem hohen Grad von Freiwilligkeit geprägt ist, nicht unplausibel – hingegen dürfte mit zunehmenden Abhängigkeiten (z.B. durch berufliche oder private Bindungen an Einrichtungen oder Orte) auch die Erklärungskraft des Ansatzes abnehmen. Dennoch denke ich, dass genau in Bezug auf durch Emotionsmilieus stabilisierte Formen wiederholt gleicher oder ähnlicher Wertezuschreibungen eine Diskussion des Innovationsgehalts von Netzwerken ansetzen könnte, wie

auch eine Kritik der „Eigenlogik der Städte“ (Löw 2008); eine Kritik, die dabei jenseits lokalistischer Handlungszuschreibungen das Vorhandensein von spezifischen Emotionsmilieus in den Blick nimmt. Solche Emotionsmilieus wären weder geographisch verengt noch stadtzentristisch zu begreifen und dennoch würden in ihnen Städte als Orte kommunikativer Verdichtung über entsprechende Netzwerkstrukturen Niederschlag finden. In solchen Milieus wären bezüglich der herrschenden Meinung abweichende oder politisch dissidente Ansichten zwar weiterhin möglich, aber zugleich mit (besonders) hohen und wiederkehrenden emotionalen Unlust- und Frustmomenten verbunden und damit tendenziell erschwert. Da die Struktur kommunikativer Milieus als „Netzwerke von Netzwerken“ (Schützeichel 2012b: 481) verstanden werden kann, könnte über die Einschreibung dieser Netzwerke in räumliche Strukturen ein konzeptioneller Link zur Einschreibung von Haltungen und Überzeugungen in die analogen räumlichen Strukturen hergestellt werden. Insofern Handlungen nicht von Emotionen determiniert werden, wäre solch eine Kritik jedenfalls jenseits handlungsdeterminierender Überlegungen zu führen. Damit ginge es entgegen Löw also auch *nicht* um eine Logik *des* Ortes, sondern *sehr wohl* um eine auf die „individuellen Handlungen rückführbare Realität“ (Löw 2008: 77). Handeln behielte somit seinen politischen Charakter.

2.4. Zur Schwierigkeit der Erforschung emotionaler Handlungsmotive

Bei aller Bedeutung von Emotionen im Planungshandeln ist zu erwarten, dass sie schwer zu erforschen sind. Nicht zuletzt, weil anzunehmen ist, dass der Einfluss von Emotionen auf Entscheidungen oft „subtil“ bleibt und selbst für Handelnde wenig offensichtlich ist (Rothermund/Eder 2011: 179). Doch nicht nur Aussagen über die jeweilige Wirkmächtigkeit von Emotionen dürften schwierig sein, auch die quantitative Erforschung von Gefühlen sieht sich prinzipiellen Schwierigkeiten gegenüber. Denn beim Fühlen kommen jeweils subjektive Bewertungsmaßstäbe zur Geltung, und so muss dasselbe Ereignis vor dem Hintergrund unterschiedlicher intentionaler Belief-Desire-Strukturen zu unterschiedlichen Gefühlen führen.

Wer sollte schließlich für die Erforschung der emotionalen Beweggründe von Planenden geeignet sein? Sind es die Planer_innen selbst, sind es Sozialwissenschaftler_innen oder Psychoanalytiker_innen? Planende haben womöglich gar kein Interesse, ihre emotionalen Motive – das heißt letztlich ihre *beliefs* und *desires* – aus dem Bereich des unterbewusst Vorreflexiven zu holen –, sobald sie sich einmal im Ungefähren bezüglich ihrer Beiträge vergewissert haben, die sie zur ‚Verbesserung‘ der von ihnen je spezifisch wahrgenommenen Welt und zur diesbezüglichen Übernahme von Verantwortung zu leisten bereit sind. (Ich werde darauf zurückkommen, dass gerade Emotionslernen zum Ziel hat, durch den Prozess des Umfühlens Veränderung der eigenen Weltsicht zu ermöglichen.)

Zumindest drängt der Arbeitsalltag nicht nach dem reflexiven Handlungsmodus der Veränderung von Präferenzen oder Überzeugungen, der durch eine Erforschung der Gefühlslagen aber durchaus droht, aktiviert zu werden. Auch Sozialwissenschaftler_innen wird es daher nicht leichtfallen, gerade über jene emotionalen Beweggründe von Planenden zu erfahren,

die besonders intim oder persönlich grundlegend sind. Zudem kann angenommen werden, dass es Wissenschaftler_innen grundsätzlich schwerfallen muss, spezifische Dilemmata in der Planung selbst nachzufühlen, insofern Planung unter anderem mit ihrem spezifischen Praxisvollzug im Fluss der Zeit und ihrem darin eingelagerten faktischen Setzen und Ausschließen von Alternativen nicht von derselben „scholastischen Sicht“ gekennzeichnet ist wie Wissenschaft (Bourdieu 1998: 207 ff., 1993: 149 ff.). Blicke zum Ergründen der emotionalen Beweggründe die Psychoanalyse: Doch warum sollten Planende aus Forschungsinteresse Lust daran haben, ihre Planungspraxis mit der Couch zu tauschen?[8]

3. Planungstheorie und Emotionen: Planungsansätze einer ‚dritten Generation‘

Der erweiterte, das Emotionale einbeziehende Vernunftbegriff erfordert meines Erachtens eine angemessene planungstheoretische Berücksichtigung von Gefühlen. Ich möchte die These aufstellen, dass genau das konzeptionelle Ausblenden der emotionalen Dimension bisherige Planungstheorien weitestgehend eint. Dies kann zumindest mit einem Blick auf die jüngere deutschsprachige Diskussion bestätigt werden. Der *emotional turn* scheint hier noch nicht angekommen.[9]

Um einen Beitrag zu leisten, diese konzeptionelle Leerstelle auszuweisen, schlage ich in Weiterentwicklung der bei Rittel (1972) ausgebreiteten Planungsansätze der „ersten und zweiten Generation“ vor, von Planungsansätzen einer ‚dritten Generation‘ zu sprechen, insofern sie dem Aspekt der emotionalen Rationalität angemessen Rechnung tragen. Der Ausdruck der „dritten Generation“ stammt dabei von Walter Schönwandt (1999, 2002, 2011), der damit seinerseits eine planungstheoretische Weiterentwicklung der ersten beiden Generationen beansprucht hat. Ich möchte mich von seinem Konzept jedoch klar distanzieren. Auch Schönwandt vermeidet es, Emotionen weitergehend und konzeptionell zu berücksichtigen. Er zielt vor allem darauf, unter Berücksichtigung diverser Denkfallen und unter der Forderung „Probleme zuerst“ (Schönwandt 2011: 292) ein klares Verständnis von Sachlage und verwendeten Konstrukten (Begrifflichkeiten, Konzepten etc.) im Rahmen von Planungsprozessen herzustellen. Was theoretisch plausibel erscheint, planungslogisch im Sinne einer technisch-wissenschaftlichen Rationalität geboten ist und planungspraktisch zu mehr Eindeutigkeit führen soll, erinnert aber zugleich daran, letztlich (weitgehend) ideale Diskursbedingungen anzunehmen und verstandesrational handeln zu wollen und zu können. So gesehen oszilliert Schönwandts ‚dritte Generation‘ methodisch zwischen den Ansätzen der ersten und zweiten Generation, ohne im eigentlichen Sinne falsch zu sein, aber auch ohne über sie hinauszudeuten. Insbesondere handelt es sich dabei nicht um eine Weiterentwicklung des der Planung zugrunde liegenden Rationalitäts- und Erkenntnismodells. Dies war es jedoch, was Rittel erst zu seinem paradigmatischen Schritt veranlasste, eine zweite Generation einzuführen. Und daher schlage ich auch nicht in Anschluss an Schönwandt eine vierte, sondern in Anschluss an Rittel und an Reuter, der die zweite Generation bezüglich Fragen des Machtgebrauchs qualifizierte, eine ‚dritte Generation‘ vor.

3.1. Umgang mit Widersprüchlichkeit und Unsicherheit: Bisherige Konzeptionen

Bevor ich näher auf Planungsansätze einer ‚dritten Generation‘ eingehe, möchte ich anhand von zwei jüngeren Ansätzen diskutieren, wie Unsicherheiten, Uneindeutigkeiten, Zweifel, Widersprüchlichkeiten etc. in Planungstheorien Eingang gefunden haben. Beide beinhalten einen eigenen Erklärungsanspruch für Planungshandeln: Siebel postuliert eine eigene Planungsrationalt t, Jessen und Reuter zielen auf Erfahrung.

Walter Siebel (2006: 206) stellt der technischen und politischen Rationalität in der Planung eine dritte ökologische ergänzend zur Seite, die auf den „Grad der Revidierbarkeit des Geplanten“ zielt. Er bezieht diese einerseits auf das von Jessen formulierte Prinzip des „prinzipiellen Irrtumsvorbehalts“ (ebd.: 204) – wonach Fehler korrigierbar sein sollten –, andererseits auf die „Irrationalitäten politischer Willensbildung“ (ebd.: 206) – die darin l gen, dass Interessen künftiger Generationen heute nur schwerlich antizipiert werden könnten. Da das gleichzeitige Nebeneinander dieser Rationalitäten zu Widersprüchen führe, schlägt Siebel für Planung eine vierte Rationalität vor, die darin besteht, „die Widersprüche zwischen den Anforderungen der übrigen drei auszuhalten“ und dazu befähigt, „zwischen widersprüchlichen Aufgaben zu lavieren“ (ebd.: 208 f.).

Nun ist die ökologische Rationalität jedoch zu kritisieren: Denn Entscheidungen in Bezug auf die Korrekturfreundlichkeit von Fehlern oder auf ‚künftige‘ Interessen sind nichts anderes als heutige, normativ-strategische und damit letztlich politische Entscheide. Sie gehen voll in der politischen Rationalität auf. Bei der ökologischen Rationalität handelt es sich also vielmehr um Zuschreibungen vermeintlicher Zielsetzungen in ein ökologisches, nicht aber um sich aus dieser Rationalität selbst ergebende oder notwendig ableitbare Kriterien. Damit werden politische Entscheide über eine zukunftsbezogene Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse jedoch unzulässig naturalisiert (vgl. Swyngedouw 2009). Was aber bleibt dann von der „eigentlichen Rationalität der Planung“? (Siebel 2006: 209). Ist es sinnvoll, das Vermögen, Widersprüche auszuhalten, mittels einer spezifischen Rationalität zu ehren? Werden sie dadurch nicht vorschnell als unveränderbar erachtet, anstatt ihre Entstehungsbedingungen einer Analyse und politischen Bearbeitbarkeit zugänglich zu machen? Zweifelsohne gehört heute ein Umgang mit widersprüchlichen Anforderungen zur Planung – aber eben auch zur Politik. Sie jedoch in einer Planungsrationalt t zum Verschwinden zu bringen und damit der politischen Verhandlung konzeptuell-theoretisch zu entziehen, stellt ein depolisierendes Moment dar.  berzeugender wäre es, hier die Frage zu stellen, was genau ein Aushaltenk nnen von Widersprüchen bedingt, wozu dieses führen könnte, wie der Umgang mit ihnen ganz konkret möglich und konzeptualisierbar wird und welche Kompetenzen Planende dabei haben müssten.

Hinsichtlich solcher Kompetenzen ziehe ich nun einen Beitrag von Johann Jessen und Wolf D. Reuter (2006) heran. Rittel (1972: 54 ff.) sah im Rückgriff auf Erfahrung eine Option, angesichts von (erforderlichen) Spontanurteilen dennoch routiniert handeln zu können. Daran knüpfen Jessen und Reuter an. Sie konzipieren Erfahrung als Wissen, auf das in

unterschiedlichen, von zum Beispiel von Unordnung, Wertediversität, Konflikten oder Widersprüchen gekennzeichneten Situationen zurückgegriffen werden kann. Sie qualifizieren damit die bei Siebel nur postulierte Planungsrationalt t, indem sie eine Antwort auf die Frage geben, was Planende befähigt, mit Widersprüchlichkeit erfolgreich umzugehen – nämlich Erfahrung. Als Quell erfahrenen Handelns verweisen sie auf eine „Verschmelzung von Wissen, normativer Orientierung und Intuition“ (Jessen/Reuter 2006: 53). Sie greifen dabei auf das aristotelische Konzept der „Phronesis“ zurück, das auf Gemeinwohlorientierung statt Eigeninteresse fokussiert, sowie auf „eine aus der Praxis heraus [...] erworbene Klugheit“ (ebd.: 54). Dabei stellen sie Erfahrung weitgehend in den Dienst von situationsspezifischer, aber dennoch strategischer Intention und erfolgreicher Praxis (ebd.: 42 ff., 54 ff.).

Bezogen auf Schützeichels Handlungsmodi kann Erfahrungshandeln vorreflexives Handeln sein (I, IIa), in Situationen jedoch, die zur stärkeren Reflexion anleiten, kann Erfahrungswissen dazu beitragen, auch in irritierenden Situationen noch recht routiniert Lösungswege auszumachen – das heißt, die Situation (IIb.1a) erfolgreich zu verändern –, um im Ergebnis rasch zu einer neuen Situationsbewertung vom Typ positiv-emotionaler Bestätigung (IIb.2+) zu gelangen. Als wesentliche Eigenschaft des Handelns unter Rückgriff auf Erfahrung wird gerade gelten müssen, dass es trotz potenzieller Irritation nicht zu Änderungen an den eigenen intentionalen Belief-Desire-Strukturen (im Sinne IIb.1) kommt. Könnte es daher nicht sein, dass gerade die planerische Kernkompetenz der Erfahrung dazu beiträgt, die Veränderung von eigenen Überzeugungen und Wünschen, von alternativen Formen des Aushandelns von Werten oder einem ändern Umgang mit Dissens etc. zu marginalisieren? Das hieße, dass Erfahrung *auch* dazu beitragen könnte, in einem orthodoxen Sinne bestehende Strukturen zu stabilisieren, gerade *dadurch*, dass mit Unsicherheiten routiniert umgegangen wird.

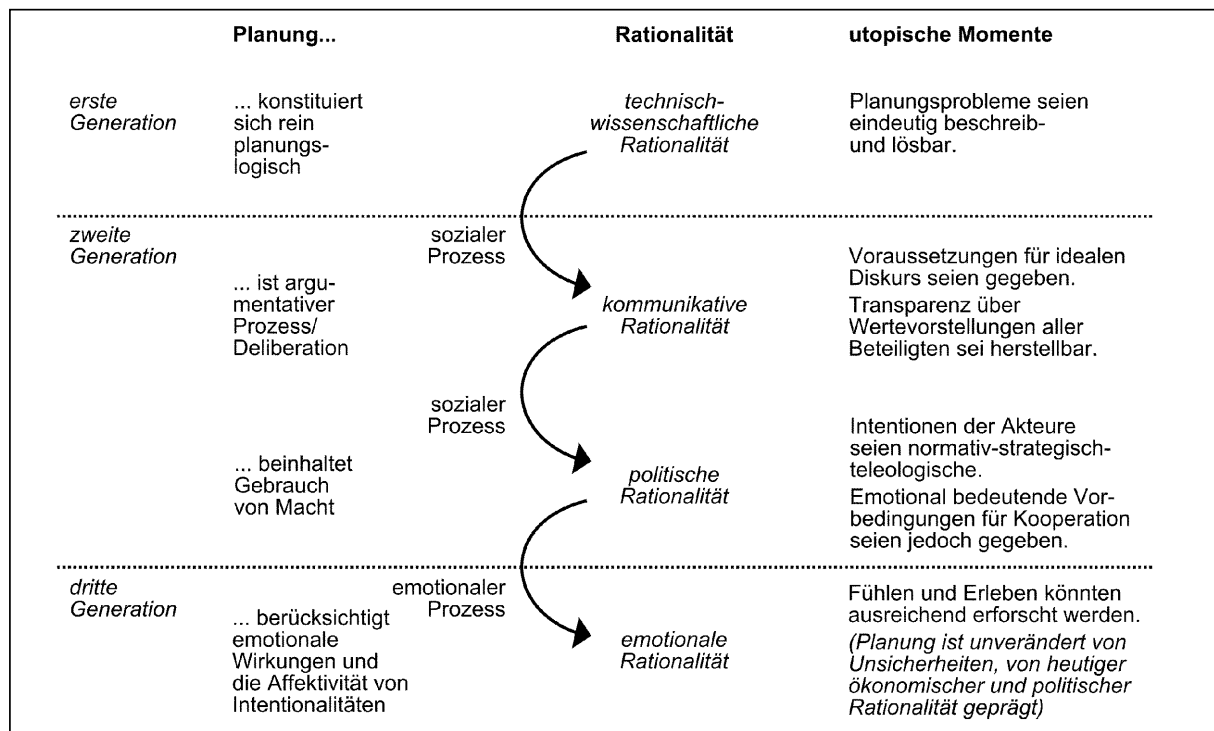
In der planungstheoretischen Konzeption von Jessen und Reuter sehe ich zwar einen empirisch hochplausiblen Erklärungsansatz, doch werden mit ihm politisch relevante Fragen zugleich konzeptuell verdeckt. Gerade dort, wo Erfahrung Planende befähigt, Lösungen vorzuschlagen, die gesellschaftlich „funktionieren“ und die damit ein weitgehend routiniertes Handeln ermöglichen, rückt sie diese Qualifikation in die Nähe der von  i ek beschriebenen „Post-Politik“ (2009: 36). Ein solch potenziell depolitisiertes Moment gelangt auf doppeltem Weg in die Konzeption bei Jessen und Reuter. Zum einen wird durch den Fokus auf den Gemeinwohlbezug der Blick auf die Subjektivität von Intentionen und deren Affektionalit t verstellt. Damit wird unter anderem jener Quell von Kritik unsichtbar gemacht, den Boltanski (2010: 130 ff.) mit dem „hermeneutischen Widerspruch“ beschreibt und bezüglich dessen Bourdieu (1998: 225) von den „Kosten für den Verschleiervaufwand“ des Auseinanderfallens von eigener und offizieller Position spricht. Bourdieu weist daher neben Erfahrung noch weitere Handlungsmotivationen sozialer Akteure aus (Bourdieu/Wacquant 1996: 170). Zum anderen konzipieren Jessen und Reuter (2006: 54) die „soziale Umgebung, [...] eine Stadt, ein Amt“ – und damit auch jene Akteure, durch die Erfahrung und

kluge Praxis bescheinigt werden – als ein „unabhängiges Kriterium“. Diese Unabhängigkeit scheint mir aber nicht haltbar. Einerseits nicht hinsichtlich institutionen- und gruppenbezogener Anerkennungsverhältnisse und Emotionsmilieus, da sich allein schon im Attestieren von kluger Praxis ein emotional vielfältig bedeutender Akt verbirgt.[10] Nicht nur setzen sich mit solch einem Attestieren die Subjekte der sozialen Umgebung in eine dezidierte Beziehung zur erfahrenen Planerautorität, vielmehr entlasten sie sich selbst von der Suche nach einer möglicherweise noch klügeren (politischen) Praxis. Andererseits wird durch diese postulierte Unabhängigkeit die soziale Umgebung konzeptionell homogenisiert. Dies kommt einem Akt einer ideellen Kollektivierung gleich, durch den politisch dissidente Minderheitenpositionen dem Blickfeld entzogen werden.

3.2. Zur Diskussion gestellt: Planungsansätze einer ‚dritten Generation‘

Im Lichte einer emotionalen Rationalität scheinen mir bestehende planungstheoretische Zugänge und Planungsstrategien erweiterungsbedürftig, weil ihnen unter anderem Handlungsmodelle zugrunde liegen, die hinsichtlich der affektiven Intentionalität nicht elaboriert genug sind. Zwar wird mit bestehender Theoriebildung anerkannt, dass Planende ihre eigenen *Werte*-haltungen in Planungsprozesse einbringen,[11] dies aber – wie mir scheint – mit einem anderen, vor allem normativ-strategischen Augenmerk. Solch eine Fokussierung dürfte daher rühren, dass als Gegenstände von Planung meist zukunftsbezogene Interessen und Ziele gelten oder pragmatistisch-situationsbezogene, die aber ihrerseits einen am Zweck der Planung orientierten Charakter haben. Es geht bislang also eher darum, dass auch den eigenen Überzeugungen und Wünschen zum Durchbruch verholfen wird. Es wird jedoch nicht beleuchtet, *wie* diese Überzeugungen zustande kommen, wie sie als emotionale Grundierung des Handelns erneuert werden, wie und in welchem Maße die erwähnten Momente der Selbstversicherung handlungsleitend sind, wie sich strategisch-normative Aushandlungsprozesse anfühlen oder welche emotionale Konsequenzen Produkte von Planung (Pläne, Programme, Leitbilder etc.) haben – um nur einige Fragen zu nennen. Doch gerade im Ernstnehmen solch emotionaler Dimensionen sehe ich eine wichtige politische Bedeutung. Wenn „eine emotional neutrale Staatstätigkeit schlicht unmöglich ist“ und Bürger_innen ohnehin einem „Gefühlsmanagement“ (Heidenreich 2012: 21) ausgesetzt sind, dann müsste nicht zuletzt mit Blick auf die „Möglichkeit einer *neuen, expliziten und transparenten Gefühlspolitik*“ gefragt werden: „Welche Form politischer Steuerung von Gefühlen ist normativ begründbar?“ (ebd., Hervorh. i. Orig.).

Um all solche Fragen systematischer und besser in den Blick zu bekommen, stelle ich hiermit Planungsansätze einer ‚dritten Generation‘ zur Diskussion. Nicht weil entsprechende Ansätze schon allgegenwärtig sind (was sie nicht sind), sondern da mit Planung und dem Denken über Planung reflektiert werden müsste, wie die emotionale Dimension zu bearbeiten wäre, um mit ihr im Sinne einer politischen Verantwortung bewusst umgehen zu können. Selbstverständlich kann solch ein mit ‚Verantwortung‘ postuliertes, normatives Moment durch Machthandeln gebrochen werden.



Die ‚politische Rationalität‘ wird durch die emotionale nicht aufgehoben, sie geht vielmehr in ihr auf, da jedes politisches Handeln gleichsam eine emotionale Dimension hat. Zur Klarstellung: Ich möchte hiermit weder einem wie auch immer gearteten emotionalen Handlungsdeterminismus das Wort reden (was emotionstheoretisch ohnehin schlecht begründbar wäre), noch gehe ich davon aus, dass eine emotionale Rationalität die ‚bessere‘ sei (was noch keine Aussage über den Stellenwert von Emotionen beinhaltet). Es geht vielmehr um deskriptive wie normativ-strategische Zugänge zu Planung, mit denen im Lichte einer emotionalen Rationalität besser lesbar gemacht werden kann, wie Planende handeln, wie Planungen zustande kommen und was sie zu bewirken vermögen. Die Ansätze sollen also sowohl theoretische Zugänge als auch konkrete Planungsstrategien umfassen.

Mit der Gliederung in Abbildung 2 fasse ich die Paradigmen der kommunikativen und politischen Rationalität im Rahmen der ‚zweiten Generation‘ zusammen, da beide in der sozialen Vermittlung planerischen Tuns wurzeln.[12] Eine ökonomische Rationalität weise ich nicht gesondert aus, obwohl auch mit ihr eine plausible Weiterentwicklung bisheriger Ansätze denkbar wäre. Nicht nur, da ihr eine eminent hohe Wirkmächtigkeit zugesprochen werden muss – zum Beispiel hinsichtlich postpolitischer Formen des Regierens (Swyngedouw 2009) oder veränderter Arbeitswelten (Boltanski/Chiapello 2003), sondern auch, weil ihr eine eigene Logik des Kapitals zugrunde liegt. Jedoch ist diese Logik (und deren Folgen) wenn überhaupt, dann politisch gestaltbar und geht somit letztlich in der politischen Rationalität auf.

Durch die Berücksichtigung der emotionalen Rationalität wird der Stellenwert von Kapital oder von Arbeits- und Bodenmärkten bei Entscheidungen und Abwägungen in Planungsprozessen sowie bezüglich der Formen städtischen Regierens nicht geringer, aber mit ihr können die Handlungsbedingungen, unter denen sich Akteure an eine politische Bearbeitung dieser ökonomischen Rationalität machen, umfassender in

Abb. 2 Erweiterung der Rationalitätsverständnisse in der Planung (Quelle: eigene Darstellung)

den Blick genommen werden. Auch zielen nicht auf eine Logik, die in Endlichkeit und Begrenztheit der stofflich-natürlichen Umwelt gründet, da der Umgang mit ihr wiederum politischer Natur ist. Mit den vorgeschlagenen Ansätzen der ‚dritten Generation‘ verlieren technische, kommunikative und politische Rationalitäten also nicht ihre Berechtigung. Die in diese Rationalitäten eingeschriebenen Utopien treten aber klarer hervor, indem die Logik der Emotionen an sie herangetragen wird. Gerade für gelungene kooperative Diskurse gilt es zum Beispiel deren emotionalen Vorbedingungen zu beachten. Hier ist unter anderem zu berücksichtigen, dass es einer in „nicht-politischen Kontexten eingeübte[n] Bereitschaft zur kooperativen Problembearbeitung“ bedarf (Weber 2012: 209). Letztlich macht der Einbezug von Emotionen die Analyse des Handelns von Planenden nicht einfacher, aber treffsicherer. Und hier liegt dann auch ein (notwendig) utopisches Moment der ‚dritten Generation‘ selbst: die Annahme, Fühlen könnte ausreichend erforscht und beobachtet werden. Allein durch die reflexive Übersetzung des Fühlens in artikulierbare Gefühle wird die Einheitlichkeit des Erlebenszusammenhangs aufgelöst (Schützeichel 2012a: 231). Wenn Celikates (2009: 240) in Bezug auf „die Herstellung reflexiver Inakzeptabilität“ von kritischer Theorie verlangt, dass sie „die Ebene der metatheoretischen Reflexion und der metakritischen Analyse der Bedingungen der Kritik verlassen und sich selbst ins ‚Handgemenge‘ der kritischen Praxis begeben [muss]“, dann dürfte dies für das Erlangen eines Verständnisses der Gefühlslage(n) von in spezifischen Situationen Handelnden erst recht gelten – denn das konkrete Erfühlen bleibt einem theoretischen Zugang verwehrt. Für eine realistische Einschätzung der Schwierigkeiten politischen Handelns in der Planungspraxis müsste es also auch um das ungefilterte Anfühlen planungspraktischen Handelns gehen, bei dem trotz realpolitischer Widersprüche versucht wird, über diese hinauszureichen. Doch dies kann nur im konkreten Tun gelingen.

4. Ausblick: Planungsansätze der ‚dritten Generation‘ – politisch gewendet

Mit dem Gesagten ist ein Spannungsfeld aufgezeigt zwischen Planungspraxis, die im Vertrauen auf die Annehmbarkeit ihrer ‚Produkte‘ gründet, und dem Moment der Irritation und Verunsicherung als Voraussetzung für Reflexivität und Rationalität. Welche Beiträge könnte Planung nun leisten, um „*die Realität unannehmbar zu machen*“ (Boltanski 2010: 21, Hervorh. i. Orig.) und so eine Funktion von kritischer Theorie ernst zu nehmen? Wie positioniert sie sich im Dilemma von kontinuierendem Handeln (um den Projektfortschritt zu sichern) und Handlungsunterbruch durch Irritation? Wie in jenem zwischen emotionaler Akzeptabilität als Innovationsbedingung und (reflexiv-)emotionaler Inakzeptabilität als Rationalitätsgebot? Denn wenn für einen erfolgreichen Transfer (sozialer) Innovationen diese als emotional annehmbar empfunden werden können bzw. müssen (Schröder et al. 2011: 29 ff.), dann liegt es in der jeweiligen Situation erst einmal nicht nahe, dass häretisch neue gegenüber eingespielten orthodoxen Ansätzen zum Tragen kommen. Ich vermute, dass bei

der theoretischen Betrachtung von Planung im Verweis der Emotionen auf die hinteren Plätze genau dieses Dilemma zwischen nötigem Vertrauen *und* nötiger Verunsicherung zum Ausdruck kommt. Denn empirisch mangelt es an Quellenmaterial, insofern sich (lokal-)staatliche Planungspraxis notwendigerweise auf die eine Seite des Dilemmas zu schlagen scheint.

Doch müsste eine sich politisch verstehende Planung nicht gerade den gegenteiligen Weg einschlagen? Damit möchte ich nochmals auf den Kern von Planungsansätzen der ‚dritten Generation‘ hinweisen. Es geht nicht – zumindest nicht primär – um eine Emotionalisierung von Planung, sondern um die Frage, wie in Planung mit Rationalitätsbedingungen politischen Handelns umgegangen wird. So wären mit den ersten beiden Schritten des Emotionslernens – Verunsicherung gefolgt von Information – auch emotionstheoretisch plausibilisierte Vorschläge für ein politisches Planen ausgewiesen. Diese Schritte könnten verstanden werden als Dekonstruktion heutiger gesellschaftlich hegemonialer Praxen und ihrer (Re-)Konstruktion als spezifisch solidarische Praxen. Nicht zuletzt könnte hier aus der Bewegungspraxis gelernt werden. So arbeitet beispielsweise die politische Aktionsform der ‚Direct Action‘ konzeptionell mit dem Prinzip des Emotionslernens: Sie besteht „idealtypisch aus dem Dreiklang von Aktion, entstehendem Erregungskorridor und inhaltlicher Füllung des Korridors“ (Direct-Action-Reader o. J.: 16).

Planungsansätze der ‚dritten Generation‘ werden daher nicht nur auf die emotionale Dimension von Planung fokussieren, wo es beispielsweise um Anerkennungsstrukturen im Alltag geht, um Emotionseffekte von Institutionen, um Bildproduktionen, um mangelndes Vertrauen oder um Dissens bei Beteiligungsprozessen oder allgemein um Aushandlungsprozesse.[13] Mit entsprechenden Planungsansätzen könnten Planungsziele in den Blick genommen werden, die zum Beispiel auf ein Mehr an Empathiefähigkeit (Arnold 2005: 255) oder auf Subjekt- statt Instrumentalbeziehungen (Meretz 2011) setzen und nach gesellschaftlichen Praxen fragen, die geeignet sind, Kompetenzen solidarisch-kooperativen Handelns zu fördern. Mit solchen Planungsansätzen wird Planung – politisch verstanden – vor allem auch ihre eigenen Bedingungen zum Thema machen. Da bei projektbezogener Planungspraxis ein irritierendes Aus- und Unterbrechen aus dem Verwaltungsauftrag, der Regierung Lösungsvorschläge zu unterbreiten, (fast) nur oppositionell erwartet werden kann, müsste es politischer Planungspraxis um die Öffnung und Aneignung von Reflexionsräumen für (gesellschaftliche) Diskurse gehen. Dabei dürften Planende durchaus davon ausgehen, für urbane Raumproduktion nur bedingt verantwortlich zu sein – dies vermag sie beim Aufwerfen grundlegender Fragen nicht zu Unrecht zu entlasten.[14] Was könnte dabei vorrangiges Thema solcher Diskurse sein?

Hier möchte ich an Oliver Marchart (2010: 362 f.) anknüpfen. Mit ihm muss in Bezug auf ein Solidaritätsprinzip eine sich als demokratisch bezeichnende Politik für die Ausschlüsse, die sie produziert, Verantwortung übernehmen. Solche Ausschlüsse gälte es zu thematisieren: Wer wurde beispielsweise mit demokratischen Entscheiden marginalisiert? Welche Folgen bleiben ausgeblendet? Damit müssten lokale als auch globale Wirkungen gesellschaftlichen Handelns berücksichtigt werden. So müssten zum Beispiel die in keiner Weise universalisierbaren gesellschaftlichen

Naturverhältnisse des heutigen (de-)industrialisierten Nordens zum Thema gemacht werden. Dabei wäre der dystopische Charakter und die Verantwortungslosigkeit ‚unserer‘ Lebensmuster erkennbar, erfahrbar und theoretisch verständlich zu machen. Was könnte solch potenziellen Momenten reflexiver und emotionaler Inakzeptabilität dann ergänzend als zweiter, informierender Schritt eines erfolgreichen Emotionslernens gegenübergestellt werden? Welche positiv besetzten Alternativen könnten in Diskussionen eingebracht werden?[15]

Hier liegt es nahe, dass in der Raumplanung auf gängige Leitbilder zurückgegriffen wird, wie zum Beispiel auf das der ‚nachhaltigen Entwicklung‘ oder jenes der ‚Stadt der kurzen Wege‘. Sollte es mit ihnen gelingen, die emotionale Inakzeptabilität wieder zu schließen, wäre für die Planungspraxis freilich viel gewonnen – nicht weniger, als dass im Wissen um diese Leitbilder eine unaushaltbare Welt wieder aushaltbar wird. Aus politischer Sicht wird damit auch aus einer emotionstheoretischen Warte zentral, ob es sich tatsächlich um glaubwürdige Leitbilder handelt. Sind ihre potenziell beruhigenden Wirkungen – die sie nicht nur gesellschaftlich, sondern auch auf Planende selbst entfalten können – normativ gut begründbar? Handelt es sich bei der Implementierung der Leitbildvorstellungen um effiziente Maßnahmen? Oder geht es nur um ein fortwährendes Spiel im Mix von Verunsicherung und Vertrauen in vorgeschlagene und im Laufe der Jahre modifizierte Lösungen, die aber jeweils nicht weitreichend genug sind? Zugespitzt: Weder ein Weiter-so und Nichtstun noch entschieden und radikal werden – das heißt emotional: weder Scham noch Angst? [16] Und sollte sich herausstellen, dass ein legitimatorischer Charakter von solchen Leitbildern überwiegt: Welche besseren Entwürfe urbanen Zusammenlebens könnten den durch die Irritation aufgemachten Möglichkeitsraum füllen? Letztlich ist Ziel des Emotionslernens, dass mit der dritten, transformativen Stufe bisherige Angstbewältigungsstrategien zugunsten eines *weniger* emotionalen „Sich-in-der-Welt-Fühlens“ aufgegeben werden und neue Erklärungsweisen geteilt werden können (Arnold 2005: 235, 224 ff.). Planungsansätze der ‚dritten Generation‘ könnten damit nicht zuletzt helfen, einen weniger gefühlsbetonten und stattdessen verstandesmäßigeren Zugang auf politisch zu klärende Fragen zu entwickeln.

Endnoten

- [1] Im Jahr 2013 neu herausgegeben von Wolf D. Reuter und Wolfgang Jonas (vgl. Rittel 2013).
- [2] Zu Beispielen des Machtgebrauchs vgl. Reuter 2000: 10 f., 1989: 151 ff.
- [3] Dass es nachholende vertrauensbildende Maßnahmen schwer haben, verdeutlicht ‚Stuttgart 21‘; vgl. Schubert 2011a zur beruhigenden Funktion der Schlichtung zu ‚Stuttgart 21‘.
- [4] Rittel (1977: 123 ff.) verweist als legitimierende, aber implizite Begründungen von Spontanurteilen auf etliche „Garantoren“ wie Tradition, Erfahrung, gute Sitten, Wissenschaft etc. In gewisser Weise sind diese mit den unterschiedlichen Rechtfertigungslogiken bei Boltanski/Thévenot (2007: 120 ff.) vergleichbar.
- [5] Wie bei Schützeichel (2012a) verwende ich für diesen Beitrag Emotionen, Affekte und Gefühle als Arbeitsbegriffe synonym. Hammer-Tugendhat/ Lutter (2010: 10 ff.) dagegen betonen, dass je nach Fragestellung unterschiedliche Bedeutungsgehalte dieser

- Begriffe historisch und kulturell zu kontextualisieren sind. Roth (2009: 171) differenziert aus neurobiologischer Sicht zwischen Affekten und Emotionen.
- [6] Auf entsprechende Diskrepanzerfahrungen als Handlungsmotivation verweisen zum Beispiel auch Rothermund (2011: 141, 151) oder Pettenkofer (2012: 210).
- [7] Schützeichels Typologie erweist sich mit den Scheidungskriterien verschiedener Reflexivitäts- respektive Bewusstseitsgrade anschlussfähig auch an das Handlungsverständnis der „Pragmatik der Reflexion“ bei Boltanski/Thévenot (2007: 476) oder jenes der „Logik der Praxis“ in Verbindung mit einer „Ökonomie der Logik“ bei Bourdieu (1993: 157 f.) sowie an dessen Konzeption habituellen, großenteils unbewussten Handelns (ebd.: 114). Hierbei stellt hochreflexives Planungshandeln jeweils einen Grenzfall dar (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 172).
- [8] Busch verweist – aus einem kritischen Interesse der Akteure heraus – auf eine mögliche Funktion der Psychoanalyse, da durch diese „Einblicke ins Innenleben der Berufswelt“ möglich werden. Er sieht, dass eine „Repolitisierung“ der Subjekte für diese im politischen Feld eine „höchst belastende, anspruchsvolle Praxis“ mit sich bringt, bei der sie „auf Begleitung angewiesen“ sind (Busch 2012: 46 f.). Busch schlägt nichttherapeutische Formen der Gruppensupervision vor, um Gefühle, wie zum Beispiel Ängste, gemeinsam bearbeiten zu können.
- [9] Vgl. z.B. die Beiträge in der Zeitschrift DISP (zumindest seit 2000, Jg. 36) und in Altrock et al. 2004 (so auch jene, die auf „die offenen Stellen“ [Fürst] respektive „Zukunftsperspektiven für die Planungstheorie“ [Altrock] zielen), sowie die Beiträge in Selle 2006a, 2006b und Konter 1998 (mit einem Überblick über Inhalts- und Problembereiche von Planungstheorie).
- [10] Burckhardt (2004: 77) verweist mit Blick auf Planende zum Beispiel auf Aspekte wie Ruhm oder Wirkungen der „psychischen Situation des entscheidenden Subjekts innerhalb seines Amtes“.
- [11] Vgl. z.B. Rittel 1988: 143, Renn 1996; Burckhardt (2004: 62) benennt unter anderem schichtspezifische Ziele, die von Planenden verfolgt werden.
- [12] Ideale Diskursvoraussetzungen als Utopie der kommunikativen Rationalität dürfen nicht – wie dies häufig geschieht (vgl. z. B. Marchart 2010: 219) – auf konsensorientierte Deliberation verkürzt werden, sondern zielen mit Apel (1973: 432) auf die Aufhebung der Klassengesellschaft und mit Habermas (1994: 396 ff.) im Sinne einer „methodischen Fiktion“ auf ein Korrektiv im Rahmen der prozeduralen Weiterentwicklung von Gesellschaft als Rechtsgemeinschaft.
- [13] Auch Deliberationsprozesse sind bezüglich ihres emotionalen Moments zu verstehen, da sie auf einem emotional vermittelten Symbolaspekt basieren, der letztlich bezweckt, „die Debatte über die zugrunde liegenden Werte vorläufig abzuschließen“ (Göhler 2012: 247), um zur Diskussion der eigentlichen Themen zu gelangen.
- [14] Mit Habermas müsste der Vorwurf, Verwaltungen würden managen, statt politisch verantwortlich zu handeln, insofern als fehlgerichtet bezeichnet werden, als die Verantwortung, die Administrationen durch Gesetze mit unzähligen unbestimmten Rechtsbegriffen und hohen Ermessensspielräumen zugemutet wird, im Grunde von einem heute marginalisierten Gesetzgeber zu tragen wäre. Dieser kann freilich Kompetenzen delegieren, hätte dann aber zugleich „*Legitimationsfilter*“ für eine „*Demokratisierung*“ der Verwaltung“ einzubauen (Habermas 1994: 531, Hervorh. i. Orig.). Habermas verweist auf den Machtzuwachs der Verwaltungen in Deutschland und in den USA (ebd.: 233 ff., 516 ff.).
- [15] Auf das Erfordernis *positiver* Konnotation verweisen zum Beispiel Honneth (2010: 120 ff.), Welzer und Rammner (2012: 14, 308) sowie Schröder et al. (2011: 34 ff.).
- [16] Auch wenn ich den Nachweis hier nicht führen kann: Beide erwähnten Leitbilder können meines Erachtens mit Honneth als *ungerechtfertigte* „Ideologien der Anerkennung“ (2010: 103 ff.) ausgewiesen werden, da jeweils die ideelle und/oder materielle Glaubwürdigkeit nicht ausreichend gegeben ist (vgl. kritisch zu Nachhaltigkeit z.B. Spehr 1996, Groeneveld 1997, Swyngedouw 2009, Schubert 2012; zu Alternativen Adler/Schacht-schneider 2010 und P.M. 2008). Zur Diskussion der ‚Stadt der kurzen Wege‘ könnte in Analogie zu Žižek (2009: 92) gesagt werden, „weil sie stillschweigend die Sphäre der *Geschwindigkeit* von der Politisierung ausnimmt“ und damit eine erforderliche Modernekritik elegant unsichtbar gemacht wird (vgl. kritisch z.B. Pfeleiderer/Braun 1995 und Schubert 2011b).

Autor_innen

Axel Schubert, Dipl.-Ing. Arch., Bauassessor und Stadtplaner, arbeitet seit 2005 als Projektleiter im Planungsamt des Bau- und Verkehrsdepartements des Kantons Basel-Stadt, Abteilung Arealentwicklung und Nutzungsplanung.
schubert.axel@gmx.net

Literatur

- Adler, Frank / Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München: Oekom Verlag.
- Altrock, Uwe / Günther, Simon / Huning, Sandra / Peters, Deike (Hg.) (2004): Perspektiven der Planungstheorie. Berlin: Leue Verlag.
- Apel, Karl-Otto (1973): Transformation der Philosophie, Bd. 2. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Arnold, Rolf (2005): Die emotionale Konstruktion der Wirklichkeit. Beiträge zu einer emotionspädagogischen Erwachsenenbildung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik – Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK Universitätsverlag.
- Boltanski, Luc / Thévenot, Laurent (2007): Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft. Hamburg: Hamburger Edition.
- Bourdieu, Pierre (1993): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre / Wacquant, Loïc J.D. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Burckhardt, Lucius (2004): Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Berlin: Martin Schmitz Verlag.
- Busch, Hans-Joachim (2012): Psychoanalytische Politische Psychologie heute. Zwischenbilanz und Perspektiven. In: Markus Brunner / Jan Loh / Marc Schwietring / Sebastian Winter (Hg.), Politische Psychologie heute? Themen, Theorien und Perspektiven der psychoanalytischen Sozialforschung. Gießen: Psychosozial Verlag, 33-50.
- Celikates, Robin (2009): Kritik als soziale Praxis. Gesellschaftliche Selbstverständigung und kritische Theorie. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Ciampi, Luc (2005): Mensch, Natur und Gefühl. Aus der Perspektive der fraktalen Affektlogik. In: Michael Gebauer / Ulrich Gebhard (Hg.), Naturerfahrung. Wege zu einer Hermeneutik der Natur. Kusterdingen: Die Graue Edition, 28-66.
- Direct Action Reader (o. J.): Grundlagen und Tipps für konkrete Aktionen, o. O., unter: <http://www.aktionsversand.de.vu/>.
- Fischbach, Rainer / Kahlen, Hans / Reuter, Wolf D. (1992): Notizen zur Bedeutung der Theorie- und Methodenlehre Horst Rittels für das Facility Management. In: Horst W.J. Rittel (1992), Planen Entwerfen Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik, Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 405-412.
- Göhler, Gerhard (2012): Die affektive Dimension der Demokratie. Überlegungen zum Verhältnis von Deliberation und Symbolizität. In: Felix Heidenreich / Gary S. Schaal (Hg.), Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden: Nomos Verlag, 235-253.
- Groeneveld, Sigmar (1997): Unterhalt statt Nachhaltigkeit. In: Werner G. Raza / Andreas Novy (Hg.), Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Kritische Geographie 12. Wien: Brandes & Apsel, 25-40.
- Habermas, Jürgen (1994): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Hammer-Tugendhat, Daniela / Lutter, Christina (2010): Emotionen im Kontext. Eine Einleitung. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften (ZfK) 2/2010, 7-14.

- Heidenreich, Felix (2012): Versuch eines Überblicks: Politische Theorie und Emotionen. In: Felix Heidenreich / Gary S. Schaal (Hg.), Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden: Nomos Verlag, 9-26.
- Honneth, Axel (1992): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Honneth, Axel (2010): Das Ich im Wir. Studien zur Anerkennungstheorie. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Jessen, Johann / Reuter, Wolf D. (2006): Lernende Praxis. Erfahrung als Ressource – planungstheoretische Konsequenzen. In: Klaus Selle (Hg.), Planung neu denken. Bd. 2: Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung. Analysen, Erfahrungen, Folgerungen. Dortmund: Dorothea Rohn Verlag, 42-56.
- Konter, Erich (1998): Planungstheorie und Planungsgeschichte. In: Erich Konter (Hg.), Planungspraxis und Planungstheorie: Festschrift für Karolus Heil. Berlin: Verlag für Wissenschaft und Forschung, 105-125.
- Löw, Martina (2008): Soziologie der Städte. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Marcuse, Peter (2013): Re-imagining the City critically. In: *dérive*, Zeitschrift für Stadtforschung 53, 9-15.
- Meier-Seethaler, Carola (2001): Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft. München: C.H. Beck Verlag.
- Meretz, Stefan (2011): Was ist kritische Psychologie? In: *Contraste: Monatszeitung für Selbstverwaltung* 28 (319), 7.
- Nullmeier, Frank (2006): Politik und Emotion. In: Rainer Schützeichel (Hg.), Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag, 84-103.
- Pettenkofer, Andreas (2012): Von der Situation ergriffen. Emotionen in der pragmatistischen Tradition. In: Annette Schnabel / Rainer Schützeichel (Hg.), Emotionen, Sozialstruktur und Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-226.
- Pfleiderer, Rudolf / Braun, Lothar (1995): Kritik an der Bundesverkehrswegeplanung. In: *Internationales Verkehrswesen* 47/10, 609-614.
- P.M. (2008): Neustart Schweiz. So geht es weiter. Zürich: Edition Zeitpunkt.
- Renn, Ortwin (1996): Kooperativer Diskurs. Kommunikation in der Umweltpolitik. In: Klaus Selle (Hg.), Planung und Kommunikation. Wiesbaden/Berlin: Bauverlag, 101-112.
- Reuter, Wolf D. (1989): Die Macht der Planer und Architekten. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Reuter, Wolf D. (2000): Zur Komplementarität von Diskurs und Macht in der Planung. In: *DISP: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung* 36 (141), 4-16.
- Rittel, Horst W.J. (1972): Zur Planungskrise: Systemanalyse der „ersten und zweiten Generation“. In: ders. (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 37-58.
- Rittel, Horst W.J. (1976): Sachzwänge – Ausreden für Entscheidungsmüde? In: ders. (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 271-281.
- Rittel, Horst W.J. (1977): Urteilsbildung und Urteilsrechtfertigung. In: ders. (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 113-133.
- Rittel, Horst W.J. (1988): Die Denkweise von Planern und Entwerfern. In: ders. (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 135-148.
- Rittel, Horst W.J. (1992): Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Rittel, Horst W.J. (2013): Thinking design: transdisziplinäre Konzepte für Planer und Entwerfer, hrsg. von Wolf D. Reuter und Wolfgang Jonas. Basel/Berlin: Birkhäuser Verlag.
- Rittel, Horst W.J. / Kunz, Werner (1972): Der Ansatz der Informationswissenschaften. In: Horst W.J. Rittel (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 151-160.

- Rittel, Horst W.J. / Webber, Melvin (1973): Dilemmas in einer allgemeinen Theorie der Planung. In: Horst W.J. Rittel (1992), Planen, Entwerfen, Design: ausgewählte Schriften zu Theorie und Methodik. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 13-35.
- Roth, Gerhard (2009): Aus Sicht des Gehirns. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Rothermund, Klaus / Eder, Andreas (2011): Motivation und Emotion. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnabel, Annette (2012): Emotionen, Sozialstruktur und Moderne – ein spannungsvolles Wechselverhältnis. Zur Einleitung. In: Annette Schnabel / Rainer Schützeichel (Hg.), Emotionen, Sozialstruktur und Moderne, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-27.
- Schnabel, Annette / Schützeichel, Rainer (Hg.) (2012): Emotionen, Sozialstruktur und Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schönwandt, Walter L. (1999): Grundriss einer Planungstheorie der „dritten Generation“. In: DISP: Dokumente und Informationen zur Schweizerischen Orts-, Regional- und Landesplanung 35 (137-137), 25-35.
- Schönwandt, Walter L. (2002): Planung in der Krise? Theoretische Orientierungen für Architektur, Stadt- und Raumplanung. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Schönwandt, Walter L. (2011): Probleme als Ausgangspunkt für die Auswahl und den Einsatz von Methoden. In: ARL (Hg.), Grundriss der Raumordnung und Raumentwicklung. Hannover: Verlag der ARL, 291-310 u. 368-377.
- Schröder, Tobias / Huck, Jana / De Haan, Gerhard (2011): Transfer sozialer Innovationen. Eine zukunftsorientierte Fallstudie zur nachhaltigen Entwicklung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schubert, Axel (2011a): Lange Wege und starke Worte bei Stuttgart 21 – zugleich ein Plädoyer für K21-minus. Emanzipation als nötiges Gegenmittel gegen Geißlers nachhaltige Beruhigungsspielle. In: PNDonline 2/ 2011, unter: <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/196/41>.
- Schubert, Axel (2011b): Postfossile Mobilität: die Wege sind langsam und steinig. In: Arch+ 43 (203), unter: <http://www.archplus.net/download/artikel/3645/>.
- Schubert, Axel (2012): Von den Verengungsgefahren nachhaltigen Mainstreamings zum planungstheoretischen Erfordernis der Emanzipation. Nachhaltigkeitskritik und das Beispiel der Entwicklungsplanung Dreispitz. In: Matthias Drilling / Olaf Schnur (Hg.), Nachhaltige Quartiersentwicklung: Positionen, Praxisbeispiele und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 69-92.
- Schützeichel, Rainer (2012a): Emotionen in Handlungen. Skizzen zu einer soziologischen Integration von Emotions- und Handlungstheorie. In: Annette Schnabel / Rainer Schützeichel (Hg.), Emotionen, Sozialstruktur und Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 227-255.
- Schützeichel, Rainer (2012b): „Structures of Feelings“ und Emotionsmilieus. Eine programmatische Forschungsskizze über den Zusammenhang von Emotionen und Sozialstruktur. In: Annette Schnabel / Rainer Schützeichel (Hg.), Emotionen, Sozialstruktur und Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 473-484.
- Selle, Klaus (Hg.) (2006a): Planung neu denken. Bd. 1: Zur räumlichen Entwicklung beitragen: Konzepte. Theorien. Impulse, Dortmund: Dorothea Rohn Verlag.
- Selle, Klaus (Hg.) (2006b): Planung neu denken. Bd. 2: Praxis der Stadt- und Regionalentwicklung: Analysen, Erfahrungen, Folgerungen. Dortmund: Dorothea Rohn Verlag.
- Siebel, Walter (2006): Wandel, Rationalität und Dilemmata der Planung. In: Klaus Selle (Hg.), Planung neu denken. Bd. 1: Zur räumlichen Entwicklung beitragen: Konzepte. Theorien. Impulse. Dortmund: Dorothea Rohn Verlag, 195-209.
- Slaby, Jan (2011): Affektive Intentionalität – Hintergrundgefühle, Möglichkeitsräume, Handlungsorientierung. In: Jan Slaby / Achim Stephan / Henrik Walter (Hg.), Affektive Intentionalität. Beiträge zur welterschließenden Funktion der menschlichen Gefühle. Paderborn: Mentis Verlag, 23-48.
- Spehr, Christoph (1996): Die Ökofalle. Nachhaltigkeit und Krise. Wien: Promedia Verlag.
- Stickler, Armin (2011): Organisation und soziale Bewegung. Zur Kritik der bewegungswissenschaftlichen Institutionalisierungsdebatte. In: Michael Bruch / Wolfram Schaffar / Peter Scheffele (Hg.), Organisation und Kritik. Münster: Westfälisches Dampfboot, 105-136.
- Swyngedouw, Erik (2009): Immer Ärger mit der Natur: „Ökologie als neues Opium fürs Volk“. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 39/3 (156), 371-389.

- Weber, Florian (2012): Unterkühlter Diskurs. Zum Verhältnis von Emotion und Deliberation bei Jürgen Habermas. In: Felix Heidenreich / Gary S. Schaal (Hg.), Politische Theorie und Emotionen. Baden-Baden: Nomos Verlag, 199-215.
- Welzer, Harald / Rammner, Stephan (Hg.) (2012): Futur Zwei. Die Wiedergewinnung der Zukunft. Frankfurt a. M.: Fischer Verlag.
- Žižek, Slavoj (2009): Ein Plädoyer für die Intoleranz. Wien: Passagen Verlag.

Emotional Rationality and Planning – Planning Approaches of a ‘3rd Generation’. Or: About the depoliticizing Potential of Trust-Building and Self-Assurance

The article is based on the assumption that dealing with uncertainties is crucial to planning, because they threaten to interrupt the planning progress. Therefore, trust in assumptions and planning-products (plans, overall concepts etc.) from all those being involved is very important for planning practice. Emotional theory, by contrast, considers uncertainties and irritations as prerequisites for rationality, reflexivity and learning processes. That is why trust-building effects of planning have to be seen critically, when they tend to hide reflections and therefore also ‘the Political’. With my article I focus on an understanding how planning practice deals with uncertainty. For this purpose I question given concepts and highlight the role of emotions in (planning) practice. Referring to an ‘emotional rationality’, I propose planning approaches of a ‘third generation’ and focus on the meaning, they could have for critical planning practice. I also want to contribute to an ‘emotional turn’ in planning theory.



Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 95-103

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie
und Assemblageforschung

in der interdisziplinären
kritischen Stadtforschung‘

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung in der interdisziplinären
kritischen Stadtforschung

Alexa Färber

Dieser Beitrag diskutiert das Potenzial von Akteur-Netzwerk-Theorie und Assemblageforschung für das interdisziplinäre Feld der Stadtforschung. Beide Forschungsperspektiven erlauben es, die alltägliche Artikulation von Urbanität zu untersuchen. Die detaillierten Beschreibungen und die Analyse von Assemblagen können Macht und Praktiken, die diese Assemblagen stabilisieren bzw. destabilisieren, in unerwarteten Zusammenhängen herausarbeiten, wo vorgefasste Konzepte von Machtbeziehungen sie nicht greifbar machen können. Diese analytische Praxis beruht unter anderem auf interdisziplinärer Zusammenarbeit und erweist sich gegenüber den unternehmerischen Anforderungen an aktuelle universitäre Arbeit als nahezu inkompatibel.

Ersteinreichung: 16. Juli 2013; Veröffentlichung online: 5. Mai 2014

An english abstract can be found at the end of the article.

Der Auftakt für eine (wissenschaftliche) Debatte ist selten eine erste Positionsbestimmung: Es gibt immer schon früher formulierte Positionen, zu denen sich der dargestellte Ansatz in Beziehung setzt, sei es, indem er sich von ihnen abgrenzt oder positiv an sie anknüpft. Dies ist auch der Fall, wenn das analytische Potenzial der Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und daran anschließender Ansätze der Assemblageforschung zur Debatte stehen. Dabei hatten in den 1980er Jahren die frühen Arbeiten von Bruno Latour und Steven Woolgar, Michel Callon und John Law, um die Hauptprotagonisten einer ANT *avant la lettre* zu nennen, eine solch positive Resonanz erzeugt, dass sich ein bis heute aktives, Disziplinen übergreifendes Feld namens *Science and Technology Studies* (STS) herausgebildet hat. Diese hohe Anschlussfähigkeit und Zirkulation der wissensanthropologischen Ansätze hat, wie John Law in dem von ihm und John Hassard herausgegebenen Sammelband *Actor Network Theory and After* (1999) kritisiert, aber auch dazu geführt, dass ANT selbst zu einer Blackbox geworden ist – und genau deshalb mobil werden konnte. Die Kritik an diesem ambivalenten Komplexitätsverlust ist die erste in einer Reihe selbstkritischer Revisionen der ANT, die Law vornimmt. Er kommt dabei zu neuen Bezeichnungen wie ‚(Post)ANT‘ und zeigt andere konzeptionelle Anschlussmöglichkeiten auf, wie das Konzept der Assemblage (vgl. Law 2011).

Dieses wissenschaftliche ‚Luxusproblem‘ einer übergroßen Anschlussfreude in Bezug auf die ANT besteht zwar gerade heute wieder in besonderem

Maße. Seit den 1990er Jahren werden die selbstkritischen Betrachtungen aber von vielfältigen kritischen Positionen gegenüber der ANT begleitet und angeregt, beispielsweise aus der feministischen Geographie, Technikforschung und Soziologie (vgl. zu einer Diskussion der Kritik Law 2011 und Conradi/Muhle 2011). Stellvertretend dafür soll hier auf die Debatte in der *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* verwiesen werden, in der die Soziologin Gesa Lindemann die jüngeren Thesen von Bruno Latour kritisch hinterfragt. Lindemann bezieht sich darin vor allem auf das programmatische Buch *Das Parlament der Dinge* (2001) und das synthetisierende ‚Lehrbuch‘ von Bruno Latour *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* (2007). Beide kritisiert sie als theoretisch zu wenig komplex. Es würden Handeln und Wirken gleichgesetzt und allein Expert_innen ins Zentrum heutiger Gesellschaften gestellt (vgl. Lindemann 2009: 117). Und tatsächlich besteht aus dieser disziplinären Perspektive die Anmaßung Latours darin, die zentrale analytische Kategorie der Soziologie – das Soziale bzw. die Gesellschaft – als kategorische Fehleinschätzung dekonstruieren zu wollen.

Urs Stäheli hebt in seiner Replik auf Gesa Lindemanns Kritik an der Latour’schen „Expertokratie“ (ebd.: 113) dagegen drei willkommene Provokationen der von Latour formulierten ANT hervor: die metaphysischen Implikationen der neueren Arbeiten von Latour, den Fokus auf Repräsentationspraxis (vs. Repräsentationsinhalt) und das Ineinanderfallen von Methode und Theorie, das Stäheli als von Latour gleichzeitig durchgeführtes und beobachtetes Experiment der Theoriebildung interpretiert (vgl. Stäheli 2009: 140 ff.). Er unterstellt, dass die Ablehnung dieser „Tätigkeit des Theoretisierens“ (ebd.: 139) dem Wunsch geschuldet ist, die Wissenschaftsforschung innerhalb der Soziologie in ihre Schranken zu verweisen und damit disziplinäre „Reinigungsarbeit“ zu vollziehen (ebd., vgl. zum wissensanthropologischen Begriff der Reinigungsarbeit auch das Heft 1/2013 der *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*).

In der kritischen Stadtforschung, die zuallererst auch interdisziplinär ist, muss der Diskussionsprozess nun ein anderer sein, weil das Potenzial der an ANT orientierten Forschungsansätze gerade nicht von der Position disziplinärer Gewissheiten aus reflektiert werden kann. Hier müsste vielmehr überprüft werden, inwiefern ANT und Folgeansätze zu eben jener Interdisziplinarität beitragen und eine kritische Analyse von Stadt und Urbanität ermöglichen. Letzteres, das kritische Potenzial von ANT für die Stadtforschung, stand im Zentrum der für diesen Zusammenhang ausschlaggebenden Debatte um „Assemblage and Critical Urban Praxis“, die sich über ganze fünf Ausgaben der Zeitschrift CITY entfaltet hat (vgl. CITY 2/2011 bis 6/2011), aber die Frage nach dem Potenzial für interdisziplinäre Forschungszusammenhänge weitestgehend unbeantwortet ließ. Angestoßen und bestimmt wurde diese Debatte von Neil Brenner, David J. Madden und David Wachsmuth, die sich durch einen von Colin McFarlane in CITY eingereichten Artikel veranlasst sahen, das darin vorgeschlagene Konzept von Assemblage auf sein Kritikpotenzial hin zu diskutieren (vgl. Brenner et al. 2011a; 2011b, McFarlane 2011a; 2011b). Dass dabei aus „Assemblage in urban theory“ (McFarlane 2011a) schnell „assemblage urbanism“ und „assemblage urbanists“ (Brenner et al. 2011a; 2011b; 2012a) wurde, ist nur einer der im ‚Eifer des Gefechts‘ entstandenen Kurzschlüsse.

Es kann in diesem Beitrag nicht darum gehen, diese Debatte in ihren einzelnen Argumenten nachzuzeichnen. Die in den insgesamt 13 Artikeln ohnehin schon kondensierten Standpunkte würden in einer Synthese nochmals reduziert werden. Vielmehr werde ich nur punktuell auf einige der dort formulierten Gedanken eingehen und versuchen, das Potenzial von ANT und Ansätzen der Assemblageforschung vor einem anderen Horizont zu diskutieren, als es der in der Zeitschrift CITY vorgeschlagene Ansatz der *Critical Urban Studies*, der sich der Analyse der kapitalistischen Urbanisierungsprozesse verpflichtet sieht, erlaubt (vgl. dazu auch Brenner et al. 2012b). Selbst in der empirischen Kulturwissenschaft und in der interdisziplinären Stadtforschung verankert, möchte ich in einer kulturwissenschaftlichen und wissensanthropologischen Perspektivenverschiebung die Vorteile von ANT und Assemblage-Ansätzen in der interdisziplinären Stadtforschung hervorheben und einige ihrer Grenzen aufzeigen. Mein Interesse besteht darin, die manifestierten und vorhersehbaren Linien der Auseinandersetzung zu durchkreuzen und die Qualitäten von ‚(Post)ANT‘ als Perspektive der interdisziplinären kritischen Stadtforschung zu benennen. Die Leitfrage ist also, in welcher Weise Stadt und Urbanität eigentlich als „Forschungsobjekte“ in „material-semiotischer Sichtweise“ (Law 2011: 22) bearbeitbar werden.

In der Stadtforschung haben die ANT als Forschungshaltung und Assemblage als Konzept in den vergangenen drei Jahren an Bedeutung gewonnen. Ein in der Debatte der CITY gar nicht beachteter Forschungszusammenhang ist das um Albena Yaneva an der Manchester School of Environment herum gebildete kollaborative Programm der *mapping controversies*, in dem sich Yaneva, von der Architekturforschung im Geiste der Soziologie der Übersetzung kommend, zusammen mit Graduierten der Bearbeitung städtebaulicher Maßstabsebenen zuwendet (vgl. Yaneva 2012 und die entsprechende Website <http://www.mappingcontroversies.co.uk/>). An dieser Stelle aber wichtiger ist der Sammelband *Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies* (Farías/Bender 2010), der neben den baulichen die Bearbeitung einer Vielfalt anderer Dimensionen von Stadt und Urbanität aufzeigt. Neben Nachwuchswissenschaftler_innen aus der Geographie, Soziologie und Kulturanthropologie lassen die beiden Herausgeber dort auch arrivierte Befürworter einer Neubewertung des Urbanen als soziomaterielle Konfiguration zu Wort kommen, wie Nigel Thrift, Stephen Graham und Robert Shields. Die Übertragung von ANT- Forschungsansätzen aus Laborstudien auf städtische Forschungsfelder zum einen und die Hinwendung zur Assemblageforschung zum anderen ist in beiden Fällen ganz sicherlich keine intellektuelle Spielerei. Für die interdisziplinäre Stadtforschung werden hier wichtige Fragen nach der Teilhabe an Stadt aufgegriffen, um ihnen mindestens drei kritische Impulse zu verleihen.

Das multiple Urbane

Stadt und Urbanität stehen in der Stadtforschung in einem nach wie vor unbefriedigenden Verhältnis zueinander: Die Konzepte von Stadt haben sich zwar entlang der zunehmenden Reichweite des Diskurszusammenhangs der Stadtforschung zumindest ausdifferenziert (von der europäischen Stadt über die *global city* hin zur *world city*, zur *creative city* oder auch zur

informal city). Zudem sind gerade im deutschsprachigen Raum Versuche unternommen worden, neue Konzepte zur ontologischen Bestimmung von Stadt zu entwickeln und theoretisch einzubetten (vgl. z. B. das Konzept der ‚Mittelstadt‘ bei Schmidt-Lauber 2010 und das Konzept der ‚Eigenlogik der Städte‘ bei Berking/Löw 2008). Trotzdem gilt Urbanität zu Recht immer noch als notwendige dezentrierte Gegenfolie, um erfahrungsbasierte Realitäten von Stadt zu denken. Denn der ontologische Status benannter Stadtkonzepte verfehlt die empirisch beobachtbare Partialität urbaner Alltagserfahrungen. Dass und wie beides – die Stadt als (Forschungs-)Gegenstand und Urbanität als multiple Alltagserfahrung – aber die Realität des Städtischen ausmachen, entzieht sich der Stadtforschung in dem Moment, in dem die Unterscheidung als eine wissenschaftliche und nicht als eine im Alltag verankerte verstanden wird. Henri Lefebvres dialektisch miteinander verbundene drei Raumdimensionen deuten diese multiple Verfasstheit von Raum an.

Ein auf urbane Assemblagen gerichteter Forschungsansatz ermöglicht es, Stadt und Urbanität als in der Alltagspraxis miteinander verknüpfte Elemente des Urbanen zu betrachten und zu beschreiben, ohne die Art ihrer Verknüpfung a priori zu bestimmen. Im Vordergrund steht dann, Ein- und Ausschlüsse dieser Assemblagen, in denen Stadt und Urbanität miteinander verknüpft sind, nachzuzeichnen und herauszuarbeiten, wie diese stabilisiert und wie sie in ihrer Existenz bedroht werden. Ein Assemblagekonzept fragt, welche Form des Sozialen entsteht (und nicht, aus welcher Gesellschaft die beobachtete Assemblage entsteht) und vor allem, welches Transformationspotenzial diese beobachteten Assemblagen artikulieren. Diese anfälligen und temporären Gebilde beruhen auf dem “material, actual and assembled, but also on the emergent, the processual and the multiple” (Farías 2010: 15).

In diesen mehrfach hybriden (menschlich vs. nicht menschlich, materiell vs. immateriell) Versammlungen fallen Elemente ineinander, die anderswo als auf unterschiedlichen Maßstabsebenen befindliche behandelt werden: Es handelt sich dann beispielsweise um Übersetzungsketten, die globale, nationale oder regionale Dimensionen im Lokalen artikulierbar oder aber Stadt als Ganzes im Alltag greifbar machen. Dieser Gedanke bestimmt auch die kollaborative Studie *Paris. Ville invisible* (1998) von Bruno Latour und Emilie Hermant. Der Foto-Text-Essay demonstriert, dass Komplexität eine Bedingung von Stadt und sie deshalb als Ganzes nicht erfahrbar ist. Dennoch artikuliert sich Stadt als Ganzes in etlichen Praktiken der Komplexitätsreduktion und wird damit greifbar. Dieses im Alltag erfahrbare Paradox macht der Ansatz der Assemblage erforschbar und bringt die damit verbundenen Konflikte zur Sprache, ohne sie interpretativ unter Kategorien zu subsumieren, die stadthistorische Entwicklungstypen oder gesellschaftliche Klassifizierungen bieten könnten. Hier gilt, was John Law für die ANT allgemein schreibt:

„Klasse, Nationalstaat und Patriarchat werden zu Folgeerscheinungen, anstelle von erklärenden Faktoren. Das soll allerdings nicht heißen, dass es sie nicht gibt – tatsächlich können sie in der Praxis real *gemacht* werden –, aber sie eignen sich eben nicht als Erklärungsrahmen.“ (Law 2011: 32)

Dieses Zitat verdeutlicht auch, wie grundsätzlich eine an ANT und Assemblage orientierte Stadtforschung an den soliden und gut erprobten wissenschaftlichen Grundlagen und Überzeugungen der *Critical Urban Studies* rührt – und erklärt ein wenig die Intensität der CITY-Debatte zum Thema.

Radikal der Welt zugewandt

Das mit ontologischen Konzepten von Stadt einhergehende Defizit wird besonders gegenüber den Ergebnissen lebensweltlich orientierter ethnographischer Stadtforschungen deutlich. Die selbst zum Holismus auf kleinster Maßstabsebene neigende Stadtethnographie verweist eben auch auf die erfahrbare Vielgestaltigkeit von Stadt. Darin ist sie mit der Assemblagetheorie kompatibel: Während Assemblage sich zwar für unterschiedliche theoretische und konzeptionelle Auslegungen eignet und, wie Colin McFarlane (2011a: 205) einräumt, sowohl als Beschreibung, als Perspektive und als die Idee von einer kosmopolitischen Komposition verstanden wird, so geht die jüngere Beschäftigung mit dem im Poststrukturalismus angesiedelten Gedanken des Gefüges/ der Assemblage mit einem konsequent empirisch-ethnographischen Ansatz einher. Die Beiträge in dem von Aiwa Ong und Stephen Collier herausgegebenen Sammelband *Global Assemblage* (2004) etwa zeichnen sich alle durch ihre empirisch-ethnographische Vorgehensweise aus, ob nun in der Kultur- und Sozialanthropologie, Soziologie oder Geographie.

In Bezug auf Stadt und Urbanität erlaubt es diese empirisch-ethnographische Grundhaltung, die Brenner et al. (2012a: 127 ff.) als naiven Objektivismus bezeichnet haben, die Aufmerksamkeit auf urbane Prozesse zu lenken, die in soziomateriellen Gefügen stattfinden. Sharon Macdonald (2009) hat diese Soziomaterialität in ihrer ethnographischen Untersuchung der Aushandlungsprozesse um die Erinnerung an den Nationalsozialismus in der Stadt Nürnberg eindrücklich nachgezeichnet. Neuere Studien, die im Zusammenhang des Forschungsprojekts *Global Prayers* entstanden sind, sind ebenfalls in dieser Weise der Welt empirisch zugewandt (vgl. Lanz 2013). Religiöse Bewegungen als Assemblage zu verstehen, bedeutet jene Wirkmacht anzuerkennen, mit der sie eine Version von Stadt und Urbanität produzieren und Erlösung versprechen. Die Virtualität oder Potenzialität, die eine Forschungsperspektive auf Stadt als urbane Assemblage greifbar macht, liegt in dem Spektrum zwischen Praktiken der Behauptung und der möglichen Realisierung der Behauptung. Sie auch als Assemblage zu untersuchen, kann heißen, einen minimalistischen Versuchsaufbau zum Ausgangspunkt zu nehmen, um von dort aus die vielen Elemente zu entfalten, die zu religiöser Präsenz führen können. Der visuelle Anthropologe Aryo Danusiri hat einen solchen Ausgangspunkt in seinem Film „The Fold“ geschaffen, in dem er die Realisierung einer New Yorker Moschee in den Räumen eines asiatischen Kulturzentrums exemplarisch aufzeichnet. Die fest installierte Kamera folgt dabei allein den Aktanten, die das Objektiv auch erfassen kann. Das dort gezeigte Aus- und Zusammenfallen einer Plastikplane, das den Raum der Moschee materialisiert und den Wechsel zwischen Gebet und Vergnügen erst ermöglicht (hier wird sonst unter anderem Tischtennis gespielt), zeigt nur einen

konfliktfreien Zustand der Moschee – und lässt andere erraten: Die über den Zustand ‚Moschee vor, während und nach dem Beten‘ hinausgehenden und mit ‚der Moschee‘ verbundenen Elemente wie der Immobilienmarkt, der 11. September 2001, der Kampf gegen den Terrorismus, Misstrauen und Vertrauen sind nur einige der nachverfolgbaren Elemente, die andere Zustände dieses Gefüges ausmachen werden.

Dass dieses Verständnis von Stadt und Urbanität vor allem aus der ethnographischen Beobachtung heraus seine Relevanz erfährt, spricht in besonderem Maße für die Legitimität einer solchen analytischen Perspektive: Indem die ANT und Assemblagetheorie ihre Grundlagen in der empirisch beobachtbaren Welt haben, haben sie das Potenzial, tatsächlich relevante Konflikte analytisch aufzugreifen. Die in der Forschungshaltung angelegte freie Assoziation in Richtung aller identifizierbaren Aktanten und die Analyse, welche Ein- und Ausschlüsse sie hervorbringen, ermöglicht nicht nur überraschende Erkenntnisse zur Verteilung von Akteursmacht. In den Worten von Bruno Latour artikulieren sich hier „matters of concern“ (im Gegensatz zu „matters of fact“; vgl. u.a. Latour 2007), deren Analyse Kenntnis über die Art der Verteilung von Akteursmacht sowie die Stabilisierung und Angreifbarkeit von Versammlungen erlaubt. Dieses Wissen rührt aus ethnographischen Fallstudien. In diesem Wissen liegt das Potenzial, andere – gerechtere – Formen des Sozialen herbeizuführen.

Uneingeschränkte Interdisziplinarität

Schließlich ist der Versuch, Assemblageforschung in die Stadtforschung einzuführen, auch ein Zeichen dafür, dass sich hier ein zunehmend interdisziplinäres Feld konstituiert. Dafür hat schon das in vielen Disziplinen verankerte ethnographische Vorgehen der Assemblageforschung gesprochen. Die Stadtforschung hat offensichtlich in den vergangenen Jahren nicht allein auf Konzepte aus der Stadtsoziologie und -geographie oder aus den Politikwissenschaften zurückgegriffen, sondern ganz selbstverständlich auch auf Theorien, die – entgegen ihres interdisziplinären Entstehungszusammenhangs – bis Ende der 1990er Jahre vornehmlich im Denkraum einiger Kultur- und Geisteswissenschaften verhandelt wurden. Es ist kein Zufall, dass der Weg zur urbanen Assemblage über die ANT geführt hat. John Law hebt die Nähe zwischen der ANT und den Deleuz'schen Rhizomen bzw. dem Gedanken des *agencement* wie folgt hervor:

„Beide beziehen sich auf die provisorische Anordnung produktiver, heterogener und (dies ist der entscheidende Punkt) ziemlich limitierter Ordnungsformen, die in keine größere übergreifende Ordnung eingebettet sind. Deshalb ist es hilfreich, die Akteur-Netzwerk-Theorie als eine spezifische empirische Übersetzung des Poststrukturalismus zu sehen.“ (Law 2011: 29)

Bei Latour bleibt diese Nähe eher unerwähnt. Diese oben schon hervorgehobene empirische Grundhaltung der ANT und Assemblagetheorie, die sich gerade auf die Konstruktion soziomaterieller Gefüge konzentriert, birgt meiner Meinung nach das Potenzial für die Stadtforschung, Disziplinen mit einer Zuständigkeit für ‚das Soziale‘, wie die Soziologie, die

Human- und Kulturgeographie sowie die Sozial- und Kulturanthropologie, mit Disziplinen zusammenzuführen, die sich dem Materiellen des Städtischen verpflichtet fühlen, wie die Architektur, der Städtebau oder die Ingenieurwissenschaften. Die interdisziplinäre Kollaboration zwischen diesen Disziplinen ist in den Ansätzen der ANT und Assemblagetheorie angelegt und kann auf der Grundlage ethnographischen Arbeitens unter anderem in Fallstudien umgesetzt werden. Es liegt auf der Hand, dass auf diese Weise komplexere Analysen von Konfliktfeldern ermöglicht werden als in Studien, die sich innerhalb eines fachinternen Terrains bewegen.

Was die ANT und Assemblageforschung (un-)möglich macht

Diese Form der Interdisziplinarität könnte vordergründig sogar wissenschaftspolitisch gewollt sein und dürfte deshalb als besonders förderungswürdig gelten. In wissensanthropologischer Perspektive zeigt sich aber, dass eine Interdisziplinarität, die sich an der ethnographischen Forschungshaltung der ANT orientiert und Konzepte wie *urban assemblage* zur Grundlage hat, vielmehr inkompatibel mit den Entwicklungen wissenschaftlicher Institutionen ist. Sie läuft in vielerlei Hinsicht dem akademischen ‚Mainstreaming‘ zuwider, wie es sich beispielsweise heute an Universitäten in Form selbstunternehmerischer Anforderungen und dem damit einhergehenden Zuwachs temporärer Arbeitsverhältnisse äußert oder in der Umdeutung von Drittmittelinwerbung als Stärkung von Forschung, bis hin zum Wettbewerb um Drittmittel als eine in erster Linie Konkurrenzbeziehungen abbildende Anforderung. Auch die Disziplinen übergreifende Aufwertung anwendungsbezogener und damit auch marktförmiger Forschung muss zu diesem Prozess gerechnet werden. Denn die eingeforderte mikroperspektivische empirische Forschung und die detailgenaue Untersuchung von Akteursnetzwerken bzw. Assemblagen in Form von Fallstudien, die sich bewusst außerhalb etablierter Erklärungsansätze bewegen, sowie die Statusgruppen übergreifende, Kollaborationen nahelegende und deshalb auch Disziplinen übergreifende Arbeitsweise sind weder zeitökonomisch, noch liefern sie einfach übertragbare Ergebnisse oder stabilisieren disziplinär strukturierte Forschungseinrichtungen.

Eine Herausforderung liegt deshalb darin, die Forschungsergebnisse, die dieser Ansatz ermöglichen würde, in der heutigen Wissenschaftslandschaft auch zu erzielen und darstellbar zu machen. Denn die vielen Artikel, die mittlerweile versammelt worden sind, wirken häufig zu ‚dünn‘ gegenüber der empirischen Dichte und exemplarischen Aussagekraft, die sie mit dem Ansatz der Assemblage erreichen könnten. Liegt diese empirische Dichte und analytische Komplexität eigentlich vor, ist zu vermuten, dass der damit notwendig einhergehende differenziert argumentierende und Raum für Beschreibung beanspruchende Stil in der aktuellen Publikationslandschaft keinen Ort hat, die von der Vorstellung quasi objektiver Klassifizierungen in Form von Journalrankings bestimmt wird. Auch in dieser Hinsicht erweist sich eine Vorgehensweise, die Kategorien setzt (und nicht entwickelt) und davon ausgehend interpretiert – deren Grundlagen also kaum mehr geklärt werden müssen –, als gedanklich weniger herausfordernd und argumentativ weniger sperrig als der vorgeschlagene Weg der Assemblageforschung.

Innerhalb gegebener analytischer Rahmungen zu arbeiten, bedeutet nämlich auch, durch interpretative (Kurz-)Schlüsse im ganz konkreten Sinne (Denk-)Zeit und Platz zu sparen. Diese argumentative Ökonomie kann durchaus wünschenswert sein, kommt sie doch nicht zuletzt einer Rezeption entgegen, die wenig Zeit (oder Geduld) für die exemplarische Darstellung von Alltag in seinen teils disparaten, aber wirkmächtigen Ausformungen hat und vielmehr ohne Umschweife auf ein Ergebnis zusteuern möchte. Dem Alltag wissenschaftlichen Arbeitens kommt dann auch der knappe Essay auf allen Ebenen (Produktion, Veröffentlichung, Rezeption) entgegen. Ob er deshalb auch die angemessenere Repräsentation von Alltagsrealität ist und schließlich zur analytischen Durchdringung und Gestaltung beitragen kann, halte ich für fraglich.

Den Ansatz der ANT und Assemblage als Forschungsansätze in der Stadtforschung zu stärken, kann deshalb auch bedeuten, den Freiraum und die analytische Unabhängigkeit von Forschung einzufordern, gerade entgegen einer veränderten Ökonomisierung von Wissenschaft. Dieses in der Wissenschaftspraxis dieser Forschungshaltungen verankerte kritische Potenzial gilt es wahrzunehmen, um den Konfliktfeldern des Städtischen die angemessene wissenschaftliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, die in der Lage ist, tatsächlich wirksame, weil Gerechtigkeit schaffende Potenziale freizusetzen.

Autor_innen

Alexa Färber arbeitet in folgenden Bereichen: Europäische Ethnologie, Stadtanthropologie/-ethnographie, Wissensanthropologie und Wirtschaftsanthropologie.
alex.a.farber@hcu-hamburg.de

Literatur

- Berking, Helmuth / Löw, Martina (Hg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011a): Assemblage urbanism and the challenges of critical urban theory. In: CITY 15/2, 225-240.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011b): Between abstraction and complexity. Meta-theoretical observations on the assemblage debate. In: CITY 15/6, 740-750.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2012a): Assemblages, actor-networks, and the challenges of critical urban theory. In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.), Cities for People, not for Profit. Critical Urban Theory and the Right to the City. London/New York: Routledge, 117-137.
- Brenner, Neil / Marcuse, Peter / Mayer, Margit (2012b): Cities for people, not for profit: an introduction. In: Neil Brenner / Peter Marcuse / Margit Mayer (Hg.), Cities for People, not for Profit. Critical Urban Theory and the Right to the City. London/New York: Routledge, 1-23.
- Conradi, Tobias / Muhle, Florian (2011): Verbinden oder trennen? Über das schwierige Verhältnis der Akteur-Netzwerk-Theorie zur Kritik. In: Tobias Conradi / Heike Derwanz / Florian Muhle (Hg.), Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen. München: Wilhelm Fink Verlag, 313-333.
- Fariás, Ignacio (2010): Introduction: decentering the object of urban studies. In: Ignacio Fariás / Thomas Bender (Hg.), Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies. London/New York: Routledge, 1-24.

- Fariás, Ignacio (2011): The politics of urban assemblages. In: CITY 15/2011, 365-374.
- Fariás, Ignacio / Bender, Thomas (Hg.) (2010): Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies. London/New York: Routledge.
- Hassard, John / Law, John (1999): Actor Network Theory and After. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Law, John (2011): Akteur-Netzwerk-Theorie und materiale Semiotik. In: Tobias Conradi / Heike Derwanz / Florian Muhle (Hg.): Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen. München: Wilhelm Fink Verlag, 21-48.
- Latour, Bruno (2001): Das Parlament der Dinge: Für eine politische Ökologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Latour, Bruno / Hermant, Emilie (1998) : Paris. Ville invisible. Paris: Les Empêcheurs de penser en rond & La Découverte
- Lindemann, Gesa (2009): Bruno Latour – von der Wissenschaftsforschung zur Expertokratie. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 2/2009, 113-118.
- Lanz, Stephan (2013): Assembling Global Prayers in the City: An Attempt to Repopulate Urban Theory with Religion. In: Jochen Becker / Katrin Klingan / Stephan Lanz/ Kathrin Wildner (Hg.): Global Prayers. Contemporary Manifestations of the Religious in the City. Zürich: Lars Müller Publishers, 16-47.
- Macdonald, Sharon (2009): Difficult Heritage: Negotiating the Nazi Past in Nuremberg and Beyond. London/New York: Routledge.
- McFarlane, Colin (2011a): Assemblage and critical urbanism. In: CITY 15/2011, 204-224.
- McFarlane, Colin (2011b): Encountering, describing and transforming urbanism. Concluding reflections on assemblage and urban criticality. In: CITY 15/2011, 731-739.
- Ong, Aihwa / Collier, Stephen J. (Hg.) (2004): Global Assemblages: Technology, Politics, and Ethics as Anthropological Problems. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Stäheli, Urs (2009): Theorie als Experiment. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften, 2/2009, 138-143.
- Schmidt-Lauber, Brigitta (2010) (Hg.): Mittelstadt. Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag.
- Yaneva, Albena (2012): Mapping Controversis in Architecture. Farnham: Ashgate.
- Zeitschrift für Kulturwissenschaften 1/2013: Reinigungsarbeit.

Releasing Potential: Actor Network Theory and Assemblage Research in the Field of Interdisciplinary Critical Urban Studies

This article examines the potential of actor network theory and assemblage research for the interdisciplinary field of critical urban studies. It argues that both research perspectives allow insights into the daily articulation of urban live. On the basis of detailed description and analysis of assemblages unexpected sites of power and practices of de/stabilization may be revealed that pre-conceived concepts of power relations may not subsume. This analytical practice also relies on interdisciplinary cooperation and proves to be hardly compatible with the current entrepreneurial exigencies at universities.



Warum denn gleich ontologisieren? Und wenn nicht, warum dann ANT?

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Bernd Belina

Debatte

2014, Band 2, Heft 1
Seiten 104-109
zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber
„Potenziale freisetzen:
Akteur-Netzwerk-Theorie
und Assemblageforschung
in der interdisziplinären
kritischen Stadtforschung“

Kommentare von:
Bernd Belina
Hanna Göbel
Christa Kamleithner
Roland Lippuner
Jörg Niewöhner
Nikolai Roskamm

Replik von:
Alexa Färber

Bruno Latour fordert in *Die Hoffnung der Pandora* für sich das Recht ein, „eine ‚kleine‘ Geschichte zu erzählen“, nämlich die, die „das Versteck ausfindig machen [will], in dem die Wissenschaft gefangengehalten wird, seit sie zu politischen Zwecken gekidnappt worden ist“ (Latour 2002: 260). Diese vermeintlich kleine Geschichte ist dann aber doch ziemlich groß, betrifft sie doch nichts weniger als die Konstruktion einer neuen Ontologie, die den Anspruch erhebt, alles bisher Dagewesene auf dem Müllhaufen der Geschichte zu entsorgen. Zu verdeutlichen, was das für kritische Stadtforschung m. E. bedeutet, ist das eine Ziel meiner kurzen Erwiderung auf Alexa Färbers Plädoyer, „die Vorteile von ANT und Assemblage-Ansätzen in der interdisziplinären Stadtforschung hervor[zu]heben und einige ihrer Grenzen aufzeigen“. Ein zweites Ziel sehe ich darin, mich kritisch zur jüngeren Entwicklung von Debatten in Stadtforschung und Humangeographie zu äußern. Dazu nehme ich mir das Recht heraus, eine im Vergleich zu Latour wirklich sehr kleine Geschichte zu erzählen, die nicht mehr zu sein beansprucht als eine Wiedergabe und Reflexion meiner subjektiven, oberflächlichen und auch erst eineinhalb Jahrzehnte umfassenden Teilnahme an diesen Debatten als Leser, Zuhörer und Dozent, der die Lektüre von Marx, Gramsci, Harvey und vielen anderen in der Tradition des historischen Materialismus verorteten Autor_innen recht überzeugend fand und findet.

Die Geschichte ist kurz und geht so: Seit ich dabei bin, höre ich regelmäßig zwei Sätze (in immer neuen Variationen). Ende der 1990er bis weit in die 2000er Jahre war das: „Aber die Materialität ist doch im Diskurs enthalten!“, seit einigen Jahren dann: „Wir müssen die Materialität wieder ernst nehmen!“ Meine kleine Geschichte der Debatten in Stadtforschung und Humangeographie der letzten 15 Jahre ist also eine, in der zuerst alles Diskurs war und in der dann wieder die Sachen jenseits des Diskurses stark gemacht wurden. Selbstverständlich werden die meisten Teilnehmer_innen der Debatte, je nach Positionalität und eigenen Erfahrungen, die Geschichte möglicherweise ganz anders erzählen. Meine jedenfalls handelt von zwei Phasen, in denen viel theoretischer Aufwand betrieben wurde und

wird, um – neben vielem anderen – marxistische Traditionen abzuwickeln, und davon, dass ich beide Phasen zunächst seltsam (und auch ein bisschen ärgerlich) und dann erklärenswert fand und finde.

Sehr verkürzt – und das ist der Charme der Form des Debattenbeitrags: ein paar Dinge in Form von Behauptungen vorschlagen zu dürfen, die auszuarbeiten mir leider Kapazitäten und wahrscheinlich auch Kompetenzen fehlen sieht mein Reim auf die beiden Phasen folgendermaßen aus. Beide Positionen werden m. E. erklärlich in ihrem jeweiligen historischen Kontext und wenn wir die theoretischen und politischen Einsätze ihrer Protagonist_innen betrachten. Zwei der Protagonist_innen der ersten, der ‚Diskursphase‘, begründen ihr theoretisches Projekt rückblickend mit der Einsicht „that struggles against sexism, racism, sexual discrimination, and in defense of the environment needed to be articulated with those of the workers in a new left-wing hegemonic project“ (Laclau/Mouffe 2001: xviii). Daher „the need to create a chain of equivalence among the various democratic struggles“ (ebd.). Daher die fundamentale Kritik an Marx, Gramsci und allen, die vermeintlich nur den letzten der genannten Kämpfe im Auge hatten. Daher die Behauptung, dass Materialität im Diskurs immer schon enthalten und außerhalb desselben nichts sei, dass „no object is given outside every discursive condition of emergence“ (ebd.: 107).

Ausgehend von ihrem politischen Einsatz liegt die befreiende Wirkung dieser theoretischen Position, die in Humangeographie und Stadtforschung auch häufig mit Namen wie Michel Foucault oder Judith Butler verbunden wird, auf der Hand. Wenn emanzipatorische Kämpfe fragmentiert sind zwischen Frauen-, Umwelt-, GLBT-, Migrant_innen-, Hausbesetzer_innen- und Gewerkschaftsbewegung und wenn zwischen ‚Marxisten‘, ‚Trotzkisten‘ und ‚Maoisten‘ (die es damals in der Eigenterminologie ja tatsächlich üblicherweise nur in der maskulinen Form gab) verschiedener K-Gruppen, Splitterparteien, Lesekreise und Theoriezeitschriften keine Debatte mehr stattfinden kann, die über Vorwürfe und Abgrenzungen hinausgeht, dann ergibt die Suche nach neuen gemeinsamen ‚Äquivalenzketten‘ jede Menge Sinn. Der Slogan ‚Recht auf Stadt‘ etwa vermochte und vermag es, durch diskursive Verschiebungen neue Koalitionen zu konstituieren.

Ob es dazu aber wirklich einer Ontologie bedarf, die „the *material* character of every discursive structure“ (Laclau/Mouffe 2001: 108; Hervorh. i. Orig.) betont und festlegt, dass „linguistic and non-linguistic elements are not merely juxtaposed, but constitute a differential and structured system of positions – that is, a discourse“ (ebd.), ist eine ganz andere Frage. Wenn wir die Recht-auf-Stadt-Bewegungen als späten Erfolg der ‚Diskursphase‘ und als Beispiele für gegenstandsbezogene und politische Spektren übergreifende Sammelbewegungen verstehen, dann sind sie zugleich Beispiele dafür, dass Ontologien à la Laclau und Mouffe für ihre Konstitution und ihren Erfolg vermutlich eher irrelevant sind. Ontologie-Debatten sind in sozialer und politischer Praxis nur von begrenzter Bedeutung. Von großer Bedeutung waren sie in den 1980er und 1990er Jahren hingegen wegen des Distinktionsgewinns, der mit dem erfolgreichen Ausrufen neuer Ontologien vor allem im angloamerikanischen Kontext einhergeht und der zu ‚exzellenten‘ Publikationen, Akademiker_innen und Karrieren führt.[1]

Die aktuelle Phase, in der kritische Debatten in der Humangeographie und Stadtforschung voll sind mit Referenzen auf ANT und Assemblage, sollten wir ganz ähnlich interpretieren. In Theoriedebatten, empirischer Forschung und politischem Aktivismus gleichermaßen kann ein radikalisierte Fokus nur auf Diskurse (die alles andere beinhalten) lähmend sein. Theorien, Untersuchungen und Aktionen zum Beispiel zu Gentrification und Wohnungsnot, ungleicher Infrastrukturausstattung und *environmental justice*, Polizeikontrollen nach Hautfarbe und staatlicher Regulierung der Sexarbeit, also zu diversen Themen von Recht-auf-Stadt-Bewegungen, tun sich schwer damit, die physische Materialität von (gebauter) Umwelt und menschlichen Körpern auf Diskurse zu reduzieren. Um Wohnraum und Anlageobjekt zu sein, müssen Gebäude einen Gebrauchswert haben, um rassistisch kontrolliert oder patriarchal reguliert zu werden, müssen Körper „von Gewicht“ (Butler 1997) sein. Foucault (2002: 783) schreibt: „In Wirklichkeit hätte es überhaupt keinen Sinn, wenn man behauptete, nur der Diskurs existiere. Ein einfaches Beispiel: Die kapitalistische Ausbeutung ist realisiert worden, ohne dass man jemals ihre Theorie wirklich in einem Diskurs formuliert hätte.“ Butler fordert nach der Dekonstruktion des biologischen Sex „eine Rückkehr zum Begriff der Materie [...] als *ein Prozeß der Materialisierung*“ (Butler 1997: 32; Hervorh. i. Orig.). Was Diskurstheoretiker_innen auf diese Weise betonen, nämlich den Zusammenhang von diskursiven und nicht-diskursiven Momenten, und was in der marxistischen Tradition in vielfacher Hinsicht auszuarbeiten versucht wurde (Lefebvre 1967, Harvey 1996, Sayer 2000), setzten andere absolut und rufen einen neuen *turn* aus. Auf den *cultural turn* folgt der *material turn*.

Auch für diese zweite, die ‚Materialismusphase‘ von ANT und Assemblage, frage ich mich jedoch, ob wir dazu in der kritischen Forschung und Praxis wirklich schon wieder eine neue Ontologie benötigen, die nebenbei die marxistische Tradition erneut loswerden will. Denn nichts weniger ist der Anspruch dieser Theorien. Damit komme ich zu meinem ersten oben genannten Ziel. Und ich frage mich, ob Alexa Färber und viele andere, die sich in Humangeographie und Stadtforschung positiv auf ANT und Assemblage beziehen, für ihre Arbeit wirklich diese neue Ontologie benötigen – und ein bisschen auch, ob ihnen deren Reichweite wirklich bewusst ist.

Die ANT „formuliert eine scharfe Kritik am Sozialkonstruktivismus“ (Marquardt 2013: 52). Wie Latour insbesondere in *Why Has Critique Run out of Steam?* (2004) verdeutlicht, besteht seine neue Ontologie zentral darin, das Hinterfragen von Essentialisierungen, wie es in der ‚Diskursphase‘ dominant wurde, für untauglich und arrogant zu erklären. Er plädiert dafür, einzusehen, „dass die Leute meinen, was sie sagen, und wenn sie ein Objekt bezeichnen, dieses Objekt die Ursache ihres Verhaltens ist“ (Latour 2002: 352). Deshalb müssen wir „den nichtmenschlichen Entitäten eine Ontologie zurückgeben“ (ebd.: 353) und auch „nicht existierende Dinge“ (ebd.) ernst nehmen, zum Beispiel „Allah, Djinns, Engel, Maria, Gaia, Gluonen, Retroviren, Rock’n’Roll, Fernsehen, Gesetze und so fort“ (ebd.). All diese Dinge, so Latour, existieren, weil Menschen sie für real halten, sie sind deshalb ontologisch real. Und sie sind nicht nur Teil der Welt, sondern sie sind zentral für das, was in dieser Welt passiert. Ebenso

argumentieren zentrale Vertreter_innen der Assemblage-Ansatzes in Humangeographie und Stadtforschung:

„What assemblage thinking allows for, then, is a world populated with a motley array of entities with differing properties and capacities: infrastructures, buildings, unicorns, ideas, circuit boards, tears, air, handgliders, hatred – all are capable of acting and making a difference.“ (Anderson et al. 2012: 180)[2]

Wie weiter oben bei Laclau und Mouffe scheint mir diese ontologische Position auch bei Latour von einer politischen Strategie, ja einem politischen Willen bestimmt zu sein. Seine Art der Wissenschaft „definiert die politische Ordnung neu als das, was Sterne, Prionen, Kühe, Himmel und Leute zusammenbringt“ (Latour 2002: 319 f.) und fordert das „Parlament der Dinge“ (Latour 2008: 189 ff.), in dem die Dinge von „ihren Repräsentanten, den Wissenschaftlern“ (ebd.: 191) vertreten werden. Diese politische Strategie und die mit ihr einhergehende Ontologie können wir uns in der Stadtforschung zu eigen machen, wenn wir das wollen. Latour will das. Auf diese Art will er gewappnet sein gegen „dangerous extremists“ (in diesem Fall: Leugner_innen des Klimawandels), die „are using the very same argument of social construction to destroy hard-won evidence that could save our lives“ (Latour 2004: 227). Inwiefern uns diese politische Strategie und die mit ihr einhergehende Ontologie – also das Instellungbringen der Materialität der Dinge gegen untaugliche Konstruktivismen – allerdings helfen können, um Kämpfe und Forschungen zu und Theorien über das Städtische zu verbessern, ist mir schleierhaft.

Viele empirische Arbeiten, die sich auf ANT oder Assemblage beziehen, distanzieren sich implizit oder explizit von dieser Ontologie. Sie beziehen sich auf den plausiblen und sympathischen Teil der Theorien, auf die Aufforderung, genau empirisch hinzuschauen, dabei die physische Materialität der Dinge nicht außer Acht zu lassen und sich nicht von vermeintlichen Sicherheiten des Denkens leiten zu lassen. M.E. fällt auch Alexa Färbers Aufruf in diese Kategorie, demzufolge mit ANT und Assemblage „Disziplinen mit einer Zuständigkeit für ‚das Soziale‘, wie die Soziologie, Human- und Kulturgeographie, Sozial- und Kulturanthropologie, mit Disziplinen zusammenzuführen [wären], die sich dem Materiellen des Städtischen verpflichtet fühlen, wie Architektur, Städtebau, Ingenieurwissenschaften“. Als Heuristik liegt hier das Potenzial der aktuellen Ontologiedebatten. Allerdings frage ich mich dann, ob wir hierfür ANT und Assemblage benötigen – oder ob das Plausible und Sympathische an ANT und Assemblage nicht ziemlich genau das ist, was die beste kritische Stadtforschung schon immer ausgemacht hat, nämlich genau hinzuschauen, die Dinge ernst zu nehmen und nicht schon alles vorher zu wissen.

Um den letzten Punkt zu verdeutlichen, neigen Autor_innen im Umfeld von ANT/Assemblage (nicht aber Alexa Färber in ihrem Text) dazu, mit ‚flacher Ontologie‘ etc. schwere Geschütze gegen weite Teile der westlichen Denktradition aufzufahren, um dieser nachzuweisen, dass sie auf Vorurteilen und falschen ontologischen Annahmen beruhe. Für solche Ausführungen hat Mariana Valverde – als Foucauldianerin, die ANT ebenfalls als Heuristik verwendet – uns mit einer schönen Formulierung in Anlehnung

an Doreen Massey aufgefordert „the abstractions that critical thinkers end up reproducing as they denounce abstract thinking“ (Valverde 2011: 309) zu hinterfragen. Denn wenn an die Stelle von zum Beispiel ‚Gesellschaft‘ und ‚Subjekt‘ – jeweils begriffen als in Praxen und Prozessen hergestellt – ‚Netze‘ oder ‚Assemblages‘ treten, dann ist die Ontologie m. E. in keiner Weise ‚flacher‘. Sie gibt sich dann nur viel Mühe, in Jahrzehnte und Jahrhunderte langer Theoriearbeit aus Praxen und Prozessen abstrahierte Begriffe (die ebenso wie das mit ihnen Begriffene „der Veränderung und Umbildung unterworfen sind“; Engels 1988: 20) zur Beschreibung und zur Erklärung beobachtbarer Phänomene hinwegzuwischen. Anders als Autor_innen wie Gramsci oder Lefebvre, aber auch Foucault und Butler wollen Vertreter_innen von ANT und Assemblage nicht kritisch an den Traditionen kritischer Theorie weiterarbeiten, ihre Begriffe an den realen Entwicklungen weiterentwickeln und neue, compatible Begriffe prägen, sondern sie wollen all das überwinden, loswerden und entsorgen.

Was im Text von Alexa Färber im Zitat von John Law (2011: 32; Hervorh. i. Orig.) als Alleinstellungsmerkmal von ANT behauptet wird, dass nämlich soziale Verhältnisse wie Klasse, Nation, Staat und Patriarchat aus der Praxis resultieren und es sie gibt, weil „sie in der Praxis real *gemacht* werden“, ist bis hin zur Formulierung das, was Marx (1969: 635) als Kritik der Politischen Ökonomie leistete, nämlich zu zeigen, wie Abstraktionen wie Arbeit, Kapital oder Geld in und durch soziale Praxis „praktisch wahr“ werden. Auf dieselbe Art und Weise bemühen sich Autor_innen in dieser Tradition in der Humangeographie und Stadtforschung immer wieder zu untersuchen und zu aktualisieren, in welcher Weise die genannten und weitere Abstraktionen als praktisch wahrgemachte im Städtischen hervorgebracht werden und das Städtische prägen.

Der zentrale Unterschied zwischen der marxistischen Tradition und ANT/Assemblage scheint mir nicht der Aspekt des ‚praktisch Wahrmachens‘ in der Ontologie zu sein, sondern die Tatsache, dass die praktisch wahrgemachten sozialen Verhältnisse bei Marx und in seiner Folge nicht nur nachgezeichnet und hin-, sondern ernst genommen werden und deshalb einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, dass sie also hinterfragt und ggf. politisch angegangen werden. Das klingt, zugegebenermaßen, dann doch nach einer eher ‚großen Geschichte‘. Allerdings ist das Größte an ihr ein Aufruf zur Vorsicht, also wiederum etwas eher Kleines. Vorsicht sollten wir walten lassen, so mein Schluss, wenn ganz neue Ontologien das kritische Weiterarbeiten an Debatten und Praxen in der kritischen Stadtforschung ersetzen sollen. Das mag auf einer abstrakten Ebene konservativ klingen.[3] Aber dann waren und sind auch die allermeisten progressiven Radikalen in Wissenschaft und Politik in dieser Hinsicht konservativ.

Endnoten

- [1] Diesen Zusammenhang hat Don Mitchell (2000) wunderbar (und wunderbar polemisch) beschrieben. Dass zuvor auch in wenigen Fällen marxistische Positionen karrierefördernd gewesen sein mögen, in der BRD im „kurzen Sommer des akademischen Marxismus“ (Altwater 2007), sei nicht bestritten. Den allermeisten Marxist_innen hat ihre theoretische und politische Position jedoch mehr Ärger als Meriten gebracht.

- [2] Für den Hinweis auf diesen Text und sein Eintreten für die Einhörner danke ich Jenny Künkel.
- [3] Für diesen Hinweis und zahlreiche weitere danke ich Stefan Höhne.

Autor_innen

Bernd Belina arbeitet in folgenden Bereichen: Humangeographie, Stadtforschung, Politische Geographie und Kritische Kriminologie.
belina@em.uni-frankfurt.de

Literatur

- Altwater, Elmar (2007): Der kurze Sommer des akademischen Marxismus oder: Wie weiter mit der PROKLA. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 37/1: 9-24.
- Anderson, Ben / Kearnes, Matthew / McFarlane, Collin / Swanton, Dan (2012): On assemblages and geography. In: Dialogues in Human Geography 1/2, 171-189.
- Butler, Judith (1997): Körper von Gewicht. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Engels, Friedrich (1988): Vorwort. In: Karl Marx: Das Kapital. Band 3. In: Marx-Engels-Werke 25. Berlin: Dietz Verlag, 7-30.
- Foucault, Michel (2002): Die Wahrheit und die juridischen Formen. In: Dits et Ecrits II. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 669-792.
- Harvey, David (1996): Justice, Nature and the Geography of Difference. Oxford: Wiley-Blackwell.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantalle (2001 [1985]): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. Verso: London.
- Latour, Bruno (2002): Die Hoffnung der Pandora. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Latour, Bruno (2004): Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern. In: Critical Inquiry 30: 225-248.
- Latour, Bruno (2008): Wir sind nie modern gewesen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Law, John (2011): Akteur-Netzwerk-Theorie und materiale Semiotik. In: Tobias Conradi / Heike Derwanz / Florian Muhle (Hg.): Strukturentstehung durch Verflechtung. Akteur-Netzwerk-Theorie(n) und Automatismen. München: Wilhelm Fink Verlag, 21-48.
- Lefebvre, Henri (1967): Der dialektische Materialismus. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Marquardt, Nadine (2013): Geographische Repositionierungen. Subjektivität, Körper und Handeln neu denken. In: Erwägen Wissen Ethik 24/1, 51-54.
- Marx, Karl (1969): Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke 13. Berlin: Dietz Verlag, 615-642.
- Mitchell, Don (2000): The end of culture? Culturalism and cultural geography in the Anglo-American „University of Excellence“. In: Geographische Revue 2/2, 3-17.
- Sayer, Andrew (2000): Realism and Social Science. London: Sage.
- Valverde, Mariana (2011): Seeing like a city: the dialectic of modern and premodern ways of seeing in urban governance. In: Law & Society Review 45/2, 277-312.

Das Re-entry von Kritik: Assemblageforschung nach der Kritik an der Kritik

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Hanna Göbel

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 110-115

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie

und Assemblageforschung

in der interdisziplinären

kritischen Stadtforschung‘

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Programmatisch und auf eine stetige Expansion angelegt hat das Konzept der Assemblage in den letzten Jahren die sozial- und kulturwissenschaftliche Forschungslandschaft in disziplinärer, theoretischer, methodologischer wie thematischer Hinsicht auf den Kopf gestellt und sich als ein sichtbares, vom *material* und *practice turn* in den Sozialwissenschaften (Schatzki et al. 2001) gekennzeichnetes Forschungsparadigma etabliert. Mittels einer symmetrischen Perspektive auf Sozialität und Materialität werfen die Assemblageforschungen insbesondere in Bezug auf die bisherigen kritischen raum- und stadtbezogenen Paradigmen der *Urban Studies* grundlegend neue wissensontologische und sozialtheoretische Fragen auf (Farias/Bender 2010). Die Debatte in der Zeitschrift CITY (2/2011-6/2011) zeigt den daraus resultierenden, umfassenden analytischen Konflikt auf.

Der Fokus der Forschungen, die sich vorrangig auf die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und die Ressourcen der *Science & Technology Studies* (STS) beziehen, liegt in theoretischer und methodologischer Hinsicht auf einer Neubestimmung von urbanen Sozialitäten unter Einbezug der sozialen Wirksamkeit von Materialität, Technik und Affektivität. Die empirisch generierten Erkenntnisse, die mittels einer symmetrischen Perspektive an den Grundpfeilern moderner Sozialtheorien rütteln und zudem ein empirisch konstituiertes Theorieverständnis (vgl. Hirschauer et al. 2008) einbringen, werden von vielen Forscher_innen (mich eingeschlossen) begeistert geteilt und weiterentwickelt. In den treffenden Worten von Ignacio Fariás (2010: 3) ist die Assemblageforschung „criticized by many and pragmatically used by many more“. [1] Alexa Färber feiert in ihrem Beitrag zu Recht die grundlegenden Innovationen dieser neuen Forschungspraxis, durch welche der analytische Blick auf die Stadt auf der ontologischen Ebene herausgefordert wurde und soziomaterielle Realitäten des Urbanen sichtbar gemacht werden können.

Die interdisziplinären Positionen der Assemblageforscher_innen sind im Zusammenhang der andauernden Debatte bei aller Euphorie für die thematischen und methodischen Neuausrichtungen der *Urban Studies* in meinen Augen durch das Problem einer analytischen Vermengung von

drei unterschiedlichen Begriffen und theoretischen Dimensionen von Kritik gekennzeichnet. Alexa Färber deutet diese an und ich möchte sie im Rahmen dieser Debatte gern vertiefend diskutieren.

Die Kritik an den Critical Urban Studies

Die Kritik seitens der Assemblageforscher_innen an den bisherigen Paradigmen der *Urban Studies* ist vor allem eine an den gesellschaftstheoretischen Kritiknormen[2] und der damit einhergehenden Dichotomie von Makro- und Mikrodimensionen des Sozialen. Von Assemblageforscher_innen werden in den *Urban Studies* bisherige makrotheoretische Analyseprämissen identifiziert, die sich vorrangig für die Reproduktionen sozialer Ungleichheit in der Stadt interessieren und einer (neo-)marxistischen Perspektive vor allem hinsichtlich der Ökonomisierung des Städtischen verpflichtet sind. Der theoretische Vorwurf an die *Critical Urban Studies* in der Debatte besteht darin, die Stadt als Untersuchungsgegenstand vorschnell mit der Logik des Kapitalismus und einer damit einhergehenden Kapitalismuskritik gleichzusetzen.[3] Dieser gesellschaftstheoretische (neo-)marxistische Fokus produziere einen erklärenden Reflex auf der Mikroebene. Durch diesen würden urbane Phänomene über theoretische Kritiknormen der Klassifizierung und strukturelle Historisierungen im Zeichen der Ungleichheit und des Ökonomischen dargestellt.[4] In der Assemblage lösen sich sowohl dieser singuläre und theoretisch-normative Begriff von Kritik als auch die Dichotomie von Makro- und Mikrodimensionen zugunsten einer soziomateriellen Perspektive auf (Reckwitz 2002). Die soziomateriellen Realitäten des Urbanen übernehmen somit auch die theoretische Verantwortung für die Bestimmung von ‚Kritik‘.

Offen bleibt bislang dennoch, welchen Ort die Assemblageforschung der ‚Kritik‘, also ihrer kritischen Perspektive auf das Urbane, zuweist. Welche eigenen Kritikbegriffe entwickelt die Assemblageforschung nach dieser Kritik an den strukturtheoretischen Kritiknormen der bisherigen Paradigmen der *Urban Studies*? Das Problem besteht in meinen Augen in der begrifflichen Unschärfe und unterbestimmten theoretischen Reflexion von empirischen Dimensionen von Kritik. Alexa Färber schreibt in ihrem Beitrag für die Ausgabe von *sub|urban* beispielsweise von „gerechtere[n] Formen“ des Sozialen oder auch von „Gerechtigkeit schaffende[n] Potenzialen“, die durch die Assemblageforschung entstehen. Da die Assemblageforschung ja gerade diesen gesellschaftstheoretischen Fokus auf die theoretische Norm Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit ablehnt, bleibt zu fragen, welchen Ort solch eine normative Ebene in Forschungen hat, die mit dem Konzept der Assemblage arbeiten? Wie werden diese Formen von Gerechtigkeit empirisch hervorgebracht und theoretisiert? Die meist ethnographisch angelegten Assemblageforschungen, so die Ethnologin Alexa Färber weiter, „greifen [...] Konflikte auf, die tatsächlich relevant sind“. Wie wird diese Relevanz bestimmt und für wen/was?

Das Re-entry von Kritik

‚In‘ der Assemblage zeigen sich, so möchte ich betonen, empirisch konstituierte Dimensionen von Kritik. Sie werden in urbanen Praktiken sichtbar

und sind nicht als eine theoretische Norm ‚außerhalb‘ der Assemblage anzusiedeln. Wir haben es also mit einem *re-entry*, einer Wiedereinführung und Neupositionierung von Kritik zu tun.[5] Zugespitzt formuliert geht es um die Theoretisierung von empirisch konstituierter Kritik. Das *re-entry* rekurriert demnach auf die Momente von Kritik, die sich in den „ontological politics“ (Mol 1999) entwickelt haben und von den Akteuren des jeweiligen Untersuchungsfeldes praktiziert werden. Die Assemblageforscher_innen bedienen sich methodologischer Strategien der Sichtbarmachung dieser praktischen Vollzüge. Eine kritische Dimension der Assemblageforschung ist deshalb keinesfalls einer Kritik als theoretischer Norm verpflichtet. Da die Assemblageforschung holistische Theoriegebäude unterläuft und ein empirisches Theorieverständnis vertritt, hat sie ein methodologisches Programm entwickelt, wodurch sie sich gleich einem Parasiten in die multiple Welt des Urbanen hineinfrißt und dort diverse normative Strukturelemente und -kategorien durchdringt, aufsaugt, neu ordnet und im praktischen Vollzug beschreibt.

Die methodologische Herausforderung dieses Verfahrens besteht aus meiner Sicht darin, die empirisch konstituierte Kritik begrifflich aufzunehmen, epistemologisch angemessen auszuweisen und die thematische Bezugsreferenz klar zu benennen. Die Vielfalt empirisch konstituierter Kritik ist nicht über einen gemeinsamen theoretischen Nenner zu fassen; sie ist darüber hinaus analytisch unterschiedlich zu gewichten. Empirisch konstituierte Kritikelemente können beispielsweise normative Strukturen der Rechtfertigung, diskursive Strategien (bspw. der Selbstbehauptung), auf Weltverbesserung angelegte, oftmals (neo-)marxistisch gefärbte Überzeugungen, jedoch auch gleichermaßen die sozialen Effektivitäten von Materialität und Technik sein. Selbstverständlich sind auch die Interpretationen des Forschers bzw. der Forscherin Formen der Kritik und dementsprechend zu berücksichtigen. Die Verkettung all dieser Elemente bringen die kritischen Dimensionen soziomaterieller Urbanitäten hervor.

Aber wie sind diese zu theoretisieren? Der oftmals reflexartige Hinweis auf die Nichtexistenz von Kritik seitens der Assemblageforscher_innen läuft in die analytische Leere, wenn es darum geht, die heterogenen und vielfältig organisierten Verkettungen von Kritik, die durch die Forschungen sichtbar werden, theoretisch adäquat adressieren zu können. Dies verdeutlichen die Reaktionen der Kritiker des Assemblage-Konzepts in der CITY-Debatte. Der unterstellte „naïve objectivism“ (Brenner et al. 2011: 233) der Assemblageforschung in Bezug auf die fehlende Sensibilität für die Reproduktionen sozialer Ungleichheiten und anderer theoretischer Kritiknormen ist in einem Punkt berechtigt. Diese Unterstellung zeigt einen blinden Fleck auf, nämlich die unterbelichtete Reflexion der Assemblage_forscherinnen, an der Theoretisierung empirisch konstituierter Kritikformen zu arbeiten und diese an zentralen sozialwissenschaftlichen bzw. soziologischen Problemkonstellationen zu spiegeln. Die kritischen Stimmen der CITY-Debatte dienen Assemblageforscher_innen vor allem der Überprüfung der eigenen theoretischen Standpunkte, um nicht einer romantischen (weil holistischen) Vorstellung von soziomaterieller Ontologie zu erliegen, die vielerorts den Vertreter_innen der *Critical Urban Studies* vorgeworfen wurde.[6]

Übersetzungspraxis der Assemblageforschung

Das Potenzial der Assemblageforschung liegt deshalb aus meiner Sicht in der Arbeit an einer sorgfältigen empirischen Erfassung und Theoretisierung normativer Elemente von Kritik, die sich im praktischen Vollzug innerhalb eines Forschungsfeldes zeigen. Für Vertreter_innen anderer Forschungsansätze innerhalb der *Urban Studies* wäre die Assemblageforschung so nicht nur in angemessener Weise als eine kritische Forschungspraxis adressierbar. Der Paradigmen übergreifende Austausch über den Ort von Kritik in spätmodernen urbanen Theorien könnte sich von polemischen Ebenen der Argumentation lösen.

Nicht nur interdisziplinäre, sondern auch intersektorale Kooperationen zwischen Sozialwissenschaftler_innen und städtischen Akteuren mit urbaner Expertise (zum Beispiel Architekt_innen, Planer_innen, Künstler_innen, Aktivist_innen, Kultur- und Sozialarbeiter_innen, DIY-Gemeinschaften) kennzeichnen den Untersuchungsgegenstand des urbanen Raumes aus Sicht der Assemblageforscher_innen. Alexa Färber betont dies in ihrem Beitrag. Durch diese Kooperationen zirkulieren auch diverse Interpretationen sozialwissenschaftlicher Ansätze. Seit einiger Zeit wird die Assemblageforschung von zahlreichen Akteuren mit urbaner Expertise nicht nur registriert. Es gibt Neugier und einen konkreten Übersetzungsbedarf dieses neuen Paradigmas – vor allem hinsichtlich des Kritikbegriffs. Beispielsweise gilt das Interesse an kulturellen Fetischproduktionen gebauter Materialitäten oder der Organisationsformen städtischer Akteure mit urbaner Designexpertise in ‚Laboren‘ immer auch der Frage, ob dies mit ‚alternativen‘ kritischen Theorieproduktionen des Urbanen einhergeht (Göbel, im Erscheinen). Die Assemblageforschung wird von vielen urbanen Akteuren mit sozialtheoretischer Expertise als eine Alternative zu (neo-)marxistischen Ansätzen wahrgenommen. Sie erscheint insbesondere hinsichtlich ihres Kritikbegriffs noch ausbaufähig zu sein. Das Konzept der Assemblage sollte im urbanen Raum nicht Gefahr laufen, als eines um akademisch Eingeweihte mit einer hermetisch organisierten Sprache „lost in the process of labelling“ wahrgenommen zu werden, wie es von John Law (1999: 9) vor über zehn Jahren in der Post-ANT-Debatte einst formuliert wurde. Gerade weil der Begriff der Übersetzung als sozialwissenschaftliche Vokabel so zentral gesetzt ist, bietet die Assemblageforschung, wie Alexa Färber betont, Möglichkeiten, die konventionellen Ordnungen des Wissenschaftssystems durch nicht nur interdisziplinäre, sondern auch intersektorale Kooperationen und die damit einhergehenden Experimentierfelder zu sprengen.[7]

Weil sie das Instrumentarium zur differenzierten Betrachtung von Kritikbegriffen bereithält, kann sich die Assemblageforschung in der ihr angemessenen Form verhalten. Alexa Färber hat dies in ihrem Beitrag angedeutet, jedoch nicht weiter ausgeführt. In Bezug auf den von ihr verwendeten Begriff von Gerechtigkeit und den Hinweis auf die neuen Potenziale der Assemblageforschung hinsichtlich der Sichtbarmachung von relevanten Konflikten bliebe zu fragen, welchen empirischen Ort von Kritik sie damit anspricht und wie dieser zu theoretisieren wäre. Wenn dies keine Einforderung auf Basis eines ‚dahinterstehenden‘ (neo-)

marxistisch inspirierten Paradigmas ist, worauf bezieht sich Kritik dann? Um in dem Dschungel von zirkulierenden Kritikbegriffen unter Akteuren im urbanen Raum und in der Stadtforschung navigieren zu können, ist es in meinen Augen wünschenswert, weiter an den empirisch konstituierten Kritikformen in der Assemblageforschung analytisch zu arbeiten und sich der Theoretisierung von Kritik zu widmen.

Endnoten

- [1] Die progressive Verbreitung der Assemblageforschung ist wegen der stark ausgeprägten methodologischen Reflexion nicht einfach als eine modeartige Erscheinung zu sehen, auch wenn die clevere Übersetzung philosophischer Konzepte in sozialwissenschaftliche Zusammenhänge oder die (oftmals metaphorische) Entnahme des Laborkonzepts aus der Wissenschaftsforschung der 1980er Jahre dies manchmal vermuten ließe (vgl. Guggenheim 2012).
- [2] Um diese Kritik zu verdeutlichen werden die *Urban Studies* von Assemblageforscher_innen vielerorts als *Critical Urban Studies* bezeichnet.
- [3] “From its own Marxian origin it becomes clear that the focus on the city is not necessary. As decades of highly sophisticated research on the spatial fix of capitalism (Harvey 1989), global cities (Sassen 1991) and multiscalar production of space (Brenner 1998) have shown, the city is one important site, but not the only one. [...] [it] make[s] one wonder whether almost half a century after Lefebvre’s reflections the urban is still the best place for elaborating a critique of capitalism” (Fariás 2011: 36 f.).
- [4] Alexa Färber betont beispielsweise, dass in den Assemblageforschungen die „Partialität urbaner Alltagserfahrungen“ im Zentrum stehen, ohne diese „unter Kategorien zu subsumieren, die stadthistorische Entwicklungstypen oder gesellschaftliche Klassifizierungen bieten können“. Hier wird nicht nur der praktische Vollzug des Sozialen betont, sondern eben auch die theoretische Unvoreingenommenheit der Assemblageforschung.
- [5] Der Begriff des *re-entry* stammt aus dem Formkalkül von George Spencer-Brown (1969). Niklas Luhmann greift diesen in seiner Theorie sozialer Systeme auf und verwendet ihn systemisch. In dem folgenden Zusammenhang dient er der Strukturierung der methodologischen Herausforderung in der Assemblageforschung. *Re-entry* bezeichnet die Wiedereinführung einer Unterscheidung in das bereits Unterschiedene (Luhmann 2009: 379 f.).
- [6] Nicht ohne Grund wurden in der CITY-Debatte Stimmen laut, die einen holistischen *bias* in der oftmals abstrakten Darstellungsweise zu identifizieren wussten: „a passive-voice politics prevails in which assemblages are anonymously, almost mysteriously destabilized or dismantled” (Brenner et al. 2011: 236).
- [7] Dass die interdisziplinären und intersektoralen Kooperationen der Assemblageforschungen nicht nur neue Themen sichtbar machen, sondern darüber hinaus auch ihre eigenen Formate der Darstellung erproben, ist nur eine logische Konsequenz, die jedoch – da stimme ich ebenfalls mit Alexa Färber überein – wissenschafts- und hochschulpolitisch keinesfalls ausgemacht ist.

Autor_innen

Hanna Göbel arbeitet in folgenden Bereichen: Soziologie (Soziologische Theorie, Kulturosoziologie, Körpersoziologie, Architektursoziologie, Wissenssoziologie), Science & Technology Studies (STS)/Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT), Sense Studies, Urban Studies und Designforschung.
hanna.goebel@uni-hamburg.de

Literatur

- Brenner, Neil / David J. Madden / Wachsmuth, David (2011): Assemblage urbanism and the challenges of critical theory. In: CITY 15/2, 225-240.
- Farías, Ignacio (2010): Introduction: decentring the object of urban studies. In: Ignacio Farías / Thomas Bender (Hg.), Urban Assemblages: How Actor-Network Theory Changes Urban Studies. London/New York: Routledge, 1-20.
- Farías, Ignacio (2011): The politics of urban assemblages. In: CITY 15/3-4, 365-374.
- Farías, Ignacio / Bender, Thomas (Hg.) (2010): Urban Assemblages: How Actor-Network Theory Changes Urban Studies. London/New York: Routledge.
- Göbel, Hanna (im Erscheinen): The Re-Use of Urban Ruins. Atmospheric Inquiries of the City. London/New York: Routledge.
- Guggenheim, Michael (2012): Laboratizing and delaboratizing the world: changing sociological concepts for places of knowledge production. In: History of the Human Sciences 25/1, 99-118.
- Hirschauer, Stefan / Kalthoff, Herbert / Lindemann, Gesa (Hg.) (2008): Theoretische Empirie. Zur Relevanz qualitativer Forschung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Law, John (1999): After ANT: complexity, naming and topology. In: John Law / John Hassard (Hg.), Actor Network Theory and After. Oxford: Wiley-Blackwell, 1-14.
- Luhmann, Niklas (2009): Die Wissenschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M./Suhrkamp Verlag.
- Mol, Annemarie (1999): Ontological politics. In: John Law / John Hassard (Hg.), Actor Network Theory and After. Oxford: Wiley-Blackwell, 74-89.
- Reckwitz, Andreas (2002) The status of the 'material' in theories of culture: From 'social structure' to 'artefact'. In: Journal for the Theory of Social Behaviour 32/2, 195-217.
- Schatzki, Theodore R. / Knorr Cetina, Karin D. / Savigny, Eike von (Hg.) (2001): The Practice Turn in Contemporary Theory. London/New York: Routledge.
- Spencer-Brown, George (1969): Laws of Form. London: Allen & Unwin.

Narrative Ökonomien

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Christa Kamleithner

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 116-119

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie
und Assemblageforschung

in der interdisziplinären
kritischen Stadtforschung‘

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Die Akteur-Netzwerk-Theorie kann, wie Alexa Färber dies in ihrem Beitrag betont, ein Mittel sein, um disziplinäre Grenzen zu überwinden und den oftmals allzu engen Rahmen eines ergebnisorientierten wissenschaftlichen Arbeitens zu sprengen, das sich in bekannten Erklärungsmustern bewegt. Dieses Plädoyer möchte ich unterstützen, aber auch mit einigen Fragen versehen. Im Zentrum der folgenden Überlegungen steht dabei das, was man die narrative Ökonomie der ANT nennen könnte, sowie die Kritik, die gegen diese Ökonomie ins Feld geführt wird.

Wenn die ANT den genauen ethnographischen Blick, die dichte Beschreibung und den bewussten Verzicht auf vorschnelle Theoriebildung als wissenschaftliche Haltung empfiehlt, geht es ihr darum, eingeübten Kurzschlüssen und Verknappungen zu entkommen. Es geht ihr um eine Vermehrung der Gegenstände und Blickwinkel, um ein akribisches Versammeln heterogener Akteure, darum, auch bisher unbeachteten Aspekten Aufmerksamkeit zu schenken. Damit geht eine Tendenz zum Detail wie zur Fülle einher, wie sich in *Paris, ville invisible* deutlich zeigt, einer 1998 von Bruno Latour und der Fotografin Emilie Hermant unternommenen Parisstudie, die seit 2006 in mehreren Sprachen im Internet verfügbar ist. Kaum etwas entgeht dem Blick der beiden: Sie beachten administrative Objekte wie Straßenschilder und Hausnummerierungen ebenso wie bekannte touristische Brennpunkte. Und egal, um welches Objekt es sich handelt, forschen sie den Verbindungen zu anderen Orten und Akteuren bis in die kleinsten Verästelungen nach. Diese Verbindungen führen sie in Pariser Amtsstuben und Datenverarbeitungszentren ebenso wie zu global zirkulierenden Bildern und Klischeevorstellungen, die, wie im Pariser Café de Flore, in konkreten lokalen Interaktionen anzutreffen sind. Der Text folgt keiner erkennbaren Entwicklung, der Erzählstrom scheint kein Ende nehmen zu wollen, und es ist fraglich, wie viele Leser_innen das Ende erreichen. Die Studie gleicht künstlerischen Verfahren der Dokumentation, die sich nicht an etablierte Formate halten und eine Rezeptionshaltung fordern, die die üblichen Zeithorizonte aussetzt: Filme und fotografische

Arbeiten, Texte und Sammlungen von Archivalien, die soziale Prozesse konkret zu erfassen versuchen und, da sie gewissermaßen in Echtzeit dokumentieren, ein größeres Volumen erreichen. Bekannt geworden ist hier insbesondere Allan Sekulas *Fish Story* (2002), eine Recherchearbeit, die im Zeitraum von sieben Jahren entstanden ist und in Text und Bild – 900 Fotografien – die Logistik des internationalen Frachtschiffverkehrs dokumentiert. Dem Vorgehen der ANT vergleichbar, macht sie den gern abstrakt verstandenen Prozess der Globalisierung in seiner konkreten sinnlichen Realität erfahrbar.

Die Frage, die sich angesichts eines solchen Aufwands aufdrängt, ist, ob sich ein solches Vorgehen verstetigen lässt. Wie ein Überblick über die Arbeiten von Latour zeigt, greift auch er selten zu derart ausufernden Beschreibungen. In den meisten Fällen – man denke etwa an den Berliner Schlüssel oder an den Pedologenfaden – erzählt er klassische Geschichten mit Anfang und Ende, in denen ein Objekt, ein Ort oder ein Handlungsstrang im Zentrum stehen. Wenn Latour eine solche Erzählweise manchmal zugunsten eines mäandernden Erzählstroms zurückstellt, dann ist dies also weniger als Arbeitsanweisung denn als punktuelle Intervention zu verstehen, die eine bestimmte Haltung sichtbar machen will. Schließlich muss man einräumen, auch wenn man – so wie Thomas Bender (2010: 305) – ein Plädoyer für die ANT und die mit ihr verwandte Assemblageforschung führt, dass der/die ANT-Forscher_in tendenziell Gefahr läuft, von ihrem Forschungsgegenstand aufgesogen zu werden und den Blick für das Wesentliche zu verlieren. Eine solche Kritik üben Neil Brenner et al. (2011: 233), die darauf bestehen, dass empirische Forschung nicht ohne einen übergeordneten theoretischen Rahmen auskommt, und die Vorstellung, auf einen solchen verzichten zu können, naiv sei. Zudem bestehe die Gefahr, dass so die wichtigsten Zusammenhänge übersehen werden. Ignacio Fariás (2011) hat daraufhin klargestellt, dass der Vorwurf der Naivität ins Leere läuft, stehen doch epistemologische Fragen im Zentrum der ANT. Gerade sie weist darauf hin, dass es keine neutralen Beschreibungen gibt, sondern dass jede sozialwissenschaftliche Forschung ihre Gegenstände, auch wenn sie diese nur zu beschreiben sucht, auch formiert. Latour betont diese politische Brisanz in *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* (2007). Er stellt darin die Frage, welche Politik mit den etablierten Sozialwissenschaften verbunden ist und ob es nicht an der Zeit ist, neue wissenschaftliche und politische Modelle zu entwickeln. Und so geht es ihm darum, Akteure zu repräsentieren, die bisher unterrepräsentiert sind, sowie darum, ihre Handlungsfähigkeit zu zeigen und zu stärken. Wenn er darauf besteht, dass Handeln in konkreten Netzwerken geschieht, an denen vielfältige menschliche wie nichtmenschliche Akteure beteiligt sind, dann fordert dies zur Partizipation auf. Denn anders als in abstrakten Strukturen, die dem Handeln Einzelner per se entgehen, gibt es hier überall, an jeder Stelle des Netzwerks, Eingriffsmöglichkeiten. Gleichzeitig zeigt Latour, dass nie Einzelne, sondern immer Kollektive handeln, und so lautet sein politischer Auftrag, über die Bildung von Kollektiven nachzudenken und neue Kollektive zu bilden.

Colin McFarlane (2011), der die Debatte um die ANT und Assemblageforschung in der Zeitschrift *CITY* ausgelöst hat, stellt diesen politischen

Auftrag ins Zentrum seines Plädoyers, das auf die Erforschung und Ermöglichung kollektiver Kreativität abhebt. Forschungsthema und wissenschaftliche Modellbildung scheinen dabei nahtlos ineinander überzugehen, ist doch die Praxis des ‚Commoning‘, also des gemeinsamen Bewirtschaftens von Infrastrukturen, der kollektiven Wissensproduktion, insgesamt des gemeinschaftlichen Handelns, sowohl das Thema seiner Studien wie das Denkmodell, das diesen zugrunde liegt. Die Frage, die ein solches Vorgehen aufwirft – und eben diese Frage wird auch von den an politischer Ökonomie, an Fragen der Kapitalakkumulation und der ungleichen räumlichen Entwicklung geschulten Stadtforscher_innen legitimer Weise gestellt – ist, wie sich so hierarchische soziale Gefüge und starke Machtgefälle beschreiben lassen. Auch in den Schriften Latours fällt auf, dass das Thema der Macht – oder genauer: der ungleichen Machtverteilung – kaum vorkommt. Denkt man etwa an die Geschichte vom Berliner Schlüssel, dann geht es Latour genau darum, Macht nicht bei einem bestimmten Objekt oder Subjekt zu verorten, sondern in einem sozialen Gefüge, das im gemeinsamen Handeln eine bestimmte Situation stützt. Die Frage, ob nicht eines der involvierten Elemente machtvoller agiert als die anderen, scheint sich dabei nicht zu stellen. Allerdings bietet Latour in *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft* (2007) Begrifflichkeiten, mit denen die Beschreibung von Machtgefällen möglich ist. So versteht er unter einem ‚Oligopticon‘ einen Ort mit Überblick und großer Reichweite, beispielsweise einen *trading room*, in dem Daten aus aller Welt zusammenlaufen und an dem Globalisierung in ganz konkreter Art und Weise hergestellt wird. Ein anderer Begriff, den er einführt, ist der des ‚Panoramas‘, den er für starke Bilder und Konzepte verwendet, in denen sich ein Zusammenhang verdichtet und die in der – möglicherweise globalen – Zirkulation eine enorme Wirkung entfalten können. Die Ausübung von Macht ist auch hier an ein Gefüge gebunden, und doch lassen sich Orte, Institutionen und Topoi identifizieren, wo sich Macht konzentriert. Ungleiche Machtverhältnisse sind mit den Mitteln der ANT beschreibbar, aber nicht als abstrakte Strukturen, die sich der Wahrnehmung entziehen und durch die wissenschaftliche Forschung ‚aufgedeckt‘ werden müssen, sondern als konkrete Gefüge, deren Elemente in der Regel sichtbar sind und die nur miteinander ‚verknüpft‘ werden müssen.

Mögliche Probleme der ANT liegen also nicht darin, dass sie die wissenschaftliche Produktion und Rezeption mit einer Überfülle von Details überschwemmen würde, und schon gar nicht darin, dass sie zu wenig wissenschaftliche und politische Reflexion betreiben würde. Das Problem besteht vielmehr darin, dass sich jede Forschung, die mit der ANT arbeitet, in jedem Moment die Frage der Auswahl und Sortierung von Material stellen muss. Welche Verbindung verfolgt und welche Geschichte erzählt wird, bedarf der Entscheidung – und eines politischen Bewusstseins. Die ANT glaubt nicht an wissenschaftliche Neutralität und Wahrheitsfindung. Es geht ihr darum, politische Sensibilität dafür zu wecken, dass jede wissenschaftliche Forschung Verbindungen stiftet, neue Einheiten herstellt, bestimmte Akteure repräsentiert oder eben nicht repräsentiert. Große abstrakte Vorstellungen wie ‚Globalisierung‘ oder ‚Kapitalismus‘ können dann nicht am Anfang der Recherche stehen, sondern kristallisieren sich erst in der Forschung, die an konkreten Orten, Techniken und Beziehungen ansetzt,

heraus. Und womöglich zeigt sich in einer solchen Recherche auch ihre Kontingenz, zeigt sich, dass sich Globalisierung oder Kapitalismus an unterschiedlichen Orten je anders ausnehmen und dass sie sich in der Regel mit Praktiken und Verhältnissen überlagern, die unter diese Begriffe nicht zu subsumieren sind – eine Perspektive, die in der kritischen Geographie und Stadtforschung keineswegs neu ist und die Doreen Massey schon seit Langem verfolgt (vgl. insbesondere Massey 2013). Eine solche Perspektive bestätigt nicht nur die ohnehin machtvollen Verbindungen, sondern kann jene ermächtigen, die in den Modernisierungsgeschichten, die in den Sozialwissenschaften gern erzählt werden, außen vor bleiben.

Autor_innen

Christa Kamleithner ist Architektur- und Kulturwissenschaftlerin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Theorien des sozialen Raums, medienwissenschaftliche Zugänge zur Architektur sowie Geschichte und Gegenwart der Stadtplanung.
kamleithner@architekturwissenschaft.net

Literatur

- Bender, Thomas (2010): Reassembling the city: networks and urban imaginaries. In: Ignacio Fariás / Thomas Bender (Hg.), *Urban Assemblages. How Actor-Network Theory Changes Urban Studies*. London/New York: Routledge, 303-323.
- Fariás, Ignacio (2011): The politics of urban assemblages. In: *CITY* 15/3-4, 365-374.
- Latour, Bruno (1996): *Der Berliner Schlüssel. Erkundungen eines Liebhabers der Wissenschaften*. Berlin: Akademie Verlag.
- Latour, Bruno (2007): *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Latour, Bruno / Hermant, Emilie (2006 [1998]): *Paris: Invisible City*, unter: http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/downloads/viii_paris-city-gb.pdf.
- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011): Assemblage urbanism and the challenges of critical urban theory. In: *CITY* 15/2, 225-240.
- Massey, Doreen (2013 [1991]): Ein globales Ortsbewusstsein. In: Susanne Hauser / Roland Meyer / Christa Kamleithner (Hg.), *Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften*. Bd. 2: Logistik des sozialen Raumes. Bielefeld: Transcript Verlag, 85-96.
- McFarlane, Colin (2011): Assemblage and critical urbanism. In: *CITY* 15/2, 204-224.
- Sekula, Allan (2002): *Fish Story*. Düsseldorf: Richter Verlag.

Die Versammlung des Kollektivs

Über das Potenzial der Assemblageforschung für die kritische Stadtforschung

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Roland Lippuner

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 120-125

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie

und Assemblageforschung

in der interdisziplinären

kritischen Stadtforschung‘

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Die Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und ihre Derivate wie die sogenannte Assemblageforschung (AF) haben in den letzten Jahren zu einer erfreulichen Belebung der Theoriediskussion in den Sozial- und Kulturwissenschaften beigetragen. Das ist unter anderem deshalb bemerkenswert, weil der Begriffss-
apparat dieses Ansatzes im Grunde aus der empirischen Forschung in einem vergleichsweise engen Feld der Wissenschafts- und Techniksoziologie stammt und eher wenig systematisch aufgebaut ist. Möglicherweise war es aber gerade der Verzicht auf strenge Kohärenz, der die Anwendung der Theorie in den unterschiedlichsten Themenfeldern der Sozial- und Kulturwissenschaft beförderte. Die offensichtlich beabsichtigte Unschärfe der Begriffe sorgt anscheinend für Anschlussfähigkeit im Hinblick auf thematische Anwendungen. Diese Offenheit der ANT steht jedoch in merkwürdigem Widerspruch zu einem an Verbissenheit grenzenden Eifer, mit dem insbesondere Bruno Latour seine Konzeption von (fast) allen bisherigen Ansätzen der Sozialtheorie abgrenzt – aber auch zur Vehemenz, mit der die ANT/AF umgekehrt von Vertreter_innen anderer Theorierichtungen kritisiert wird. In der interdisziplinären Debatte, die sich um die Positionen der ANT/AF entwickelt hat, werden nicht selten kontroverse Ansichten vertreten, die entweder eine mehr oder weniger vollständig Ablehnung oder eine nahezu uneingeschränkte Zustimmung zum Ausdruck bringen.

Alexa Färber nennt in ihrer Skizze des Potenzials von ANT/AF für die kritische Stadtforschung aus der deutschsprachigen Diskussion stellvertretend die Kontroverse in der *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* (2/2009) und mit Blick auf die internationale Stadtforschung unter anderem die Debatte in der Zeitschrift *CITY* (aus dem Jahr 2011). Ihr eigener Beitrag kann dem Feld der Befürworter_innen zugerechnet werden. Sie plädiert dafür, „ANT und Assemblage als Forschungsansätze in der Stadtforschung zu stärken“, und nennt als Gründe unter anderem die Möglichkeit, Stadt und Urbanität als soziomaterielle Ganzheit erfassen zu können und die damit verbundene Aussicht auf „interdisziplinäre Kollaborationen“. Sie fügt allerdings einschränkend hinzu, dass der Platz für die induktive Vorgehensweise

der Assemblageforschung, die ihre Kategorien aus der empirischen Beschreibung entwickelt, in der aktuellen Wissenschaftslandschaft erst noch gefunden werden müsse. Die herrschenden Publikations- und Rezeptionsgepflogenheiten würden, so Färber, kaum den Raum und die Zeit bieten für die extensive „exemplarische Darstellung von Alltagen“, wie sie die Assemblagenforschung theoretisch erfordere. Deshalb gelinge es oft nicht, die empirische Dichte und die Aussagekraft, die der Ansatz der Assemblagen zu erfassen beansprucht, in der Darstellung tatsächlich zu präsentieren. Die vielen Artikel, „die mittlerweile versammelt worden“ seien, wirkten „häufig [...] zu dünn“. Man kann das, wie Färber es tut, auf Besonderheiten der Wissenschaftslandschaft und die darin enthaltenen Zwänge zurückführen. Man könnte aber auch fragen, ob es nicht einfach ein Ausdruck davon ist, dass ANT/AF empirisch nicht mit dem Schritt halten kann, was die Theorie fordert (oder verspricht).

Dass die Auseinandersetzung über die Herausforderung der Sozialwissenschaften durch die ANT/AF eine Zeit lang recht intensiv geführt wurde, liegt nicht zuletzt daran, dass vor allem Latour, der die größten Anstrengungen unternommen hat, die Ideen und Einsichten aus den wissenschafts- und techniksoziologischen Studien zu einer Theorie zusammenzuführen (vgl. Latour 2007), Polemik selbst ausgiebig als rhetorisches Mittel benutzt. Insbesondere strategisches *misreading* gehört zu den Stilmitteln, die Latour häufig einsetzt. Dass dies durchaus bewusst und explizit geschieht, kann man zum Beispiel auf den ersten Seiten seines Entwurfs einer „neuen Soziologie für eine neue Gesellschaft“ (ebd.) nachvollziehen. Latour gibt dort unumwunden zu, dass seine Rezeption andere Sozialtheorien nicht korrekt wiedergebe. Er begründet dies damit, dass es ihm gar nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit anderen Theorien gehe; andere sozialwissenschaftliche Theorien würden lediglich als Kontrastfolie benutzt, um die eigene Position darzustellen. Weil seine Position „so marginal“ und „ihre Erfolgchancen so gering seien“, gebe es auch keinen Grund, mit den Alternativen, die die eigene Theorie widerlegen könnten, „fair und gründlich“ umzugehen (ebd.: 29).

Diese Einstellung mag für eine pointierte Darstellung hilfreich und als Diskursstrategie durchaus verbreitet sein. Sie wird aber inhaltlich fragwürdig, wenn die Auseinandersetzung mit dem bestehenden Repertoire sozialwissenschaftlicher Konzeptionen eine zentrale Argumentationsstrategie ist, um die eigene Position zu bestimmen und einen alternativen Begriffsapparat aufzubauen. Bei einem solchen Vorgehen, bei dem die eigenen Begriffe *ex negativo* aus der Kritik gewonnen werden, ist die Differenziertheit und Gründlichkeit, mit der das Bestehende kritisiert wird, ausschlaggebend für die begriffliche Schärfe und das analytische Potenzial der so entwickelten Theorie. Gerade eine Theorie wie die ANT, die bei der Konzeption des theoretischen Vokabulars wesentlich auf der Einsicht in die Problematik von Grundannahmen anderer Perspektiven aufbaut, müsste größtmögliche Sorgfalt bei der Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Ansichten walten lassen.

Es muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass die ANT ihrem Selbstverständnis nach gar keine Theorie im konventionellen Sinne, das heißt kein systematisches Gebilde von Annahmen, Begriffen und Sätzen sein will. Mithilfe eines solchen begrifflichen Apparats – eines theoretischen

Rahmens – etwas zu den Beschreibungen hinzuzufügen, um das Soziale zu erklären, ist eine jener Strategien der konventionellen Sozialtheorie, die Latour mit seinem Ansatz bekämpft. Er entwickelt seinen Ansatz deshalb als Programm für eine Beschreibung, die Verbindungen verschiedenster Art nachzeichnet und sich (damit) selbst an der Versammlung dessen beteiligt, was sie beschreibt. Dadurch entzieht sich die Theorie einer konventionellen Beurteilung nach dem Muster der Falsifikation und setzt sich dafür einer anderen Art von Bewährung aus: Sie muss sich als Beschreibung *performativ* beim Versammeln von Akteuren und Objekten bewähren. Die Theorie begreift sich also selbst als Praxis (des Versammelns) und hebt die konventionelle Unterscheidung von Theorie und Praxis damit auf. Sie lässt sich dann im Grunde nur noch in Bezug darauf beurteilen, wie es ihr gelingt, die Verbindungen herzustellen, die sie beschreibt. Die ANT erhebt, mit anderen Worten, den Anspruch, mit der Beschreibung unterschiedlichster Verbindungen das zu tun, wovon diese Beschreibungen handeln: heterogene Elemente zu versammeln. Dabei macht sie Latour zufolge lediglich das explizit, was die konventionellen Sozialwissenschaften stillschweigend (bewusst oder unbewusst) die ganze Zeit tun: sich aktiv an der Verknüpfung von Akteuren beteiligen. Jede Disziplin, so Latour (2007: 441), „erweitert das Spektrum der in der Welt wirkenden Entitäten und beteiligt sich zugleich aktiv daran, einige von ihnen in verlässliche und stabile Zwischenglieder zu verwandeln“.

Wenn es der kritischen Stadtforschung darum geht, die Stadt nicht nur zu beschreiben und zu erklären, sondern dadurch auch in irgendeiner Weise zu deren Veränderung beizutragen, dann müsste die ANT/AF mit diesem Anspruch ein vielversprechender Ansatz sein. Ihr Potenzial bestünde vor allem im theoretischen und empirischen *assembling*, das heißt in der Art und Weise, wie sie Akteure, Erzählungen und Objekte versammelt und unter Umständen auf eine neue, bisher unbekannte Weise miteinander in Beziehung bringt. Latour betont im Namen der ANT fortwährend, dass die Ausweitung des Spektrums von Entitäten in solchen Assoziationen ein politisches Projekt darstelle (vgl. dazu insbesondere Latour 2001).

Entscheidend dafür ist, dass die ANT/AF es bei diesem Versammeln vermeidet, zwischen einer „Versammlung auf dem Papier“ im Sinne einer theoretischen Klassifikation und einer konkreten oder praktischen Versammlung im Sinne der Bildung eines Kollektivs oder einer „kampfbereiten Gruppe“ zu unterscheiden (Bourdieu 1985: 12 f.). Die Missachtung dieser Differenz wird in der Wissenschafts- und Sozialtheorie für gewöhnlich als Hypostasierung oder Verdinglichung kritisiert. Bourdieu (1998: 203 ff.) zum Beispiel sieht darin einen wesentlichen „scholastischen Fehler“ sozialwissenschaftlicher Beobachtung. Aus Sicht der ANT/AF sind jedoch die theoretische Praxis des Entfaltens (von Akteuren) im Rahmen einer objektivierenden Beschreibung – wie sie auch in der Forschungspraxis der ANT/AF nicht ausbleibt – und die praktische Versammlung von Akteuren und Objekten, das heißt die Vereinigung eines Kollektivs im Rahmen einer konkreten Aktion, gerade nicht auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Sie bilden lediglich zwei unterschiedliche Prozeduren, die jedoch die gleiche Wirklichkeit bearbeiten oder, besser gesagt, an der gleichen Welt teilhaben. So können (und müssen) nach Latour (2007: 434 ff.) zwar die beiden Verfahren des Entfaltens und

der Versammlung unterschieden werden. Es wäre aus Sicht der ANT/AF jedoch falsch, diese beiden Verfahren zwei getrennten Bereichen – einer „unvoreingenommenen Wissenschaft“ einerseits und einem „engagierten [...], leidenschaftlichen Handeln“ andererseits – zuzuordnen. Es sei, so Latour, das Problem des konventionellen Wissenschaftsverständnisses, dass es stets zwischen Wissenschaft und Politik unterscheide und dazu zwingt, das eine Projekt aufzugeben oder zu unterbrechen, wenn man sich mit dem anderen beschäftigen wolle. Für Latour (2007: 445) besteht der Ausweg aus diesem Dilemma darin, sich der Aufgabe zu stellen, „eine gemeinsame Welt zu versammeln“ und dabei das Spektrum der Entitäten zu erweitern, um die bisher ausgeschlossenen wieder einzubeziehen. Nur so werde man der Tatsache gerecht, dass jede Wissenschaft auch ein politisches Projekt sei: „Forschung bedeutet stets, in dem Sinne Politik zu machen, dass sie versammelt oder zusammensetzt, woraus die gemeinsame Welt besteht.“ (ebd.: 440)

Mit diesem Ansinnen markiert die ANT/AF eine interessante Gegenposition zu einem Wissenschaftsverständnis, wie es große Teile der kritischen Sozialwissenschaften prägt. Einer der prominentesten Vertreter dieser kritischen Sozialwissenschaft ist Pierre Bourdieu, dessen Ansichten Latour häufig zur Abgrenzung der eigenen Ideen benutzt. Als kritischer Sozialwissenschaftler, der sich eingehend mit den gesellschaftlichen Bedingungen wissenschaftlicher Beobachtung beschäftigt hat, weiß Bourdieu natürlich, dass Wissenschaft von Interessen korrumpiert wird. Dabei geht es nicht in erster Linie um offenkundige Versuche der politischen Beeinflussung von Wissenschaft, sondern vielmehr um die stillschweigend anerkannten Voraussetzungen und die unbewusst reproduzierten Einstellungen, die sich in die Gewohnheiten der wissenschaftlichen Beobachtungs- und Beschreibungspraxis (zum Beispiel in die Wahl der Themen oder die Art der Fragestellung usw.) eingeschlichen haben – eine Praxis, die wie jede andere Praxis auch von einem Habitus geprägt ist, das heißt von Dispositionen, die im Zuge der Ausübung praktisch zur Anwendung kommen und in der Regel nicht reflektiert werden.

Aus der Einsicht in diese gesellschaftliche Einbettung der Wissenschaft zieht Bourdieu aber einen ganz anderen Schluss als Latour. Für Bourdieu folgt daraus, dass die Wissenschaft ihre Anstrengungen verstärken und versuchen müsse, sich von den Zwängen zu befreien, die ihre Verankerung in der Gesellschaft mit sich bringen. Weil diese Zwänge subtiler Art seien und ihre größte Wirkung dadurch entfalteten, dass sie als unhinterfragte Überzeugungen unbewusst reproduziert würden, bestehe die Chance, sich ihrer zu entledigen, wenn man die gesellschaftliche Verankerung der Wissenschaft sichtbar mache. Bourdieu fordert die Wissenschaft deshalb zur Selbstreflexion auf. Insbesondere die Sozialwissenschaft besitze alle Mittel, um sich fortwährend selbst zum Gegenstand zu machen und die eigene Arbeit als soziale Praxis zu reflektieren. Damit habe sie auch die Mittel in der Hand, um die Grundlagen für eine objektive Betrachtung zu generieren:

„Indem sie die sozialen Determinierungen zutage fördert, die vermittels der Logik der Produktionsfelder auf allen kulturellen Produktionen lasten, zerstört die Soziologie keineswegs ihre eigenen Fundamente, sondern erhebt vielmehr noch den Anspruch auf ein epistemologisches

Privileg: dasjenige, was ihr aus der Tatsache erwächst, dass sie ihre eigenen wissenschaftlichen Einsichten und Errungenschaften in Form einer soziologisch verstärkten epistemologischen Wachsamkeit wieder in die wissenschaftliche Praxis einbringen kann.“ (Bourdieu 1992: 11)

Durch beständige Selbstreflexion erarbeite sich die Sozialwissenschaft also das epistemologische Privileg einer unvoreingenommenen Betrachtung, den Gesichtspunkt ohne Gesichtspunkte – „point de vue sans point de vue“ (Bourdieu 2001: 222). Dieser privilegierte Standpunkt, der gemäß Latour (2007: 242) nur die „berühmte Perspektive Gottes“ sein könnte, versetzt die Sozialwissenschaft nach Bourdieu (1985: 55) in die Lage, „ein objektives Bild der Auseinandersetzung um die Durchsetzung einer ‚wahren‘ Repräsentation der Wirklichkeit zu erstellen“ und die Menschen über die Bedingungen ihres Tuns in Kenntnis zu setzen (ebd.).

Abstrakt gesprochen fordert Bourdieu also ein *re-entry* der Unterscheidung von Theorie und Praxis auf der Seite der Theorie. Er versucht so, den Aufklärungsanspruch kritischer Sozialwissenschaft epistemologisch zu rechtfertigen und zu verteidigen. Latour lehnt diesen Anspruch ab, gibt aber nicht den Anspruch auf, mit sozialwissenschaftlicher Beobachtung und Beschreibung an der Welt teilzuhaben, um sie zu verändern: „Wenn der Soziologe nicht die Stelle des allumfassenden und alles sehenden Gottes der Sozialwissenschaft einnehmen kann, so heißt das noch lange nicht, dass er blind in einen Keller eingesperrt bleiben muss.“ (Latour 2007: 243). Stattdessen schlägt Latour ein *re-entry* der Unterscheidung von Theorie und Praxis auf der Seite der Praxis vor, oder besser gesagt, er empfiehlt, dieses *re-entry* zuzulassen. ANT/AF setzt gerade nicht darauf, dass wissenschaftliche Beschreibungen in der Welt als Ausdruck einer unvoreingenommenen (objektiven) und damit überlegenen Betrachtung Anerkennung finden, sondern darauf, dass sie ihre Performanz ausspielen und sich an der praktischen Arbeit des Versammelns von Akteuren beteiligen. Latour zufolge ist es für die Sozialwissenschaften im Grunde gar nicht möglich, sich dieser Arbeit zu entziehen. Es müsse deshalb darum gehen, diese Arbeit „gut zu machen“ (ebd.: 443).

Offen bleibt dabei jedoch die „heikle Frage“ (ebd.: 440) nach den Gütekriterien für die Bewertung dieser Arbeit. Wenn es der kritischen Stadtforschung darum gehen sollte, nach dem Vorbild der ANT/AF in dem Sinne Politik zu machen, dass sie durch praktische Performanz „versammelt oder zusammensetzt, woraus die gemeinsame Welt besteht“ (ebd.), dann müsste sie auch entscheiden, „welche Art von Versammlung und welche Art von Zusammensetzung gebraucht werden“ (ebd.). Latour entzieht sich (konsequenterweise) einer Beantwortung dieser Frage. Es sei nicht Sache der Sozialwissenschaft, in den Kontroversen über die Zusammensetzung des Sozialen zu schlichten. Dies sollten die (künftigen) Teilnehmer_innen selbst entscheiden. Es komme nur darauf an, die sozialen Verbindungen so zu gestalten, dass sie auch wieder aufgelöst werden können (ebd.).

Damit bezieht die ANT/AF einen eher schwachen normativen Standpunkt. Sie schließt nicht nur die Attitüde des Besserwissens aus, sondern erlaubt auch keinen Ausschluss durch Kritik. Stattdessen fordert sie dazu auf, die Zusammensetzung der Kollektive regelmäßig zu überprüfen und zu erneuern, mit dem Ziel, bislang ausgeschlossene

Entitäten mit einzubeziehen und die Kollektive zu erweitern (ebd.: 444). Entscheidend ist dabei, dass diese Erweiterung der Kollektive eine horizontale Bewegung darstellt. Sie geht nicht vom privilegierten Standpunkt einer Beobachtung höherer Ordnung aus, von dem der wissenschaftliche Beobachter einen panoptischen Überblick gewinnt und von dem er dann mit den so gewonnenen Eindrücken in die beobachtete Welt zurückzukehren muss, um in dieser Welt praktisch zu handeln und sie zu verändern. Nach Ansicht der ANT/AF finden Beobachtung und Beschreibung als Praxis stets in der Welt statt und tragen so unweigerlich zu deren Veränderung bei. Diese Beschreibungen mögen im Einzelnen auch ‚kritisch‘ sein; eine Metaposition kann dafür jedoch nicht in Anspruch genommen werden. Die kritische Sozialwissenschaft kann mit kritischen Beschreibungen jedoch Anlass zu Strukturvariationen geben (vgl. dazu Luhmann 1993). Dazu muss sie beständig neue Verbindungen aufzeigen und fortwährend daran arbeiten, die Grenzen des Sozialen zu verschieben, um die Kollektive zu erweitern. Sie würde sich in normativer Hinsicht an einem ethischen Imperativ orientieren, dessen Devise nach Heinz von Foerster (1993: 49) lautet, die Anzahl der Möglichkeiten stets zu erhöhen, weil damit nicht nur Wahlmöglichkeiten (Freiheit) vergrößert würden, sondern auch die Chancen stiegen, Verantwortung für eigene Handlungen zu übernehmen. Ob die ANT/AF mit dieser Grundhaltung in der kritischen Stadtforschung bestehen kann, soll hier nicht entschieden werden. Sie stellt aber zumindest eine Option dar, vergrößert also die Wahlmöglichkeiten und erhöht von Foerster zufolge damit die Chance, dass Entscheidungen bewusst getroffen und Konsequenzen dem eigenen Handeln zugerechnet werden.

Autor_innen

Roland Lippuner arbeitet in folgenden Bereichen: Sozialgeographische Stadtforschung, Sozialtheorie und sozialwissenschaftliche Umweltforschung.
lippuner@uni-bremen.de

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und Klassen. *Leçon sur la leçon*. Zwei Vorlesungen. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Homo academicus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Science de la science et réflexivité*. Paris : Éditions Raisons D’Agir.
- Foerster, Heinz von (1993): Über das Konstruieren von Wirklichkeiten. In: ders., *Wissen und Gewissen. Versuch einer Brücke*, hrsg. von Siegfried J. Schmidt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 25-49.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Latour, Bruno (2007): *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Luhmann, Niklas (1993): „Was ist der Fall?“ und „Was steckt dahinter?“. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22/4, 245-260.



Stadt als Praxis ko-laborativ wissen

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Jörg Niewöhner

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 126-129

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie

und Assemblageforschung

in der interdisziplinären

kritischen Stadtforschung‘

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Alexa Färber entwickelt aus ihrer Analyse des Schnittfeldes von ANT/Assemblageforschung und Stadtforschung erstens ein Plädoyer für ein Verständnis von städtischen Räumen als multipel. Zweitens argumentiert sie, dass empirische Forschung, die diesem Raumverständnis gerecht werden möchte, der Welt als immer schon erfahrenem Raum empirisch zugewandt sein sollte. Drittens folgert sie, dass eine derartige Forschung letztlich nur über konsequent interdisziplinäre Arbeit möglich sei, die aber im heutigen Wissenschaftsbetrieb nicht zur Entfaltung komme. Ihre Analyse und Bewertung dieses Forschungsfeldes erscheinen mir ebenso plausibel wie stringent. Die Stoßrichtung, für die sie plädiert, unterstütze ich. In einigen Details der Ausrichtung der Forschung und ihrer Begründung bin ich jedoch anderer Meinung. Drei davon möchte ich in Kürze aus (stadt-)anthropologischer Sicht ausführen.

1. Praxis und Care

Färber weist auf eine weitverbreitete scharfe Unterscheidung hin: Auf der einen Seite befinden sich Verständnisse von Stadt, die sich auf eine ontologische Einheit beziehen, deren Wesen es zu bestimmen gilt; auf der anderen geht es um Urbanität als Ansammlung verschiedener erfahrungsbasierter Realitäten. Assemblage-Denken sei in der Lage, so Färber, die notwendige Verknüpfung dieser beiden Elemente des Urbanen in städtischen Alltags zu fassen und ihre kontinuierliche (Re-)Produktion zu analysieren.

Diesen Gedanken möchte ich mit einer etwas anderen Betonung weiterspinnen. Erstens geht es meines Erachtens in dieser Diskussion vor allen Dingen um Prozesse des Verknüpfens. Materiell-semiotische Praxis (Haraway 1997) scheint mir immer noch das einfachere und präzisere Konzept, um dies zu fassen. Es betont die Prozessualität von Stadt – oder vielmehr: verschiedene Modi des ‚stadtens‘ – und transportiert in seinen praxistheoretischen Wurzeln das Interesse für das Spannungsverhältnis von Regelmäßigkeit und Kreativität; ein Unterschied in der Betonung

– selbstverständlich –, aber einer, der sowohl andere fachhistorische Kontexte aufruft, als auch andere empirisch-analytische Strecken anlegt (Beck et al. 2012). Zweitens möchte ich herausstreichen, dass das Ziel einer solchen Forschung nicht lediglich sein kann, spezifische Praktiken zu beschreiben. Vielmehr muss es darum gehen, transparent zu machen, wie Praktiken sich zueinander verhalten, wie sie sich gegeneinander durchsetzen und stabilisieren oder rasch wieder verschwinden und welche Legitimierungsstrategien dabei zum Einsatz kommen. Was passiert wie, bevor ein spezifischer Alltag Gestalt annimmt? Annemarie Mol spricht von *care*, um dieses als „negotiating alternative orderings“ zu kennzeichnen (Mol et al. 2010). Letztlich geht es um nichts anderes als eine praxistheoretische Reformulierung der zentralen Frage: *cui bono*? Diese Frage auf der Ebene von Praktiken zu stellen, ermöglicht es, der strengen Subjekt-Objekt-Trennung und damit auch den zu einfachen Verständnissen von Macht zu entkommen, die den marxistischen bzw. materialistischen Wurzeln dieses Bereichs der Stadtforschung geschuldet sind und den städtischen Alltagsen heute so wenig gerecht werden. Eine Möglichkeit in diesem Sinne wäre, De Landa (2009) zu folgen und über politische Ökonomie jenseits von Marx und damit nichtlinearer bzw. ökologischer nachzudenken.

2. Kritische Forschung

Das Adjektiv kritisch oder *critical* vor einem Substantiv, das eine Forschungsrichtung bezeichnet, ist nicht nur im Zusammenhang mit der ANT und Assemblageforschung problematisch. Zwei Lesarten sind möglich: a) Entweder ist kritisch umgangssprachlich gemeint und grenzt sich damit von affirmativer Forschung ab, die man kritisiert. Dies scheint immer dann gemeint zu sein, wenn man sich von der naiv objektivierenden Forschung der „anderen“ abgrenzt, die immer noch glauben, Stadt sei mit großen Konzepten zu fassen oder gar zu quantifizieren. Meines Erachtens basiert diese Form der Kritik weitgehend auf einer wissenschaftstheoretischen Fehleinschätzung. Der Anthropologe Richard Shweder (2011: 222) schreibt dazu:

„The knowable world is incomplete if seen from any one point of view, incoherent if seen from all points of view at once, and empty if seen from “nowhere in particular”. Given the choice between incompleteness, incoherence, and emptiness, the best option is to opt for incompleteness, staying on the move between different points of view.“

Forschung, die sich selbst als kritisch bezeichnet, scheint mir oft zu meinen, die Natur- und Technikwissenschaften für ihren *view from nowhere* kritisieren zu können, wenn diese in Wirklichkeit mit ihrer eigenen *incompleteness* längst besser umzugehen gelernt haben als die kritische Forschung mit ihrer eigenen politisch-ideologischen Festlegung. Es droht Hermetik, wo Bewegung zwischen *points of view* herrschen sollte. b) Zum Elend der Kritik in materialistischer Tradition hat Latour (2004) sich hinreichend geäußert. Nimmt man *matters of concern* als Teil von Assemblageforschung ernst, dann macht das Adjektiv kritisch überhaupt keinen Sinn mehr, denn es bezieht sich auf eine Theorietradition, die positives Wissen und Technologie als asoziale Phänomene fürchtete und zu kontrollieren bzw.

zu dekonstruieren suchte. Latour zeigt, wie gerade dieses Verständnis von Kritik letztlich die wenig hilfreichen Dichotomien von Natur/ Kultur und Subjekt/ Objekt fetischisiert, die es aufzulösen versucht.

3. Transdisziplinarität und Widerstandsaviso

Die Forderung von Alexa Färber, sich der Welt zuzuwenden, gefällt mir gut. Dass dies interdisziplinär geschehen soll, finde ich auch richtig. Allerdings fürchte ich, dass wir damit verschiedene Dinge meinen. Zunächst finde ich es zu einfach, sich auf der Beschwerde über die beschränkte und beschränkende Wissenschaftslandschaft auszuruhen. So sehr ich diese Einschätzung der Förder- und Forschungslandschaft teile, so wenig halte ich diese Argumentation für hilfreich. Fakt ist: Das (Assemblage-)Forschungsfeld hat interessanten theoretischen Bewegungen keine empirische Dichte folgen lassen. Zwei Bemerkungen dazu:

1. Erstens hat dieser Mangel an dichter Empirie methodologische Gründe. Die herkömmliche Ethnographie, das heißt Einzelforschung und das unvermittelte teilnehmende Beobachten, sind in der Assemblageforschung zunehmend weit verbreitet. Es wird weder in Teams gearbeitet, noch werden systematisch Methoden variiert. Dafür gibt es gute epistemische wie praktische Gründe – das Ergebnis bleibt jedoch gleich: Viele Forschungsfragen können so nicht beantwortet werden. Die meines Erachtens übertriebene und unreflektierte Angst vor Generalisierung und Abstraktion vom Einzelfall hilft hier nicht bei der Herstellung von Anschlussfähigkeit.
2. Zweitens ist diese ‚offene‘ Art des empirischen Arbeitens und der Repräsentation den klassischer organisierten Wissenschaftszweigen zunehmend schwer zu vermitteln. Im Versuch, jeglicher als Beschränkung begriffenen Form zu entgehen und neue Wege (radikal?) zu beschreiten, wird dieser Verlust von Anschlussfähigkeit in Kauf genommen. Man fühlt sich dem Feld, nicht aber den anderen Wissenschaften gegenüber verpflichtet. Dies ist im Assemblage-Denken weit verbreitet. Donna Haraway schreibt allerdings bereits 2008 über Deleuze und Guattari, dass diese eine sublimale Form der Philosophie betrieben; dass sie sich niemals der tatsächlichen Welt aus Erde und Dreck zuwenden würden „in their disdain for the daily, the ordinary, the affectional rather than the sublime“ (Haraway 2008: 29). Hier lauert eine Gefahr für das Assemblage-Denken. Denn schnell entsteht hier eine sublimale Empirie mit globalen urbanen Eliten im Schnittfeld zu Kunstprojekten, mit Exzentriker_innen abseits ihrer eigenen Disziplinen und Arbeitsfeldern und mit exemplarischen Arbeiten zu spektakulären Phänomenen. Diese Art der Forschung birgt das Potenzial für Überraschungen. Sie vergisst allerdings allzu schnell das Gewöhnliche, Triviale und Langweilige der städtischen Alltage wie der Wissenschaft. Beides scheint mir wichtig.

Ich möchte also sehr deutlich dafür plädieren, die Stadtforschung anschlussfähig in Richtung der Natur- und Technikwissenschaften zu halten.

Statt auf eine interdisziplinäre und damit letztlich integrative Theoriebildung abzu zielen, plädiere ich allerdings für ein transdisziplinäres Format. Das Ziel sollte meines Erachtens sein, ko-laborativ erarbeitete Befunde in die jeweils beteiligten Disziplinen zurückzuführen und sie dort als Widerstandsavisos wirken zu lassen, das heißt als Widerstand von innen gegen die jeweils herrschenden Denkstile, Kategorien und Designs (Fleck 1980 [1935]). Die Disziplinen werden sich dann selbst überlegen, wie sie mit diesem Widerstand im eigenen Denkkollektiv umgehen wollen. Assemblageforschung kann dabei in transdisziplinären Kontexten zunächst nur mit denjenigen ko-laborieren, die willens sind – anders ist der Aufbau von intensiver Ko-laboration oder von *para-sites* nicht möglich (Marcus 2010). Umso wichtiger ist es jedoch, diese Formen des kontrollierten Involviertseins analytisch für generative Theoriearbeit (Verran 2001) – und in diesem Sinne gern auch für Kritik – zu nutzen.

Autor_innen

Jörg Niewöhner arbeitet in folgenden Bereichen: Sozial- und Kulturanthropologie, Science and Technology Studies und Stadtanthropologie.
joerg.niewoehner@staff.hu-berlin.de

Literatur

- Beck, Stefan / Niewöhner, Jörg / Sørensen, Estd (2012): Science and Technology Studies. Eine sozialanthropologische Einführung. Bielefeld: Transcript Verlag.
- De Landa, Manuel (2009): A Thousand Years of Nonlinear History. New York: Zone Books.
- Fleck, Ludwik (1980 [1935]): Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Haraway, Donna J. (1997): Modest_Witness@Second_Millennium.FemaleMan_Meets_OncoMouse : Feminism and Technoscience. London/New York: Routledge.
- Haraway, Donna J. (2008): When Species Meet. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Latour, Bruno (2004): Why has critique run out of steam? From matters of fact to matters of concern. In: Critical Inquiry 30/2, 225-248.
- Marcus, George E. (2010): Contemporary fieldwork aesthetics in art and anthropology: experiments in collaboration and intervention. In: Visual Anthropology 23/4, 263-277.
- Mol, Annemarie / Moser, Ingunn / Pols, Jeannette (Hg.) (2010): Care in Practice. On Tinkering in Clinics, Homes and Farms. MateRealities / VerKörperungen. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Shweder, Richard A. (2001): A polytheistic conception of the sciences and the virtues of deep variety. In: Antonio R. Damasio et al. (Hg.), Unity of Knowledge: The Convergence of Natural and Human Science. New York: New York Academy of Sciences, 217-232.
- Verran, Helen (2001): Science and an African Logic. Chicago: University of Chicago Press.

Unruhe stiften!

Kommentar zu Alexa Färbers „Potenziale freisetzen“

Nikolai Roskamm

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 130-134

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie

und Assemblageforschung

in der interdisziplinären

kritischen Stadtforschung“

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Viele Beiträge zum Verhältnis von Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT) und kritischen *Urban Studies* laufen letztlich auf die Feststellung einer Vereinbarkeit beider Forschungsrichtungen hinaus (etwa Castree 2002, Elder-Vass 2008, McFarlane 2011). ‚Brücken zu bauen‘ zwischen unterschiedlichen Herangehensweisen scheint gegenwärtig nicht nur in der deutschsprachigen Stadtforschung ein verbreiteter Ansatz zu sein. Auch Alexa Färbers Beitrag sympathisiert mit einer solchen Perspektive. Der Verdienst ihres Beitrag ist es, dabei auf verschiedene und sehr kontrovers geführte Diskussionen hinzuweisen: insbesondere auf die schon länger andauernde deutschsprachige Debatte in den Kulturwissenschaften und der Soziologie (1) sowie auf die aktuelle Debatte in den englischsprachigen *Urban Studies* (2). Dem zugunsten verzichtet Färber allerdings auf eine eigene pointierte Kritik, was für einen Debattenaufschlag nicht unbedingt ideal ist, da eine Debatte von der Ausarbeitung unterschiedlicher Positionen lebt und von der Schärfung dieser Positionen, die im besten Fall in einem solchen Streitgespräch entsteht.

Aktuell und leicht verspätet ist die ANT-Debatte – auch dafür steht Färbers Text – in der deutschsprachigen Stadtforschung angekommen. Die kontroversen Diskussionen, die in Nachbardisziplinen und insbesondere in der Politischen Philosophie geführt werden, werfen dabei Inhalte auf, die die theoretische Rahmung von kritischer Stadtforschung grundlegend hinterfragen. Das ist meine erste These. Meine zweite These lautet, dass eine solche Hinterfragung notwendig ist, wenn kritische Stadtforschung nicht riskieren möchte, an Relevanz zu verlieren oder schlicht langweilig zu werden. Aus diesen beiden Gründen möchte ich mit meinem Kommentar nicht so sehr Brücken bauen, sondern eher: Unruhe stiften. Es geht mir weniger darum, gemeinsame Ansatzpunkte aufzuzeigen, als vielmehr Unterschiede herauszuarbeiten. Zu diesem Zweck werde ich in erster Linie einige Argumente der beiden von Färber angesprochenen Debatten benennen und diskutieren. Am Ende meines Kommentars werde ich dann versuchen, Färbers eigene Position vor diesem Hintergrund zu interpretieren.

In der kulturwissenschaftlichen und soziologischen ANT-Debatte (1) geht es vor allem um unterschiedliche Theoriepositionen, die mit Begriffen wie Sozialkonstruktivismus, Pragmatismus oder Poststrukturalismus beschrieben werden können. In dieser Diskussion stehen sich ANT-Anhänger_innen und ihre Gegenredner_innen meist recht unversöhnlich gegenüber. Dabei ist es weniger die berühmte Wirk- und Handlungsmacht der Dinge, um die gestritten wird, sondern die Frage nach der metaphysischen und/ oder ontologischen Ebene der im Namen der von der ANT geführten Kritik am ‚Sozialen‘ sowie unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Herleitungen als theoretisch kohärent anzusehen sind. Die ANT bricht mit einem „zum Mainstream geronnen Konstruktivismus“, und der Erfolg von Latours Thesen beruht, wie Urs Stäheli (2009: 141) treffend zusammenfasst, auf einer allgemeinen und tiefgreifenden Krise der klassischen Konzepte von Repräsentation und Konstruktion. Schließlich kritisiert Latour (2010: 89) die traditionelle Soziologie – vorschnell und wenig differenziert, wie seine Kritiker_innen meinen – für ihre nicht hinterfragte Ontologie, also für ihre nicht explizit gemachte Vorstellung von dem, was die Welt wirklich ist. Die Weigerung, sich mit solch einer philosophischen Fragestellung auseinanderzusetzen, bedeutet nach Latour (ebd.) jedoch lediglich, dass die meisten Sozialwissenschaftler_innen ihrer impliziten metaphysischen Vorstellung (und zwar einer gewöhnlich „sehr dürtigen“ Vorstellung) verhaftet blieben. Ein von soziologischer Seite angeführtes Argument gegen diesen Vorwurf lautet, dass die ontologische Frage gar nicht (mehr) zur Debatte stehe und sich schon lange vom „alteuropäischen Sprachspiel der Metaphysik“ (Knerr 2009: 24) verabschiedet worden sei.

Insgesamt also stehen hier auf einer grundlegenden Ebene kaum vereinbare Auffassungen über das Verständnis von Theorie, Wissenschaft und deren Voraussetzungen zur Disposition.

Die neuere englischsprachige Debatte in den *Urban Studies* (2) unterscheidet sich von diesem Diskursfeld in einigen wesentlichen Punkten. Zum einen bezieht sie sich weit weniger auf die Originalthesen von etwa Bruno Latour und John Law. Es werden eher solche Ansätze diskutiert, die seit einigen Jahren mit dem Label ANT/STS unter dem Dach der Stadtforschung residieren. Zum anderen geht es hier zwar im Grunde ebenso um verschiedene Theoriepositionen, diese werden aber meist weniger explizit verhandelt. Vielmehr entzündet sich die Debatte insbesondere an der Frage, welches das richtige Verständnis von Kritik ist, oder auch, was die (strategischen, methodischen) Folgerungen aus einem solchen Kritikverständnis sind. Denn überraschenderweise scheint hinsichtlich der Frage nach dem inhaltlichen Kern der Kritik weitgehend Konsens zu herrschen: Alle Beteiligten, so schreiben Brenner et al. (2011: 748) in der von Färber erwähnten und in der Zeitschrift CITY geführten Diskussion, wären doch weitgehend einig über das Ziel, städtischen Raum gleicher, gerechter, demokratischer und umweltfreundlicher zu gestalten.

Auch wenn viele Beiträge der Debatte ‚ANT versus kritische Stadtforschung‘ sich schließlich für Annäherungen und gemeinsame Projekte aussprechen (was ein weiterer Unterschied zur erstgenannten Soziologiedebatte ist – explizierte grundlegende Theoriepositionen lassen sich offenbar schwerer zueinander bringen als unterschiedliche

Strategieentscheidungen), werden hier gleichfalls die Unterschiede herausgearbeitet. Die Vorwürfe aus den Reihen der *Urban Studies* lauten zusammengefasst, dass im ANT-Umfeld ein „analytisches Stillschweigen“ hinsichtlich politisch-ökonomischer (kapitalistischer) Prozesse festzustellen sei, dass institutionelle Machtstrukturen vernachlässigt und (dafür) die Perspektiven der Mikroebene überprivilegiert würden (ebd.: 742). Vertreter_innen der ANT-Perspektive stellen demgegenüber vier fundamentale Unterschiede zwischen der traditionellen kritischen Stadtforschung und der ANT-Praxis fest (Farias 2011: 365): den Stil des wissenschaftlichen Engagements (Analyse oder Kritik), die Definition der Untersuchungsobjekte (Städte oder Kapitalismus), die grundlegenden Konzeptionen des Sozialen (Assemblagen oder Strukturen) und das angestrebte politische Projekt (Demokratisierung oder Revolution).

Der Diskurs erinnert an einen Generationenkonflikt: auf der einen Seite die arrivierte kritische Stadtforschungsvätergeneration (weiterhin viel mehr Väter als Mütter) mit ihrem streiterprobten politökonomischen Vokabular, auf der anderen Seite der theoretisch bilderstürmerische, aber politisch etwas angepasste ANT-Zögling. Diese Konstellation stellt die kritische Stadtforschung, die seit ihrer Etablierung in den 1970er Jahren immer das Ziel verfolgt hat, überkommene Strukturen und Perspektiven aufzubrechen und zu hinterfragen, vor eine Herausforderung: Die Vorzeichen kehren sich um und sie wird selbst hinterfragt. Die Vertreter_innen der kritischen Stadtforschung sollten aufmerksam bleiben, dass sie in dieser Debatte nicht zu den Bewacher_innen der Grenzen des Falschen und des Richtigen (Stäheli 2009: 140) werden, sondern Offenheit und Selbstzweifel pflegen, um auf der theoretischen Ebene nicht zu stagnieren und von den neuen Strömungen (die ganz offensichtlich gerade bei einer jungen *kritischen* – wenn auch vielleicht weniger gesellschaftskritischen, sondern eher theoriekritischen – Generation immer größeren Anklang finden) nicht nur nicht abgehängt zu werden, sondern (eben doch) schließlich von ihnen profitieren zu können.

Wichtig erscheint mir dabei auf der einen Seite, weiter an der Herausarbeitung der grundlegenden Unterschiede zu arbeiten. Das bedeutet zunächst und vor allem, sich explizit auf jene Theoriedebatte einzulassen, die die traditionellen Fundamente infrage stellt. Diese Bereitschaft scheint zumindest in Teilen der kritischen Stadtforschung nicht allzu stark ausgeprägt zu sein. So schreiben etwa Brenner et al. (2011: 740) in ihrem abschließendem Statement zur CITY-Debatte, dass theoretische, konzeptionelle und methodische Entscheidungen in konkreten, zu erklärenden und zu interpretierenden Dilemmata gerahmt sein sollten, und nicht in ontologischen Fundamenten. Es ist die ausschließende Gegenüberstellung, die hellhörig macht, genauso wie die Ausführung, dass der „Prozess der Abstraktion essenziell für das Generieren von *kohärentem, theoretisch und praktisch adäquatem Wissen* über die zeitgenössischen urbanen Bedingungen“ sei (ebd.: 747, Hervorh. d. A.). Auch hier zeigt sich ein fundamentalistischer Tenor, der erahnen lässt, dass ein solches „kohärentes adäquates Wissen“ über die Stadt wenig Spielraum für allzu viele Fragen und Zweifel lässt. Ähnlich verhält es sich, wenn die allgemeine Schwerpunktsetzung des ANT-Umfelds auf Themen wie ‚Offenheit‘ und Kontingenz als unangebracht bemängelt wird (ebd.: 742). An diesem Punkt

scheint mir jedoch der verborgene Kern der Debatte zu liegen: Latours Kritik an der kritischen Soziologie zielt ja gerade auf die ontologische und metaphysische Ebene und damit insbesondere auf die dogmatischen, deterministischen und fundamentalistischen Bestandteile einer marxistisch geprägten politökonomischen (und ‚geopolitischen‘) Position. Es ist auffällig, dass sich weite Teile der *Urban Studies* diesem Diskurs, der vielleicht am besten mit dem Begriff der ‚poststrukturalistischen Sozialwissenschaften‘ (vgl. Moebius/Reckwitz 2008) umschrieben werden kann, verweigern und auch die dort unter anderem zu findende postmarxistische „Dekonstruktion des Marxismus“ (Laclau/Mouffe 2001) kaum diskutieren.[1] Ebenso auffällig ist, dass der Begriff der Kontingenz, der all diese poststrukturalistischen Debatten durchzieht, in den vorrangig an politischer Ökonomie orientierten Ansätzen eher auf Ablehnung stößt.[2]

Auf der anderen Seite sind meines Erachtens einige Kritikpunkte vonseiten der *Urban Studies* unbedingt gerechtfertigt, wenn vielleicht auch weniger, was die Originaltexte von Latour & Co. betrifft, sondern vor allem hinsichtlich der Ansätze, die sich unter dem ANT-Dach versammeln: Hier gibt es mitunter tatsächlich einen „naiven Objektivismus“ sowie nicht selten die Tendenz, politische und kritische Positionen auszublenden. Daher ist Brenner et al. (2011: 746) vorbehaltlos zuzustimmen, wenn sie vor entpolitisierten und dekontextualisierten Ansätzen warnen.

Diese Einschätzung ist auch für Färbers Beitrag relevant, die eine vermittelnde Haltung einnimmt und herausarbeitet, dass beide Ansätze (die ANT und die kritische Stadtforschung) miteinander vereinbar sind. Eine solche Verbindung ist aus meiner Sicht zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, erfordert jedoch aufmerksame Positionierungen und Diskussionen (möglicherweise ist das die „Reinigungsarbeit“, von der Färber spricht). Konkret bedeutet das, dass eine Forschung unter dem Dach der ANT, die den Anspruch hat, sich in der Tradition der kritischen *Urban Studies* zu verorten, sich explizit mit Fragen nach dem ‚Politischen‘ und dem ‚Kritischen‘ der eigenen Herangehensweise auseinandersetzen sollte. Dann ist sie möglicherweise auch in der Lage, bestehende Blindstellen der kritischen Stadtforschung zu beleuchten.[3]

Uneingeschränkt zuzustimmen ist Alexa Färber schließlich hinsichtlich der Forderung nach mehr Freiräumen für die analytische Unabhängigkeit von Stadtforschung. Das neoliberale Regime ist auch und vielleicht gerade in den Universitäten hegemonial geworden, und eine kritische Stadtforschung sollte hier direkter und entschiedener intervenieren, als es bisher der Fall ist. Dass Färber diesen Punkt nicht nur auf die prekären Arbeitsbedingungen beschränkt, sondern den Geist der neoliberalisierten Wissenschaft grundlegend hinterfragt, ist ein Beispiel für das Potenzial, das die Verbindung von ANT und kritischer Stadtforschung bietet.

Endnoten

[1] Natürlich gibt es auch Ausnahmen (etwa Swyngedouw 2009, Purcell 2009, Dikeç 2013).

[2] Zu ergänzen ist an dieser Stelle Latours Einschätzung des Poststrukturalismus. Bei ihm bleibt nicht nur, wie Färber schreibt, die Nähe seiner Theorie zu poststrukturalistischen

Ansätzen „eher unerwähnt“, sondern er beschimpft den Poststrukturalismus als „Überbleibsel des Strukturalismus, nachdem die Struktur verschwunden ist, einem Huhn vergleichbar, das immer noch weiterläuft, nachdem ihm der Kopf abgeschlagen wurde“ (Latour 2010: 368). Latour verschleierte meines Erachtens mit einer solchen Beschimpfung die vielen gemeinsamen Positionen von ANT und poststrukturalistischen Ansätzen.

- [3] Zu fragen ist allerdings, ob Färbers Ansatz weiterführend ist, eine solche Liaison mit dem Bezug auf die Begriffe Stadt und Urbanität zu diskutieren. Stadt und Urbanität, so formuliert es Färber, würden in der Stadtforschung in einem „nach wie vor unbefriedigenden Verhältnis“ zueinander stehen. Diese These suggeriert unter anderem, dass zwei der umstrittensten Begriffen in der Stadtforschung (Stadt und Urbanität) eindeutige Inhalte zugeordnet werden könnten (wie sonst könnte ihr Verhältnis zueinander ‚unbefriedigend‘ sein?).

Autor_innen

Nikolai Roskamm beschäftigt sich mit Stadt- und Raumkonzepten, Theorien des Politischen und der Wissenschaftsgeschichte des Urbanismus.

n.roskamm@isr.tu-berlin.de

Literatur

- Brenner, Neil / Madden, David J. / Wachsmuth, David (2011): Between abstraction and complexity. Meta-theoretical observations on the assemblage debate. In: *City* 15/6, 740-750.
- Castree, Noel (2002): False antitheses? Marxism, nature and actor-networks. In: *Antipode* 34/1, 111-146.
- Dikeç, Mustafa (2013): Immigrants, banlieues, and dangerous things: ideology as an aesthetic affair. In: *Antipode* 45/1, 23-42.
- Elder-Vass, Dave (2008): Searching for realism, structure and agency in Actor Network Theory. In: *The British Journal of Sociology* 59/3, 455-473.
- Fariás, Ignacio (2011): The politics of urban assemblage. In: *City* 15/3-4, 364-374.
- Kneer, Georg (2009): Welcher Pragmatismus? Welcher Poststrukturalismus? Eine Entgegnung auf den Beitrag von Markus Holzinger. In: *ZfS-Forum* 1/1, 1-32.
- Laclau, Ernesto / Mouffe, Chantal (2001): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag.
- Latour, Bruno (2010): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- McFarlane, Colin (2011): On context. Assemblage, political economy and structure. In: *City* 15/3-4, 375-388.
- Moebius, Stephan / Reckwitz, Andreas (2008): Poststrukturalistische Sozialwissenschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Purcell, Mark (2009): Resisting neoliberalization: communicative planning or counter-hegemonic movements? In: *Planning Theory* 8/2, 140-165.
- Stäheli, Urs (2009): Theorie als Experiment. In: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*, 2/2009, 138-143.
- Swyngedouw, Erik (2009): The communist hypothesis and revolutionary capitalisms: exploring the idea of communist geographies for the twenty-first century. In: *Antipode* 41/S1, 298-319.



Replik

Alexa Färber

Debatte

2014, Band 2, Heft 1

Seiten 135-140

zeitschrift-suburban.de

Alexa Färber

„Potenziale freisetzen:

Akteur-Netzwerk-Theorie

und Assemblageforschung

in der interdisziplinären

kritischen Stadtforschung“

Kommentare von:

Bernd Belina

Hanna Göbel

Christa Kamleithner

Roland Lippuner

Jörg Niewöhner

Nikolai Roskamm

Replik von:

Alexa Färber

Die hier angestoßene Debatte verläuft schon jetzt anders als die beiden in der *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* und *CITY* abgedruckten Auseinandersetzungen um den Status von ANT/Assemblageforschung in der Stadtforschung. Das ist nicht zuletzt den Herausgeber_innen und ihrer Auswahl an Kommentator_innen geschuldet und vor allem den Inhalten, die die Kommentare einführen, aufgreifen und angreifen. Die sechs Kommentare zu dem von mir formulierten Debatteneinstieg verschieben die beiden vorangehenden Metadebatten, in denen zum einen die Frage nach dem Potenzial der ANT für die Kultur- und Sozialwissenschaften und zum anderen dem von ANT/Assemblageforschung für eine interdisziplinäre kritische Stadtforschung im Besonderen gestellt wurde. Während der Schwerpunkt hier zwar ebenfalls auf einer theoretischen Diskussion des Kritikpotenzials liegt, findet eine Verschiebung in Richtung einer reflexiven Debatte über Kritik als Wissenspraxis statt, inklusive einer Perspektive, die vergangene Debatten historisch einbettet (Belina). Es wird also Kritik an der fehlenden theoretischen Fundierung von Kritik in der ANT/Assemblageforschung geübt (Roskamm, Göbel), die auch mein Beitrag nicht bietet, und der Mangel an überzeugenden Ergebnissen in der Stadtforschung benannt (Belina). Darüber hinaus greifen die Kommentator_innen eines meiner Hauptinteressen auf, nämlich den wissensanthropologischen Vorschlag, die bislang ausschließlich im Modus der Theoriedebatte geführte Auseinandersetzung auch aus der Perspektive von Wissenschaft als Alltagspraxis zu diskutieren (Belina, Kamleithner, Lippuner, Niewöhner), und erweitern diesen zudem um wissenschaftshistorische und -soziologische sowie text- und theoriekritische Ansätze.

Beide Problematisierungen möchte ich nochmals aufgreifen und verlasse damit – wie die Kommentator_innen zum größten Teil auch – die spezifische Frage nach Stadt und Urbanität. Außerdem scheint mir eine Herleitung der Frage, wie materiell-semiotische Ansätze wie ANT/Assemblage in die ethnographisch-kulturwissenschaftliche Stadtforschung gelangt sind, unumgänglich. Die Klärung des ‚Woher‘ aus disziplinärer Perspektive wird

meinen Beitrag und sein Anliegen, eine andere Debatte zu führen als die in der Stadtforschung dominierende CITY-Debatte, damit deutlicher verorten. Schließlich möchte ich auch näher auf das ‚Wohin‘ eingehen, das heißt auf die Konsequenzen einer vertieften wissensanthropologischen Perspektive auf die diskutierte Form der Stadtforschung.

Stadtforschung: ein Ort für Kritik – Kritik verorten

Bernd Belina, Hanna Göbel und Nikolai Roskamm formulieren in ihren Beiträgen den Bedarf an einer klareren theoretischen Positionierung der ANT/Assemblageforschung – und auch meines Beitrags – hinsichtlich dessen, was sie als Kritik verstehen und versprechen. Während Roland Lippuner in seinem Kommentar zu dieser Frage treffend die polemische Haltung von Bruno Latour darstellt und Roskamm die pointierte Gegenüberstellung von Ignacio Fariás von ANT/Assemblage und *Critical Urban Studies* zusammenfasst, möchte ich eine kulturwissenschaftlich-ethnographische Haltung, die auch meine ist, expliziter machen.

Roskamm diskutiert in seinem Kommentar die inhaltlichen Argumente der Debatten und füllt damit eine Lücke, die in meinem Einstieg durch den simplen Verweis auf die Publikationen entstanden ist, wo diese Argumente schon aufgeführt wurden. Das Herausarbeiten von Unterschieden in den jeweiligen Positionen bringt viel Klarheit in die Argumentationslinien der Debatten: Roskamm attestiert den *Urban Studies* neben einer gewissen Borniertheit gegenüber Neuem einerseits eine zweifelhafte inhaltliche Ablehnung von „Themen wie ‚Offenheit‘ und Kontingenz“, aber andererseits eine berechtigte Kritik an „entpolitisierten und dekontextualisierten Ansätzen“. Seiner Feststellung, dass es sich bei der Positionierung der ANT/Assemblageforschung eher um eine theorie- als eine gesellschaftskritische Haltung handelt, ist sicherlich zuzustimmen. In einer Perspektive der ANT/Assemblageforschung wären ‚Theorie‘ wie auch ‚Gesellschaft‘ empirisch verortet. Was dies für Forschung als Praxis bedeutet, werde ich am Ende meiner Replik nochmals aufgreifen. Roskamm zitiert hier zudem die Unterscheidung zwischen Analyse und Kritik, die Fariás für die Arbeitsweise der ANT/Assemblageforschung auf der einen Seite und die *Critical Urban Studies* auf der anderen Seite herausarbeitet. Der Vollständigkeit halber müsste es dann heißen, dass die ANT/Assemblageforschung im Modus der Theoriekritik analysiert, während *Critical Urban Studies* Kritik im Modus der Gesellschaftskritik üben.

Dieser Ansatz der empirischen Verortung erklärt auch den Mangel an der expliziten Benennung des Politischen und des Kritischen als analytische Position, den Roskamm an meinem Beitrag festmacht und den Göbel und Belina in der Assemblageforschung generell feststellen. Das ist richtig, denn meiner Auffassung nach sind in der ANT/Assemblageforschung das Politische und das Kritische weniger in Theorie verankerte Positionen, als dass sie sich vielmehr in der Konstitution des Forschungsfeldes artikulieren. Lippuner führt in seinem Kommentar diesen Punkt aus, indem er auf das von Latour formulierte Ziel verweist, mit einer solchen Perspektivierung zu einer Vervielfältigung der Interessensartikulation immer neuer Kollektive beizutragen – Kollektive mit Anliegen, *matters of concern* (vgl. Färber 2014).

Trotz dieses antinormativen Verständnisses von Kritik und dem Politischen, das ich teile, hat sich auch in meinen Beitrag eine normative Vorstellung eingeschlichen: die Vorstellung von Gerechtigkeit, die in meinem Text ein wenig ‚in der Luft hängt‘, also argumentativ nicht empirisch verortet ist. Meine wissenschaftliche Motivation, durch Forschung und Lehre zu gerechten urbanen Welten beizutragen, kann sich vor diesem Hintergrund, wie Göbel ausführt, selbstverständlich nicht als theoretische Norm, sondern nur als „empirisch konstituierte Kritik“ äußern. Dies würde einer ANT/Assemblage-Perspektive entsprechen und sie fordert, dass davon ausgehend weiterführende konzeptuelle Begriffe gefunden werden müssen. Während Göbel sich eine solche Begriffsarbeit aus der ANT/Assemblageforschung heraus und erweitert um außeruniversitäre urbane Akteure vorstellen kann, verortet Roskamm sie eher im Vergleich mit und vor allem in den *Urban Studies*.

Die Lektüre der Kommentare, besonders von Roskamm und Belina, haben mir darüber hinaus verdeutlicht, dass ich die einzelnen Argumente aus der vordergründig für die Stadtforschung relevanteren CITY-Debatte vor allem auch deshalb nur cursorisch ausgeführt habe, weil das dort artikuliert Spannungsfeld meiner intellektuellen Bezugnahme auf die ANT/Assemblageforschung nicht entspricht. Aus diesem Grund habe ich die Debatte von Beginn an relativ distanziert betrachtet und mich eher gefragt, wie sie zum Beispiel wissenssoziologisch einzuordnen wäre: Wer spricht wie mit welchem Gewinn von welchem institutionellen und disziplinären Ort aus mit und gegen wen – und welche Argumente werden dafür bemüht? Darauf habe ich keine Antwort, da mir die US-amerikanische Wissenschaftslandschaft nicht gut genug vertraut ist und ich die durch die unterschiedlichen Medien (Zeitschrift, Buch, Konferenzbeiträge) adressierten Öffentlichkeiten deshalb nicht einschätzen kann. Ein Rückblick, wie ihn Belina auf die Theoriedebatten der 1990er Jahre wirft, wird in ein paar Jahren möglicherweise aufschlussreich sein, auch die ebenfalls von ihm aufgeworfene Frage nach den karrierebezogenen Motivationen für das Herbeiführen von Brüchen, Differenzen und Allianzen wird dann vielleicht genauer zu beantworten sein – sofern diese Fragen dann überhaupt noch von Interesse sind.

Zeit der ANT/Assemblageforschung?

Die disziplinären Wege zu einer interdisziplinären Stadtforschung verlaufen selbstverständlich entlang verschiedener intellektueller Auseinandersetzungen. In meinem Fall ist es der kulturwissenschaftlich-ethnographische Hintergrund meiner wissenschaftlichen Sozialisation, die von einem Teil der Autor_innen bestimmt war, welche Belina in der Diskursforschung verortet: Wissenschaftler_innen wie Michel Foucault oder Judith Butler, aber auch Edward Said oder Stuart Hall haben einen wichtigen Denkraum für die Europäische Ethnologie (und die anderen ethnographischen Kulturwissenschaften) eröffnet. Ethnographien interessieren sich dabei selbstverständlich für diskursive *und* nichtdiskursive Praktiken, für Kulturtechniken und die Analyse von Machtbeziehungen. Der Dispositiv-, aber vor allem der Performativitätsgedanke war für die Konstruktion vieler Forschungsfelder ausschlaggebend, die auf dieser Grundlage beispielsweise in der

ethnographischen Stadtforschung im Zeitraum zwischen den 1980er und 2000er Jahren mit abschließenden, essentialisierenden Vorstellungen davon, wie Menschen mit urbanen Orten verbunden sind, gebrochen haben. Die Ethnographie sollte aus der Stadt nicht mehr das Dorf machen, zu dem es allenfalls durch bestimmte Alltagspraktiken – und methodologische Kurzsichtigkeit – gemacht wird. Das Forschungsinteresse galt den Praktiken von Ausschluss und Einschluss, den sub- und gegenkulturellen Aneignungen und Transformationen von Stadtraum, den Erfahrungen von und Identifikationen mit Stadt sowie den transnationalen Verknüpfungen urbaner Alltage. Kulturalisierende Überformungen sozialer Differenz (beispielsweise in Form von Ethnizität sowie ethnischen Nachbarschaften und Ökonomien) wurden als wissenschaftlich gestützte (Selbst-)Essentialisierungen dekonstruiert. Die Beschäftigung mit der Ausschnittshaftigkeit ethnographischer Forschung, wie Niewöhner schreibt, und der ethnographischen Positioniertheit, wie ich ergänzen würde, sind auch wegen der zunehmenden Zahl an ethnographischen Forschungsfeldern im globalen Norden seit dem Ende der 1980er Jahre fester Bestandteil repräsentationskritischer und methodologisch reflexiver Ethnographien in den sogenannten Ethnowissenschaften und damit auch der darin verorteten ethnographischen Stadtforschung.

Dies sind einige der konzeptionellen und methodologischen Auseinandersetzungen, die in der kulturwissenschaftlich-ethnographischen Stadtforschung zur selben Zeit relevant waren, als andernorts, wie Belina schreibt, marxistische Theorien marginalisiert werden sollten. Die daran anschließende Hinwendung zur Materialität speist sich ebenfalls nicht aus einer Defizitbehauptung gegenüber der marxistischen Theorie – was, wie Belina mit seiner Lektüre des Law-Zitats kurz anschneidet, unsinnig wäre. Vielmehr kehrte die Materialität in die empirische Kulturwissenschaft auf unterschiedlichen Wegen zurück[1]: über das empirische Interesse etwa an der Realisierung von Kulturtechniken und ihren Dispositiven, an den performativen Praktiken des Selbst und deren gesellschaftlichen Verortungen. Der Komplexität dieser Praktiken auf der Spur, wurden Machtbeziehungen als verteilte Macht und Materialität als in Praxis realisiert sichtbar gemacht. Die fachlichen Auseinandersetzungen gelten hier der Behauptung eines *material turn*, der Relevanz der Analyse von Verknüpfungen, Stabilisierungen und Auflösungen von Kollektiven und den Folgen eines radikalen Performativitätsgedankens für weiterhin gut etablierte Konzepte wie das Soziale (vgl. hierzu die Debatte in der *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*). Dagegen sind die Wege der Assemblageforschung in die Humangeographie oder auch, wie Göbel schreibt, zu den „urbanen Akteuren mit sozialtheoretischer Expertise“ offensichtlich andere. Dort stellt sie zum einen eine Konkurrenz dar, zum anderen eine „Alternative zu (neo-)marxistischen Ansätzen“ (Göbel).

Zeit für ANT/Assemblageforschung?

Auch aufgrund dieser unterschiedlichen disziplinären Debattenverläufe kann Interdisziplinarität in der Stadtforschung keinesfalls abschließend integrativ sein (vgl. Niewöhner). Hier lohnt es sich, die wissensanthropologische

Perspektive ernst zu nehmen und beispielsweise die spezifischen Temporalitäten einer solchen Wissenspraxis bzw. der Kollektive, die Interdisziplinarität hervorbringen, in den Blick zu nehmen. In der Konzeption eines interdisziplinären Projekts, um einen fiktiven Anfang für ein solches Unternehmen zu setzen, geht es darum, überhaupt eine Problematisierung von Stadt zu finden, die Vertreter_innen unterschiedlicher Disziplinen miteinander verbinden könnte. Dafür sorgen Instrumente der Plausibilisierung (Konzepte, Begriffe, Theorien, aber auch Antragsformulare und -formalitäten), Praktiken der Ein- und Ausgrenzung (Debatten, Arbeitsteilung, Arbeitstreffen), Absprachen in fachinternen Arbeitszusammenhängen, Kontingenzen, die auch Sympathie und Antipathie einschließen; das heißt, in allen Arbeitsphasen sind disziplinäre, interdisziplinäre und nicht disziplinäre Situationen von ‚interdisziplinärer Stadtforschung‘ vorhanden und äußern sich ebenfalls in unterschiedlichen Ergebnissen und Produkten, die in diesen Situationen entstehen. Wie die unterschiedlichen Kollektive jeweils miteinander verbunden sind, was ein solches Projekt als interdisziplinäres stabilisiert und was es immer wieder auflösbar macht, gälte es im Detail zu untersuchen. In diesem Sinne macht Roskamm eine interessante Beobachtung am Beispiel der interdisziplinären CITY-Debatte, dass sich nämlich „explizierte grundlegende Theoriepositionen [...] offenbar schwerer zueinander bringen (lassen) als unterschiedliche Strategieentscheidungen“.

Ob diese Auffassung in einem anderen Begriff, dem der Transdisziplinarität besser aufgehoben ist, wie Niewöhner vorschlägt, ist fraglich – zumal mir die Begriffsbestimmung keineswegs eindeutig zu sein scheint. Vielmehr sollte meiner Meinung nach wissenschaftliche Praxis, auch die eigene, stets als Alltagspraxis analysiert werden, um ihre Temporalität, Verortung und Versammlungskraft zu untersuchen. Eines kann dabei vielleicht schon gesagt werden: Ein auch außerhalb des Wissenschaftskontexts recht gut verankerter marxistischer Begriffsapparat ist in der Lage, mobilisierende Begriffe zu liefern und damit Kollektive im Modus der Kritik und des Politischen herzustellen. Wie er sie stabilisieren kann, ist vielleicht die wichtigere Frage. Eine idiosynkratische Begrifflichkeit, wie sie die ANT/Assemblageforschung bisher hervorgebracht hat, die, wie Roland Lippuner in seinem Kommentar schreibt, aus dem „engen Feld der Wissenschafts- und Techniksoziologie stammt und wenig systematisch aufgebaut ist“, ist dazu bisher nicht in der Lage. Sie eignet sich, so würde ich hinzufügen, eher für individualisierende/individuelle Rezeptionspraktiken. Die Partnerschaften mit unorthodoxen Repräsentationspraktiken (Ausstellung, interaktive Internetplattformen, performative Künste), welche die ANT/Assemblageforschung sucht, sind deshalb auch kein Zufall, sondern eher ein Versuch der ANT, so Lippuner, „sich als Beschreibung performativ beim Versammeln von Akteuren und Objekten zu bewähren“?! Wobei dies ganz sicher einer ist, in den – um mit dem von Lippuner ebenfalls herangezogenen Pierre Bourdieu wissenssoziologisch zu sprechen – eine habituelle Distinktion eingeschrieben ist.

Darüber hinaus sind die verwendeten Begriffe auch dem Zeit- und damit Rezeptionsregime der textuellen Repräsentation geschuldet. Eine Analyse der narrativen Ökonomie beider in Konkurrenz gesetzter Ansätze ist deshalb von besonderem analytischen Wert, wie Christa Kamleithner in ihrem

Kommentar argumentiert und für die ANT/Assemblageforschung formuliert: Die Nähe zum reflexiv gewendeten Dokumentarischen besteht dabei im „akribischen Versammeln“, in der „Tendenz zum Detail wie zur Fülle“, in einem „Erzählstrom“. Lippuner hebt darüber hinaus die Polemik und das strategische *misreading* als Stilmittel der Texte von Latour hervor. All dies kann ‚nerven‘. Es sind Narrationsformen, denen nur zum Teil Leser_innen mit Zeit und dickem Fell fehlen; die Relevanz dieser in der Rezeptionspraxis fundierten Problematik würde ich der auf inhaltlicher Kritik an den epistemologischen Grundlagen basierenden Abwehr aber zumindest beiordnen.

So gesehen kann eine ANT/Assemblageforschung der marxistischen Theorie und damit einhergehend den *Critical Urban Studies* nicht den Boden entziehen, weil sie sich für die Produktion bestimmter Formen von Kollektiven formal noch nicht oder möglicherweise gar nicht eignet. Dass diese Debatte Fragen aufgeworfen hat, die Wissensproduktion als Alltagspraxis beleuchtet, verleiht der bisher ausschließlich im Modus der Theoriedebatte geführten Auseinandersetzung eine neue Dimension. Daran weiter zu arbeiten, stellt aus meiner Sicht einen Beitrag zur Problematisierung der Bedingungen für Forschung, der interdisziplinären Stadtforschung und damit auch der Stadt dar. Darin liegt schon einmal eine Erweiterung der Möglichkeiten, die Potenziale des Städtischen zu entfalten und zu analysieren.

Endnoten

- [1] Die Volkskunde, aus der die empirische Kulturwissenschaft/Europäische Ethnologie etc. hervorgegangen ist, wie auch die klassische Völkerkunde/Ethnologie haben sich gerade in ihren Anfängen auf die Analyse materieller Kultur spezialisiert, was sich in den Beständen der in diesen Zusammenhängen entstandenen Sammlungen von sogenannten Ethnographica niederschlägt.

Autor_innen

Alexa Färber arbeitet in folgenden Bereichen: Europäische Ethnologie, Stadtanthropologie/-ethnographie, Wissensanthropologie und Wirtschaftsanthropologie.
alexfaerber@hcu-hamburg.de

Literatur

Färber, Alexa (2014): Low-budget Berlin: towards an understanding of low-budget urbanity as assemblage. In: Cambridge Journal of Regions, Economy and Society 7/2014, 19-36.



Den öffentlichen Raum „hacken“ und die Menschen beeinflussen

Irwan Ahmett

Der dazugehörige Video-Beitrag und eine englischsprachige Version des Textes sind im HTML-Format auf der Seite der Zeitschrift zu finden.

*The english version of the text as well as the video can be found in the HTML-version on our homepage.
An english abstract can be found at the end of the article.*

1942 versprach Japan in seiner Funktion als der „ältere asiatische Bruder“ Indonesiens das Land nach dreieinhalb Jahrhunderten von der niederländischen Kolonisierung zu befreien. Stattdessen wurden die Japaner_innen aber während der nächsten dreieinhalb Jahre selbst zu Kolonisator_innen. Zum Zeitpunkt als die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen und Japan den Krieg verlor, war Indonesien immer noch eine Kolonie. Am 17. August 1945 riefen Freiheitskämpfer dann die unabhängige Republik Indonesien aus. Doch die Alliierten – die Briten, die US-Amerikaner und natürlich auch die Niederländer – zeigten sich unwillig, die Kolonie ziehen zu lassen. Einen Monat nach der Unabhängigkeitserklärung durch Sukarno und Hatta (Indonesiens ersten Präsidenten bzw. Vizepräsidenten) kehrten die Niederländer zurück und hissten eigenmächtig auf großen Gebäuden ihre Nationalflagge. Dieser provokative Akt ließ die Lage eskalieren. Im Yamamoto-Hotel in Surabaya auf Ost-Java kam es zu einem folgenreichen Vorfall: Die Indonesier zwangen die Niederländer, ihre rot-weiß-blaue Trikolore einzuholen, was in einer blutigen Schlacht mündete. Hinter diesem Ereignis vom 10. November 1945 verbergen sich jenseits des offenen Krieges zwischen Indonesien, den Niederlanden und den Alliierten eine Reihe von Geschichten. Die Geburt der indonesischen Nation fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Welt in einer tief greifenden Krise steckte, die ihr Aussehen für immer verändern sollte.

Es ist das Zerreißen der Flagge, das ich an diesem Vorfall bedeutungsvoll finde. Eine Gruppe mutiger junger Männer war, mit erbeuteten Waffen und Bambusspeeren ausgerüstet, auf den Fahnenmast geklettert, auf dem die niederländische Trikolore aufgezogen war. Es war ein ungleicher Kampf, da die Alliierten überlegene Waffen hatten, doch die wirkliche Macht war auf der Seite dieser jungen Männer, die bereit waren, ihr Leben zu lassen.

Schließlich rissen sie den blauen Streifen der niederländischen Fahne ab, sodass nur die indonesischen Nationalfarben rot und weiß übrigblieben. Das Bild dieses heroischen Akts, das die Medien verbreiteten, löste im ganzen Land Widerstandsbewegungen aus. Für mich ist dieser Vorfall die erste Intervention im öffentlichen Raum Indonesiens und damit die wichtigste Inspirationsquelle für meine eigenen Interventionsversuche und Kunstprojekte.

65 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung Indonesiens kletterte ein Mann mittleren Alters in Jakarta verbotenerweise auf das Dach des indonesischen Parlamentsgebäudes. Seine Botschaft waren drei Wörter, die sehr gut die Stimmung im Land zum Ausdruck brachten. Seine „Waffe“ war eine Farbspraydose für zwei US-Dollar. Pong Harjatmos Aktion stieß auf öffentliche Resonanz, weil klar war, dass es nicht mehr ausreicht, sich von der Politik abzuwenden und diesem ruhmreichen Gebäude lediglich den Mittelfinger zu zeigen. Die zahllosen Korruptionsaffären sind nur die Spitze eines Eisbergs. Harjatmo, ein einfacher Mann, überbrachte den Volksvertreter_innen eine Botschaft, die aus der Tiefe seines Gewissens kam: „Honest, Fair, Firm“.

Die eigenen Gedanken in Handeln zu überführen ist entscheidend, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen. In bestimmten Situationen ermöglicht dein Verstand deinem Körper, dich mit bestimmten Mitteln zu verteidigen oder andere anzugreifen. In vielen Fällen ist die Waffe ganz einfach und besteht aus frei zugänglichem Material. So benutzten die indonesischen Freiheitskämpfer Speere aus Bambus, das in ihren Gärten wuchs. Harjatmo hatte seine Spraydose im Baumarkt gekauft.

Waffen und Kämpfe sind untrennbar. Ich war immer überzeugt davon, dass die Effizienz einer Waffe vor allem davon abhängt, wie sie eingesetzt wird und nicht von der Kraft der sie nutzenden Person.

- In der javanesischen Version des Mahabharata gibt es die Chronik der fünf Pandava-Ritter, die gegen das Königreich ihrer Verwandten, der Kaurava-Brüder, kämpften. Diese epische Schlacht, die als Bharatayudha bezeichnet wird, ist eine Schlacht zwischen zwei Supermächten. Der Höhepunkt der Geschichte ist, wenn Karna, ein Kaurava-Ritter, dem Riesen Gatotkaca gegenübertritt, einem Pandava-Ritter, der fliegen und Feinde von der Luft aus angreifen kann, so wie ein Adler eine Maus reißt. Gatotkacas Haut ist unverwundbar, er hat „Muskeln aus Draht und Knochen aus Stahl“. Karna jedoch hat eine mächtige Waffe, die er sein ganzes Leben lang aufbewahrt hat: den Konta-Pfeil, den man nur einmal verwenden kann. Er schießt den Pfeil ab, der zum ersten und letzten Mal trifft und sein Opfer fordert.
- Eine Waffe kann gegen ihren Besitzer gewendet werden. Es war einmal ein hindubuddhistisches Königreich auf Java, in dem ein Rebell namens Ken Arok einen Kris (einen Dolch mit wellenförmiger Klinge) besaß, der von dem berühmten Schmied Mpu Gandring angefertigt worden und mit einem Fluch beladen war. Ken Arok vernichtete das Königreich Singhasari auf Ost-Java. Sein Kris war in viele politische Intrigen verwickelt und an der Ermordung der Eliten der Singhasari-Dynastie beteiligt. Am Ende richtete er sich gegen seinen Besitzer und tötete ihn und seine Nachfahren bis in die siebte Generation hinein.

- Heutzutage hat die Jugend immer eine „Waffe“ zur Hand – das Mobiltelefon. Wo sie auch sind, sie sind stets verbunden und in der Lage, mit einfachen Fingerbewegungen die ganze Welt an ihren Emotionen teilhaben zu lassen.

Ich möchte hier zwei meiner wichtigsten Waffen, mit denen ich im öffentlichen Raum interveniere, vorstellen. Bei der ersten Waffe handelt es sich ums „Spielen“. Es ist eine natürliche Fähigkeit/Aktivität, die wir aber oftmals im Laufe des Erwachsenwerdens verlernt haben. Spielen erweitert unseren Verstand und verleiht uns eine unendliche Kreativität. Vielleicht habe ich als Kind zu viele Jackie-Chan-Filme gesehen, aber ich ziehe Freihandstrategien als Waffe vor und konzentriere mich allein auf die Vorstellung, den „Feind“ zu besiegen. Zu diesen Strategien gehört es, Fundstücke neu zu interpretieren, Gewohnheiten durcheinander zu bringen, sich über Gehorsam lustig zu machen, eine spezifische Situation zu kreieren, an einem ganz bestimmten Schauplatz die Gegebenheiten zu verändern und andere Formen der Guerillataktik gegen ein übermächtiges System einzusetzen. Die zweite Waffe ist etwas Atmosphärisches, etwas Unsichtbares, das aber reale Auswirkungen hat – „wirksame Distribution“, online oder im realen Leben.

Diese beiden Waffen reichen jedoch nicht aus, solange sie nicht von einer adäquaten Taktik begleitet werden. Mit Taktik verbindet man oft etwas Grobes und Anarchisches, etwas, mit dem sich jedes Mittel rechtfertigen lässt. Für mich geht es bei Taktik allerdings um die Frage, wie ich mit meiner Waffe das richtige Ziel treffen kann.

Hier ein Beispiel für eine solche Taktik: Gehe zu deinem Haus, zünde es an und mache dich davon! Ich bin mir sicher, dass ich dazu nicht den Mut hätte, aber in Indonesien haben Menschen in der Vergangenheit genau dies getan. Vier Monate nach dem 10. November 1945 beschlossen rund 200.000 Menschen in Bandung (West-Java), ihre Stadt niederzubrennen, um zu verhindern, dass sie wieder vom Westen kolonisiert wird. Diese Aktion ging als das „Flammenmeer von Bandung“ (Bandung Sea of Fire) in die Geschichte ein. Das löste einen regelrechten *power boost* aus, ähnlich wie im Fall von Gatotkatca: Als der von dem Konta-Pfeil – Karnas tödlicher Waffe – im Flug getroffen wird, weiß er, dass er bald sterben wird. Noch beim Aufprall gelingt es ihm, Tausende seiner Feinde mit seinem Riesenkörper, den er zuvor noch vergrößert hat, zu zerstören. Wenn wir im Leben nichts mehr zu verlieren haben, haben wir die Freiheit, alles zu tun!

Während des indonesischen Unabhängigkeitskriegs trugen auch viele der Frauen in Bandung, die für ihre Schönheit berühmt sind, Waffen und beteiligten sich am Kampf. Als ich im Internet nach dem (historischen) „Flammenmeer von Bandung“ suchte, war ich überrascht, wie viele Teenager-Liebesgeschichten und Berichte über Sexaffären unter diesem Stichwort zu finden waren. In Indonesien – dem größten muslimischen Land der Welt – sind bestimmte Aspekte des Unabhängigkeitskampfes des Landes zu einem Streitpunkt geworden. Im Jahr 2001 kam es zu einem Skandal: Zum ersten Mal verbreitete sich ein Sexvideo eines Paares aus Bandung in Windeseile in der Öffentlichkeit. Diese Amateuraufnahme trug den Titel „Bandung Sea of Fire of Romance“. Daraufhin folgten viele weitere skandalträchtige Sexvideos. Anscheinend gab es einen dramatischen

Bedeutungswandel: weg vom heroischen Kampf hin zum ‚Kampf zweier Liebenden im Bett. Ja, so ist die Technik: Sie verbreitet sich mit Lichtgeschwindigkeit und hat zwei gegensätzliche Seiten.

Im Folgenden beschreibe ich die sechs Taktiken, die bei meinen urbanen Interventionen zur Anwendung kommen:

1. Ich arbeite nicht kommerziell

Es ist nicht einfach, als Künstler in einem Land zu überleben, dessen kulturelle Infrastruktur nicht besonders entwickelt ist und wo ein sehr konservativer Kunstgeschmack vorherrscht. Ich hatte das Angebot, sowohl für eine berühmte globale Schuhmarke als auch für die größte Internet-Suchmaschine in der Welt zu arbeiten und mit einem Kunst- und Interventionsprojekt deren Produkte in Jakarta zu bewerben. Ich habe das als ein großes Dilemma erlebt, aber zuletzt lehnte ich diese Aufträge ab. Ich habe eine Ausbildung als Grafikdesigner, daher verstehe ich nur zu gut, wie Werbung funktioniert und wie sie der Öffentlichkeit etwas vormacht. Wer auch immer diese Traumwelten produziert – die Menschen sind dafür offen und werden ihnen ihre Lügen abkaufen. Darüber hinaus sind die Länder der Dritten Welt immer schon lukrative Märkte für die Länder der Ersten Welt gewesen.

Um zu überleben, ziehe ich es vor, mit Menschen zusammenzuarbeiten, die ein ähnliches Unbehagen umtreibt, und gehe Tauschgeschäfte ein, bei denen Geld keine Rolle spielt. Mir ist es wichtig, die Menschen zu unterstützen, die mir am nächsten sind, und Vertrauen aufzubauen. Diese Taktik erlaubt es mir, in meiner künstlerischen Arbeit frei zu sein, weil es keine weiteren Absichten und Hintergedanken gibt. Indirekt ist damit auch verbunden, dass ich mir ein stabiles Netzwerk aufbauen musste, das tragfähiger ist als die bestehende offizielle Infrastruktur.

Bei meinem Projekt *TV Milisi*, an dem sich eine Gruppe von hier nicht näher benannten Menschen beteiligte, ging es darum, mithilfe von Universalfernbedienungen die Kontrolle über die Wahl der Fernsehkanäle im privaten und öffentlichen Raum zu erlangen. Wir wechselten auf andere Sender oder schalteten Fernseher aus. Ich machte das Fernsehen zum Gegenstand einer Aktion, da die meisten Sender nur an den Zuschauerzahlen orientiert sind, keinerlei Wert auf Qualität legen und geistige Trägheit fördern. Fernsehen ist eine Sucht: Die Menschen sitzen – wegen der materialistischen Traumwelten, die sie dort zu sehen bekommen – unentwegt vor der Glotze, als ob sie über das Fernsehen die wahren sozialen und gesellschaftlichen Probleme vergessen könnten.

2. Dynamik erzeugen

Sondang Hutagalung, ein Jurastudent kurz vor dem Abschluss und Menschenrechtsaktivist aus Jakarta, war keine 22 Jahre alt, als er sich im Jahr 2011 das Leben nahm. Er verbrannte sich vor dem Präsidentenpalast in Jakarta. Der Grund war vermutlich seine herbe Enttäuschung angesichts der schwierigen Lage der Menschenrechte und mangelnder Rechtstaatlichkeit in Indonesien. Die Reaktionen auf seine Tat fielen ganz anders aus als

bei der Selbsttötung eines Obstverkäufers in Tunesien, die zum Rücktritt von Präsident Zine El Abidine Ben Ali geführt hatte. Die habgierigen Machthaber in Indonesien ließen sich von Sondangs Opfer so gut wie gar nicht beeindrucken. Ich vermutete, dass im indonesischen Fall die notwendige Dynamik gefehlt hat. Aber kann man so eine Dynamik einfach nach dem Schneeballprinzip entfachen? Um das herauszufinden, machte ich eine Aktion auf einer illegalen Müllhalde. Alle wissen, dass es falsch ist, Müll einfach irgendwo abzuladen, aber die Leute lassen sich nicht davon abbringen. In Indonesien gibt es keinen Schnee, aber wir haben jede Menge Müll. Ich beschloss also, Müll Stück für Stück aufzulesen und zu einem Ball zu formen. Anfangs war ich ganz allein und auch etwas frustriert. Ich hatte Mühe, die Umstehenden dazu zu bringen, sich an meiner Aktion zu beteiligen. Sie dachten wohl, ich sei verrückt. Als der Ball aber eine gewisse Größe erreicht hatte, begann die Interaktion und ein neues Spiel zwischen mir und den Menschen um mich herum. Vor allem die Kinder halfen mir dabei, den Müllball immer größer werden zu lassen. Sie wirkten dabei sehr glücklich. Ich war sehr gerührt, als sich am Ende beinahe alle Umstehenden aktiv an der Aktion beteiligten. Mittels Crowdfunding kam für die Aktion *Trashball* eine finanzielle Unterstützung zustande, sodass der Ball ein Jahr später mehr als 300 Kilogramm wog. Ein solches Spiel kann zum Auslöser für eine kollektive Erfahrung und für Gespräche über bestimmte Probleme werden. Spielen kann uns dazu bringen, Probleme anders wahrzunehmen.

3. Die Emotionen der Öffentlichkeit für sich gewinnen

An einem Nachmittag im August 2011 ging ich durch die Straßen in London. Es war ungewöhnlich ruhig. Dann hörte ich die Martinshörner von Feuerwehrwagen und blickte in die angespannten Gesichter von Polizisten auf Pferden. Ein paar Stunden später wurde mir klar, dass die Stadt wie gelähmt war. Unruhen und Plünderungen hatten zu einer chaotischen, kriegsähnlichen Atmosphäre geführt. Ich hatte das schon einmal erlebt, und zwar während der viel schlimmeren Aufstände in Jakarta im Jahr 1998, die noch viel tragischer endeten, weil es dabei auch zu rassistischen Angriffen und zu Vergewaltigungen kam. Damals war die multikulturelle Grundlage des Landes bedroht. Dieser Aufstand fand am Ende der Suharto-Diktatur statt. Ich konnte dagegen nicht verstehen, wie es in London zu einem Aufstand hatte kommen können. Ich war irritiert, als sich die Unruhen nach Liverpool, Birmingham, Nottingham und in andere Städte ausbreiteten. Später konnte die Lage wieder unter Kontrolle gebracht werden, aber das Trauma sollte nicht so leicht verschwinden. Die Stimmung in London blieb angespannt, überall patrouillierte die Polizei, und selbst das sonnige Wetter vermochte es nicht, die Londoner zum Lächeln zu bringen. Aber mithilfe eines Spiels konnten wir die Atmosphäre verändern. Vor der Intervention fühlte man gar nichts, aber danach fühlte man sich glücklich. Oder man dachte gerade an gar nichts, und dann kam einem etwas in den Sinn. Bei dem Projekt *Squeaky Sidewalk* produzierte ich spielerisch(e) Geräusche in der superhektischen Stadt London, indem ich auf den Bürgersteigen an verschiedenen Stellen quietschendes Spielzeug unter den gelockerten und beschädigten Gehwegplatten versteckte.[1]

4. Öffentlichen Raum beanspruchen und besetzen

Im Jahr 2011 hatte ich erstmalig Gelegenheit, für drei Monate in den Niederlanden zu leben. Ich interessiere mich dafür, welche Beziehung die Menschen in Europa zum öffentlichen Raum haben. In Jakarta ist der öffentliche Raum ungastlich geworden aufgrund der Bedrohung durch Kriminalität, ständiger Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung und der Aneignung des Raums für persönliche Zwecke. So kann es vorkommen, dass die Anwohner_innen einfach eine Straße sperren und sie zu einem temporären Fußballplatz, dem Schauplatz einer religiösen Zeremonie oder Hochzeitsfeier oder auch nur zu einem Ort für das Trocknen von Wäsche machen. Der Staat und die Behörden haben nicht genügend Macht um alles zu kontrollieren. Genau wie Ken Arok sind sie allzu sehr damit beschäftigt, ihre vorhandene Macht zu bewahren. Ich war sehr beeindruckt, wie ordentlich es in Europa zugeht, aber nach einem Monat langweilte ich mich. Es gibt viele große öffentliche Plätze, aber alles ist dort stark reglementiert. Das System hat alles unter Kontrolle – oder ist das nur die Perspektive von jemanden wie mir, der an das Leben in einer chaotischen Stadt gewöhnt ist? Der Gedanke beunruhigt mich, dass bei einer Neugestaltung öffentlicher Plätze in Jakarta es die großen Unternehmen sein werden, die vor allem davon profitieren. Dann ist es mir lieber, wenn meine Stadt so bleibt, wie sie jetzt ist.

Normalerweise wird der öffentliche Raum von zwei Gruppen beherrscht: dem Kapital und dem Staat. Dem Kapital geht es selbstverständlich darum, soviel Gewinn wie möglich zu erzielen. Der Staat will das bestehende System aufrechterhalten. Ich schlug meinen neuen Freunden in den Niederlanden neue Methoden vor, wie man den öffentlichen Raum beanspruchen und für sich vereinnahmen kann, indem man auf bestimmte Situationen mit spontanen kollektiven Aktionen antwortet. Es beeindruckt mich, wie Mikroorganismen in den menschlichen Körper eindringen, wenn das Immunsystem eines Menschen geschwächt ist. Sie bringen den Körper durch ihre Intervention dazu, in anderer Weise als sonst zu reagieren. Wir griffen diese Idee in der Aktion *Organism (Luchtalarm)*[2] auf, bei der wir auf die einmal im Monat überall in Holland stattfindenden Probealarme reagierten, bei denen das Katastrophenwarnsystem getestet wird.

5. Ein System schaffen und infiltrieren

Es mag naiv klingen, aber ich bin es wirklich nicht gewohnt, in einem Land voller Videoüberwachungskameras zu leben. Mir fiel dies in den USA auf. Angst ist ein natürliches menschliches Gefühl, und man kann eine Gesellschaft leicht über ein wirkungsvolles Management der Angst kontrollieren. Mir kam es so vor, als ob uns die ganze Zeit über ein Geist beobachten würde und als ob sein ‚Auge‘ die Kraft hätte, uns alle zu domestizieren.

Als ich dort lebte, setzte ich mehrere Projekte um. Eines hieß *Light Spam*. Ich verwendete einen Spiegel und lenkte das Sonnenlicht auf die Überwachungskameras um, um Nachrichten im Morsealphabet zu versenden. Bei einer anderen Aktion, *Emergency Toilet*, spielte ich mit den Überwachungskameras Verstecken. Es war nicht einfach, in den USA

eine öffentliche Toilette zu finden – woraufhin ich Verkehrsanlagen zu Notfalltoiletten umfunktionierte.

6. Eine Verschwörung anzetteln

Im Jahr 2012 führte ich ein Projekt namens *Very Very Important Fish* durch.

Jakarta hat fast immer während der Regenzeit mit Überschwemmungen zu kämpfen. Das Problem besteht seit Jahren, und weder die Regierung noch die Bevölkerung unternehmen wirklich etwas dagegen. Der Müll türmt sich auf und verstopft die Schleusen; zugleich ist das Bewässerungssystem sehr schlecht, da die Regierung kurzfristigen populistischen Maßnahmen den Vorzug vor effektiveren langfristigen Lösungen gibt. Noch viel bedauerlicher ist es, dass die Menschen Müll in den Fluss werfen, der wie der Schlund des Todes aussieht. Die Fische werden krank und sterben, weil das Wasser so stark verschmutzt ist. In manchen Gebieten der Stadt müssen die Bewohner sogar sauberes Wasser kaufen. Das Problem ist überaus vielschichtig. Leider haben sich manche dieser negativen Verhaltensweisen zu einem Teil der Kultur entwickelt.

Für die Umsetzung des Projekts *Very Very Important Fish* brauchte ich die Unterstützung von Freiwilligen. Nachdem ich die Schauplätze kartografiert und eine Taktik entwickelt hatte, probte ich mit ihnen, Autos auf der Straße anzuhalten. Es ging vor allem darum, als konspirative Gruppe für rund zwei Stunden die Straße zu „hacken“. Für diese Aufgabe wählten wir diesmal gelbe Fahnen als unsere Waffen. In Jakarta ist diese Fahne allgemein als Symbol des Todes bekannt. In tropischen Regionen setzt die Verwesung einer Leiche sehr schnell ein, daher müssen die Toten sobald wie möglich beerdigt werden. Während der Hauptverkehrszeit ist es aber für eine größere Gruppe von Trauergästen sehr schwierig, in ihren Autos zum Friedhof zu gelangen, weswegen die gelbe Fahne so nützlich ist. Andere Fahrzeuge räumen einem Konvoi, der gelbe Fahnen mit sich führt, Vorfahrt ein. Dies ist ein ungeschriebenes Gesetz, gegen das selbst die Polizei nichts tun kann. Ich nutzte dieses System, um auf der Straße zwischen Jakarta und dem rund 30 Kilometer entfernten Depok Fahrzeuge anzuhalten. Ich verlieh dieser Aktion zusätzlich eine ökologische Botschaft, indem ich einen kleinen Fisch von einem stark verschmutzten in einen saubereren Fluss überführte.

Im Frühsommer 2011 fragte mich ein Freund in einem schummrigen Café in einem Vorort von Den Haag: „Für wen tust du das eigentlich?“ Für ein paar Schrecksekunden erstarrte mein Körper in einem eisigen Luftzug und meine Augen hörten auf zu blinzeln. Ich versuchte herauszufinden, was in meinem Kopf vor sich ging. Was habe ich im Sinn? Da die Macht in den Händen von Eliten liegt, die nie zufrieden sind, mit dem, was sie haben, ist es gar nicht so einfach herauszufinden, welcher Sache man sein Leben widmen soll. In der Vergangenheit waren die Menschen bereit, für ihre Nation und ihr Land zu sterben, doch heute ist Nationalismus nur noch ein Propagandawerkzeug, mit dem die Konzerne ihre Macht sichern. Die Religion, die über Jahrtausende hinweg die Menschen zu fast allem bewegen konnte, hat aufgrund eines rapiden kulturellen Wandels zugunsten des Ökonomischen an Bedeutung verloren. Ironischerweise warnen die

Religionen immer wieder vor den Gefahren des Materialismus. Selbst die letzte Bastion, die Familie, verliert an Einfluss. Die Technik, die unser Leben angeblich einfacher machen soll, hat uns in Wahrheit zu isolierten Individuen gemacht und die Familien gespalten. Die Globalisierung scheint der Welt ein veritables Aussehen zu verleihen, aber die Welt macht dabei ein unglückliches Gesicht. Einige Sekunden lang war ich sprachlos und mein Herz schlug immer schneller. Dann sah ich Liveberichte im Fernsehen von den Bränden im Kernkraftwerk von Fukushima. Ich atmete tief durch und antwortete: „Um die Welt wieder zum Lächeln zu bringen!“

Aus dem Englischen übersetzt von Nikolaus Gramm.

Endnoten

[1] vgl. <http://www.youtube.com/watch?v=u5y6ZNIrTHU>)gl.

[2] Luchalarm ist niederländisch und bedeutet Probealarm.

Autor_innen

Irwan Ahmett und Tita Salina (Mitautorin des Videos, siehe HTML) sind ein Künstler- und Designer-Duo. Sie leben in Jakarta. Sie kreieren Aktivitäten, die das Bewusstsein für die Wirklichkeit ihrer Stadt stimulieren und die Öffentlichkeit involvieren. Ihre Interventionen haben sie auch in anderen Teilen der Welt durchgeführt, unter anderem in Japan und verschiedenen europäischen Ländern.

irwanahmett@gmail.com

Hacking Public Space and Influencing People

In 1942, after three and a half centuries of colonization by the Dutch, Japan, as “the older Asian brother,” promised to liberate Indonesia. Instead, the Japanese became the colonizers for the next three and a half years. When the atomic bombs fell on Hiroshima and Nagasaki and Japan lost the war, Indonesia was still a colony. Freedom fighters proclaimed the Republic of Indonesia on August 17th, 1945. But the British, US-American, and of course Dutch allied forces were not willing to see the colony go. One month after Soekarno and Hatta (Indonesia’s first president and vice president, respectively) proclaimed independence, the Dutch returned and the allies refused to acknowledge Indonesia’s independence. Unilaterally they flew the Dutch flag from high buildings. This provocative action escalated the situation until an incident at Yamato Hotel, Surabaya, East Java: the Indonesian people forced the Dutch to lower the tricolored (red, white, blue) flag, which culminated in a bloody battle. [...] One thing I take as a good note from that incident is the ripping of the flag at Yamato Hotel. The flagpole on which the tricolored Dutch flag hung was climbed by a group of brave young men armed with spoils-of-war weapons and sharpened bamboo sticks. The battle was unequal because the allies had more powerful armaments, but the real power lay with these young men,

who were prepared to die. At the end, the blue color of the Dutch flag was ripped off, leaving only the two colors, red and white, of the Indonesian flag. The picture of that heroic action, which was disseminated by the media, inflamed resistance movements across the whole nation. For me, this incident is the first intervention in public space in Indonesia, and it remains the most important influence in every intervention project I have done. [...]

Von der Melkmaschine St. Pauli zu Utopia? St. Pauli selber machen!

Steffen Jörg

Nina Schuster

Das Interview mit Steffen Jörg vom Verein GWA (Gemeinwesenarbeit) St. Pauli befasst sich mit den aktuellen Veränderungen in Hamburg St. Pauli. Es stellt sie in den Kontext der ‚unternehmerischen Stadt‘, die bereits seit den 1980er Jahren als Modell der Hamburger Stadtentwicklung gilt. Am Beispiel der kollektiven Proteste von Mieter_innen der inzwischen polizeilich geräumten ESSO-Häuser am Spielbudenplatz zeichnet Steffen Jörg das Bild von St. Pauli als einem umkämpften, aber auch widerspenstigen Stadtteil: Die Bewohner_innen artikulieren und organisieren sich immer deutlicher gegen die Vermarktung des Viertels und gegen eine eindimensional renditeorientierte Stadtentwicklung für Besserverdienende, mit der eine Verdrängung armer Mieter_innen und Kleingewerbestruckturen verbunden ist.

Vom Armutsstadtteil zum Investitionsstandort

F.: Anfangen würde ich gern mit der aktuellen Situation auf dem Kiez. Der Stadtteil St. Pauli war jahrzehntelang einer der ärmsten Westdeutschlands. Seit etwa 15 Jahren finden hier massive Umbrüche statt, worüber aktuell auch immer wieder in den überregionalen Medien berichtet wird. St. Pauli wandelt sich gerade von einem innerstädtischen Armutsviertel in einen Investitionsstandort. Meine ersten Fragen wären: Wie würdest du die aktuelle Situation in St. Pauli beschreiben? Welche Akteure treiben die Veränderungen im Stadtteil voran?

A.: Du hast es schon erwähnt: Es gibt starke Umstrukturierungsprozesse im Stadtteil. Es ist schwierig, einen Startpunkt solcher Entwicklungen auszumachen, also genau zu sagen, wann so eine Umstrukturierung beginnt. Aber man kann schon konstatieren, dass es gerade in den vergangenen Jahren – wahrscheinlich in den vergangenen zehn Jahren – einen enormen Schub gegeben hat. Veränderungen bemerkt man hier im Stadtteil ganz enorm, ob das jetzt sehr repressive Maßnahmen sind wie die Kameraüberwachung und das Gefahrengebiet, auf das wir wahrscheinlich später noch mal zu sprechen kommen werden, oder die massiven Veränderungen am öffentlichen Erscheinungsbild oder die krassen Mietpreisentwicklungen. Denn

es gibt hier enorme Mietsteigerungen und eine zunehmende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen – auf dem Wohnungsmarkt finden also massive Veränderungen statt. Es kommt aber auch in der gesamten Gewerbestruktur zu starken Umstrukturierungsprozessen. Dieser sogenannte Business-Improvement-District [geplant an der Reeperbahn] steht sicherlich exemplarisch dafür.

F.: In welcher Hinsicht? Welche Gewerbe verschwinden, welche kommen neu hinzu?

A.: Wie so oft in Gentrifizierungsprozessen verschwinden Kleinst- und Kleingewerbe, die inhabergeführten Geschäfte. Es verschwinden aber auch die ganze für St. Pauli so typische Kulturszene, die subkulturellen Clubs und Läden und kleinere Kaschemmen, Eckkneipen und so etwas. Ersetzt werden sie durch kleinere Ketten, aber auch durch finanzkräftige Gewerbestrukturen. Im Zuge der Filialisierung drängen aktuell auch zunehmend große Ketten auf die Reeperbahn. Gosch hat hier schon seinen Flagshipstore realisiert, und es gibt immer wieder Gerüchte, dass Starbucks, H&M und Apple demnächst folgen werden.

Für wen verändert sich was? Wer profitiert, wer verliert?

F.: Man könnte doch auch sagen: „So ein Stadtteil verändert sich halt.“ Das zumindest ist das übliche Argument, das Gegner_innen derartiger Veränderungen zu hören bekommen.

A.: Ja, die Gegner_innen von Gentrifizierung werden immer schnell als Bewahrer_innen eines Status quo abgestempelt, als Leute, die gegen jede Veränderung sind – was ja de facto totaler Blödsinn ist. St. Pauli ist seit jeher ein Stadtteil, in dem dauernd Veränderungen stattfinden, wie in vielen anderen Vierteln ja auch. Nur ist die Frage doch immer: Für wen verändert sich was, und wessen Interessen werden maßgeblich bedient? Und da würde ich schon sagen, dass es da bestimmte Dynamiken oder Triebfedern gibt, wobei die Entwicklungen natürlich sehr vielschichtig sind. Eine solche Triebfeder bzw. eine leitende Ideologie ist das ‚Unternehmen Hamburg‘, die Vorstellung von einer unternehmerischen Stadt. Diese Idee wurde in Hamburg bereits in den frühen 1980er Jahren von Dohnanyi [Klaus von Dohnanyi, damals Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg] aufgegriffen. Sie bedeutet, dass eine Stadt als Unternehmen geführt werden soll und sich in Konkurrenz setzen muss zu anderen Metropolen. Es geht darum, Unternehmen und die ‚Leistungsträger‘ in dieser Gesellschaft anzuziehen und ihnen ein gutes Umfeld zu bieten, damit sie in die Stadt oder in bestimmte Stadtteile kommen. Alles muss sich rechnen, alles muss rentabel sein.

An dieser Stelle komme ich zu einem zweiten Punkt, der etwas mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zu tun hat. Waren früher die sogenannten harten Standortfaktoren wie Infrastruktur, Autobahnanbindung usw. maßgeblich, sind es jetzt eher die ‚weichen‘ Standortfaktoren. Insbesondere innerstädtische Quartiere sind für Unternehmen etwa aus der Kreativ- oder Werbebranche attraktiv. Am Beispiel der Schanze [Schanzenviertel, in

unmittelbarer Nachbarschaft zu St. Pauli] kann man das hoch- und runterdeklinieren, dort ist die Entwicklung sehr klischeehaft verlaufen. Aber auch an St. Pauli merkt man ganz deutlich: Das ist genauso ein Stadtteil, von dem sich Teile der Kreativ- und Medienwirtschaft ein besonders anregendes Umfeld für ihre Mitarbeiter_innen versprechen. Hier wird der Stadtteil nur noch als Standort für die neuen Dienstleistungsunternehmen betrachtet.

Aber auch als Wohnstandort werden innerstädtische Gebiete derzeit attraktiver. An der Lyrik, mit der Immobilienmakler derzeit für St. Pauli werben, kann man das sehr deutlich ablesen: „Da leben, wo andere ausgehen!“, „Mittendrin sein“ und so weiter. Für St. Pauli liest man das hoch und runter. Das heißt, es gibt einen großen Druck auf die innerstädtischen Quartiere. Der Wohnungsmarkt funktioniert ja so, dass diejenigen, die genug Geld haben, das Recht haben, dort zu wohnen, wo es ihnen gefällt. Alle, die sich die innerstädtischen Quartiere nicht mehr leisten können, haben dagegen zu verschwinden. Eine weitere Triebfeder dieser Veränderungsprozesse ist also ein renditeorientiertes Stadtentwicklungsmodell und damit auch ein auf Profit ausgerichteter Immobilienmarkt.



Abb. 1 Spielbudenplatz: Kontrast zwischen altem und neuem St. Pauli – ESSO-Häuser und ‚Tanzende Türme‘ des Strabag-Konzerns



Abb. 2 Enteignen. Protest am Bauzaun vor den ESSO-Häusern (Fotos: Olaf Sobczak)

F.: Du hast es gerade schon erwähnt: Es sind nicht alle Menschen von diesen neuen Lebensmodellen angesprochen. Nicht alle können sich die gestiegenen Mieten leisten. Es ist sicherlich die Mittelschicht, die mit dieser Lyrik der Immobilienmakler angesprochen werden soll. Welche Konsequenzen hat das für St. Pauli, für einen Stadtteil, der bis vor Kurzem einer der letzten Rückzugsorte in der Hamburger Innenstadt für die ärmere Bevölkerung war?

A.: Die Konsequenzen sind klar zu benennen. Es findet hier eine starke Verdrängung der einkommensschwachen Bevölkerung statt, und das Ganze wird dann noch von rassistischen, diskriminierenden Faktoren begleitet. Man merkt sehr deutlich, dass seit Jahren der Anteil sogenannter Ausländer_innen, also Menschen ohne deutschen Pass, rückläufig ist. Dazu führen, denke ich, zwei Mechanismen: Zum einen gehören aufgrund mehrfacher Diskriminierung in der Mehrheitsgesellschaft Menschen mit Migrationshintergrund in überdurchschnittlicher Zahl zur Gruppe der Einkommensschwachen; zum anderen, das merkt man auch in St. Pauli, wird dies begleitet von rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Leute ohne deutsch klingenden Namen haben es schwer, hier eine Wohnung zu finden. Das kann man auch aus den wenigen Sozialstatistiken, die es für Hamburg gibt, relativ deutlich ablesen. Wer also heutzutage in St. Pauli seine

Wohnung verliert – und St. Pauli ist noch überdurchschnittlich von ärmeren Menschen geprägt –, der findet in der Regel hier keine neue Wohnung mehr und verliert dadurch auch sein ganzes soziales Umfeld. Gerade für arme Menschen haben soziale Netzwerke zum Beispiel für ihre Alltagsbewältigung eine enorm große Bedeutung.

Melkmaschine St. Pauli

F: Für Hamburg hatte St. Pauli früher die Funktion des Amüsier- und Rotlichtbezirks, als Ausgeh- und Hafenviertel und als Wohnviertel für die Ausgestoßenen und Ärmere. Früher wäre es bestimmten Unternehmen und Bevölkerungsgruppen nicht im Traum eingefallen, hierher zu ziehen. Warum sind Stadtteile wie das Schanzenviertel und Karolinenviertel oder St. Pauli plötzlich so interessant für ganz viele Industrie- und Wirtschaftszweige? Wieso ändert sich gerade jetzt die Bewohnerstruktur? Was war vorher anders? Wie würdest du den Stadtteil vor Beginn der Umwälzungen charakterisieren?

A.: St. Pauli ist seit jeher für jegliche Einkommensgruppierung, jegliche Bevölkerungsgruppe ein Ausgehtadtteil gewesen, Stichwort Reeperbahn. Und er war schon immer die ‚Melkmaschine der Stadt‘: Hier wurde und wird viel Geld verdient, auch und vor allem auf Kosten der Bewohner_innen. Lärm, Sauberkeit usw. sind Probleme, die gibt es schon seit Jahrzehnten hier im Stadtteil. Für die hat sich aber solange niemanden interessiert, solange davon ‚nur‘ die Leute aus St. Pauli betroffen waren, die eh nicht groß einflussreich waren, um es einmal etwas vereinfachend auszudrücken.

Neu ist, dass jetzt so viele hier wohnen wollen. Irgendwann, wahrscheinlich schon in den 1980er Jahren, hat St. Pauli angefangen, als *entertainment district* interessant für eine bestimmte Kulturszene zu werden. Neu ist wirklich, dass jetzt Werbefirmen und Europas größte Baukonzerne sich hier ansiedeln – das wäre früher nicht denkbar gewesen. Heute heißt es plötzlich: „Jetzt muss doch mal was in St. Pauli getan werden!“ Jetzt werden so Dinge wie Lärm und Schmutz anders wahrgenommen, weil eine gewisse Klientel hierher gezogen ist und hierher gezogen werden soll. Diese derzeitigen Veränderungen gehen zu Lasten derer, die diesen Stadtteil ausgemacht haben, denn sie sollen jetzt verdrängt werden. Das ist nicht immer ein bewusstes, dezidiert geplantes Projekt, funktioniert aber über Rahmenbedingungen, die gesetzt werden und die genau das bewirken.

Früher existierte dieser enorme ökonomische Druck auf den Stadtteil nicht. Wenn man sich die vergangenen Jahre anguckt, kann man die Veränderungen am Erscheinungsbild ablesen. Jede Baulücke wurde in den vergangenen Jahren mit Eigentumswohnungen oder mit frei finanzierten hochpreisigen Mietwohnungen gefüllt. Spätestens seit 2004/2005 merkt man das ganz deutlich: Im Bereich der Neuvermietungen gehört St. Pauli inzwischen zu den teuersten Stadtteilen Hamburgs. Das war früher nicht so, und insofern kann man zwei Zahlen gegeneinander setzen: einerseits das generelle Mietniveau, das in St. Pauli noch relativ niedrig ist, wenn man einen kompletten Durchschnitt über den Stadtteil legt. Das hat damit zu tun, dass es hier noch viele Wohnungen gibt mit sogenanntem

Substandard oder einfachem Standard, in denen die Leute für wenig Geld wohnen können. Wenn man dem das Niveau der Neuvermietungen gegenüberstellt, dann reden wir in St. Pauli bei Neuvermietungen sicherlich inzwischen von 14 bis 15 Euro pro Quadratmeter im Durchschnitt. Die Tendenz geht eher zu 17 bis 18 Euro, und es ist kein Ende der Preisspirale in Sicht. Diese Entwicklung haben wir auch in unserem Film „Empire St. Pauli“ deutlich gemacht. Die von uns interviewten Alt-St.-Paulianer_innen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, haben uns immer wieder gesagt: „Früher war es eher peinlich, zu sagen, man lebt auf St. Pauli, heute ist es total hip geworden.“ Zugleich wohnen hier immer noch überdurchschnittlich viele Menschen mit geringem Einkommen und Menschen mit Migrationshintergrund. Das verändert sich derzeit aber rasant.

St. Pauli von unten

F.: Du arbeitest bei dem Verein GWA – Gemeinwesenarbeit St. Pauli. Wann ist die GWA auf den Plan getreten? Welche Aufgaben hat sie sich zu ihren Entstehungszeiten gesetzt, und welche Aufgaben setzt sie sich heute? Es ist ja eine ganze Menge Zeit seit eurer Gründung vergangen.

A.: Ja. Die GWA St. Pauli gibt es seit 1975, seit fast 40 Jahren. Vielleicht ganz kurz zur Gemeinwesenarbeit: Gemeinwesenarbeit ist ein Ansatz der sozialen Arbeit, der an den konkreten Lebensverhältnissen der Bewohner_innen eines Stadtteils und den gesellschaftlichen Rahmenbedingung ansetzt. GWA beinhaltet, dass die Bewohner_innen sich im lokalen Zusammenhang kollektiv für ihre Interessen einsetzen, Verbesserungen erwirken und ihr Wohnumfeld mitgestalten (können). Problemlagen werden nicht individualisiert betrachtet, sondern es wird eine Verbindung zu den strukturellen Faktoren und vorenthaltenen Partizipationschancen hergestellt.

Hier geht es darum, vor allem die gesellschaftlichen Strukturen hinter bestimmten Benachteiligungen sichtbar zu machen. Stichwort Hartz IV: Hier wäre ein GWA-Ansatz, nicht zu sagen: „Ich gehe jetzt mit dieser Person los und fülle ihr den Hartz IV-Antrag aus“ – das machen wir zwar auch. Aber wir kritisieren vor allem generell das Modell Hartz IV als Verarmungsmodell und führen eine Diskussion darüber. Das kann man natürlich auch übertragen auf die Gentrifizierungsdebatten. Da geht es uns nicht darum, die Person nur zu „Mieter helfen Mietern“ zu schicken und zu sagen: „Da kannst du deine Mietrechte gut vertreten lassen“, sondern es geht auch darum, Organisationsprozesse bei den Leuten anzuregen und dann generellere Kritik an dem Stadtentwicklungsmodell, dem ‚Unternehmen Hamburg‘, zu formulieren, diese Kritik dann in eine öffentliche Diskussion zu bringen und gemeinsam mit den Betroffenen, mit den Leuten, öffentlichen Druck zu organisieren und Demokratie und Mitbestimmung zu fördern.

Die GWA ist gegründet worden von Studierenden der sozialen Arbeit, die sich um Wohnungslose gekümmert haben. Zusammen mit ihnen haben sie eine Unterkunft erkämpft. Daraus ist ein ehrenamtliches Projekt entstanden, weil die Leute Lust hatten, sich weiter in diesem Stadtteil zu engagieren. Das thematische Spektrum war schon damals sehr breit: von

Hausaufgabenhilfe über eine Fahrradselbsthilfewerkstatt bis hin zu Beratungsangeboten, und das ist bis heute so geblieben. Über die Jahre hat sich eine bezahlte Hauptamtlichenstruktur entwickelt, organisiert sind wir als ein gemeinnütziger Verein.

Das Thema, das ich hier mit meiner Kollegin zusammen bearbeitete, Stadtentwicklung, Stadtteilarbeit, Stadtteilpolitik, ist eins, das die Geschichte der GWA immer wieder durchzogen hat: ob das damals die Auseinandersetzungen um die Hafenstraßenhäuser waren, in denen sich die GWA eindeutig positioniert hat, ob das der Kampf um ‚Park Fiction‘ war, eine Anwohner_innenplanung von unten, mit der ein schon gültiger Bebauungsplan gekippt wurde, oder ob das aktuell das Bündnis ‚Recht auf Stadt‘ ist oder hier in St. Pauli die Mieterinitiativen, die wir mit angeschossen haben und unterstützen.

F.: Kannst du etwas mehr zur Entstehung von Park Fiction erzählen?

A.: Park Fiction ist auf ungewöhnliche Weise entstanden. Als Mitte der 1990er Jahre bekannt wurde, dass einer der letzten offenen Zugänge zur Elbe hier im Quartier bebaut werden sollte, entschieden sich soziale Einrichtungen, Golden Pudel Club, Kunstschaaffende und Hafenstraße dazu, stattdessen einen öffentlichen Park zu entwerfen. Der neue Bebauungsplan für das Elbufer gegenüber von Dock 10 war eigentlich schon beschlossen. So recht glaubte niemand, dass es möglich wäre, die beabsichtigte Wohn- und Bürobebauung verhindern zu können. Doch das clevere Netzwerk realisierte mittels kollektiver Wunschproduktion einen Partizipationsprozess, der seinen Namen tatsächlich verdient hat. Die Beteiligten mussten zehn Jahre lang kämpfen, um den Park im August 2005 endlich eröffnen zu können. Dieser Ort ist nicht nur ein Juwel mit freiem Blick auf die Elbe und Hamburgs Hafen, nicht nur ein Ort, an dem ganz verschiedene Menschen laue Sommertage und -abende genießen. Er ist auch das Ergebnis von Widerstand und einer Stadtplanung von unten – und somit eine Erfolgsgeschichte der Kämpfe für öffentliche Räume.

Als GWA verstehen wir uns als parteiische Akteurin, die – hochtrabend gesagt – auf der Seite der Benachteiligten steht. Gleichwohl geht es darum, in Runden Tischen und anderen Diskussions- und Aushandlungsprozessen Forderungen des Stadtteils in etablierte parlamentarische Politikstrukturen einzubringen und verschiedene Seiten miteinander in einen Austausch zu bringen. Unsere Ziele sind relativ klar. Wir sagen: „Die Leute, die es am

Abb. 3 Park Fiction
Panorama (Foto:
Margit Czenki)



meisten betrifft, müssen gehört werden, sie müssen an solchen Entwicklungsprojekten tatsächlich beteiligt werden.“ Und wir sagen, dass sich eine Stadtentwicklungspolitik nicht darauf beschränken darf, die Interessen der Immobilienwirtschaft, also Profitinteressen, als dominante Interessen in den Vordergrund zu stellen. Stattdessen braucht es hier gänzlich andere Vorstellungen davon, wie Stadtteile entwickelt werden. Und da hat St. Pauli natürlich auch einen Fundus, auf den es zurückgreifen kann, zum Beispiel aus den Kämpfen um ‚Park Fiction‘, die Hafenstraße oder die Auseinandersetzungen um das Hafenkrankenhaus und vieles andere mehr.

F.: Du hast es schon gesagt: Die GWA hat das Ziel, gesellschaftliche Strukturen sichtbar zu machen. Dazu gehört auch, dass ihr dabei helft, mehr Demokratie von unten zu ermöglichen. Welche kollektiven Prozesse sind neben Park Fiction in den vergangenen Jahren in St. Pauli in Gang gekommen? Was stört die Bewohner_innen heute in ihrem Stadtteil? Welche Veränderungen nehmen sie wahr und wie reagieren sie darauf?

A.: Ich bin erst seit 2007 in der GWA tätig und eines meiner ersten Projekte war das Filmdokumentationsprojekt „Empire St. Pauli“. Dafür haben wir fast 90 Interviews im Stadtteil geführt, sowohl mit den klassischen alteingesessenen St. Paulianer_innen als auch mit Neuzugezogenen, mit Projektentwicklern etc. Bemerkenswert fand ich, was die Nachbarschaft hier auf die Frage gesagt hat: „Was passiert denn gerade im Stadtteil?“ Die Antwort war fast unisono: „Die Mieten steigen, und ich habe Angst, auch bald hier weg zu sein!“ Insofern ist das etwas, das die Leute seit Jahren als existenzbedrohend wahrnehmen, als Angst vor Verdrängung oder auch bereits erlebte Verdrängung. Wir haben auch einige interviewt, die schon aus dem Stadtteil ‚weggentrifiziert‘ wurden. Und wenn man sich mit den Leuten zusammensetzt und sagt: „Erzählt doch mal, was sind gerade eure Problemlagen? Wie sieht die Situation bei Euch aus? Was wünscht ihr euch denn?“, dann wird zum einen relativ klar formuliert, was ich auch gerade schon gesagt habe: „Wir haben Angst, dass wir in zwei Jahren nicht mehr hier sind. Und die wollen uns doch hier alle weg haben. Und die Mieten steigen. Und wir sind doch Ballast für gewisse Planungen.“ Zumindest am Anfang haben auch ganz viele Leute gemeint: „Das bringt ja eh jetzt nichts, wenn wir was machen.“ „Kannste doch vergessen!“ „Da haben wir doch gar keine Chance!“ Das ist die pauschale Wahrnehmung der Prozesse, die hier stattfinden: „Wir werden nicht gehört. Wir sollen hier weg. Und ob wir uns organisieren und was machen, das macht doch keinen Unterschied. Das bringt doch alles nichts.“

Man merkt jetzt, und das war für mich schon sehr eindrucksvoll – gerade an dem Beispiel der ESSO-Häuser-Auseinandersetzung –, dass dort jetzt totale Ermächtigungsprozesse ablaufen. Also wenn mir jemand vor ein paar Jahren erzählt hätte, die Bewohner_innen, die Strukturen in den ESSO-Häusern und drum herum, werden es schaffen, einem milliardenschweren Immobilienunternehmen die Stirn zu bieten, dann hätte ich wie ganz viele andere die Stirn gerunzelt und gesagt: „Ich weiß nicht, ob das wirklich so klappen wird.“ Auch wenn wir kurz vor dem Abriss stehen, wurde doch enorm viel erreicht. So ist erreicht worden, dass es den Umständen entsprechend einen relativ guten Umgang mit den Wohnungsmieter_innen

gibt. Das trifft leider nicht auf das Gewerbe zu. Und die Leute sind einfach mal krass selbstbewusst geworden. Die sagen: „Wow. Ich sitze da plötzlich mit Bezirkspolitikern zusammen.“ Oder: „Wir verfassen ein Papier, und die Bezirkspolitik und andere sehen sich genötigt, darauf zu reagieren.“ Auch wenn man gucken muss, was auf diese Reaktionen tatsächlich folgen wird. Aber das ist schon sehr bemerkenswert. Anmerken muss man hier sicherlich, dass wir in St. Pauli eine saugute Ausgangssituation für solche Formen des Widerstandes haben. Hier gibt es eine gewisse Widerstandstradition und Erfahrungswerte, es leben viele Leute im Stadtteil, die über das soziale und kulturelle Kapital verfügen, um solche Prozesse forcieren zu können. Da haben es andere Stadtteile meist ungleich schwerer.

ESSO-Häuser – Protest gegen den Abriss von günstigem Wohnraum und die Spekulation mit Wohnimmobilien

F.: Gilt das auch für die ESSO-Häuser? Was sind das für Häuser? Was sind da die aktuellen Entwicklungen? Mich würde auch interessieren, wer da bis vor Kurzem gewohnt hat? Sind das die, die auf diese Tradition von Protest und auf großes soziales und kulturelles Kapital zurückgreifen können? Wer sind die, die sich da plötzlich melden und sich organisieren?

A.: Das sind definitiv nicht die mit dem sozialen und kulturellen Kapital und den Protesterfahrungen. Da gibt es zwar die eine oder andere Person, die ich darunter fassen würde, aber pauschal gesagt sind gerade die Leute, die in den ESSO-Häuser wohnten, nicht per se die, von denen man erwartet hätte, dass sie sich zusammenschließen und wissen, wie eine öffentlichkeitswirksame Kampagne funktioniert.

An dieser Stelle vielleicht kurz etwas zur Geschichte der ESSO-Häuser. Sie sind Ende der 1950er/ Anfang der 1960er Jahre gebaut worden von der Familie Schütze, die auch die Tankstelle betrieben hat, klassischer Nachkriegsbau. Interessanterweise wurde das Grundstück erst einmal per Erbbaupacht vom Hamburger Senat an diese Familie vergeben, und die hat dann die Häuser gebaut. 1997 hat die Familie Schütze das Grundstück von der Stadt mit dem Argument gekauft, sie hätte schon so viel investiert und müsste auch noch so viel investieren, es würde sich in Erbbaupacht nicht „rechnen“, sie bekäme keine Kredite mehr von der Bank usw. Schützes haben das Grundstück damals für umgerechnet knapp 5 Millionen Euro von der Stadt gekauft. Jetzt, zwölf Jahre später, haben sie es mit enormem Gewinn für 18,9 Millionen Euro an die Bayerische Hausbau weiterverkauft. Und das Gutachten, das letzten Sommer erstellt wurde, hat relativ deutlich festgestellt, dass die maßgeblichen Instandsetzungen nie oder kaum durchgeführt worden sind. Insofern haben die Schützes damals offenbar gelogen in Bezug auf ihre Gründe, das Grundstück zu kaufen, denn sie sind scheinbar nicht ausreichend ihrer Instandhaltungspflicht nachgekommen. Dann ist die Bayerische Hausbau auf den Plan getreten. Die hat von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, dass sie die ESSO-Häuser abreißen und neu bauen will.

Das war der Moment, in dem sich die Initiative gegen den Abriss gegründet hat. Außer der GWA, die von Anfang an mit dabei war, war das am Anfang eine Initiative, die getragen wurde von den Gewerbetreibenden

im Haus und von den Leuten, die darin gewohnt haben. Dazu kamen noch einige Stadtteilaktive. Letztere würde ich schon zu denjenigen zählen, die Erfahrungen mit politischen Auseinandersetzungen hatten und ein gewisses kulturelles, soziales und auch politisches Kapital haben. Ansonsten war die Initiative stark von den direkt Betroffenen geprägt. Diese Initiative hat es geschafft, über vier Jahre lang zumindest erst mal den Abriss der Häuser zu verhindern. Außerdem hat sie es auf jeden Fall geschafft, das Thema ESSO-Häuser hier in der Stadt zu einem zentralen Politikum zu machen. Das ganze spitzte sich vergangenes Jahr im Sommer noch einmal enorm zu, als das vom Bezirk in Auftrag gegebene Gutachten präsentiert wurde. Dieses wurde derart ausgelegt, dass der bauliche Zustand der Häuser nichts anderes zulässt als Abriss und Neubau, obwohl das Gutachten explizit eine Sanierung für technisch möglich hielt. Im Dezember wurden die Bewohner_innen der Häuser dann wegen einer gemeldeten Erschütterung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion evakuiert.

Es kamen Ende Dezember also drei Dinge zusammen: Die große Demonstration rund um die Rote Flora wurde von der Polizei verhindert, es gab Proteste gegen die Abschiebung der Flüchtlinge aus Lampedusa und gegen den Abriss der ESSO-Häuser. Diese Ballung von Auseinandersetzungen hat der medialen Aufmerksamkeit für den Konflikt einen enormen Schub gegeben. Zwar war auch davor schon weit über Hamburgs Grenzen hinaus über die ESSO-Häuser berichtet worden. Doch die Ereignisse um die Evakuierung herum haben das mediale Interesse für die Prozesse in St. Pauli noch mal verstärkt. Sogar der britische Guardian hat darüber berichtet. Mittlerweile werden die ESSO-Häuser als eines der Paradebeispiele für Gentrifizierung gehandelt. Die Evakuierung der Häuser verdeutlicht wie im Zeitraffer, was sonst einfach über einen langen Zeitraum stattfindet: die Verdrängung. Dann zieht mal der aus, dann wird der rausgemobbt, dann wird diese Wohnung saniert usw. Dieser meist eher länger andauernde Prozess ist zusammengeschnürt auf eine Nacht-und-Nebel-Aktion, in der die Leute von der Polizei aus ihren Wohnungen geholt wurden. Dieses Ereignis hat sehr deutlich vor Augen geführt und das Bild davon geprägt, was eigentlich in solchen Prozessen passiert.

Abb. 4 Wir haben eigene Pläne. Protest vor den ESSO-Häusern am Spielbudenplatz

Abb. 5 Bürgerinfo 14.8.2013. Protest gegen Abriss der ESSO-Häuser (Fotos: Olaf Sobczak)



Fehlende kommunale Wohnungsaufsicht

F.: Die Räumung hat dem Ganzen auch eine gewisse Dramatik beschert. Bemerkenswert ist, wie selten darüber gesprochen wird, warum jahrzehntelang nichts an solchen Mietshäusern gemacht wurde. Du hast

es gerade erwähnt: Die Häuser sind mittlerweile in einem schlechten Zustand, aber es wurde noch darum gestritten, ob sie abgerissen werden müssen. Vorher hatten sich die Mieter_innen offenbar nicht gemeinsam dazu entschließen können oder es nicht geschafft, sich gemeinsam dagegen zu wehren. Denn letztlich ist eine Vermieterin für die Instandhaltung eines Gebäudes zuständig.

A.: Genau. Es sind nicht die Wohnungen, die einsturzgefährdet oder baufällig sind. Die haben die Bewohner_innen teilweise selbst instandgesetzt und in Schuss gehalten, weil die Eigentümerin nur selten etwas getan hat. Das Problem dieser Häuser ist offenbar die Tiefgaragenkonstruktion. Da ist es eher schwierig für die Bewohnerschaft eines Hauses zu sagen: „Oh, diese Balken sehen aber komisch aus, da müssen wir mal eine statische Untersuchung machen lassen!“ Es wird immerhin gerade damit begonnen, darüber zu diskutieren, wenn auch noch viel zu wenig. Das Stichwort ist so etwas wie ein Häuser-TÜV. Das gibt es auch Fachverbände, die inzwischen sagen: „Es kann nicht sein, dass ein Haus überhaupt in einen solchen Zustand kommen kann. Da haben die Behörden versagt, da haben generelle Mechanismen versagt. Das muss sich ändern.“

F.: Die Idee, die Wohnungsaufsicht neu zu regeln und entsprechende Gesetze zu ändern, wird ja zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen gerade neu diskutiert.

A.: Erst vor ein paar Tagen habe ich erfahren, dass es offenbar auch für Immobilien, die im Bundesbestand sind, eine Richtlinie gibt, die besagt, dass die Gebäude in regelmäßigen Abständen geprüft werden müssen und danach eine Art Siegel bekommen. Soweit sind wir auf der Landesebene und der kommunalen Ebene noch nicht.

Ich finde es jedoch wichtig anzuerkennen, was die Initiative in diesem Bereich erreicht hat. Auch wenn ich noch viele Fragezeichen habe zur Interpretation des Gutachtens und viele Fragezeichen zu dieser Evakuierungssituation und zu der Frage, wie einsturzgefährdet die Häuser jetzt tatsächlich sind: Es gibt wohl niemanden, der ernsthaft glaubt, dass es in der aktuellen Situation strategisch und politisch noch sinnvoll wäre, „keinen Abriss“ zu fordern. Nichtsdestotrotz fordern „SOS St. Pauli“ und „St. Pauli selber machen“ jetzt nach einer großen Versammlung, die wir vor ein paar Wochen hatten: „Kein Abriss ohne Garantien!“ Das heißt, der Abriss darf eigentlich nicht beginnen, bevor nicht klipp und klar geklärt ist, dass die Leute ein Rückkehrrecht haben. Und das zu den gleichen Konditionen. Es geht also darum, dass rechtlich verbindlich gesagt wird: „Hier kommt nur 100 Prozent sozialer Wohnungsbau hin. Hier kommen nur Wohnungen mit günstigen Mieten hin.“ Bisher wurde ein solches Geschehen ja meist einfach hingenommen: Da kauft halt so ein Investor ein Haus, lässt es verkommen, reißt es irgendwann ab und baut profitabel neu. Die Initiative hat es geschafft, diese Selbstverständlichkeit zu durchbrechen und die Abläufe zu bremsen.

Man merkt, dass das im Moment einen Nerv in der gesamten Gesellschaft trifft, dass sich darüber Unmut und Empörung Bahn brechen. Inzwischen sind wir soweit, dass die Bezirks-SPD hier 50 Prozent Sozialwohnungen

fordert und damit weit über die sogenannte Drittelösung hinausgeht, die ja sonst das Mantra der Hamburger SPD ist und die sie als das fortschrittliche Nonplusultra in der Wohnungspolitik verkauft. Die GRÜNEN gehen inzwischen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie sich unseren Forderungen, die Bayerische Hausbau zu enteignen, anschließen. Sie sagen: „Wenn die Bayerische Hausbau hier nicht mitspielt und nicht die Kriterien der Politik erfüllt, dann müsste man auch darüber nachdenken, ihnen das Grundstück abzunehmen.“ Ich bin da skeptisch, wie sehr man die im Parlament vertretenen Parteien beim Wort nehmen darf. Nichtsdestotrotz macht es mir deutlich, welche enorme Sprengkraft dieses Projekt hat und wie die politischen Parteien das einschätzen. Denn so eine Enteignungsforderung ist schon etwas, das im politischen Alltag nicht gerade häufig vorkommt.

F.: Das passt nicht sehr gut zur unternehmerischen Stadt.

A.: Nicht wirklich.

„St. Pauli selber machen“

F.: Das heißt, du schätzt die Chancen der Initiative für die ESSO-Häuser positiv ein? Welche Strategien verfolgt ihr derzeit? Setzt ihr auch auf Gespräche mit Entscheidungsträger_innen? Gibt es Versammlungen, Runde Tische, Demonstrationen? Und welche Mittel habt ihr darüber hinaus für euch gefunden?

A.: Hier würde ich gern den Bogen zum GWA-Projekt „St. Pauli selber machen“ schlagen. Dieses Projekt hat die GWA St. Pauli in den vergangenen zwei Jahren, also 2012 und 2013, durchgeführt. Es wurde durch Bundesmittel finanziert im Rahmen eines sogenannten Pilotprojekts im Programm Nationale Stadtentwicklungspolitik unter dem Titel „Neue Wege der Partizipation“. Ganz grob gesagt war die Ausschreibung eine Reaktion auf die Proteste gegen Stuttgart 21. Die Wutbürger_innen sind auf der Straße, die Politik bemerkt, dass die bisherigen Partizipationsmodelle nicht mehr funktionieren. Daher wurde nach experimentellen, neuen Wegen dafür gesucht, Partizipation anders zu organisieren. Ich würde dazu kritisch anmerken, dass sich dahinter auch eine Suche nach neuen Legitimationsmodellen verbirgt, und nicht immer nach tatsächlicher Partizipation. Zugleich hat man gemerkt, dass es tatsächlichen Bedarf gab, zu schauen: Wie kommen wir an die Leute heran, die wir sonst nicht erreichen?

Wir haben also das Projekt „St. Pauli selber machen“ zwei Jahre lang durchgeführt. Das Motto des Projekts war sehr hochtrabend: Nicht Politik, nicht Behörden und Investoren setzen sich zusammen und planen irgendwas und stellen das dann vor, und dann dürfen noch ein paar andere sich daran beteiligen. Unser Motto war: Es muss genau andersherum ablaufen. Die Bevölkerung im Stadtteil plant, überlegt sich, was sie braucht, und beteiligt anschließend Behörden und Investoren daran. Es war uns schon klar, dass das eine utopische und hochtrabende Idee war. Uns war es jedoch wichtig, das als Perspektive zu haben.

Interessanterweise gab es vor zwei Wochen diese große Stadtteilversammlung, die ich schon erwähnt habe. Die stand unter dem Motto „St. Pauli selber machen“. Das Motto unseres Pilotprojektes wird also gerade weiterverwendet. Das neue „St. Pauli selber machen“, die Stadtteilversammlung, umfasste beim ersten Treffen 400 Leute. Es wurde eine Resolution verabschiedet. Es war eine ziemliche Aufbruchsstimmung bei dieser Versammlung, viele Leute sind aufgestanden und haben gesagt: „Wir fühlen uns nicht mehr repräsentiert, wir fühlen uns nicht mehr vertreten durch die parlamentarischen Parteien. Wir müssen in einen Prozess einsteigen, in dem wir tatsächlich selber etwas vorschlagen, in dem wir selber planen, uns gegenseitig schlau machen und den Druck weiter aufrechterhalten.“ Und selbst das Folgetreffen hier in unserem Stadtteilzentrum, das es nach der Stadtteilversammlung gegeben hat, war mit 100 Leuten übervoll. Es gibt seitdem verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit bestimmten Teilaspekten beschäftigen.

Hier komme ich jetzt auf die Strategien. Die lauten zum einen, zu sagen: „Ihr könnt vielleicht planen, vielleicht habt ihr euren Wettbewerb und sagt jetzt, der Wettbewerb wird zwischen Bezirk und Bayerischer Hausbau ausgemacht, wenn man jetzt auf die ESSO-Häuser fokussiert. Und dann kann jemand aus dem Stadtteil in dem Vergabegremium in der Jury sitzen oder wir dürfen, wenn es gut läuft, noch ein Büro mitbenennen, das an dem Wettbewerb teilnehmen darf. Das lehnen wir nicht grundsätzlich ab. Aber wir fangen jetzt selber an zu planen.“ Wir machen selbst eine Planung, die von unten kommt, und wir fragen die Leute: „Was ist denn euer Wunsch, was braucht es denn wirklich?“ Mit dieser Planung versuchen wir ein wirkmächtiges Instrument zu haben, das man auch in der Öffentlichkeit benutzen kann. Und wir hoffen, dass die etablierten Akteure dann nicht darum herum kommen. Das ist ein tatsächlich von unten generierter Prozess, der natürlich inspiriert ist von Projekten wie ‚Park Fiction‘. Auf der anderen Seite wollen wir uns aber der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und etablierten Strukturen bewusst sein und jetzt nicht einer Utopie verfallen, so nach dem Motto: Ach, was die da machen mit ihren städtebaulichen Wettbewerben, das interessiert uns nicht. Es hat für uns natürlich Relevanz, wenn die Politik oder der Bezirk uns Angebote machen, uns zum Beispiel die Möglichkeit geben, etwas mit in den Auslobungstext hineinzuformulieren, oder die Möglichkeit, eine oder zwei Positionen in der Jury mitzubeseetzen. Für diesen Prozess wollen wir ebenfalls offen sein und sagen: „Ja, das nehmen wir auch wahr!“ Zum einen treiben wir also den selbstorganisierten Prozess voran, zum anderen gucken wir immer wieder, wie wir das, was wir wollen, in etablierte Strukturen von Bezirkspolitik, Verwaltung und Wettbewerbsverfahren transformieren können, die ja laufen und die den formalen Kriterien entsprechen.

Kollektives Wissen, kollektive Erfahrungen

F.: Das heißt, ihr eignet euch jede Menge Expertise an zu Planungsprozessen, Bewilligungsverfahren, Verwaltungsprozessen, Mietrecht usw., und diese Prozesse bringen euch neue kollektive Erfahrungen in diesen Bereichen?

A.: Klar, viel Wissen ist natürlich hier im Stadtteil vorhanden. In der Bewerbung für das Pilotprojekt „St. Pauli selber machen“ haben wir schon gesagt:

Abb. 6 Empire St.
Pauli. Besetzen kommt
nie aus der Mode

Abb. 7 Millerntor-
stadion 26.02.2012.
Niemand hat die
Absicht, eine Mauer
einstürzen zu lassen
(Fotos: Olaf Sobczak)

„Es gibt hier total viel!“ Es gibt im Grunde drei Arten von Wissen hier. Es gibt das Expertenwissen, zum Beispiel das der Stadtplaner_innen, die wissen, wie Stadtplanungsprozesse zu funktionieren haben. Es gibt das vermeintlich triviale Alltagswissen der Leute, die in diesem Stadtteil leben und die wissen, was sie umtreibt, was sie brauchen. Und es gibt drittens das gewonnene Erfahrungswissen, Stichwort ‚Park Fiction‘, Hafenkrankenhaus, Hafenstraßenhäuser. Das ist das Wissen von Leuten, die sich eingemischt haben, die in diesen Prozessen schon bestimmte Sachen durchlaufen und da Erfahrungen gemacht haben. Das ist gerade ein sehr interessanter Prozess, der hier stattfindet nach dieser großen Stadtteilversammlung. Wir haben zum Beispiel eine AG Planung, in der Stadtplaner_innen, Architekt_innen, Künstler_innen und die „normale Nachbar_in“ zusammenkommen und sich so wunderbar ergänzen. Dazu kommen auch Leute, die Projekte in anderen Städten gemacht haben und dort andere Erfahrungen gemacht haben, die Positives wie Negatives erlebt haben und das mit hierher tragen. Es ist schon bemerkenswert, wie viel verschiedenes Wissen hier tatsächlich vorhanden ist und sich hier gerade in einen selbstorganisierten Prozess einbringen will.



Erfolge? Misserfolge? Zur Ambivalenz politischer Prozesse

F.: Wir haben über die ESSO-Häuser gesprochen und die erstaunlichen Erfolge der Initiative für die Esso-Häuser. Es gibt aber ja noch andere Konflikte im Stadtteil. Wie würdest du aus der Perspektive der Bewohner_innen bewerten, was bisher erreicht wurde? Macht es Sinn, von Erfolgen und Misserfolgen zu sprechen?

A.: Ehrlich gesagt, ist es aus meiner Sicht immer beides zugleich. Das lässt sich zum Beispiel an ‚Park Fiction‘ zeigen. Es gibt eine Fraktion, die sagt ganz platt: „Ey, Park Fiction, voll das Gentrifizierungsprojekt! Es findet sich auf jeder Imagebroschüre der Stadt Hamburg wieder, überall sieht man die Palmen, es wird gelobt von der Stadt Hamburg. Inzwischen ist es ein Touri-Ding und hat seinen Beitrag gehabt an der Gentrifizierung dieses Stadtteils.“ Die andere, dem unversöhnlich gegenüberstehende Meinung, wäre: „Ey, das kann doch gar nicht Gentrifizierung sein, das war ein Planungsprozess von unten, da haben wir uns was erkämpft! Komm mir doch jetzt nicht mit Gentrifizierung.“ Meiner Meinung nach bringt uns ein Denken in diesen Polen und Gegensätzen nicht weiter. Ich glaube, wenn man sich die einzelnen Projekte und Auseinandersetzungen anschaut, dann findet man immer etwas Positives und etwas Negatives.

Die Frage ist doch immer, wie positioniert man sich weiter darin. Auch die Hafenstraßenhäuser, das Beispiel schlechthin für ein systemkritisches, den Kapitalismus ablehnendes Projekt, das nicht nur ein Haus besetzen wollte, sondern gleich den ganzen Kapitalismus infrage stellte, ist inzwischen eine Touristenattraktion, wird gelobt von Senat und Handelskammer als wichtig für die Marke St. Pauli. Da kommt man nie raus.

Das kann man auch an der Auseinandersetzung um die Bernhard-Nocht-Straße sehen, die ja auch sehr öffentlichkeitswirksam und wirkmächtig war. Man hatte das Konzept „NoBNQ“ [kein Bernhard-Nocht-Quartier] als großes Gegenkonzept. Wir kaufen das Ding und entwickeln es anders. Das hat nicht geklappt, und viele Leute meinen jetzt: „Ey, das war ein totaler Misserfolg.“ Ich würde sagen, die Leute, die Altmietler_innen, die in den Häusern gewohnt haben, die haben eine sanierte, modernisierte Wohnung bekommen ohne Mieterhöhung. Die haben Mietbestandsgarantie für die nächsten zehn Jahre. Für die wurde viel erkämpft, es wurde ein Genossenschaftsprojekt dahin gesetzt, eventuell folgt noch ein zweites. Da ist doch total viel erreicht worden, und gleichzeitig muss man sagen, da sind auch teure Neubauten entstanden, und man muss sagen, die Initiative „NoBNQ“ hat es nicht geschafft, mit einer aus meiner Sicht zukunftsweisenden Alternativplanung durchzukommen.

Genauso kann man das bei den ESSO-Häusern auch sehen, auch wenn die Häuser jetzt abgerissen werden. Ich werde wahrscheinlich dastehen und ich werde traurig und wütend sein, wenn die Bagger die ESSO-Häuser abreißen. Nichtsdestotrotz ist es enorm, was schon jetzt erreicht wurde: die Zusagen, die zum Beispiel den Mieter_innen gemacht worden sind, die aber noch nicht weitreichend genug sind. Ja, es ist enorm, dass wir das erreicht haben, weil wir politischen Druck aufgebaut haben. Denn rein formalrechtlich hätte es diese Zusagen einfach nicht geben müssen. Insofern kann man das nicht so aufteilen: Das war ein Erfolg und das ein Misserfolg. Ich würde für die ESSO-Häuser resümieren, dass es für die Wohnungsmieter_innen ein totaler Erfolg war. Mit denen wird, den Umständen entsprechend, richtig gut umgegangen, wobei das gleich wieder einen schalen Beigeschmack hat. Denn die Wohnungen, die ihnen jetzt prioritär zugeschustert werden – sanierte, öffentlich geförderte Wohnungen –, die fehlen natürlich an anderer Stelle. Die SAGA [größte kommunale Wohnungsbaugesellschaft in Hamburg] hat anscheinend Order bekommen, die ESSO-Mieter_innen mit höchster Priorität zu versorgen – alle anderen gucken gerade etwas in die Röhre. Das könnte man jetzt wieder problematisieren. Aber die Frage, wie erfolgreich die Auseinandersetzung um die ESSO-Häuser war, wird sich auch und vor allem erst in den nächsten Monaten oder Jahren beantworten lassen – ob man es wirklich geschafft hat, Einfluss auf die Neuplanung dieses Areals zu nehmen, also etwas zu erreichen, was weit darüber hinausgeht, die eine oder andere Sozialwohnung mehr in Verhandlungen durchzusetzen.

Vom Gefahrengelände zum Business-Improvement-District

F.: Ich würde gern auf die besondere Sicherheitslage und die besonderen Rechte der Polizei in St. Pauli zu sprechen kommen und darauf, wie

von staatlicher Seite mit Protesten auf St. Pauli umgegangen wird. Die Gefahrengebiete waren ja keine spontane Erfindung im Zusammenhang mit den verschiedenen Demonstrationen im Dezember vergangenen Jahres, sondern sie sind rechtlich abgesichert durch eine gesonderte Polizeigesetzgebung, die ihr ja auch kritisiert.

A.: Die Gefahrengebiete, die bundesweit endlich für Aufsehen gesorgt haben, sind in St. Pauli seit 2005 Realität. Seit der Einführung des Polizeigesetzes haben wir in St. Pauli ein Gefahrengebiet. Nach dieser Demo im Dezember 2013 haben ja Leute, die im Stadtteil wohnen, skandalisiert, dass sie Platzverweise bekommen haben für ihren eigenen Stadtteil. So etwas haben wir auch erlebt, als wir den Film „Empire St. Pauli“ gedreht haben. Wir hatten uns mit einem Klienten des „Stay alive“, einer Drogenberatungseinrichtung mit Konsumraum, verabredet. Da es ein Missverständnis wegen der Uhrzeit gab, war der schon eine Stunde früher da. Und als wir ankamen, wurde er gerade von der Polizei kontrolliert und ihm wurde ein Platzverweis ausgesprochen, weil er mit zwei, drei anderen Leuten zusammenstand und Bier getrunken hat. Das Instrument des Gefahrengebiets gibt es in St. Pauli schon ganz lange.

Dieses Instrument des Gefahrengebiets hat zumindest zum Teil auch seine Funktion bei der Umwälzung und Umwandlung des Stadtteils. Sicherheit und Ordnung, ein repressiver Blick auf Stadtviertel, das kennt man von anderen Gentrifizierungsprozessen. Mietsteigerungen sind ökonomische Zwänge. Aber die begleitenden Maßnahmen sind in solchen Stadtteilen wie St. Pauli konkrete ordnungspolitische Maßnahmen, die mit Polizei einhergehen, mit Kameraüberwachung. Die Überwachung auf der Reeperbahn ist schon wieder abgeschaltet. Aber die Reeperbahn war meines Wissens die erste Straße in Deutschland, die komplett mit Kameras überwacht wurde. Das wird legitimiert mit der Kriminalitätsstatistik. Ich würde aber sagen, dass es letztendlich ein ordnungspolitisches Begleitinstrument in der sozialen Umwälzung dieses Stadtteils ist. Auf der Stadtteilversammlung hatten wir einen Input mit dem Titel „Vom Gefahrengebiet zum Business-Improvement-District“. Da wird für mich der richtige Bogen geschlagen. In den Gefahrengebieten wird ja mit polizeilichen Maßnahmen eine gewisse Klientel kontrolliert. Wir kriegen das hier mit auf dem Hein-Köllisch-Platz: Es gibt hier verdachtsunabhängige Polizeikontrollen, immer wieder. Und wenn man die Beamten fragt, wen sie kontrollieren, wird gesagt: „Naja, migrantische Jugendliche“ oder sogenannte südländisch aussehende Jugendliche. Oder es wird gesagt, Trinker- oder Obdachlosenszene. Man merkt schon deutlich, welche Leute kontrolliert werden und nicht mehr so erwünscht sind. Das Ganze wird in dem Business-Improvement-District noch mal zugespitzt und komplementiert, weil darin deutlich wird, um was für eine Entwicklung es in diesem Stadtteil geht. Es geht um ein Wirtschaftsverbesserungsumfeld. Es geht darum, die Grundstücke wertvoller zu machen. Und da gibt es aus deren Sicht störende Faktoren, auch störende Bevölkerungsgruppen, sogenannte Randständige, Obdachlose, auch gewisse Sexarbeiter_innen. Diese Menschen sollen mit verschiedensten Methoden verdrängt werden. Und Bettler_innen und Arme sind

in Hamburgs Innenstadt und in den politischen Diskussionen schon lange unter Beschuss.

F.: Steffen, vielen Dank für das spannende Interview!

Interview und redaktionelle Überarbeitung: Nina Schuster

Transkript: Manfred Oberländer

Beteiligte:

Steffen Jörg ist Sozialarbeiter und stadtpolitischer Aktivist. Er war beteiligt an der Gründung des Netzwerks „Recht auf Stadt“ in Hamburg und ist aktiv in verschiedenen Initiativen in St. Pauli, war beteiligt am Film „Empire St. Pauli“ und an einer Langzeit-Doku über die ESSO-Häuser.

steffen.joerg@gwa-stpauli.de

Nina Schuster erforscht soziale Praktiken in sogenannten benachteiligten Stadtteilen; außerdem forscht sie zu queeren Raumproduktionen, sozialen Bewegungen, Diversity und sozialer Mischung aus der Perspektive sozialer Ungleichheit.

nina.schuster@tu-dortmund.de



Touristification in Berlin

Ein Bericht zur Workshop-Reihe des Vereins Kritische Geographie Berlin

Kritische Geographie Berlin

(abschließende Bearbeitung durch: Micki Blickhan, Thomas Bürk & Nils Grube)

Die Gruppe Kritische Geographie Berlin beschäftigt sich seit Längerem mit Phänomenen, Ursachen, Akteuren und Wirkungsweisen des neuen touristischen Interesses an Berliner ‚Trend- Bezirken‘ wie etwa Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und den nördlichen Teilen Neuköllns. Nachdem zunächst in mehreren Diskussionen und internen Workshops ein Überblick über das Thema und einzelne Facetten dieser ‚Touristifizierung der Stadt‘ erarbeitet wurde, folgte in den Jahren 2012/13 eine öffentliche Workshop-Reihe. Hier wurde der Versuch unternommen, in einer strukturierten Annäherung an unterschiedliche Dimensionen der ‚Touristification‘ diese in ihrem komplexen Charakter lesbarer zu machen und sich über Fragen der Analyse und Bewertung, aber auch zu möglichen Interventionen und Initiativen auszutauschen.

„Die Bibel kennt zehn Plagen, Berlin kennt viele Plagen. Eine der lästigsten ist der Berlin-Tourist. Er gehört zu Berlin wie Ben Becker, die B.Z., Baupleiten, der Potsdamer Platz, Schultheiss-Bier oder Claus Peymann: Nicht schön, aber unvermeidlich. [...] Mindestens so seltsam wie Berlin-Touristen sind Touristen-Hasser. Seit einiger Zeit wollen Kreuzberger, die selbst vor Jahren aus der Provinz zugewandert sind, ihren Stadtteil vor touristischer Überfremdung schützen. Zu diesem Zweck spraysen sie in deutscher Tradition ‚Touristen fisten‘ an die Wände.“ (Laudenbach 2013: 7 ff.)

Was Peter Laudенbach hier in seiner polemischen Beobachtung zum aktuellen Berliner Tourismusphänomen und dessen Auswüchsen schreibt, verdeutlicht recht anschaulich, welches Ausmaß das Thema Tourismus in den öffentlich geführten Diskussionen der Stadt angenommen hat. Das Sinnieren darüber füllt nicht nur Bücher wie dieses, auch in Zeitungsartikeln und Fernsehbeiträgen oder auf Diskussionsveranstaltungen gibt es vieles zu lesen oder zu hören: über den segensreichen oder zerstörerischen Einfluss des Tourismus auf die Stadtteile; von neuen Clubs, Cafés und Kneipen, in denen vor allem Englisch oder Spanisch und nicht mehr Deutsch gesprochen wird; von steigenden Mieten und sich verknappendem

Wohnraum; von elf Monate leerstehenden Ferienwohnungen schwedischer Bildungsbürger_innen oder informellen Apartmentbörsen findiger lokaler Wohnungsbesitzer_innen; vom Boom der Spätverkäufe oder auch von den langen Besucherschlangen vor den Museen der Stadt.

Tourismus in Berlin hat viele Gesichter und noch mehr Akteure, er wird kontrovers diskutiert, aktionistisch polarisiert und politisch adressiert. Oft verschwimmen dabei definitorisch die Grenzen zwischen Klassenfahrten und Tagestourismus, Easyjetset (Rapp 2009), Hauptstadt- und Kulturtourismus, Konferenz- und Arbeitsmigration, temporären Aufhalten ohne bekanntes Ende usw. Kurz gesagt: Alle reden vom Tourismus, und niemand weiß so richtig, was damit alles gemeint ist und wie man Tourismus/Tourist_innen von anderen Kategorien (Migrant_innen, Flüchtlinge, Teilzeitmobile oder *multilocals*) abgrenzen kann.

Angesichts der Fülle an Kommentaren zu Berlinbesucher_innen im Allgemeinen und der beobachtbaren kritischen Einstellungen gegenüber mutmaßlichen Effekten der Tourist_innen und des Tourismus im Besonderen sollte sich in einer vertiefenden Workshop-Reihe unter dem Titel ‚Touristification in Berlin‘ den gegenwärtigen Entwicklungen in Berlin mit einem Fokus auf die Ortsteile Kreuzberg und Neukölln aus theoretisch geleiteter und analytischer Perspektive angenähert werden.[1]

Der Arbeitsbegriff ‚Touristification‘ versucht dem Definitionsdilemma, das damit auch ein Analysedilemma ist, zu entkommen. Hier sind eben nicht nur die idealtypischen Tourist_innen, also irgendwie auswärtige Tagesgäste und Urlauber_innen, gemeint, sondern es sollen alle handelnden und betroffenen Akteure im Prozess gegenwärtiger Reisebewegungen in den Blick genommen werden, mit all den verschwimmenden Grenzen und Praktiken. ‚Touristification‘ wird somit zu einem Konzeptbegriff, der auch die vielfach unbekannten, schwer kategorisierbaren touristischen Akteure in die Betrachtung einbindet. Dieser konzeptionelle bzw. definitorische Ansatz ist keinesfalls neu. Als ‚Touristification‘, ‚Tourismification‘ (Jansen-Verbeke 1998) oder eben als ‚Touristifizierung‘ (Evans 2002, Gotham 2005, Foljanty et al. 2006, Foljanty/Pfeiffer, o. J., Bhandari 2008, Wöhler 2011) geistert er schon seit mehreren Jahren in der Stadtforschungsdebatte herum, scheint aber bisher eher phänomenologisch denn analytisch geprägt zu sein.

„Touristification beschreibt einen Prozess, durch den bis dahin touristisch wenig attraktive Stadtteile und Orte von Touristen entdeckt und für sie erschlossen werden. Es etablieren sich monostrukturelle Ökonomien, die den zahlungskräftigen Touristen alles bieten, was sie brauchen – Cafés, Bars, Supermärkte, Souvenirshops –, aber die Bedürfnisse der Anwohner vernachlässigen [...]. Die Geschichte der Stadt wird dabei ebenso vermarktet wie eine breit gefächerte Kulturlandschaft mit ihren Szenevierteln. Zu beobachten ist diese Touristification insbesondere in den Innenstadtbezirken Mitte und Prenzlauer Berg, zunehmend aber auch in Friedrichshain, Kreuzberg und Neukölln.“ (Borries von 2011: 161)

In dieser Definition von Friedrich von Borries bleibt es bei der Feststellung, dass zuvor ‚wenig Attraktives‘ erschlossen wird und sich in Folge ‚monostrukturelle Ökonomien‘ herausbilden. Unbeantwortet bleiben hier die elementaren Fragen zum Ablauf dieses Prozesses (Colomb 2011). Welche (politischen) Akteure, welche (ökonomischen und stadtpolitischen)

Interessen oder welche Diskurskoalitionen treiben die Entwicklung voran? Ebenso stellt sich die Frage, ob wirklich eine Monostruktur entsteht oder nicht eher ein flexibles Gebilde mikrokapitalistischer Dienstleistungsvielfalt auf Grundlage lokal zugeschriebener Coolness, jedoch mit geringer Halbwertszeit, beispielsweise in Form von Clubs und Hostels.

‚Touristification‘ ist andererseits auch ein stadtpolitischer Kampagnen- und Aktionismusbegriff, der zu Missverständnissen führen kann. Nicht nur wegen den Anklängen zu Gentrifizierung wird ‚Touristifizierung‘ gern in Verbindung mit der Verdrängung ärmerer Bevölkerung aus aufgewerteten Stadtteilen genannt. Doch diese schnelle Verbindung zweier unterschiedlicher sozialer Phänomene und ihrer Akteure erfordert eine genauere Untersuchung: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann lediglich beobachtet werden, dass gerade erlebnistouristisch attraktive Viertel Widersprüche zu neobürgerlichen Lebensstilen im Townhouse, mit Spielplätzen und Kindergarten um die Ecke, erzeugen. Unvergessen ist nicht nur die Verdrängung ärmerer Bevölkerungsteile aus dem Bezirk Prenzlauer Berg, sondern auch die der dort ehemals ansässigen Clubs, Kneipen und Gaststätten, deren Lärmpegel mit den Schlafbedürfnissen seiner Neubürger_innen kollidierte. ‚Touristifizierung‘ scheint also zunächst in seiner Coolness und Lifestyle-Variante weniger bestimmte Viertel auch immobilientechnisch aufzuwerten, sondern eher zu einer Zonierung und Fragmentierung der Stadt in unterschiedliche Erlebnisräume analog einer neuen sozioökonomischen Funktionstrennung der Stadt in Rotlicht-, Kneipen- und Club-, Sport- und sonstige spezialisierte Viertel zu führen.

Oftmals werden in diesem Zusammenhang auch Ferienwohnungen und -apartments als Teil der touristifizierten Aufwertung der Stadt aufgeführt. Auch hier erscheinen schnelle Rückschlüsse auf eine Kausalität zwischen steigenden Mieten und prosperierendem Tourismus unangebracht (Füller/Michel 2014). Insofern kann mit dem Begriff der ‚Touristifizierung‘ auch eine aktuelle Debattenkonjunktur bezeichnet werden – ähnlich der ‚Yuppisierung‘[2] in den frühen 1990er Jahren oder den „Welcome to Schwabylon“-Kampagnen Anfang der 2000er (vgl. hierzu Schulz 2011) rückt mit den Tourist_innen eine kulturelle Figur im Sprachspiel vieler Stadtdiskussionen nach, die als Eindringlinge und mutmaßliche Neuberliner_innen für viele, wenn nicht gar alle negativen Veränderungen in der Stadt verantwortlich gemacht werden können. Auch dieser *blaming approach* in Bezug auf eine mit spezifisch stereotypisierten Attributen ausgestattete Figuration (Kamera, Rollkoffer, Hipster-Accessoires etc.) fällt unter den Begriff ‚Touristifizierung‘.

Zu guter Letzt tauchen als Teil des vielschichtigen Phänomens neben den politischen und ökonomischen Neuordnungen und diskursiven Deutungsverschiebungen die Tourist_innen selbst als Analysegegenstand auf. In sozialräumlicher Hinsicht sind sie nicht nur Konsument_innen touristischer Orte und Atmosphären einer Stadt oder einzelner Stadtteile. Sie produzieren vielmehr diese Räume mehr oder weniger aktiv und bewusst mit. ‚Touristification‘ ist daher auch die Bezeichnung für einen momentanen Zustand, ein Produkt oder ein temporäres Ereignis der Inwertsetzung von Stadt(-teilen) als touristischer Ort durch freizeitliche oder konsumorientierte Alltagspraktiken. Die Abgrenzung zwischen touristischen

Handlungsweisen und den alltäglichen Routinen der Bewohner_innen scheint besonders aus dieser Hinsicht kaum möglich.

Es wird schnell deutlich, dass sich aus den bisherigen Überlegungen und Texten für die Deutung und Analyse der beobachteten Phänomene und deren Hintergründe eher drängende Fragen als befriedigende Erklärungen ergeben. In diesem großen Themenfeld Tourismus/ Touristification haben sich für uns drei zentrale Dimensionen herausgebildet: Ökonomie, Politik und Alltagspraxen. Daraus ergaben sich drei thematische Veranstaltungen: 1. Zur politischen Ökonomie der Touristification Berlin-Kreuzköllns; 2. Governance des Tourismus und der Touristen/Touristification – Steuerung, Akteure und Konflikte und 3. Touristische Alltagspraktiken. Die drei Tagesworkshops, die in einem halbjährlichen Turnus stattfanden, waren gekennzeichnet durch eine gezielt offen gehaltene Debatte, die von Mitgliedern der Gruppe Kritische Geographie Berlin vorbereitet, strukturiert und moderiert wurde. Die Einschätzung war, dass das Thema (auch aufgrund geteilter Erlebnis- und Erfahrungshorizonte zum Beispiel durch eine eigene touristische Praxis) allgemein ‚anschlussfähig‘ ist und es möglich sein sollte, Positionshierarchien und ‚Good and Evil‘-Polaritäten zu vermeiden. Ein Ergebnis der Workshops waren auf den Diskussionen basierende Thesenpapiere, die unter anderem auf Konferenzen (z.B. auf der der Jahrestagung des „Research Committee 21 der International Sociological Association“ im August 2013 in Berlin) und in Seminaren und weiteren Workshops (z.B. für das Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung am 26. Oktober 2013) vorgestellt wurden. Diese Thesenpapiere sind zudem Grundlage des vorliegenden Beitrags.

Workshop 1: Zur politischen Ökonomie der Touristification Berlin-Kreuzköllns

Die Auftaktveranstaltung der Workshop-Reihe fand am 9. Juni 2012 statt: Ausgangspunkt war letztlich eine banale und immer wieder wahre Erkenntnis: Tourismus (und die damit verbundenen zentralen Praktiken des Reisens, der Gastronomie und Hotellerie) besteht im Wesentlichen aus der Produktion (inklusive der Konsumption) kommodifizierter (also auch fetischisierter) Orte.

a) Angebot: Jede touristische Destination bedarf eines (mehr oder weniger) differenzierten, spezifischen und (mehr oder weniger) vielfältigen Spektrums infrastruktureller und dienstleistungsbasierter Angebote zur Befriedigung touristischer Bedürfnisse an genau diesem dafür aufgesuchten Ort. Der Charakter dieser Angebote ist abhängig von den lokalen Märkten und ihrem Publikum. Im Ganzen betrachtet, kann dies als Prozess der lokalen Inwertsetzung betrachtet werden. Das beinhaltet nicht allein konkrete Warenangebote, sondern auch die symbolische Tauschwertsetzung durch Attribute wie (etwa für Kreuzberg/ Neukölln) kreativ, alternativ, urban, multikulturell, tolerant, offen etc. Die Angebotsseite touristischer Waren besteht somit nicht nur aus der Zurverfügungstellung von Unterkünften, Gastronomieangeboten und anderen Dienstleistungen. Dazu gehören auch Mobilitätsangebote und eine erlebbare (und kontinuierliche) Präsenz symbolischer Artefakte des touristischen Orts, die sich zumeist als

Kollektivsymbole (*heritage*, Erinnerungsorte, ‚Kultur‘) darstellen. Wichtig dabei sind aber auch praktische und atmosphärische Raumattribute wie etwa einfache Zugangsmöglichkeiten, die Abwesenheit von ‚Angsträumen‘ und eine mehr oder weniger freundliche lokale Akzeptanz bis hin zu Willkommenskulturen, also die Erlebbarkeit von Situationen des sinnlich-ästhetischen Begehrens und Verzehrens.

b) Nachfrage: Die Nachfrage, also primär immer auch das physische Aufsuchen eines touristischen Orts, bedarf eines diesen Ort konsumierenden Subjekts, also eines Personenkreises, der sich dorthin aufmacht, um dort Geld für unterschiedlichste Angebote und Dinge auszugeben. Die touristische Nachfrage besteht somit aus der Verdichtung eines begehrenden Wollens und dessen Konsumption an einem ‚authentischen‘, also einem nicht unbedingt spezifisch dafür hergestellten Ort (oder zumindest der Illusion dieser Echtheit). Tourist_innen müssen bereit und willens sein, diese Orte aufzusuchen, deren Attraktivitäten zu verlangen und diese kontinuierlich zu reproduzieren. Die kapitalistische Begierde ist hier zu einem inkorporierten Konsumverhältnis geworden, einer körperlich-subjektiv gelebten Alltagspraxis der umfassenden Aneignung eines Orts (und der sich dort befindenden sozialen Objekte), vom „tourist gaze“ (Urry 2002) bis hin zum umfassenden situativen Eintauchen. Tourist_innen sind/werden durch ihre Anwesenheit an diesen Orten selbst Teil der Raumproduktion, sie werden damit zu nicht rein veräußerlichten Konsument_innen einer Ware.

c) Mobilität und Zirkulation: Die Wechselwirkung aus Nachfrage und Angebot überschneidet sich im Bereich des touristischen Zirkulierens. Zirkulationen und Mobilitäten sind ebenfalls eine Grundbedingung touristischer Praxen. Wenn der touristische Mensch nicht zu den Orten des Begehrens gelangt, hilft weder eine ausgefeilte Angebotswerbung noch deren sehnsuchtsvolle Nachfrage bei der Synthese dieser beiden Pole. Mobilität und ihre Möglichkeiten und Restriktionen sind also die sensible Schnittstelle, das Scharnier des gegenwärtigen „fossilen Kapitalismus“ (Altwater 2005). Auch hier bestimmen historisch kontingente Transportmedien (Flugzeug, Schiff, Bahn, Kutsche) und die dafür aufzuwendenden Preise die Möglichkeiten des touristisch Reisenden. Die dynamische, aber immer temporäre Neuzusammensetzung von Touristengruppen wird zudem über administrative Territorialisierungen, legale Reisemöglichkeiten (Visa) und deren Aufenthaltsdauer bestimmt. Die Dialektik zwischen Angebot und Nachfrage setzt einen Kommunikationszusammenhang zwischen diesen beiden Sphären und eine Vermittlung an die dort aktiven Subjekte voraus. Daher ist die letzte Dimension, die es zu betrachten gilt, die der Kommunikationsbeziehungen.

d) Die mediale/kommunikative Ebene: Diese verbindet im engeren Sinne die drei vorherigen Ebenen in einer Synthese aus Kommunikation und Wissen. Der konsumierende Zugriff auf einen touristischen Ort setzt die Kenntnis dieses Orts als Möglichkeit zur Anwesenheit, zu den Zugängen und zu den Wegen dorthin voraus. Die Imaginationen eines (temporären) Aufenthalts an einem Ort werden von dem Wissen über die dort potenziell zu konsumierenden Objekte und Atmosphären bestimmt. Reisebücher, Tourguides und andere touristische Gebrauchs- und Ratgeberliteratur liefern hier ein umfassendes Angebot. Die Kommunikation solcher

Wissensbestände über sich historisch wandelnde Medien aller Art hat einen deutlich ikonographischen Schwerpunkt. Raumbilder und Bild(re)produktionen bestimmen wesentlich den touristischen Blick, das eigene visuelle Dokument ist topologisches Zeugnis der Ortskonsumption, die (Foto-)Kamera wird zum unverzichtbaren Artefakt der touristischen Alltagspraxis und der konservierten Anwesenheit. Je mehr Bilder entstehen, umso weniger taugen sie als besonderes Medium des Anwesenheitsbeweises. Trotzdem ist die Kamera ein immer noch omnipräsenter Artefakt des Tourismus.

Nach einer ausgiebigen Vorstellung dieser Grundzüge touristischer Ökonomie wurde in der anschließenden Debatte aber deutlich, dass diese Betrachtungsebenen kompakt erscheinen und auch als Analyseansatz durchaus praktisch umzusetzen wären. Zu unterbelichtet blieben aber, so die Eindrücke mehrerer Workshopteilnehmer_innen, die alltäglichen Prozesse der touristischen Produktion/Reproduktion im relativ unbe/gelebten Raum hängen. Die unterschiedlichen Akteure und deren Perspektiven, also die der anbietenden Dienstleister_innen (von der Hotelputzkraft bis hin zum Miniunternehmen des Spätverkaufs) sowie der konsumierenden Tourist_innen, müssten unbedingt auch in diese politische Ökonomie des Handelns miteinbezogen werden oder eher gar als Ausgangspunkt gewählt werden. Hier werden die bereits erwähnten Schwierigkeiten eindeutiger Kategorisierungen zum Problem, nicht allein deshalb, weil Tourist_innen bei genauerer Betrachtung eine generell sehr amorphe und heterogene Personengruppe sind. Im gleichen Maße, in dem touristische Besucher_innen Teil des städtischen Alltages werden, ist die Stadt mit ihnen auf mannigfaltige Weise verwoben. Freilich lassen sich in den Häufungen von touristischen Großereignissen wie Festivals, Messen, Jahresfeiern oder Sportveranstaltungen solche tourismusindustriellen Effekte beobachten. Aber eine Berücksichtigung der mikroökonomische Ebene der Imbissbude, des Clubs, des Spätverkaufs und der Ferienwohnung bringt das Bild der kapitalistischen Polarisierung in ‚Profiteure‘ und ‚Leidtragende‘ doch erheblich durcheinander.

Zudem, so wurde auf dem Workshop zumindest angerissen, ist der Zusammenhang von Tourismus und Freizeitorientierung zunehmend undeutlich geworden. Gingen frühere Thesen zu touristischen Praktiken (Rojek 1991: 2005) bei aller Kritik an diesem Freizeitansatz doch immer selbstverständlich davon aus, dass sie eine reproduktive Sphäre der Arbeitskraft darstellen, muss unter flexibel akkumulierenden Kapitalverhältnissen die klare Trennung zwischen produktiver Arbeit und Freizeit auch hier infrage gestellt werden. Zumindest was die internationalen Subjekte des innerstädtischen Erlebnis- und Kreativtourismus angeht, ist Berlin nicht allein ein feiner „Ort zum Erleben, Feiern und Abhängen“ geworden, sondern in vielerlei Hinsicht „the place to be“ (wie auch der offizielle Slogan der Hauptstadtkampagne „be Berlin“ seit dem Jahr 2009 vermitteln soll). Daher sollten touristische Praxen nicht nur als eine Frage des Lifestyles und als eine reine ‚Freizeitangelegenheit‘ abgehandelt und verstanden werden, sondern auch als Prozess produktiver Subjektivierung und als Responsibilisierung zur Steigerung des eigenen professionellen Erfolgs. Die Akkumulation kulturellen Humankapitals ist elementarer Bestandteil einer Selbstinwertsetzung und Vermarktungsstrategie geworden, der auch viele

vermeintlich touristische Besucher_innen unterliegen. Kurz: Tourismus ist Arbeit, auch am unternehmerischen Selbst!

Workshop 2:

Governance des Tourismus und der Touristen_innen/ Touristification – Steuerung, Akteure und Konflikte

Der zweite Workshop der Touristification-Reihe fand am 6. Oktober 2012 unter dem Titel „Steuerung, Akteure und Konflikte“ statt. Ausgangspunkt war hier, dass der Prozess der ‚Touristification‘ einer Steuerung und Governance unterliegt, wobei Governance als vermachtete Regelung unterschiedlich artikulierter und hegemonialer bzw. in Konflikt stehender Interessen verstanden wird. Es geht also um die Regulierung von Interessensgegensätzen und der Akkumulation von Gewinnen bei den üblichen Verdächtigen, aber auch um die ‚Selbstorganisation der anderen‘.

Auf den Spuren dieser politischen Machtfrage ist daher anzunehmen, dass auch in Berlin Tourismuspolitik nicht im luftleeren Raum stattfindet. Eingebettet in die hegemoniale Konstellation der mit anderen Orten konkurrierenden, imageproduzierenden, effizienzorientierten und Gewinne privatisierenden – kurz ‚unternehmerischen‘ – Stadt streiten sich die verschiedenen Akteure in der tourismuspolitischen Arena um die Durchsetzung ihrer Interessen: Senat, Bezirke, „Visit Berlin“, der Branchenverband des Gastgewerbes DEHOGA, Träger des Quartiersmanagements, Kiezinitiativen usw. Ein Ziel des Workshops war es daher, die relevanten Akteure und Akteursgruppen im Bereich ‚Touristification‘ in Berlin zu identifizieren und ihre Strategien und Interessen offenzulegen. Dabei sollte den folgenden Fragen nachgegangen werden: Welche Machtressourcen, Handlungsmöglichkeiten und Instrumente stehen den verschiedenen Akteuren auf welchen räumlich-politischen Ebenen zur Verfügung? Mechanismen der Koalitionsbildung und mögliche politische Ausgrenzung sollten anschließend anhand konkreter Beispiele aufgezeigt werden.

Der Workshop gliederte sich in drei Blöcke. Im ersten Block gab der als Experte eingeladene Stadtplaner Johannes Novy ein Inputreferat zur aktuellen Tourismuspolitik in Berlin. Hierbei hob er hervor, dass es eigentlich kein wirkliches strategisches Konzept der Stadt gebe, um die mit dem Tourismusboom einhergehenden Konflikte zu steuern oder wenigstens zu moderieren. Die politischen Verlautbarungen („Berlin als Tourismusstandort“) wirken so eher als hohle Phrasen, ohne ein dahinterstehendes Konzept. Novy zufolge existiert eine Diskrepanz zwischen der Präsenz der Imagekampagnen wie „be Berlin“ und dem Stellenwert, den das Thema Tourismus im Verwaltungshandeln des Senats einnimmt. Auf der Grundlage seiner mit Senatsmitarbeiter_innen geführten Interviews zog Novy den Schluss, dass andere Themen wie das Aufrechterhalten des Besucherwachstums als wichtiger eingestuft würden. Generell müsse man in Zukunft weiterdenken und überlegen, wie nachhaltige Tourismuskonzepte aussehen könnten (vgl. Novy 2013).

In einem zweiten Block stellte der Geograph Tilman Versch seine eigene Erhebung zu Ferienwohnungen und Hostels in Kreuzberg vor. Primär ging

es darum, ob Ferienwohnungen ein signifikantes Problem für den Stadtteil darstellen, und wenn ja, für wen. Da, wie Versch argumentiert, der durch Umwandlung entstehende Wohnraumverlust rein quantitativ betrachtet eher gering sei, stellte sich die grundsätzliche Frage, welche Wichtigkeit dem Problem überhaupt beigemessen werden sollte. Allerdings ist auch zu beachten, dass die vorgestellte Erhebung strengen Kriterien unterlag und somit viele Wohnungen, die nur phasenweise als Ferienwohnungen genutzt wurden, mit ihr nicht erfasst werden konnten. So kann angenommen werden, dass die (vor allem gefühlten) Effekte doch beträchtlich sind. An diese Diskussion schloss sich dann die Frage zu den möglichen Wirkungen einer staatlichen Zweckentfremdungsverbotsverordnung an, die die gewerbliche Nutzung von privaten Wohnungen als Ferienapartments einschränken soll.

Im dritten Teil ging es einerseits um Kiezinitiativen und stadtpolitische Gruppen, die sich mit Tourismus und der Verknappung des Wohnraums beschäftigen, und andererseits um die Bilderpolitik in der Tourismuswerbung und ihre visuellen Gegenstrategien wie beispielsweise Graffiti. Hier gingen verschiedene Interventionsansätze in die Diskussion ein: So hat in Neukölln eine Gruppe ein Manifest mit dem Titel „Spot the touri“ geschrieben, um auf die xenophoben Aspekte in der Touristification-Debatte hinzuweisen und dies in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert und diskutiert. In eine ähnliche Richtung zielt die sogenannte Hipster-Antifa, die mit ihren Plakaten, auf denen sie Tourist_innen, Hipster und Schwaben willkommen heißen, für mediales Aufsehen sorgten. Anlass waren die im öffentlichen Raum Berlins vermehrt vorzufindenden Aufkleber und Graffiti mit den Aussagen „Schwabylon“, „No more Rollkoffer“, „Berlin stinkt“ und „Touristen fisten“. Solche Graffitis zu Tourismusthemen werden mittlerweile auch durch die Polizei von Berlin kartiert, wie ein weiterer Beitrag verdeutlichte. Im Zusammenhang damit wurde diskutiert, ob ‚Touristen-Bashing‘ ein adäquates Mittel einer linken Anti-Touristification-Politik sein könne oder nur eine weitere verkürzte Kritik sei.

Workshop 3: Touristische Alltagspraktiken

Der abschließende dritte Workshop fand am 1. Juni 2013 statt und widmete sich touristischen Alltagspraktiken. Auch wenn angenommen werden kann, dass touristische Handlungen unter dem Einfluss einer politischen Ökonomie unter anderem des Hotel- und Gaststättengewerbes stehen (Workshop 1) und sie mehr oder weniger politisch aktiv gesteuert und reguliert erscheinen (Workshop 2), kann nicht von der Hand gewiesen werden, dass es doch und vor allem die individuellen und kollektiven Praktiken unterschiedlichster Akteure sind, welche die konkrete Art und Weise des Tourisifizierungsprozesses in Berlin bestimmen. Beobachtungen und Studien zeigen, dass dabei die Grenzen zwischen touristischen und migrantischen Praktiken einerseits und alltäglichen Praktiken der schon längerfristig an einem Ort Wohnenden andererseits zunehmend schwinden. Neue Formen von Mobilität und transnationalen Lebensstilen bilden sich heraus, deren Einfluss auf die Bedürfnisse der Menschen an ihr jeweiliges, temporäres Umfeld noch weitgehend unerforscht scheinen (Römhild 2008, 2009), aber die Art und Weise des touristischen Umgangs mit der

Stadt wesentlich prägen. Das ist unter anderem sichtbar in einer wachsenden Präsenz touristischer Akteure in der Stadt, weitgehend unabhängig von erkennbaren Saisonzyklen oder jahreszeitlichen Höhepunkten, die sich zu einem konstanten und festen Bestandteil des Straßenbildes und der öffentlichen Räume entwickelt haben.

Die spezifischen touristischen Handlungsformen und -praxen sind weder durch die Möglichkeiten der Stadt vollständig determiniert, noch können sie sich über deren Grenzen oder Strukturierungen gänzlich hinwegsetzen. Touristischer Alltag, so die These, bewegt sich also in einem ständigen Aushandlungsprozess zwischen Struktur und Handlungsmöglichkeiten. Schwerpunkt dieses dritten Workshops war es daher, alltägliche Praktiken touristischer Akteure als „Scharnier zwischen Struktur und Subjekt“ (Hörning 2004: 33) und vor allem die sich neu herausbildenden touristischen Handlungsorientierungen in den Blick zu nehmen. Uns interessierte, welche Handlungsweisen und Praxisformen eigentlich gemeinhin als touristisch identifiziert werden und ob bzw. wie die sich gewandelten Ausprägungen urbaner Tourismusformen mit den ebenso neuen Praxen verbinden.

Zu Beginn des Workshops ging es zunächst darum, zu präzisieren, wer oder was genau in Studien zu Tourismus überhaupt als Tourist_in bzw. touristisch erfasst wird. Viele und zum Teil recht unterschiedliche Beispielformen und Forschungszugänge ließen schnell erahnen, wie schwierig es ist, touristische Aktivitäten für Untersuchungen von anderen eindeutig abzugrenzen. Auch ein kurzer Einblick in entsprechende (handlungs- und praxis-)theoretische Hintergründe verdeutlichte, dass sich touristische Praktiken etwa von alltäglichen ortsgebundenen Handlungsmustern nur schwer unterscheiden lassen. Als mögliche Anhaltspunkte für eine Klassifizierung könnten – trotz berechtigter Vorbehalte gegenüber diesem Ansatz – Orte und Objekte dienen. Gibt es typisch touristische Orte oder solche, an denen touristische Aktivitäten in größerer Häufigkeit anzutreffen sind und wenn ja, wo sind diese beispielsweise in Berlin-Kreuzberg? Zu den Objekten gesellte sich die Frage, ob und wie man touristische Aktivitäten an gewissen Materialitäten/ Gegenständen festmachen kann.

Die Fülle dessen, was generell unter touristischen Praktiken und vor allem beobachtbaren Handlungsweisen verstanden werden kann, wurde in einem nächsten Schritt mit Moderationskarten noch einmal zusammengetragen. Schon die Sammlung möglicher Aktivitäten ließ weitere Zweifel an Konzepten der empirischen Erfassbarkeit aufkommen. Dennoch sollte ein Praxisexperiment gewagt werden, um nach eben jenen Handlungsformen Ausschau zu halten. Hierfür teilten sich die Workshop-Teilnehmer_innen in der Mittagszeit in drei Gruppen auf und besuchten verschiedene Orte im Kiez, die uns zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen als besonders geeignet erschienen: So wanderte eine Gruppe die Schlesische Straße entlang in Richtung Arena-Gelände, eine zweite in die entgegengesetzte Richtung zum Schlesischen Tor und zur Oberbaumbrücke und eine dritte Gruppe begab sich in den Görlitzer Park.[3]

Die Kiezbeobachtungen veranschaulichten, wie problematisch eine Kategorisierung anhand der Objekte vermeintlicher touristischer Ausstattung und des Bewegungsverhaltens der betrachteten Menschen

ist. Innerhalb der Gruppen konnten nur Vermutungen formuliert werden: Ohne ein Gespräch mit den Menschen verblieben die gemachten Beobachtungen oft auf der spekulativen Ebene. Viele der beobachteten Personen ließen sich kaum eindeutig zuordnen, wie zum Beispiel die überraschend vielen Partygänger_innen am Schlesischen Tor oder auf dem Arena-Gelände. Allerdings waren die Beobachter_innen geneigt, anhand von bestimmten Objekten Menschen als Tourist_innen zu identifizieren. Stadtpläne, Tagesrucksäcke, Wasserflaschen oder geliehene Fahrräder wurden schnell zu Indikatoren deklariert. Ebenso gab es Ansätze, anhand von Bewegungsarten und -geschwindigkeiten zu unterscheiden: langsamer Schritt, weitschweifende, langsam betrachtende, mit bestimmten Erwartungen verknüpfte Formen eines *tourist gaze*, Fotografieren, weniger miteinander redend, oftmals suchend, Menschen, die sich einen Überblick verschaffen, Aussichtspunkte suchen wie zum Beispiel einen Hügel im Görlitzer Park. Deutlich wurde dies vor allem zum Nachmittag hin, als die ersten größeren touristischen Gruppen in Erscheinung traten, sowohl im klassischen Pauschalismus-Arrangement mit hochgehaltenem Regenschirm als auch in Form von spezialisierten Stadtführungen etwa zum Thema Streetart, die häufig die mittlerweile für das globale Berlin-Image ikonographisch wirkenden Wandbemalungen des Künstlers Blu an der sogenannten Cuvry-Brache aufsuchen.

Die gemeinsame Auswertung der Beobachtungen und Erfahrungen half anschließend, die Ergebnisse einzuordnen und mit Konzepten und Abgrenzungen in der Tourismusdebatte in Bezug zu setzen. Die Diskussion wurde von zwei zentralen Leitfragen strukturiert: Einerseits ging es um Wahrnehmungen und das (Nicht-)Beobachtbare, andererseits um die Frage, ob sich über dieses Vorgehen die vermuteten neuen Trends in touristischen Praktiken nachweisen lassen. Durch diesen Austausch wurde deutlich, dass eine Abgrenzung ‚neuer‘ von ‚alten‘ Formen des Tourismus ebenso schwierig ist wie die Kategorisierung von Tourist_innen an sich. Wer ist wann, in welcher Form und für wie lange ein/e Tourist_in? Hieraus folgt die in der öffentlichen Diskussion häufig aufkommende Frage, wer dann welche Klassifizierungen touristischer Aktivitäten (unhinterfragt) in welchen Diskursen einsetzt. Nicht zuletzt gilt es auch zu beachten, wie sich dieses Erkenntnis im gegenwärtigen Diskurs zu Tourismus in Berlin kritisch einbringen lässt, auch und vor allem in der Verbindung zu den Diskursen zu Stadtentwicklung, Gentrification oder Diversitätspolitik.

Fazit

Zusammengefasst bleibt die Frage, was die durch die Workshop-Reihe erzielten Erkenntnisse nun für die weitere Erforschung der politischen Ökonomie des Tourismus, des touristischen Subjekts sowie des Berlin-Tourismus im Allgemeinen und in seinen Alltagspraktiken bedeuten.

Zunächst einmal, und das mit ganzer Überzeugung, heißt es, Abschied zu nehmen von einem beliebten Antagonisten in der Debatte um Stadtentwicklung, den Tourist_innen als idealtypische Gentrifizierer_innen, reiche Konsument_innen der Berliner ‚Echtheit‘ und Verfremder_innen der ‚autochthonen, authentischen‘ Orte. Dies gilt auch für die Kategorie des/der

Tourist_in, vor allem wenn es um die Beschreibung der gegenwärtigen Internationalisierung auf der Alltagsebene geht. Nicht wenige der in der Debatte und von uns als Tourist_innen bezeichneten Stadtbewohner_innen sind (mehr oder weniger temporäre) Arbeitsmigrant_innen im Kontext internationaler prekariisierter Beschäftigungs- und Subjektivierungsverhältnisse und somit Teil einer gemeinsamen Lage und nicht ihr Gegenentwurf.

Diese Erweiterung der mutmaßlich touristischen Praktiken um Aspekte neuer translokaler und internationaler Arbeitsverhältnisse (jenseits der Dichotomie Arbeit vs. Freizeit) eröffnet eine politische Ökonomie, die über lokal bezogene Negativeffekte aus der Perspektive einer wie auch immer imaginierten Lokalbevölkerung hinausgeht. Gerade zur Frage der Verknüpfung unterschiedlich miteinander verbundener Alltagspraktiken wurden in der sozialgeographischen Scale-Debatte (Brenner 2000, Wissen et al. 2008) viele neue Ansätze, etwa zur ‚Glocalisierung‘ (Swyngedouw 2004), entwickelt, die als Anregung auch für zukünftige Untersuchungen im Bereich ‚Touristification‘ dienen können. Vom großen Interesse sind hier die Verbindungen mit Menschen aus Städten wie Barcelona, Paris, Warschau oder New York, die in den dortigen Arbeits- und Lebensverhältnissen mit ähnlichen Konstellationen etwa auf dem Wohnungssektor konfrontiert sind. Ob damit ein Teil der Berlinbesucher_innen zu Verbündeten im Kampf gegen die Verdrängung aus zunehmend attraktiver werdenden Innenstadtbezirken oder in anderen Auseinandersetzungen um das ‚Recht auf Stadt‘ werden kann, wird sich in der Praxis erweisen müssen. In die richtige Richtung geht die Initiative der von Verdrängung betroffenen Mieter_innen am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg, die sich als ‚Kotti & Co.‘ zusammengeschlossen haben. Auf einer ihrer Postkarten, die sie an die Passant_innen verteilen, ist zu lesen: „New Berliners and short term visitors (tourists). We invite you to support us in our struggle against the exploding rents here in Berlin.“

Denn zu guter Letzt läuft eine nur auf Berlin bezogene Stadtpolitik nicht nur hinsichtlich des Umgangs mit ‚Touristification‘ gern in die *territorial trap* und fällt damit der Vorstellung anheim, dass die Konflikte in der Stadt allein auf der lokalen Ebene lösbar sind. Gerade in Bezug auf Mobilität und Migration, Tourismus und Bewegungsfreiheit gerät aber ein häufig übertriebener, von Partikularinteressen angetriebener Lokalismus (Sharzer 2012) der ‚echten Berliner_innen‘ zu einer reaktionären Pose der Privilegienverteidigung. Oder wie es Claire Horst (2011) in ihrem Kommentar zum Kreuzberger Tourismusstreit schreibt:

„Kreuzberg als gallisches Dorf, das gegen die Kolonialisierung und Überfremdung durch Touristen kämpft. [...] Das konstruierte Selbstbild des prekären und unangepasst lebenden Kreuzbergers hat mit dieser Realität wenig zu tun. Denn die kleinbürgerlichen Reflexe, mit denen das Territorium verteidigt wird, der Bezug auf die eigene Gruppe und den eigenen Besitz, kommen in diesem Selbstbild nicht vor. Seine eigene lokale Begrenztheit nimmt der Kreuzberger nicht wahr.“

Endnoten

- [1] Eine sprunghafte Zunahme des touristischen Interesses an bestimmten Stadtteilen ist unserer Meinung nach als Teil komplexer stadtentwicklungspolitischer Prozesse sowohl mit positiven, uneindeutigen, aber auch negativ erlebten Effekten für verschiedenste Akteure in der Stadt verbunden. Mit unseren Untersuchungen und Debatten wollen wir versuchen, den Blick auf die große Vielzahl von Akteuren, vor allem aber auf die Vielschichtigkeit von Praktiken (touristischen, stadtpolitischen, ökonomischen, sozialen, migrantischen, kulturellen usw.) im Zusammenhang mit den beobachtbaren Phänomenen zu lenken. Unser Ziel ist dabei, vorschnelle Zuschreibungen von Effekten auf das Handeln gewisser Akteure zu vermeiden. In der Zeitschrift *Konkret* 9/2012 wurde unser Zugang fehlerhaft wiedergegeben. Daraufhin ist unsere Gruppe mit touristenfeindlichen Initiativen verglichen worden. Dies möchten wir entschieden zurückweisen.
- [2] ‚Yuppisierung‘ ist abgeleitet von dem Begriff Yuppies (Young Urban Professionals) und wird oftmals als Synonym für soziale Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse im Kontext der Reurbanisierung innerstadtnaher Quartiere verwendet. Hartmut Häußermann und Walter Siebel (1987: 14 ff.) umschreiben einen mit dem Zuzug dieser „neuer Urbaniten“ sozialräumlichen Wandel durch höherpreisige oder statusabbildende Konsum- und Dienstleistungsangebote und die hierarchisierende Inszenierung des „chic-dynamischen“ Lebensstils an öffentlichen Orten des auserkorenen In-Viertels.
- [3] Die Straßen rund um das Schlesische Tor in Kreuzberg, vor allem der sogenannte Wrangelkiez, haben sich in den letzten Jahren zu einem beliebten Ausgehbezirk entwickelt. Auf der gegenüberliegenden Seite der Spree, in Friedrichshain, befindet sich das 20 Hektar große Gelände rund um die O2-Arena, eine Halle für Konzerte und andere kommerzielle Großveranstaltungen.

Autor_innen

Die Gruppe Kritische Geographie Berlin arbeitet in folgenden Bereichen: Kritische Geographie, Stadtgeographie, Politische Geographie, Soziale Geographie, Ethnologie und Sozialwissenschaften.

info@kritische-geographie-berlin.de

Literatur

- Altwater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen: Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bhandari, Kalyan (2008): Touristification of cultural resources: A case study of Robert Burns. In: *Tourism* 56/3, 283-293.
- Borries, Friedrich von (Hg.) (2011): Berliner Atlas paradoxaler Mobilität. Berlin: Merve Verlag.
- Brenner, Neil (2000): The urban question as a scale question. Reflections on Henri Lefebvre, urban theory and the scale question. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 24/2, 361-378.
- Colomb, Caire (2011): Staging the New Berlin: Place Marketing and the Politics of Urban Reinvention Post-1989. London/New York: Routledge.
- Evans, Graeme (2002): Living in a world heritage city. Stakeholders and dialectic of the universal and particular. In: *International Journal of Heritage Studies* 8/2, 117-135.
- Foljanty, Lukas / Kappus, Michael / Pfeiffer, Verena / Oehlkers, Wolf (2006): Touristification: Nutzungswandel durch Tourismus in großstädtischen Altbauquartieren. Arbeitspapier. Berlin: Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin.
- Foljanty, Lukas / Pfeiffer, Verena (o. J.): Die Touristen sind schon alle da (Urbanophil Website), unter: <http://archive.is/etjGA>.

- Füller, Henning / Michel, Boris (2014): "Stop Being a Tourist!" New dynamics of urban tourism in Berlin-Kreuzberg. In: *International Journal of Urban and Regional Research* (im Erscheinen).
- Gotham, Kevin Fox (2005): Tourism gentrification. The case of New Orleans' vieux carre (French Quarter). In: *Urban Studies* 42/7, 1099-1121.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (1987): *Neue Urbanität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Hörning, Karl H. (2004): Soziale Praxis zwischen Beharrung und Neuschöpfung. Ein Erkenntnis- und Theorieproblem. In: Karl Hörning / Julia Reuter (Hg.), *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*. Bielefeld: Transcript Verlag, 19-39.
- Horst, Claire (2011): Kreuzberg schafft sich ab. In: *Jungle World* Nr. 12 (24.3.2011).
- Jansen-Verbeke, Myriam (1998): Touristification of historical cities: a methodological exercise. In: *Annals of Tourism Research* 25/3, 739-742.
- Laudenbach, Peter (2013): *Die elfte Plage. Wie Berlin-Touristen die Stadt zum Erlebnispark machen*. Berlin: Edition Tiamat.
- Minca, Claudio / Oakes, Tim (2012): Real tourism. In: dies. (Hg.), *Real Tourism. Practice, Care and Politics in Contemporary Travel Culture*. London/New York: Routledge, 1-11.
- Novy, Johannes (2013): Berlin doesn't love you. Note on Berlin's „Tourism Controversy“ and its Discontents. In: Matthias Bernt / Britta Grell / Andrej Holm (Hg.), *The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism*. Bielefeld: Transcript Verlag, 223-237.
- Rapp, Tobias (2009): *Lost in Sound. Berlin, Techno und der Easyjetset*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
- Römhild, Regina (2008): *Reflexive Mediterranisierung. Tourismus, Migration und die Verhandlungen der Moderne an den Grenzen Europas* (unveröffentlichte Habilitationsschrift).
- Römhild, Regina (2009): Topographien des Glücks: An den Kreuzungen von Migration und Tourismus. In: Claudia Benthien / Manuela Gerlof (Hg.), *Paradies. Topografien der Sehnsucht*. Wien u.a.: Böhlau Verlag, 217-230.
- Rojek, Chris (1991): *Ways of Escape. Modern Transformations in Leisure and Travel*, Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Rojek, Chris (2005): *Leisure Theory. Principles and Practices*. Hampshire: Palgrave Macmillan.
- Schulz, Daniel (2011): Die kleine Wortkunde. Schwabylon In: *die tageszeitung*, 20.9.2011, unter: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=tz&dig=2011%2F09%2F20%2Fao134&cHash=4bb6bba798doao249312de5e156b7d8f>.
- Sharzer, Greg (2012): *No Local: Why Small-Scale Alternatives Won't Change The World*. Alresford: Zero Books.
- Swyngedouw, Erik (2004): Globalisation or 'glocalisation'? Networks, territories and rescaling. In: *Cambridge Review of International Affairs* 17/1, 25-48.
- Urry, John (2002): *Tourist Gaze: Leisure and Travel in Contemporary Societies*. London: Sage.
- Wissen, Markus / Röttger, Bernd / Heeg, Susanne (Hg.) (2008): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Wöhler, Karlheinz (2011): *Touristifizierung von Räumen: kulturwissenschaftliche und soziologische Studien zur Konstruktion von Räumen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Die Neuausrichtung linker Stadtpolitik vorantreiben

Der Gesprächskreis ‚Stadtpolitik‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Nico Grunze

Matthias Naumann

Stadtpolitik und städtische Konflikte sind in den vergangenen Jahren von ganz unterschiedlichen Seiten wiederentdeckt worden. Soziale Bewegungen in Städten können eine erstaunliche Mobilisierungskraft entwickeln. Dies zeigen auch die Berliner Volksentscheide der vergangenen Jahre. Kritisch hinterfragt wird darin die angeblich alternativlose Situation aufgrund angespannter öffentlicher Haushalte und geringer kommunalpolitischer Spielräume. Stadtentwicklung erfährt also vielerorts eine Repolitisierung. Zugleich versucht ein sehr heterogenes Spektrum von Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen, Kulturschaffenden und anderen unter dem Motto ‚Recht auf Stadt‘ soziale Widersprüche in Städten sichtbar zu machen, zu kritisieren und Gegenentwürfe zur bestehenden kapitalistischen Stadt zu diskutieren (vgl. als Überblick Holm/Gebhardt 2011). Grob vereinfacht können wir drei wesentliche Strömungen einer kritischen Auseinandersetzung mit Stadtpolitik in der Bundesrepublik identifizieren:

1. Städtische soziale Bewegungen zu sehr unterschiedlichen Themen, die von Protesten gegen Mieterhöhungen und Zwangsräumungen sowie gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen bis hin zu Initiativen für alternative Nutzungen städtischer Flächen reichen;
2. eine immer weiter ausdifferenzierte Stadtforschung kritischer Tradition, die mittlerweile weit über die klassischen Disziplinen wie etwa Stadtsoziologie, Humangeographie und Planungswissenschaften hinausreicht und zahlreiche internationale Bezüge aufweist;
3. lokale Gliederungen: Amts- und Mandatsträger_innen der Partei DIE LINKE, die – wenn sie sich in der parlamentarischen Opposition befindet – Bündnispartner_innen städtischer Bewegungen sind; die parteinahe Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet kritischer Wissenschaft und sozialen Bewegungen ein öffentliches Forum; Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften der Partei arbeiten zu wohnungs- und stadtpolitischen Themen.

So positiv und vielversprechend diese Vielfalt auch wirkt – diese verschiedenen Strömungen agieren häufig weitgehend parallel, ohne Bezug

aufeinander und manchmal sogar in gegenseitiger Abgrenzung voneinander. Mitunter ist eine Fragmentierung linker stadtpolitischer Initiativen in soziale Bewegungen, kritische Wissenschaft und Stadtpolitik der LINKEN festzustellen. Prominentestes Beispiel hierfür ist die Regierungsbeteiligung der LINKEN in Berlin von 2002 bis 2011, die zu großen Enttäuschungen und andauernden Zerwürfnissen mit stadtpolitischen Bewegungen geführt hat. So lehnten stadtpolitische Bewegungen in Berlin Bündnisse mit der LINKEN und deren Vertreter_innen mit dem Verweis auf deren Rolle als Regierungspartei explizit ab.

Die Idee des Gesprächskreises ‚Stadtpolitik‘

Vor diesem Hintergrund möchte der im April 2013 gegründete Gesprächskreis ‚Stadtpolitik‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung einer Neubestimmung linker Stadtpolitik ein spektrenübergreifendes und bundesweites Forum bieten. Unter dem Dach der Rosa-Luxemburg-Stiftung existieren zahlreiche Gesprächskreise zu unterschiedlichen Gebieten. Der Gesprächskreis ‚Stadtpolitik‘ knüpft an die Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung an, die sich an linke Mandatsträger_innen in Kommunen richtet und unter anderem mit der Buchreihe *Crashkurs Kommune* (zur Einführung vgl. Weck 2014) versucht, Ansätze einer linken Kommunalpolitik anhand verschiedener Themen zu entwickeln.

Die Treffen des Gesprächskreises finden an jeweils wechselnden Orten statt und werden von lokalen Aktivist_innen in Zusammenarbeit mit einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe organisiert. Damit sollen unterschiedliche, an konkrete regionale Auseinandersetzungen geknüpfte Themen in den Gesprächskreis einfließen. Unregelmäßig werden darüber hinaus öffentliche Veranstaltungen organisiert, um aktuelle Konflikte auch in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren. So fanden 2013 im Vorfeld der Treffen des Gesprächskreises in Leipzig und Hamburg Veranstaltungen zum Leitbild der ‚unternehmerischen Stadt‘ und möglichen stadtpolitischen Gegenstrategien statt. Geplante Themenschwerpunkte, die unterschiedliche Zugänge und Praktiken linker Stadtpolitik künftig bündeln könnten, sind unter anderem die Erarbeitung von Strategien für eine soziale Wohnungspolitik, die Diskussion neuer Eigentumsformen und der Ausgestaltung von Rekommunalisierungen sowie die Entwicklung sozialökologischer Perspektiven auf Stadtentwicklung jenseits des Wachstumsparadigmas. Ziel des Gesprächskreises ist es, Gemeinsamkeiten und Schnittmengen der verschiedenen Spektren und Generationen linker Stadtpolitik herauszuarbeiten. Dem Arbeitskreis reicht allerdings Vernetzung als Selbstzweck nicht aus. So sinnvoll es ist, Kompetenzen, Erfahrungen und Kontakte aus unterschiedlichen Kontexten zusammenzubringen: Warum sollten sich Aktivist_innen von Mieter_inneninitiativen, kritische Stadtsoziolog_innen und Landtagsabgeordnete der LINKEN regelmäßig miteinander treffen? Was könnten mögliche Ergebnisse sein?

1. Der Gesprächskreis kann städtischen sozialen Bewegungen die Möglichkeit für regelmäßige bundesweite Treffen bieten, die mit den Ressourcen lokaler Initiativen allein nur schwer zu realisieren sind. Die lokalen Bewegungen können damit von den Erfahrungen von

- Kämpfen in anderen Städten ebenso profitieren wie von konkreten Maßnahmen und Instrumenten linker Kommunalpolitik, die über zeitlich begrenzte Kampagnen hinausgehen.
2. Kritische Stadtforscher_innen können den Gesprächskreis einerseits für einen ‚Realitätscheck‘ wissenschaftlicher Ansätze nutzen, zum Beispiel zur Frage: Wie kann akademisches Wissen lokale Mobilisierungen unterstützen? Andererseits können hier Akteure konkreter stadtpolitischer Auseinandersetzungen ihren Bedarf nach neuen Konzepten und internationalen Erfahrungen an eine kritische Stadtforschung richten.
 3. Für Vertreter_innen und Mandatsträger_innen der LINKEN kann der Gesprächskreis Anregungen zu neuen Ideen aus den sozialen Bewegungen und der kritischen Wissenschaft liefern. Es kann geprüft werden, wie sie in kommunalen Verwaltungen, Haushalten und Ordnungen umsetzbar sein könnten. Übergeordnete Fragen wären hier: Was wären Alternativen zu neoliberalen Leitbildern der ‚unternehmerischen Stadt‘? Wie könnte ein linkes Demographie- oder Regionalentwicklungskonzept aussehen?

Eine pluralistische linke Stadtpolitik entwickeln

Die zentrale Gemeinsamkeit aller drei Ansatzpunkte ist die Frage nach einer Neubestimmung linker Politik auf der städtischen Ebene, nach ihren Utopien und ihren konkreten Maßnahmen. Der bundesweite Gesprächskreis richtet sich dabei nicht nur an Aktivist_innen aus Großstädten, sondern explizit auch aus Klein- und Mittelstädten. Linke aus innerstädtischen Quartieren mit hohem Verwertungsdruck treffen somit auf Vertreter_innen aus schrumpfenden Städten, die mit Abwanderung und der Überalterung der eigenen Strukturen zu kämpfen haben; außerparlamentarische Initiativen begegnen langjährigen Bürgermeister_innen und Stadträt_innen aus ostdeutschen Kommunen. Verhandelt wird, was eine linke Stadtpolitik ausmacht, die in der Lage ist, für ganz unterschiedliche Kontexte Antworten zu liefern.

Auch wenn der Gesprächskreis dazu beitragen kann, wechselseitig Wissen und Verständnis um die Rollen der einzelnen Akteur_innen zu schaffen, bleiben die jeweils eigenen – und lokal mitunter sehr verschiedenen – Logiken und Zwänge der unterschiedlichen Beteiligten bestehen. Für das Selbstverständnis außerparlamentarischer Initiativen ist häufig eine Abgrenzung zu Parteien und deren Organisationen wichtig; Wissenschaftler_innen bearbeiten Fragen zunächst mit dem Ziel der Wissensgenerierung und -reflexion, haben den Anwendungsbezug oft weniger vor Augen und sind zudem an die Verwertungslogiken wissenschaftlicher ‚Exzellenz‘ gebunden; die parteigebundene Linke ist den wechselnden Machtverhältnissen innerhalb ihrer Partei sowie den Legislaturperioden unterworfen. Die grundsätzliche Spannung innerhalb der LINKEN „zwischen unpolitischem Dogmatismus und politisch haltlosem Pragmatismus“ (Nelken 2011: 50) findet sich auch im Gesprächskreis wieder: Utopien und Visionen für eine linke Stadtpolitik auf der einen Seite reiben sich mit konkretem kommunalpolitischem Handeln und dessen realpolitischen

Restriktionen auf der anderen Seite. Die Diskussion der damit verbundenen Widersprüche wird alles andere als leicht sein und verspricht keine einfachen, allgemeingültigen Antworten – aber genau darin liegt auch ihr Reiz.

Das nächste Treffen des Gesprächskreises ‚Stadtpolitik‘ ist für Juni 2014 geplant. Nähere Informationen und einen Kontakt zum Gesprächskreis gibt es über Katharina Weise, weise@rosalux.de.

Autor_innen

Matthias Naumann ist Geograph. Er arbeitet zu Stadt- und Regionalentwicklung, Infrastruktur und kritischer Geographie.
naumann@irs-net.de

Nico Grunze ist Geograph und arbeitet zu Stadt- und Regionalentwicklung.

Literatur

Holm, Andrej / Gebhardt, Dirk (Hg.) (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA-Verlag.

Nelken, Michail (2011): Integration und Vielfalt, Transparenz und Ermächtigung. Möglichkeiten und Grenzen „linker“ Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik. In: Andrej Holm/ Klaus Lederer/ Matthias Naumann (Hg.), Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfälisches Dampfboot, 50-58.

Weck, Felicitas (2014): Linke Kommunalpolitik. Für Einsteiger_innen und Fortgeschrittene. Aktualisierte Ausgabe. Hamburg: VSA-Verlag.



Kritische Wissenschaft lernen!?

Erfahrungsbericht von der Sommerschule „Geographische Stadtforschung.

Neoliberalisierung. Exklusionen. Widerstände“ in Frankfurt am Main

Jörn Hamacher

Was ist kritische Stadtforschung? Jan Kemper und Anne Vogelpohl antworten in einer Ausgabe dieser Zeitschrift darauf so: Eine kritische Haltung in der Stadtforschung beruht auf der „Berücksichtigung der historisch-sozialen Voraussetzungen für gegenwärtige Stadtentwicklungsprozesse, [der] Analyse der städtischen Raum- und Sozialverhältnisse als krisen- und konfliktvermittelte und deshalb als dynamische Verhältnisse sowie [der] Konzeptionierung dieser Verhältnisse als veränderbar“ (Kemper/Vogelpohl 2013: 7). Die Perspektive, die kritische Stadtforscher_innen einnehmen sollten, könnte also vereinfachend so beschrieben werden: Es gibt immer Alternativen, mögen diese auch marginalisiert sein. Alles ist grundsätzlich änderbar und damit politisch verhandelbar.

Wie werden junge Forscher_innen zu einer kritischen Haltung befähigt oder wie können sie sich ihr zumindest annähern? Die Sommerschule „Geographische Stadtforschung. Neoliberalisierung. Exklusionen. Widerstände“, die im September 2013 in Frankfurt am Main stattfand, wollte diesbezüglich einen Einstieg bieten. Es trafen sich etwa 60 Teilnehmer_innen am Institut für Humangeographie der Goethe-Universität, um sich mit kritischer Stadtforschung und aktuellen Entwicklungen in den Städten auseinanderzusetzen. An drei Tagen gab es mehrere je 90-minütige Theorie- und Themenmodule, die einen ersten Einblick in kritische Theorien und angewandte Forschung vermittelten. Ein Tag war Exkursionen vorbehalten. Drei Abende schlossen mit sogenannten *keynote lectures*. So ergab sich für die Studierenden und Nachwuchswissenschaftler_innen die Möglichkeit zu thematischen Diskussionen mit namhaften Forscher_innen und Dozent_innen aus dem deutschsprachigen Raum. Die Gruppe der Teilnehmenden war zwar interdisziplinär zusammengesetzt, die Mehrheit hatte jedoch einen deutlichen Schwerpunkt auf der Humangeographie. Dies lässt sich damit erklären, dass die Veranstaltung die vierte in einer Reihe war, die 2010 an der Universität in Erlangen als ‚Humangeographische Sommerschule‘ begonnen worden ist.

Zum Veranstaltungsort. Wo hätte die Veranstaltung besser stattfinden können als in Frankfurt? Wenn es um kritische Stadtforschung geht, dann

ist Frankfurt ohne Frage eine gute Wahl. Erstens aufgrund der Tradition der Frankfurter Schule und zweitens weil das Humangeographische Institut in Frankfurt eine besondere Rolle im deutschsprachigen Raum einnimmt, wenn es um Neoliberalisierungskritik auf städtischer Ebene geht. Ein dritter Grund ist, dass die Universität selbst Möglichkeiten zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der „Neuordnung des Städtischen im neoliberalen Zeitalter“ bietet.[1] Denn die Verlagerung der Goethe-Universität vom Campus Bockenheimer auf den neugeschaffenen Campus Westend auf dem ehemaligen IG-Farben-Gelände kann als Ausdruck neoliberaler Politik gelesen werden: also umkämpfte städtische Räume in Bockenheimer, das Primat von Sicherheit und Überwachung im öffentlichen Raum im Westend (vgl. Belina et al. 2013).

Bei den Dozent_innen herrschte eine politökonomische Perspektive vor. Diese war verständlicherweise sehr stark geprägt von den Angehörigen des Frankfurter Geographie-Instituts. Darüber hinaus waren auch Paul Reuber und Annika Mattissek (deren Schwerpunkt auf Politischer Geographie und Diskursanalyse liegt), Anke Strüver (sie befasst sich als Kulturgeographin intensiv mit Geschlechterbeziehungen) und Ilse Helbrecht (eine weitere Kulturgeographin) eingeladen. Allerdings fehlten Vertreter_innen des Konzepts der ‚Eigenlogik der Städte‘. Die aktuell größte Kontroverse in der deutschsprachigen Stadtforschung blieb damit weitgehend ausgeklammert (vgl. Kemper/Vogelpohl 2013). Insgesamt schien bei allen Teilnehmenden eine gemeinsame Denkrichtung vorzuherrschen. Dies schlug sich auch in den vorgestellten theoretischen und analytischen Ansätzen nieder.

Theorie: Einstieg mit den Klassikern

Ein kurzer Blick auf die Theoriemodule: Dort wurden David Harvey, Henri Lefebvre und Michel Foucault präsentiert. Außerdem gab es Einführungen in die feministische Stadtforschung, in neue politische Theorien, zum Beispiel im Anschluss an Jacques Rancière, sowie in die Phänomenologie. Das heißt, im Mittelpunkt standen – zumindest für diejenigen, die sich schon intensiver mit kritischer Stadtforschung beschäftigt haben – eher wohlbekannte Autoren. Immerhin wurde auch ein neuerer Essay von Judith Butler zu den Unruhen auf dem Tahrir-Platz in Kairo zur Diskussion gestellt. Sonst griffen die Dozent_innen im Wesentlichen auf einführende Literatur zurück, was im Hinblick auf die unterschiedlichen Kenntnisse zu Kritischer Theorie unter den Teilnehmenden durchaus sinnvoll war.

Auf die Theorie folgten stärker empirisch ausgerichtete Module. Hier reichten die Themenangebote von Migration, Rassismus und Neoliberalismus über ökologische Leitbilder bei der Stadtentwicklung bis hin zu Themen wie ‚Körper im städtischem Raum‘ oder der Frage, ob auch Neonazis ein ‚Recht auf Stadt‘ haben. Leider erschwerte die Größe der Workshops (es nahmen jeweils um die 30 Personen teil) eine lebendige Diskussion, an der sich alle beteiligen konnten.

Das Urbane neu fassen

Den Auftakt bei den *keynotes lectures* machte am ersten Abend Ilse Helbrecht aus Berlin. Sie fragte „Immer noch Gentrification? Oder sind wir nicht schon

längst durch mit dem Thema?“ Ihre deutliche Antwort lautete: Nein. Am Beispiel Berlins zeigte sie auf, dass es notwendig sei, Gentrification an drei Punkten weiterzudenken. Zunächst müsse der Blick auf die Verdrängten empirisch erweitert werden. Zudem bestünden noch theoretische und normative Leerstellen im Bereich staatlich induzierter Gentrification. Als Drittes stellte Helbrecht die Frage, ob das Thema Gentrification nicht vor allem von einer eurozentristischen bzw. ‚westlichen‘ Sicht geprägt sei. Spannende Fragen kamen auch in der Diskussion auf, darunter: Ist es möglich, immer weiter dem kapitalistischen Wachstumsparadigma und dem TINA-Prinzip (There is no alternative) zu folgen oder ist nicht insbesondere in Berlin irgendwann eine ökonomische Grenze bei der Aufwertung erreicht?

Christian Schmid aus Zürich präsentierte in der zweiten *keynote lecture* eine besonders diskussionswürdige These: Die Urbanisierung habe sowohl den Mount Everest als auch die Weltmeere erreicht.[2] Mit seinem Konzept der ‚planetarischen Urbanisierung‘ unternimmt Schmid den Versuch, das Urbane neu zu fassen. Das Global-City-Konzept funktioniert seiner Meinung nach nicht mehr, da es nur eine bestimmte Kategorie von Städten einschließt. Urbanisierung fände eben auch andernorts statt, etwa am Mount Everest, auf den Weltmeeren oder im ländlichen Raum. Die Menschen lösten sich vom Boden. Das Städtische sei kommodifiziert. Das bisherige analytische Instrumentarium reiche nicht aus, all diese Entwicklungen zu beschreiben. Urbanisierung sei praktisch ubiquitär. Der Vortrag hinterließ ein teilweise etwas verstört wirkendes Publikum. Wenn alles urban ist, wo liegt dann der Gehalt des Begriffs? Zwar argumentierte auch Schmid aus einer politökonomischen Perspektive, forderte jedoch mit der Radikalität seiner These die Zuhörerschaft in ihrer Denkweise heraus.

Klaus Ronneberger war der dritte *keynote speaker*. Sein Thema war Frankfurt als Global City. Er wählte eine historisch-analytische Betrachtungsweise. Anhand der Nachkriegsentwicklung Frankfurts zeigte er auf, wie die Stadt – auch durch ganz bestimmte Protagonist_innen – zu dem wurde, was sie heute ist. Er läutete mit seinem Vortrag den letzten gemeinsamen Abend im selbstverwalteten Café KOZ, das als Alternative zu sonstigen Campuseinrichtungen Raum für Barabende, Lesungen, Diskussionen, Vorträge und Partys bietet, auf dem alten Campus Bockenheimer ein.

Alternative Raumproduktion?

Kritische Wissenschaft – auch das war von der Sommerschule zu lernen – heißt nicht zuletzt, Wissensproduktion und deren Bedingungen zu hinterfragen. An einem Tag begaben wir uns in typischer Geographenmanier auf Streifzüge durch die Stadt. Vier, zum Teil parallel stattfindende Exkursionen führten uns zu Orten der Neoliberalisierung in Frankfurt, darunter das Bahnhofsviertel und die Innenstadt sowie der Uni-Campus. Es ging um die Themen Prostitution, Disneyfizierung, Subkultur und Grenzregime. So stehen das Dom-Römer-Quartier und die dortige Altstadtrekonstruktion für eine hegemoniale neoliberale Raumproduktion im Disneylandstil. Im Bahnhofsviertel, einem Ort, der eng mit Prostitution und Drogen in Verbindung steht, zugleich aber einem kapitalintensiven Aufwertungsprozess unterworfen ist, wurden wir auf verschiedene Formen der Exklusion, der

Verdrängung und ‚Unsichtbarmachung‘ durch Gentrifizierung und den Einsatz von Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen aufmerksam gemacht.

Zwar hatte die Gruppe im Zuge dieser Exkursionen ihren akademischen Elfenbeinturm verlassen, allerdings zogen wir größtenteils wie Zoobesucher_innen an den umkämpften Orten und den dort ausgetragenen gesellschaftlichen Konflikten vorbei. Sie wurden bestaunt, es wurde über sie reflektiert, aber danach verschwanden wir einfach wieder. An der alternativen Raumproduktion, von der in Bezug auf Lefebvre häufig so gern die Rede ist, sollten wir uns durch Biertrinken, Essen und Diskutieren beteiligen. Das geschah dann abends im autonomen Zentrum bzw. im Studierendenhaus auf dem Campus Bockenheim. Es ging wohl darum, Subkultur mitzuerleben. Aber ist das dann Raumproduktion im kritischen Sinne? Schwierig zu sagen, aber ein politisches Statement war es sicherlich. Zudem half diese Form der ‚informellen Abendgestaltung‘ dabei, dass die vornehmlich studentischen Teilnehmer_innen der Sommerschule etwas mehr mit den Dozent_innen in Kontakt kamen.

Universität und Sommerschule: Wissen schaffen

Wenn kritische Forschung gesellschaftliche Prozesse als kontingent konzeptionalisiert, dann verändert dies auch Wissenschaft. Dazu forderte auch Christian Schmid implizit auf, wenn er den Begriff der Urbanisierung neu denken möchte. Keine Frage, die Hochschulen aus den 1960er Jahren sind nicht mehr mit denen von heute zu vergleichen. Nun gibt es hier die Möglichkeit, kritische Stadtforschung zu betreiben. Dann gilt es auch, die Bedingungen, unter denen Wissenschaft zustande kommt, zu hinterfragen (wie das z. B. Belina et al. tun). Das heißt zunächst aber auch zu fragen: Wer hat und erlangt wie welches Wissen? Dass es kein objektives Wissen gibt und dass Wissen in hohem Maße kontingent ist, ist weitgehend unbestritten. Doch verschwimmt die Grenze zwischen den Beobachter_innen und den zu Beobachtenden in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig (Schneidewind/Singer-Bodrowski 2013: 70). Wenn Wissenschaftler_innen eingebettet sind in die Gesellschaft, warum wird dann so klar zwischen Wissen in und aus den Hochschulen und Wissen ‚von der Straße‘ unterschieden? Welches ist das ‚richtige‘ oder ‚gute‘ Wissen? Nun: Wissen ist nicht gleich Wissen. Aber kann es überhaupt so einfach kategorisiert werden? Auch Wissenschaft – bzw. Wissen schaffen – ist immer auch politisch, kann transformierend und emanzipatorisch wirkend sein. Was bedeutet das dann für Wissenschaftler_innen? Solche Fragen hat die Sommerschule zur kritischen Stadtforschung nicht beantwortet, sie wurden auch nicht direkt gestellt. Aber der Autor hat sie aus Frankfurt mitgenommen.

Auch die Organisator_innen der Sommerschule müssen sich den Fragen nach der Wissensproduktion stellen. Ist sie ein geeignetes Format für kritische Wissenschaft? Kann sie die Bedingungen hinterfragen, unter denen Wissen zustande kommt? In gewisser Weise lautete die Antwort ja. Mit diesem spezifischen Format bedeutet sie einen Bruch mit dem Alltag der meisten Studierenden und Wissenschaftler_innen und bietet die Möglichkeit zur reflexiven Interaktion. Studierende und Dozent_innen lernen sich auf eine andere Weise kennen. Zwar kam es zwischen den Teilnehmenden zu

keinen größeren Kontroversen und tiefgreifenden Auseinandersetzungen, die vielleicht die Diskussion in der deutschen Stadtforschung abgebildet hätten. Aber es muss dem Format auch zugutegehalten werden, dass es versucht, das Prinzip der Interdisziplinarität ernst zu nehmen und von den wissenschaftlichen und persönlichen Erfahrungen her ganz unterschiedliche Personen zusammenzubringen.

Letztlich hängt es aber auch von allen Teilnehmenden ab, ob die Sommerschule ein Instrument der neoliberalen Hochschulideologie wird oder eben Alternativen dazu anbietet. Das heißt, ist die Sommerschule nur eine Art ‚Zwischenspiel‘, etwas, das man im sonst geradlinig verlaufenden Lebenslauf zwischen Bachelor, Master, Auslandsstudium, Praktikum, internationalem Planspiel und Ehrenamt noch unterbringt oder können sich die Teilnehmenden hier tatsächlich die Zeit zur Diskussion und Interaktion, zum Kennenlernen und zum Ausprobieren nehmen? Es kann hier festgehalten werden, dass in Frankfurt Letzteres ermöglicht wurde, denn auch das Kennenlernen anderer Sicht- und Denkweisen ist ein erster Schritt hin zu einer kritischen Forschungspraxis. Für angehende Wissenschaftler_innen ist das gut. Aber es bleibt nur gut, wenn diese auch das Potenzial nutzen und versuchen, die Verhältnisse zu verändern. Das fängt mit der kritischen Nachfrage an. Es gilt zu zeigen, dass es auch etwas anderes gibt, eine andere Meinung, eine andere Art und Weise, Dinge zu tun, und eben auch anderes Wissen und andere Formen der Wissensproduktion. Auch im Alltag an den Universitäten.

Endnoten

- [1] So heißt ein Verbundforschungsprojekt der Universität in Frankfurt, an dem das Humangeographische Institut maßgeblich beteiligt ist (<http://www.neuordnungen.info>).
- [2] Letzteres zeigte er anhand der grafischen Darstellung der weltweiten Schifffahrtsrouten, wo deutliche Verdichtungen zu erkennen sind. Die Erklärung für die Urbanisierung am Mount Everest blieb jedoch vage.

Autor_innen

Jörn Hamacher arbeitet in folgenden Bereichen: Humangeographie, Stadtforschung, gesellschaftliche Transformation und lokale Energieversorgung.
joern.hamacher@fau.de

Literatur

- Belina, Bernd / Petzold, Tino / Schardt, Jürgen / Schipper, Sebastian (2013): Neoliberalising the Fordist university: A tale of two campuses in Frankfurt a. M., Germany. In: *Antipode* 45/3, 738-759.
- Kemper, Jan / Vogelpohl, Anne (2013): Zur Konzeption kritischer Stadtforschung. Ansätze jenseits einer Eigenlogik der Städte. In: *sub \ urb a n. zeitschrift für kritische stadtforschung* 0/1, 7-30.
- Schneidewind, Uwe / Singer-Bodrowski, Mandy (2013): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis-Verlag.



Politische Subjekte

Rezension zu Imogen Tyler

Revolting Subjects. Social Abjection and Resistance in Neoliberal Britain

Lisa Vollmer

Wie ist es möglich, dass trotz der Hegemonie der neoliberalen Ideologie, die selbst die Formierung von Subjekten bestimmt, urbane und soziale Kämpfe und Aufstände in den letzten Jahren zugenommen haben? Dieser Frage widmet sich Imogen Tylers Buch *Revolting Subjects*. Es schließt damit an die von Margit Mayer aufgeworfene Debatte um „urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt“ in der ersten Ausgabe von *sub\urban* an, in der die Frage gestellt wurde, wie sich Koalitionen und politische Kollektive für und durch Proteste formieren. Im Zentrum der Analyse Tylers stehen Proteste als neue Allianzen zwischen verschiedenen Gruppen, als „new, if precarious, political collectives“ (Tyler 2013: 2). Verstanden als Gegenöffentlichkeit zeigen die Proteste die hegemoniale neoliberale Ideologie auf, die für die Vertiefung der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in Großbritannien verantwortlich ist, und machen sie so angreifbar.

Das erste Kapitel vertieft die Theoriearbeit rund um den Begriff *social abjection* und entwickelt die den folgenden Kapiteln zugrunde gelegte Hypothese, dass erniedrigten und ausgestoßenen Subjekten (*abject subjects*) gerade aus der Position des Ausgeschlossenseins die Möglichkeit zum Widerstand erwächst. Nach dem zweiten Kapitel, das einen Überblick zur Geschichte der britischen Staatsbürgerschaft gibt, geht es in Kapitel drei bis sechs einerseits um die Produktion bestimmter Figuren der *social abjects* und andererseits um die Möglichkeiten des Widerstands, ausgeführt an verschiedenen Fallbeispielen. Darunter sind der Kampf abgelehnter Asylbewerber im privatwirtschaftlich organisierten Abschiebesystem Großbritanniens (Kapitel 3), die Versuche von *Gypsies and Travellers*, sich gegen Zwangsräumungen zur Wehr zu setzen (Kapitel 5), der Diskurs um den Proll (*chav*) in den Plattenbausiedlungen (Kapitel 6), die körperbasierten Protestpraktiken von Müttern und Frauen in England, im Nigerdelta und in Houston (Texas) (Kapitel 4) und der Protest körperbehinderter Aktivist_innen im Kontext der Paralympischen Spiele 2012 in London (Nachwort).

Deskriptiv, aber vor allem auch analytisch arbeitet Tyler bei der Betrachtung dieser unterschiedlichen Proteste das Begriffspaar des

revolting subjects heraus. Revoltieren erlaubt dabei den Fokus sowohl auf emotionale Aspekte des Widerstands, der Empörung als auch auf den politischen Aspekt des Aufbegehrens gegen (staatliche) Autoritäten zu legen. „At its heart, *Revolting Subjects* raises the question of how states are made and unmade – and how we might critically engage with and intervene in this process of making and unmaking (Butler & Spivak, 2007)” (Tyler 2013: 3; Hervorh. i.O.). In den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Untersuchungen rücken damit Prozesse der Veränderung. Der Subjektbegriff wird in Verbindung mit *abjection* (Erniedrigung, Verworfenheit) eingeführt. Damit ist der Prozess gemeint, durch den Menschen, in Tylers Fall gesellschaftliche Minderheiten, als zu kontrollierende Subjekte konstruiert werden. Dies geschieht über die Produktion von Gefühlen wie Ekel und Abscheu. Gleichzeitig sieht sie diese *abject subjects* aber nicht als passiv, sondern beleuchtet auch gerade die Praktiken, die es ihnen erlauben, aus dieser Position heraus Widerstand zu leisten. Damit bietet sie einen Anschluss an aktuelle Debatten zur Subjekttheorie (vgl. z.B. Reckwitz 2008).

Mit dem Begriff *social abjection* nimmt Tyler kritisch Bezug auf Julia Kristeva (1982), die mit ihrer psychoanalytischen Herangehensweise den Begriff in den Geisteswissenschaften etabliert hat. In dieser Tradition wurden laut Tyler die tatsächlich gelebten Prozesse der Erniedrigung aber nicht empirisch betrachtet. So ist es auch zu erklären, dass das Konzept in den Sozialwissenschaften wenig Beachtung gefunden hat. Ziel von Tyler ist, dies zu ändern. Dabei bezieht sie sich nicht nur auf eine ganze Reihe von Theoretiker_innen wie Butler, Spivak, Kristeva, Harvey, Foucault, Bauman, Wacquant und Bhabha, sondern greift auch auf umfangreiches empirisches Material zurück.

Ausgangspunkt für ihr Forschungsinteresse sowie auch für die von ihr untersuchten Proteste ist die zunehmende ökonomische Polarisierung in den gegenwärtigen Gesellschaften und die damit verbundene Kritik am Neoliberalismus. Dabei ist es Tyler besonders wichtig, „to offer a thick social and cultural account of neoliberalism as a form of governance – concentrating in particular on the mechanisms through which public consent is procured for policies and practices that effect inequalities and fundamentally corrode democracy“ (Tyler 2013: 5). Trotz ihrer theoretisch wie empirisch eklektizistischen Vorgehensweise verfolgt sie diesen zentralen Argumentationsstrang überaus konsequent. Sie fragt danach: Wie werden neoliberale Politiken, die Auswirkungen für die gesamte Bevölkerung haben, über die Produktion von sozial Ausgestoßenen in Großbritannien legitimiert und durchgesetzt?

Deutlich wird hier, dass sie den Einfluss des Staates im Neoliberalismus keineswegs schrumpfen sieht. Vielmehr ist sie der Ansicht, dass die Allianz zwischen beiden in den Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung rücken sollte und dass diese mit David Harvey (2005) als *class project* zu beschreiben ist. Die zentrale neoliberale gouvernementale Praktik, die Tyler identifiziert, ist die absichtsvolle Produktion von Angst, Sorge und einem Bedrohungsgefühl. Analysierbar wird diese Praktik über ihre Träger: einerseits offizielle politische sowie Mediendiskurse, andererseits alltägliche Kommunikationen. Als Methode schlägt Tyler vor, einzelne Figuren, die der Legitimation neoliberaler Politiken dienen, genauer herauszustellen und zu untersuchen. Um die gegenhegemonialen Positionen der revoltierenden

Gruppen ihrer empirischen Fälle darzustellen, bezieht sich Tyler auf die diskursive Vermittlung von *events* des Widerstands. Es sei gerade das „*storying of revolts*“, das die Herstellung von neuen Idiomen des Politischen und der Zugehörigkeit (Berlant 2014) schaffen könne. In diesen Narrationen entwickeln sich die gegenhegemonialen Positionen erst und werden außerdem für andere sichtbar.

Imogen Tylers Buch ist über alle disziplinären Grenzen hinweg sehr lesenswert, weil es unser Verständnis dafür schärft, wie das globale neoliberale Politikregime auf mikrosoziologischer Ebene umgesetzt wird und wirkt. Der Ekel und die Abscheu werden auf ausgegrenzte gesellschaftliche Gruppen projiziert, um so Politiken zu rechtfertigen, die nicht nur Auswirkungen auf diese Gruppen haben, sondern auf die gesamte Gesellschaft. Damit macht Tylers Analyse es möglich, diese Produktion des Ekels als politische Strategie zu identifizieren. Der Ekel und die Abscheu werden auf ausgegrenzte gesellschaftliche Gruppen projiziert. Diese so ausgestoßenen Gruppen werden dann benutzt, um neoliberale Politiken zu rechtfertigen, die nicht nur Auswirkungen auf diese Gruppen selbst haben, sondern auf die gesamte Gesellschaft. So können etwa die Kürzungen von Sozialleistungen über die Erfindung der *teenage mum*, die nur Kinder in die Welt setzt, um Geld vom Staat zu bekommen, legitimiert werden. Betroffen sind von dieser Politik allerdings alle. Damit macht Tylers Analyse es möglich, diese Produktion des Ekels als politische Strategie zu identifizieren.

Obwohl die analytischen Ebenen nicht in allen empirischen Beispielen Entsprechungen finden, verdichtet sich Tylers Argumentation doch zu einem schlüssigen Gesamtbild. Im letzten Kapitel „*The kids are revolting*“ wendet sie sich den Aufständen in England im August 2011 zu, von denen sie – wie sie schreibt – selbst überrascht worden ist. Hier zeigt sie, wie versucht wurde, mit der Rhetorik von der *underclass* nicht nur das Ereignis zu entpolitisieren und die Akteure zu dehumanisieren, sondern dass dieses Konzept inzwischen den Rahmen dafür abgibt, wie Armut und Ungleichheit in Großbritannien wahrgenommen werden. Nur wenn wir damit brechen und nicht länger mit diesem Konzept hantieren würden, das so lange für die repressive Politik des Neoliberalismus erhalten musste, seien wir in der Lage, diesen wirkungsvoll zu bekämpfen – so das Fazit und die Aufforderung von Tyler, die sich wohl gleichermaßen an Aktivist_innen wie Akademiker_innen richtet.

Autor_innen

Lisa Vollmers Arbeitsschwerpunkte sind: urbane Proteste, Kulturosoziologie und Politische Theorie.
lisa.vollmer@metropolitanstudies.de

Literatur

Berlant, Lauren (2014): *Cruel Optimism*. Durham/London: Duke University Press.
Butler, Judith / Spivak, Gayatri Chakravorty (2007): *Who Sings the Nation-State? Language, Politics, Belonging*. Chicago/London: University of Chicago Press.

- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Kristeva, Julia (1982): *Powers of Horror. An Essay on Abjection*. New York: Columbia University Press.
- Reckwitz, Andreas (2008): *Subjekt*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Tyler, Imogen (2013): *Revolting Subjects. Social Abjection and Resistance in Neoliberal Britain*. London: Zed Books.

